REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 342 · 6.5.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Streiks gegen "Sparen, Schweiß und Tränen"
2. UN-Boykott gegen Libyen: Die "Kreuzritter" reiten wieder
3. "The untold story of Pan Am 103" Lockerbie - die Alternativversion
4. Jüdischer Friedhof in Hamburg-Ottensen Hanseatische Vernunft gegen orthodoxe Juden
5. Wounded Knee in Ottensen
6. "Stilke-Kioske: Umsätze mit faschistischer Hetze". Bilanz einer Kampagne
7. Antifaschismus im Kriegsgefangenenlager. Gespräch mit dem ehemaligen Antifa-Leiter Karl Kielhorn
8. Jugoslawischer Bürgerkrieg, zweite Runde
9. "Ein Haufen irrsinniger Wüteriche" Erfolgsbedingungen der Conquista (Skandal Columbus, Teil 2)
10. 500 Jahre: Feiern oder Demonstrieren? von Mumia Abu Jamal
11. Die spanische Demokratie feiert
12. "500-Jahr-Feier" und Umstrukturierung in Andalusien
13. Klassenkämpfe in der "Islamischen Republik" und das Schweigen des Eurozentrismus
14. Wahlkampf auf den Philippinen. "People Power" oder "Die Vertagung des letzten Gefechts" - Rainer Werning
15. Nach den Wahlen in Italien: Zurück zum historischen Kompromiß?
16. "There"s No Escape!" Zur Parlamentswahl in Großbritannien - Eckhard Voss
17. Wahlen in Nordirland: Der Krieg geht weiter
18. Baden-Württemberg: Oppositionsmonopol für die Faschisten
19. Umbruch der Parteienlandschaft. Betrachtungen zu den Wahlen - Wolfgang Gehrcke
20. REPs und DVU: Nazis und Neonazis
21. Eintagsfliegen oder deutsche Normalität? Rechte Erfolge bei den Landtagswahlen
22. "Drahtzieher im Braunen Netz". Buchbesprechung
23. NPD-Erfolge 1965 bis 1969
24. Auf dem rechten Auge blind. Wie geht die Justiz mit rechten Gewalttätern um?
25. Abtreibungspille nur unter staatlicher Kontrolle?
26. Korrektur zu "Bremer Drogenpolitik", ak 341
27. Haschisch vor der Freigabe? Ein Gericht stellt sich der Realität massenhaften Cannabiskonsums
28. Zweite Weltmenschenrechtskonferenz der UN
29. Es gab nicht nur den bewaffneten Kampf. Antwort auf "Unser Kampf für das Leben" von Norbert Hofmeier, Knast Bochum
30. "Es gibt in den RZ verschiedene Tendenzen." Stellungnahme eines Teils der RZ zum Papier zum Tod von Gerd Albartus
31. "Das hier ist nur ein Anfang ..." Dokumentation der RAF-Erklärung vom 10.4.92
32. "Es kann nicht mehr so weitergehen wie bisher." Einige Anmerkungen zum RAF-Papier vom 10.4.92
33. Dem Volke dienen. Der ideologische Gau der RAF
34. "Wir brauchen die Mythen nicht, die uns nur verkleinern wollen ..." Betrachtungen zu "Die Ästhetik des Widerstands" (Teil 1)
35. Wir fordern ein Existenzgeld und garantiertes Mindesteinkommen für alle Menschen!
36. "Inszenierter Anti-Antizionismus"? Eine Antwort (auf "Modischer Anti-Antizionismus", ak 341)
37. Der Abwicklungsfall Heinrich Fink (Sonderausgabe von "Utopie kreativ)
38. Störenfried. Ein Buch über die neuere Geschichte der DDR-Opposition
39. Riots in den USA. Die "Rassifizierung" der sozialen Konkurrenzkämpfe spitzt sich zu von Günther Jacob
40. aufgeblättert
41. KALENDER

42. Antifa im Kriegsgefangenenlager
43. Klassenkämpfe im Land der Mullahs
44. Hanseatische Vernunft gegen orthodoxe Juden
45. RAF: "An alle"
46. Krieg um Sarajevo
47. Scharfer Wind von rechts
48. Offen rassistische Wahlen
49. Ästhetik

1. Streiks gegen "Sparen, Schweiß und Tränen"

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/streik.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:streik

Hunderttausende an Warnstreiks im Öffentlichen Dienst und der Metallindustrie Beteiligte, das Scheitern der Tarifkämpfe bei den Medien/Druck und in der Bauindustrie, - es überrascht nicht nur die Eskalation der Tarifauseinandersetzungen und das potentielle Übergreifen auf viele Bereiche, es überrascht noch mehr das Engagement und die Streikbereitschaft.

Urabstimmungsergebnisse knapp unter den Wahlergebnissen der DDR (96,6% der gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner, 95,4% bei der Post, 88,9% im Öffentlichen Dienst, selbst bei der DAG stimmten 74,7% mit Ja) waren bereits deutliches Zeichen für die Streikbereitschaft. Die erste Welle der Warnstreiks hat gezeigt, daß mehr als demonstrativer Protest möglich ist. Überraschend ist dies deswegen, weil diese Streiks nicht allein wegen der Demagogie von den dem Gesamtwohl verpflichteten Staats"dienern" unpopulär sind, sondern auch gegen das Trommelfeuer der Regierenden, Parteien, Medien und der Wirtschaft vom bevorstehenden Kollaps zu bestehen hat. Insofern widersprechen die Aktionen dem allseits beschworenen nationalen Interesse ebenso, wie der "Solidarität mit dem Osten" (Kohl).

Die öffentlichen Gewerkschaften konnten relativ gut bezahlte Schleusenwärter und Müllarbeiter ebenso mobilisieren, wie Beschäftigte bei der Bahn, im Nah- und Flugverkehr, Behörden- und Theaterangestellte und schlecht bezahlte Krankenhaus- und Postangestellte. Jenseits der großen Schicht gutverdienender Wohlstandsbürger, mehren sich nicht nur im Osten, sondern auch im Westen die Belastungen für die Durchschnitts- und Minderverdiener, die den Lebensstandard senken. Bereits vor einem halben Jahr erklärten zwei Drittel, für sie sei die Grenze der Belastbarkeit erreicht.

Die "Solidarabgabe" von 7,5% auf die Steuer hat zusammen mit der Steuer"reform" die Steuerbelastungen der abhängig Beschäftigten um ca. 24% erhöht (überwiegend Lohnsteuer), während Finanzminister Waigel zugleich plant, den Spitzensteuersatz auf 46% zu senken. Fällt die "Solidarabgabe" am Jahresende weg, wird sie von einer einprozentigen Mehrwertsteuer abgelöst, die für den Durchschnittsverdiener eine Verdoppelung der Abgabe bringen wird. Preissteigerungen von 4,8% im März 1992 (1991: 3,6% im Westen, 13,6% im Osten) schlagen vor allem bei den Lebenshaltungskosten, Mieten, Fahr- und Energiepreisen durch. Die Rentenerhöhung von 2,7% liegt bereits erheblich darunter. In einem Kraftakt will die Bundesregierung jenseits sonstiger Einsparungen (Subventionskürzungen) jährlich 30-40 Milliarden DM bei den Wessis einsparen. Diese Zahl wird um so mehr nach oben korrigiert werden müssen, wie die Staatseinnahmen aufgrund der viel zu optimistischen Wachstumsprognose von 2,5% (selbst die regierungstreuen Forschungsinstitute gehen nur noch von +1% aus) geringer ausfallen werden. Zugleich soll sie die Rahmenbedingungen der Unternehmen verbessern, die mit der Senkung der bereinigten Lohnquote von 72% der Arbeitnehmeranteile am Volkseinkommen im Jahr 1981 auf 66,2% 1990 nicht zufrieden sind.

Eine "Republik der Egoisten" hatte die "Wirtschaftswoche" im März im Westen ausgemacht. Wo die Propagandisten der freien Marktwirtschaft, der Konkurrenz, Leistungsfähigkeit und Effizienz die Solidarität und das Teilen einklagen, ist Sympathie mit den Subjekten ihrer Begierden angezeigt. In der Tat hat die nationale Klammer bislang nicht ausgereicht, ideologisch auf alle Lebensbereiche der Deutschen soweit durchzuschlagen, daß sie auch zu den erwünschten materiellen Opfern bereit sind. Darin haben sich Kohl und seine Deutschlandexperten, die statt Opfer zu predigen, populistisch deutsches Paradies versprachen, verrechnet. Daß die harte Haltung der öffentlichen Arbeitgeber mehr in dem Wunsch nach einem grundsätzlichen Durchbruch für mehr Opferbereitschaft, als in der materiellen Differenz von ca. 2,5 Milliarden DM, die zwischen Angebot und Schlichtung liegen, begründet ist, liegt nahe, da ein Streik in kurzer Zeit erheblich höheren materiellen Schaden anrichten wird. Es geht auch um eine verschärfte Gangart für Einschnitte beim Lohn und sozialen Leistungen. Die Deregulierung der Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft soll mit mehr Nachdruck auf den Weg gebracht werden: Ob Kohl die Verlängerung der Arbeitszeit vorschlägt, aus der CDU die Einführung der Karenztage erneut aufgeworfen wird, Arbeitgeberverbände tarifpolitische Öffnungsklauseln fordern und Arbeitsmarktpolitiker ABM-Verträge unter Tarif planen. Nichtsdestotrotz bleibt als Hemmnis der wahlpolitische, auf Machterhalt orientierte Opportunismus der Regierenden, der bislang alle Pläne verschärfter Deregulierung immer wieder gebremst hat. So auch jüngst wieder der Reibungsverlust für die Volksparteien bei den Landtagswahlen.

"Teilen verbindet". Das in den Gewerkschaften umstrittene 1. Mai-Motto des DGB ist mehr der Zukunft zugewandt, als es die Streiks derzeit glauben machen. Bereits jetzt hat eine neue Phase des Verteilungskampfes in der Bundesrepublik begonnen. Zwar ist es nicht neu, daß Tarifrunden in Zeiten der Rezession im Zeichen des - zumindest tendenziellen - Ausgleichs von Reallohnverlusten stehen. Doch war dies über die Nachkriegsjahre betrachtet die Ausnahme. In der Regel haben die Gewerkschaften ihrer Klientel einen relativen Anteil am Wohlstandszuwachs garantieren können. Das neue am heutigen Abwehrkampf gegen die Reallohnverluste (1991: 1,8% im Westen, 2,1% im Osten) ist der Trend. Die bevorstehenden "sieben mageren Jahre" (Lothar Späth) markieren den Wechsel vom Tarifkampf um die Verteilung des "Kuchens", hin zur "Verteilung der Wohlstandsverluste" (Spiegel). Trotz aller öffentlichen Rhetorik gegen das Unmaß der Tarifforderungen sind die Gewerkschaften bereits in dieser Abwehrstellung befangen. Sowohl bisherige Tarifabschlüsse 1992 - 5,9% für Stahlarbeiter, 6,4% bei den Banken - als auch die konkrete Streitdifferenz im Öffentlichen Dienst, zwischen 4,8% Angebot der Regierenden und 5,4% von den öffentlichen Gewerkschaften akzeptiertem Schlichterspruch, können den Trend nur abschwächen, nicht aufhalten. Ein Ende ist deswegen nicht absehbar, weil - siehe das Mai-Motto - die Gewerkschaften prinzipiell bereit sind, das von ihnen verteidigte Modell vom "Industriestandort Deutschland" und seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit zum Erhalt der ökonomischen Spitzenstellung Deutschlands zu verteidigen. Sie sind nicht nur bereit dazu, sie propagieren es. Insofern machen sie sich auch abhängig von "Notwendigkeiten", die sich aus den Folgen der deutschen Vereinigung und den Zielen der ökonomischen und außenpolitischen Expansion ergeben.

Selbstverständlich ist das Gerede von der Überschuldung Demagogie. Von Zusammenbruch keine Spur, auch wenn sich Zahlen des Anstiegs der Staatsausgaben für Zinszahlungen von 67,6 Milliarden DM 1989 auf in diesem Jahr ca. 125 Milliarden und für 1995 geschätzte 172 Milliarden DM sehr eindrucksvoll ausnehmen. Bedrohlich wird dies nur vor dem Hintergrund des Staatsziels Nummer Eins, die Spitzenposition der deutschen Wirtschaft nicht zu gefährden. Um sie zu erhalten, sind die vielzitierten Opfer allerdings Bedingung. Die Einsicht hierin ist bei allen relevanten gesellschaftlichen Kräften, inklusive der teilbereiten Kreise des DGB vorhanden. Ob nun "runde Tische", die "große Zusammenarbeit" aller oder eine Große Koalition Engholms Wahlauswertung von "Sparen, Schweiß und Tränen" hat die grundsätzliche Bereitschaft der Sozialdemokraten hierfür signalisiert. Politisch werden zur Zeit die Schützengräben für alle Stellungen, inklusive der, daß sich die FDP mit ihrem innerparteilichen Beben auch für sozialliberal fit gemacht hat, ausgehoben. Zwischen der Streikbereitschaft der Gewerkschafter auf der Straße und den Strategen in den DGB-Chefetagen besteht scheinbar Übereinstimmung. In der Führung hat der Streik aber auch die machtpolitische Komponente, Stärke und Durchsetzungsfähigkeit zu demonstrieren, um als gewichtiger Faktor bei der gemeinsamen nationalen Anstrengung anerkannt zu werden. Akzeptiert die Bundesregierung dies, wird der Kompromiß im Öffentlichen Dienst sehr schnell herzustellen sein. Daß die Gewerkschaften von ihrer einstmals propagierten qualitativen Tarifpolitik genauso weit entfernt sind, wie von ihrer Interpretation, daß Teilen die Solidarität "der da unten" gegen "die da oben" meine, hat die ÖTV selber demonstriert. Sowohl ihr Verzicht auf eine sozialere Festgeldforderung, als auch die unterschiedliche Bezahlung ihrer eigenen Beschäftigten im Osten (ÖTV-Bedienstete im Osten erhalten 65% Lohn) veranschaulicht dies. Das alles spricht nicht gegen die Streiks, könnte aber darauf verweisen, daß nach den mehr oder weniger großen Streiks dieses Jahres die Luft erst einmal abgelassen ist. Und dann geht's ans Teilen der da unten für die da oben.

hr.

2. UN-Boykott gegen Libyen: Die "Kreuzritter" reiten wieder

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Libyen · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:10

Am 15. April begann auf Beschluß des UN-Sicherheitsrates ein Boykott Libyens. Einen "wichtigen Sieg" im Kampf gegen den Terrorismus nannte der britische Außenminister Hurd diesen Beschluß. (1) Die neue Weltordnung hat in Gaddafi einen alten Feind wiederentdeckt. Der Boykott, den die USA, Großbritannien und Frankreich initiiert haben, wird mindestens eine Fortsetzungsgeschichte von Reagans Politkrimi gegen seinen Lieblingsschurken Gaddafi werden. Noch ist das ganze mehr ein "symbolischer" Boykott. Doch wenn Libyen die gewünschten sechs Personen, darunter einen Schwager Gaddafis, nicht bedingungslos an Frankreich, Großbritannien und die USA ausliefert, droht als nächste Stufe der Wirtschaftsboykott, und schließlich könnte das ganze bis zu einem neuen UN- Krieg ausgeweitet werden. Der Beifall der Massen in der "zivilisierten" Welt gilt schon heute als gesichert. Gaddafi nannte das einen neuen christlichen Kreuzzug gegen die arabische Welt. Die hiesige Presse reagierte entsprechend "empört", auch wenn kaum jemand bestreitet, daß es weniger um "Recht und Gesetz" sondern vielmehr um eine erneute Machtdemonstration geht.

Mitte November 1991 legten britische und US-amerikanische Behörden und Geheimdienste einen 60-seitigen Bericht vor, wonach Amin Chalifa Fuheima und Abd el-Bassit Ali el-Mikrahi, beide Mitarbeiter des libyschen Geheimdienstes, für den Absturz des Pan-Am-Jumbos verantwortlich zu machen sind, der am 21. Dezember 1988 in Schottland bei Lockerbie mit einer Bombe im Gepäck zur Explosion gebracht worden war. Bei diesem Terrorakt kamen sämtliche 259 Insassen, darunter sechs CIA-Agenten, und elf Dorfbewohner ums Leben. Es hatte keine Bekenner und jahrelang nur Mutmaßungen über die Täter gegeben.

50 Mio. Mark hatte die teuerste Kriminaluntersuchung der Geschichte gekostet: Auf 2.200 Quadratkilometern wurden vier Millionen Einzelteile eingesammelt, 180.000 davon im Labor untersucht. Die daraus bisher vorgelegten Beschuldigungen gegen die Libyer bezeichneten die Ankläger vor dem UN-Sicherheitsrat als "ausreichende Beweise". Was davon veröffentlicht wurde, ist allerdings vergleichsweise dünn: Laut US-Generalstaatsanwalt William Barre stammt ein gefundener Mikrochip des Zeitzünders von einer Schweizer Firma, die diese an den libyschen Geheimdienst geliefert hatte; der Fetzen einer Hose, in die die Bombe eingewickelt gewesen sein soll, stamme aus einer Boutique in Malta, und el- Mikrahi habe sie dort gekauft. (2)

Der vom UN-Sicherheitsrat gegen Libyen verhängte Boykott des Luftverkehrs, der Waffenexporte und die Reduzierung des diplomatischen Korps begannen exakt fünf Jahre nach Reagans Bombenüberfall auf Tripolis und Bengasi. Damals war das noch von Protestaktionen der Linken und der Friedensbewegung begleitet. Der Bombenangriff auf Libyen war ein Racheakt für die Bombenexplosion in der Berliner Diskothek "La belle". Dabei waren zwei US-Soldaten in Berlin umgekommen, 200 Verletzte hatte es gegeben. Der Anschlag war Libyen angelastet worden. Ziel der Bombardierung Libyens war es, Gaddafi auszuschalten, es traf aber seine Adoptivtochter und 40 andere Libyer. Lockerbie soll nun der Racheakt Libyens dafür gewesen sein.

Frankreich kam ins Spiel, weil im September 1989 eine französische Maschine über dem Niger in Afrika mit dem gleichen Zeitzünder gesprengt worden ist. Dieser Sprengstoffanschlag gilt als Racheakt für den Krieg im Tschad. Dort haben Frankreich und Libyen lange Zeit unterschiedliche Parteien unterstützt. In direkter militärischer Konfrontation mit Frankreichs Truppen hatte Libyen im Tschad den Krieg schließlich verloren. (3)

"Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden." (Art. 16, Abs. 2 GG)

Noch nie hatte der UN-Sicherheitsrat von einem Land die Auslieferung eines Bürgers verlangt, da der Schutz seiner Bürger bislang als allgemeines Souveränitätsrecht eines Staates galt und dies z.B. im Grundgesetz der BRD völlig eindeutig geregelt ist. Trotzdem hat der UN-Sicherheitsrat beschlossen, daß Libyen "als Beitrag zur Eliminierung des internationalen Terrorismus unmittelbar und effektiv den Gesuchen (der USA, Großbritanniens und Frankreichs) entspricht". Außerdem soll Libyen für die "Beibringung aller zugehörigen Beweise" gegen sich selbst sorgen und schon jetzt wurde festgelegt, daß Libyen die Opfer zu entschädigen hat. Immerhin fordern allein die Angehörigen 13 Mrd. DM. (4) Zudem soll Libyen durch nicht näher benannte "konkrete Handlungen" unter Beweis stellen, daß es auf "alle Formen" terroristischer Handlungen verzichten wird. (5) "Kann sich jemand vorstellen, wie es wäre, wenn Libyen die Auslieferung der Verantwortlichen für diese Tat verlangte (gemeint ist die Bombardierung Libyens von 1986 - Anm. AK), um sie selbst vor Gericht zu

stellen," fragte der libysche Botschafter in Den Haag. (6) Gaddafi hätte damit nur den Ruf eines der größten Sprücheklopfer der Geschichte festigen können, ist unsere Meinung dazu.

Wie ist ein solcher Beschluß, der jeder Form von internationalem "Recht" Hohn spricht, zustandegekommen? Beim ersten Anlauf im Januar wurde vom UN- Sicherheitsrat die Beschlußfassung um eine Woche verschoben. Die blockfreien Staaten Kapverden, Marokko, Zimbabwe, Ecuador, Indien und Venezuela bemühten sich darum, dem Generalsekretär der UNO als "neutraler Person" in diesem Konflikt eine stärkere Rolle zuzuspielen. (7) In diesem Sinne hat Libyen im März - ohne Erfolg - angeboten, der UN-Generalsekretär Butros Ghali solle eine unabhängige Untersuchungskommission einberufen, deren Spruch man sich beugen werde. (8) Am 22.1.92 beschloß der Sicherheitsrat zwar noch keinen Boykott, aber forderte von Libyen, "umgehend" an der Aufklärung der Anschläge mitzuwirken. Würde dem bis Ende Februar nicht Folge geleistet, würden sie die Verhängung eines Luftfahrt- und Erdölembargos des Sicherheitsrates verlangen, erklärten die Initiatoren USA, Großbritannien und Frankreich. (9)

Kein Kompromiß

Es folgte eine lange Kette von Bemühungen Libyens, zu einem Kompromiß zu kommen. Weil hier Libyen sowieso niemand glaubt und Gaddafi bisher niemals einen Beweis seiner Kompromißbereitschaft antreten konnte oder mußte, werden in den hiesigen Medien Gaddafis politische Aktivitäten in diesem Zusammenhang gern als Hinhaltemanöver dargestellt. Auch die "taz" sprach zum Beispiel von einem "Eiertanz" Gaddafis. (10)

Schon im November 91 erbat der oberste libysche Gerichtshof von den zuständigen Stellen in Großbritannien und den USA die Anklageunterlagen. Anfang Dezember erklärten die zuständigen Volkskomitees ihr Einverständnis mit einer gemeinsamen und internationalen Untersuchung für diesen Fall. Auch Angehörige der Opfer und Menschenrechtskommissionen sollten mit Anwälten und Vertretern an der Untersuchung teilnehmen. (11)

Im französischen Fernsehen erklärte Gaddafi, "er habe keine Einwände, daß die vier (beschuldigten; ANM. AK) Libyer vor einem französischen Gericht erscheinen. Eine Auslieferung (...) an die USA und Großbritannien komme aber nicht in Frage. (...) Die von Paris gesuchten vier Libyer (...) hätten ‚allgemein bekannte Funktionen' inne und müßten sich ihrer Verantwortung stellen." (12)

Libyen rief den internationalen Gerichtshof der UN an, um eine einstweilige Verfügung zu erreichen, und sein Recht einzuklagen, die Verdächtigen selbst vor ein Gericht stellen zu können. Vor dem Gerichtshof in den Haag wies Libyen alle Anschuldigungen zurück, seine Regierung sei für das "verabscheuungswürdige Attentat von Lockerbie" verantwortlich. Man wolle nach dem Abkommen von Montreal aus dem Jahre 1971 die mutmaßlichen Attentäter selbst vor Gericht stellen. Außerdem stünden die beiden Personen noch immer der Arabischen Liga für ei- nen internationalen Prozeß zur Verfügung. (13)

Ursprünglich sollten die Angeklagten schon vor Prozeßbeginn an die Liga ausgeliefert worden sein. Die Darstellung der Geschichte darum ist widersprüchlich: Während die einen behaupten, Libyen habe beim Besuch der Liga-Vertreter ihre Auslieferung zumindest vor einer Entscheidung des Haager Gerichtshofes abgelehnt (14), liest man in anderen Quellen, daß die übrigen arabischen Länder und vor allem Ägypten, wo die Arabische Liga ihren Sitz hat, "dankend" abgelehnt haben, die Rolle Libyens in dem Konflikt mit den USA zu übernehmen. (15) Ägypten wiederum dementierte wenige Tage später die Aussage Gaddafis, daß die Arabische Liga die Überstellung abgelehnt habe. (16) Keiner wollte es gewesen sein, da ließ man lieber Libyen im Regen stehen.

Libysche Massen in Bewegung

Der Vertreter der USA in Den Haag, Williamson, (Pardon: er trat als Vertreter der "internationalen Gemeinschaft" auf) hielt es für eine "in der Geschichte einmalige Situation", daß ein Land die Autorität des Sicherheitsrates durch eine andere UN-Institution, nämlich das Haager Gericht, zu untergraben suche. (17) Britische und US-amerikanische Diplomaten hatten verlauten lassen, man werde sich eh nicht an einen Gerichtsbeschluß aus Den Haag halten, der nicht wunschgemäß ausfalle. (18) Ganz in diesem Sinne verlangten die Initiatoren am 27.3.92, während des laufenden Prozesses, vom Sicherheitsrat einen Beschluß, in zwei Tagen den Boykott gegen Libyen zu beginnen. Dieser konnte sich zwar nicht zu einem Protest, aber zu

einer Verschiebung auf den 15.4. als Boykott-Beginn aufraffen. (19) Zehn Vertreter stimmten für die Resolution; China, Marokko, Indien, die Kapverden und Zimbabwe enthielten sich der Stimme. (20)

Das ganze hat die Mächtigen dieser Welt einige "demokratische" Überzeugungsakte gekostet. China wurde mit Entzug der Meistbegünstigungsklausel (sprich einem Handelsboykott) gedroht, wenn es sich gegen die Resolution wende, behauptete die "New York Times", was das US- Außenministerium natürlich dementierte. (21) Aufgrund von alten Abmachungen mit der Sowjetunion sind zwar noch 3.000 Militärausbilder in Libyen; Rußland und die übrigen GUS-Staaten sind aber von westlicher Hilfe vollkommen abhängig. Marokko hat wegen seiner Westsahara- Politik klein beigeben müssen, der Jemen ließ sich vor Ort vom britischen Außenminister "überzeugen" usw. (22)

Am 2.4.92 kam es in Libyen daraufhin zu Massenkundgebungen vor den Botschaften der betreffenden Länder (die USA und Großbritannien haben ihre diplomatischen Beziehungen zu Libyen schon vor Jahren abgebrochen). An den Botschaftsgebäuden der fünf Staaten, die sich der Stimme enthalten hatten, wurden Girlanden angebracht, die übrigen waren Gegenstand wütender Proteste. Die Botschaft Venezuelas brannte bis auf die Grundmauern nieder, in die russische Gesandtschaft wurde Tränengas geworfen. Gaddafi riet den Diplomaten, ihre Botschaften aus Sicherheitsgründen zu räumen, die Libyer rief er dazu auf, "sich zurückzuhalten". Prompt folgte noch am selben Tag die einstimmige Verurteilung Libyens durch den Sicherheitsrat. Venezuela sprach von einem "kriminellen terroristischen Akt", und ausgerechnet ein russischer Diplomat erklärte: "Nichts geschieht hier ohne Anweisung. Wenn die Polizei die Demonstration hätte verhindern sollen, dann hätte sie es auch getan." Immerhin hatte es Dutzende von Verletzten durch die Polizei gegeben. (23)(24)

Libyen warnte die Staaten, die für den Boykott gestimmt hatten, vor "negativen Konsequenzen für ihre Wirtschafts- und Handelsinteressen". Sie sollten ihre Bürger heimholen, ihre Niederlassungen schließen und die Beziehungen mit Libyen beenden. (25) Der Boykott führe zu einem "Klima von Instabilität und Spannungen" und heize "extremistische religiöse Gefühle" an. (26) Die europäischen Staaten wurden um Vermittlung gebeten. Gegenüber einer französischen Zeitung bot Gaddafi an, nach Paris zu kommen, um eine Lösung in dem Konflikt mit der UN zu finden. (27)

Am 7.4. traf der Sonderbeauftragte der UN, Wladimir Petrowski, in Libyen ein, parallel tagte die Arabische Liga und kündigte ein offenbar zusammen mit Libyen erarbeitetes Kompromißangebot an. Sie erklärte ihr Bedauern darüber, daß der Sicherheitsrat den Bemühungen der Liga nicht genügend Bedeutung beimesse. Wörtlich hieß es: "Die Ausführung der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates gegen Libyen ist ungerecht und mißachtet die Charta der Vereinten Nationen." (28) Libyen bot erneut an, die beschuldigten Personen an ein neutrales Land auszuliefern. Im Gespräch war anfangs Tunesien. Malta hatte dann sogar eine Zusage gegeben, die Beschuldigten aufzunehmen und den Ort für das Untersuchungsverfahren zu stellen, falls der Sicherheitsrat zustimmen würde. (29) Doch all das nützte gar nichts, pünktlich einen Tag vor Boykottbeginn wies der internationale Gerichtshof in Den Haag die Klage Libyens mit elf gegen fünf Stimmen ab. Im wesentlichen erklärte sich der Gerichtshof für nicht zuständig bei Beschlüssen des Sicherheitsrates, solange diese nicht gegen die UN- Satzung verstießen. Laut UN-Charta seien Beschlüsse des Sicherheitsrates höher anzusiedeln als Beziehungen zwischen zwei Staaten, für die der Gerichtshof zuständig wäre.

In Erwartung eines negativen Bescheides hatte Libyen bereits einen Tag zuvor, am 14.4., einen Staatstrauertag zur Erinnerung an die Bombardierungen 1986 angesetzt und dabei alle internationalen Beziehungen gekappt. Am 15.4. begann der internationale Boykott, und damit dürfte die Tragödie ihren Lauf nehmen.

Eine arabische Einheitsfront?

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich auch die arabischen Länder bisher brav an den Boykott gehalten haben, obwohl es allgemein heißt, daß kein einziges Land damit einverstanden ist. Auch Syrien, das zu Boykott-Beginn gleich seine unverbrüchliche Bruderschaft mit Libyen angekündigt hatte, ist mit seinen angeblichen Bemühungen, aus der Boykottfront auszuscheren und demonstrativ ein Flugzeug nach Libyen zu schicken, kläglich "gescheitert", weil die Nachbarländer ihren Luftraum für den Flugverkehr gesperrt hielten. (30) Der Irak und der Sudan sind die einzigen Länder geblieben, die den Boykott offen ablehnen. (31) Ägypten will zwar keinen Druck auf Libyen ausüben, sich aber strikt an die UN-Beschlüsse halten. So konnte denn

Gaddafi am 17. April nur "zu Fuß" mit seinem Rolls-Royce Ägypten zu einem Staatsbesuch erreichen. (32)(33) Allgemein wird jedenfalls davon ausgegangen, daß sämtliche arabischen Regierungen vom neuen US-Kurs nicht begeistert sind, und es ist die Frage, wie weit sie "pflichtschuldig" sich dem UN-Kurs der USA beugen müssen.

Alle Spuren enden im Geheimdienstsumpf

Unabhängig von der Tatsache, daß hier einseitig für "zweitklassige" Staaten internationales Recht aufgehoben wird, weil es den Mächtigen so gefällt, wollen wir hier die Frage der konkreten Beschuldigungen betrachten.

Niemand außer dem beschuldigten Libyen selbst, das seine Unschuld beteuert, wird ernstlich anzweifeln, daß die Vorwürfe gegenüber den betreffenden Personen oder auch die Beteiligung libyscher staatlicher Institutionen zutreffen könnten; dazu hat es bislang zu viele Vorfälle dieser Art gegeben. Libyen selbst hat vor einigen Jahren verkündet, daß es keinerlei terroristische Aktionen unterstützen werde. Es soll fünf Ausbildungslager für ausländische Freiheitskämpfer geschlossen haben, und es hat die Unterstützung der IRA eingestellt. Nach wie vor soll dort aber zum Beispiel die Abu-Nidal-Gruppe ihr Domizil haben. (34)

Andererseits sind die Beschuldigungen davon geprägt, daß es die Ankläger überhaupt nicht für nötig erachten, konkretere Beweise vorzulegen. Bei arabischen Potentaten sind Beweise offenkundig "nicht so wichtig". Innenpolitisch bringt es allemal Pluspunkte. International nutzt man die eigene absolute Machtstellung. Die Spatzen pfeifen es allerorts von den Dächern, daß die Vorwürfe benutzt werden, um eine erneute Machtdemonstration gegenüber den arabischen Ländern in Gang zu setzen.

Ursprünglich hatte man eine ganz andere Spur verfolgt: Drei Jahre lang war die von Syrien gestützte "Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando" (PFLP-GC) unter Ahmad Dschibril als Attentäter verdächtigt worden. Der Auftrag sollte von der iranischen Regierung stammen, die sich damit für den Abschuß eines iranischen Airbusses durch die US-Luftwaffe habe rächen wollen. Im Juli 1988 waren dabei 290 Iraner umgekommen. Man hatte schon im Dezember 1989 einen entsprechenden Täter vorzuweisen, nämlich den PFLP-Mann Abu Talb, der inzwischen im schwedischen Knast saß. Abu Talb galt damals als Käufer der Hose in Malta. Die These von der palästinensischen Urheberschaft wird nach wie vor vom BKA vertreten, das sogar zwei Monate vor Lockerbie Bomben des entsprechenden Typs, die nun als "Beweis" für die libysche Spur gehandelt werden, bei der Verhaftung einer dreizehnköpfigen Palästinenser-Gruppe in Frankfurt gefunden hatte. Bei dieser These blieben auch die israelischen Stellen, die ganz offen behaupten, die USA hätten aus politischen Gründen diesen Verdacht fallengelassen. Auf einer Pressekonferenz in Beirut meldet sich auch Ahmad Dschibril zu Wort und kündigte sogar juristische Schritte gegen die USA an: Drei Jahre lang habe man sie verdächtigt. "Nun schieben sie die Verantwortung Libyen zu, morgen ist es vielleicht der Iran. Diese Leute wechseln ihre Opfer wie ihre Hemden." (35) Kurz darauf bot Dschibrils Gruppe Libyen seine Kommandos zum Kampf gegen die USA an, womit dann zumindest im nachhinein der US-These, daß Libyen für die Terroranschläge verantwortlich sei, "Recht" gegeben werden könnte. (36) Israel zufolge ist der Boykott gegen Libyen zu begrüßen, er sollte aber zumindest auf Syrien und den Iran ausgeweitet werden, bzw. "gegen alle totalitären Länder, die Atomwaffen erwerben und den internationalen Terrorismus unterstützen", erklärte der stellvertretende Außenminister Netanjahu am 15.4.92 in einem Rundfunkinterview. (37) Israel gehört nach eigener Ansicht natürlich nicht in diese Kategorie.

Insgesamt erinnert die Story viel weniger an einen Western, wo Gut gegen Böse kämpft, sondern sehr viel stärker an einen Film über rivalisierende Gangsterbanden. Auf der einen Seite behauptete jüngst die britische Zeitung "The Independent on Sunday", daß ein libyscher Geheimdienstmensch bereit stünde, für die britische und amerikanische Version auszusagen. (38) Auf der anderen heißt es im "Spiegel", daß möglicherweise der CIA-Agent Terpil, der jetzt in libyschen Diensten vermutet wird, für die Bomben verantwortlich sein soll, was die Amerikaner vertuschen möchten. (39) Das US-Magazin "Time" nimmt die offizielle Version völlig auseinander. Danach war es doch die Gruppe um Dschibril, die den Anschlag im Auftrag des Iran durchgeführt hat. Entscheidend geholfen habe eine Drogenmafia, die vielleicht sogar aus Eigeninteresse handelte, um eine CIA-Crew an Bord zu beseitigen, die sich auf dem Wege vom Libanon zurück in die USA befand. Entweder wußte sie zuviel über den Rauschgiftweg vom Libanon in die USA oder zuviel über die Geiseln im Libanon. Der Bombenkoffer soll danach nicht aus Malta gekommen sein, was im übrigen mit der Version Maltas und des BKA übereinstimmt. Ein syrischer Drogenhändler soll den Bombenkoffer direkt in Frankfurt an Bord gebracht haben. Dieser wiederum war gleichzeitig Antidrogen-Agent der USA und Haupthelfer für die USA gewesen,

Waffen in den Iran zu schmuggeln. Die Sicherheitsbehörden hätten den Koffer vielleicht sogar für einen "legalen" Drogenkoffer gehalten. Interessant ist bei der Story auch, daß sie Libyen nicht völlig entlastet, sondern als Unterstützer der Dschibril-Gruppe wieder ins Spiel bringt und somit der Geheimdienstversion Israels oder des BKA's nahekommt. (40)

Geschichte eines nicht-erklärten Krieges

Wirkungsvoller als die Geheimdienstverwicklungen ist der Kleinkrieg, den beide Seiten seit 20 Jahren führen. Die Liste der bisherigen Zusammenstöße läßt sich mühelos verlängern.

Frankreich verlangt von Libyen außerdem die Auslieferung des Palästinensers Samir Ahmed Khadir, der einen libyschen Paß besitzt. Er soll mit drei weiteren Palästinensern im Juli 1988 am Anschlag gegen das Kreuzfahrtschiff "City of Poros" beteiligt gewesen sein, bei dem neun Menschen, darunter drei Franzosen, ums Leben kamen. (41)

Auffällig oft wurde in letzter Zeit behauptet, Libyen habe versucht, sowjetische Atomtechniker anzuwerben, nachdem es jahrelang ruhig um die libyschen Atombombenambitionen geworden war. (42)

Ins Schußfeld war Libyen geraten, weil die von der BRD gelieferte chemische Fabrik in Rabda nach libyscher Darstellung zwar für Arzneimittel, den westlichen Geheimdiensten zufolge aber zur Chemiewaffenproduktion benutzt worden sein soll. Es gab schon Szenarios für einen erneuten Bombenüberfall. Anfang 1989 war einmal mehr die US-Marine vor Libyens Küste aufgetaucht und hatte dabei zwei libysche MiG 23 abgeschossen. (43) Nach einem Brand in der Fabrik ist es um Rabda ruhig geworden.

In Libyen hat sich am 21.2.92 eine "Vereinigung der Familien der Opfer des libysch-arabischen Passagierflugzeuges" gebildet, die von Israel Entschädigungszahlungen verlangt. Der Sohn des früheren libyschen Informationsministers, der beim Absturz ums Leben gekommen war, verlangt 50 Mio. DM von Schamir. Das Passagierflugzeug kam am 21.2.1973 beim Anflug auf Kairo vom Kurs ab und flog in Richtung auf die israelisch besetzte Halbinsel Sinai. Als es auf Warnungen nicht reagierte und wieder in Richtung Kairo abdrehte, wurde es abgeschossen. 108 von 113 Insassen kamen ums Leben. (44)

Immer noch nicht aufgeklärt ist der Absturz einer italienischen Verkehrsmaschine über Süditalien am 27.6.1980, bei dem 81 Menschen ums Leben kamen. Eine Untersuchungskommission des italienischen Parlaments hat zwar elf Jahre danach, 1991, einen Bericht entgegengenommen, aber noch kein Ergebnis vorgelegt. Zeitweise hatte man einen libyschen Piloten verdächtigt, der über Italien abgestürzt war. Andererseits hält sich hartnäckig der Verdacht, daß es sich um den Versuch eines NATO-Kommandos gehandelt hatte, Gaddafis Flugzeug abzuschießen. Statt dessen war dann aber die verspätete italienische Linienmaschine ins Visier geraten. (45)

Seit 1977 steht Libyen auf der Liste der Feindländer der USA, lange Jahre gab es regelmäßig Auseinandersetzungen bei US-Manövern innerhalb libyscher Gewässer, bei denen 1981 und 1989 jeweils zwei libysche Flugzeuge abgeschossen und 1986 ein Kreuzer der Küstenwache versenkt wurden.

Ist die Eskalation der Gewalt noch aufzuhalten?

Wohin führt die aktuelle Krise? Spätestens mit dem Beschluß, jeden Kompromiß für Libyen abzulehnen, ist im Sinne einer Beilegung des Konfliktes die Sache vollkommen festgefahren. Unabhängig von den konkreten Beschuldigungen wird allgemein vermutet, daß Gaddafi eine Auslieferung der entsprechenden Personen politisch nicht überleben könnte. (46)

Für die Beschuldigungen seitens der USA und Großbritanniens dürfte mit ziemlicher Sicherheit gelten, daß sie keinerlei internationalem Gerichtsverfahren standhalten würden. Alle Erfahrungen auch in der BRD belegen, daß sich Verfahren auf der Grundlage von Geheimdienstmaterial bestenfalls aus "Staatsraison" halten lassen. Die Verwicklung der eigenen Geheimdienstler in dunkle Machenschaften verhindert hier sicherlich eine Offenlegung.

Man darf getrost annehmen, daß die Betreiber nicht einfach plan- und ziellos in diese Situation geschlittert sind, wie es uns ein "taz"-Kommentar nahelegen wollte. (47) Solche Vermutungen sind schon beim Irak-Krieg nachhaltig widerlegt worden. Da ist zu befürchten, daß Pierre Simonitsch leider recht behalten wird, wenn er schreibt: "Sobald sich die Spirale der Gewalt einmal dreht, ist es schwierig, sie anzuhalten. (...) Mit dem

gleichen Paragraphen wurde der Krieg gegen Irak diplomatisch vorbereitet." (48) Das Schlimme dabei ist, daß dies dann auch noch Beifall in den angeblich so "demokratischen" Ländern findet. Es wäre ein Wunder, wenn sich nicht auch diesmal wieder Alt- und Ex-Linke finden ließen, die für den "freien" und "demokratischen" Westen eine Lanze brechen.

Und noch eine Lehre enthält dieses Stück: Wir wissen es ja nun, die östlichen Geheimdienste und speziell der Stasi waren ein schrecklicher Moloch. In einer öffentlichen Debatte dazu mahnte aber kürzlich Klaus von Dohnanyi, man solle die westlichen Geheimdienste aus der Kritik und Aufarbeitung heraushalten, denn diese seien notwendige Einrichtungen zur Verteidigung der Demokratie. Hier ist der Beweis!

HH

Anmerkungen, Quellen:

1) FR, 2.4.92

2) Spiegel, 18.11.91

3) taz, 23.11.91

4) Time, 27.4.92

5) FR, 2.4.92

6) SZ, 27.3.92

7) taz, 22.1.92

8) FR, 28.3.92

9) taz, 23.1.92

10) taz, 27.3.92

11) s. Dokumentation im Kriminalisierungsrundbrief Nr. 3 vom Februar 92

12) Wiedergabe nach taz, 15.4.92

13) taz, 23.3.92

14) taz, 26.3.92

15) "Wir lehnen diesen Vorschlag ab, weil wir keine Probleme mit anderen haben wollen", zitierte eine ägyptische Oppositionszeitung Mubarak; nach FAZ, 9.4.92

16) FR, 28.3.92

17) FR, 28.3.92

18) taz, 16.4.92

19) NZZ, 30.3.92

20) FAZ, 2.4.92

21) taz, 30.3.92

22) SZ, 5.4.92

23) FR, 3.4.92

24) taz, 4.4.92

25) FR, 4.4.92

26) SZ, 4.4.92

27) FAZ, 6.4.92

28) taz, 9.4.92

29) FR, 15.4.92

30) FR, 21.4.92

31) FR, 18.4.92

32) FR, 16.4.92

33) FAZ, 18.4.92

34) Angaben nach Spiegel, 30.3.92

35) taz, 23.11.91

36) FR, 18.4.92

37) FAZ, 16.4.92

38) FR, 21.4.92

39) Spiegel, 9.3.92

40) Time, 27.4.92; "The untold Story of PAN AM 103"

41) FAZ, 15.4.92

42) FR, 29.1.92

43) s. AK 302, S. 3, vom 9.1.1989

44) FAZ, 7.4.92

45) s. AK 339, vom 10.2.92, S. 19

46) "Eine bedingungslose Auslieferung der zwei Verdächtigen ließe ihn daheim als Schwächling erscheinen. (...) Der Westen (...) sollte dem Oberst aber die Möglichkeit zum Kompromiß lassen, bevor er ihn weiter demütigt und die arabische Seele von Casablanca bis Bagdad zutiefst aufwühlt. Gaddafi ist wirklich keine Lichtgestalt, aber mit einem noch radikaleren Nachfolger wäre niemanden gedient." Thomas Frankenfeld in "Abendblatt", 16.4.92

47) Dominic Johnson schrieb in der taz, am 30.3.: "Das alles zeugt vom Ausmaß der Konzeptionslosigkeit der US- Außenpolitik. Die USA sind dabei, im Nahen Osten vom Antreiber zum Getriebenen zu werden."

48) FR, 2.4.92

3. "The untold story of Pan Am 103" Lockerbie - die Alternativversion

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Libyen · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:13

Wenige Tage nach Beginn der UN-Sanktionen gegen Libyen präsentierte Time International seine Wahrheit über das "Komplott gegen Flug 103": "the untold story of PanAm 103". Die Täter in dieser haarsträubenden Geschichte sind: ein syrischer Waffen- und Drogenhändler und/oder ein palästinensischer Terrorist nebst Spießgesellen; Auftraggeber: "der Iran"; Nutznießer und Mitwisser: Teile der CIA (die Führung?); die Guten (und gleichzeitig Opfer des Anschlags von Lockerbie): die CIA-Agenten McKee und Gannon, die bei ihren Bemühungen um die Freilassung US-amerikanischer Geiseln im Libanon einer in den internationalen Drogenhandel verstrickten CIA-Einheit auf die Schliche gekommen seien. Kleinere Rollen spielen der Mossad, das BKA, der Nazi-Terrorist Otfried Hepp und die Herren Max und Franz-Josef Strauß.

So abenteuerlich diese Version klingen mag - sie ist nicht weniger (un)glaubwürdig als die "offizielle", die sich vor allem auf einen Mikrochip und den Fetzen einer Hose stützt. Wenn wir im folgenden Auszüge aus der Time-Titelgeschichte vom 27.4. dokumentieren, dann soll das nicht mißverstanden werden - "die Wahrheit über Lockerbie" könnte auch ganz anders aussehen.

"Die zentrale Figur der Interfor-Ermittlungen (1) ist ein 44jähriger syrischer Waffen- und Drogenhändler, Monzer al-Kassar. Sein Schwager ist Syriens Geheimdienstchef, Ali Issa Duba, und seine Frau Raghda ist mit dem syrischen Präsidenten Hafez Assad verwandt. Al-Kassar hat viele Pässe und Identitäten. Besonders wichtig: Er war Teil des geheimen Netzwerks, das von US-Oberstleutnant Oliver North geleitet wurde. Während der Iran-Contra-Anhörungen wurde enthüllt, daß al-Kassar 1,5 Millionen Dollar für den Kauf von Waffen erhalten hat. Über al-Kassar befragt, sagte Sicherheitsberater John Poindexter: 'Wenn man Waffen kaufen will, hat man oft mit Leuten zu tun, mit denen man nicht gern essen gehen würde'. Al-Kassars Geschäfte im Libanon - die Vermittlung der Freilassung zweier französischer Geiseln gegen eine Schiffsladung Waffen für den Iran - beobachtete eine frei operierende CIA-Einheit mit dem Code-Namen COREA und Sitz in Wiesbaden. Diese Spezialeinheit soll mit Drogen und Waffen gehandelt haben, um Zugang zu terroristischen Gruppen zu bekommen."

Nach Aussagen des Interfor-Präsidenten Juval Aviv "erlaubten Agenten des Wiesbadener COREA-Hauptquartiers al-Kassar, seine Schmuggelrouten in amerikanische Großstädte weiter zu nutzen - im Austausch gegen seine Hilfe bei der Befreiung der im Libanon festgehaltenen amerikanischen Geiseln. Ungefähr zur selben Zeit wurde al-Kassars Drogenschmuggel-Unternehmen von der DEA (2) in einer Undercover-Operation genutzt. (...)

Seit Herbst 1988 war al-Kassars Operation dem PFLP-GC-Führer Ahmed Jibril aufgefallen, der gerade von Teheran den Auftrag angenommen hatte, den Abschuß eines Airbus durch die USA zu rächen. Ein Undercover-Agent der CIA in Tripoli meldete, daß Jibril auch Gaddafis Hilfe erhielt. Dem Mossad zufolge dinierte Jibril mit al-Kassar in einem Restaurant in Paris und erhielt ein zögerndes Hilfeversprechen für die Plazierung einer Bombe in einem bis dahin noch nicht ausgewählten amerikanischen Transatlantik-Jet.

Al-Kassars Zögern war verständlich.Er wollte seinen profitablen CIA-unterstützten Drogen- und Waffenhandel durch nichts stören lassen. Vermutlich war er auch in Sorge, weil die westdeutsche Polizei gerade Verstecke der Volksfront bei Düsseldorf und Frankfurt ausgehoben hatte. Unter den Verhafteten: der jordanische Zaubertechniker und Bombenbauer Marwan Khreesat. (...)

Aviv zufolge informierte zuerst ein Mossad-Agent US-amerikanische und westdeutsche Geheimdienstagenten, daß ein Terrorangriff auf eine von Frankfurt abfliegende amerikanische Passagiermaschine am oder um den 18. Dezember stattfinden würde. Al-Kassar fand schnell heraus, daß der PanAm-Flug 103 das wahrscheinlichste Ziel war, und informierte, auf beiden Seiten spielend, die COREA-Einheit."

Unbeantwortet bleiben in dieser Version vor allem zwei Fragen:

1. Wer baute die Bombe? Time tippt auf den Jordanier Khreesat; die PLO behauptet, Khaisar Haddad, Mitglied der Jibril-Gruppe, habe die Bombe gebaut.

2. Wie kam sie an Bord? Die von Time mit einigen Indizien erhärtete Hypothese besagt, daß die Bombe nicht - wie behauptet - in einem unbegleiteten, in Malta aufgegebenen Koffer in Frankfurt lediglich umgeladen worden sei, sondern daß sie erst dort - mit Hilfe bestochener Flughafenarbeiter, die sich bei al-Kassars Drogentransporten bewährt hatten - auf den Weg geschickt wurde. Das ist bislang - wie Time einräumt - eine völlig unbewiesene Geschichte. Immerhin spricht einiges gegen die angebliche Malta-Connection. Nach den Vernehmungen des maltesischen Flughafenpersonals hat es in dem betreffenden Flugzeug überhaupt keine unbegleiteten Gepäckstücke gegeben. Einige der von PanAm- Anwalt Shaughnessy befragten Malteser seien darüberhinaus bereit zu beeiden, daß kein in Malta verladenes Gepäckstück für den PanAm-Flug 103 bestimmt war.

Der Anwalt hat mit dem ehemaligen Agenten von DIA (3) und DEA, Lester Knox Coleman III., einen "Schlüsselzeugen" aufgetrieben, dessen Aussagen die Frage klären könnten, warum die vorgewarnten US-amerikanischen und westdeutschen Behörden nichts zum Schutz der gefährdeten Maschine unternahmen. Coleman bestätigte, daß in Frankfurt regelmäßig Koffer mit Drogen aus dem Libanon "von Agenten oder anderen Personen, die im Gepäckbereich arbeiteten, auf Flugzeuge in die USA verladen wurden. Nach meiner persönlichen Beobachtung war Deutschlands BKA ebenso beteiligt wie die Zollbehörden Ihrer Majestät im United Kingdom". Außerdem will Coleman erfahren haben, "daß das BKA ernsthafte Befürchtungen hatte, daß die von Zypern ausgehende Drogenoperation die Plazierung der Bombe in dem PanAm-Flugzeug verursacht hatte".

"Im Dezember 1988 erhielt al-Kassar einige Hinweise, die seine Schmuggeltätigkeit zu beenden drohten. Charles McKees antiterroristisches Team in Beirut, das die mögliche Befreiung der neun amerikanischen Geiseln erforschte, hatte Wind von seiner Verbindung zur CIA bekommen. Das Team war entsetzt, daß die COREA-Einheit in Wiesbaden mit einem Syrer Geschäfte machte, der enge Verbindungen zu Terroristen hatte und ihren geplanten Rettungsversuch gefährden könnte. (...) McKee und Gannon, begleitet von drei weiteren Mitgliedern des Teams, beschlossen, unangekündigt nach Virginia zu fliegen und den geheimen Deal der COREA-Einheit mit al-Kassar zu enthüllen. Sie nahmen 500.000 Dollar in bar mit, die für ihren Rettungsversuch vorgesehen waren, ebenso Karten und Fotos der geheimen Orte, wo die Geiseln gefangen gehalten wurden. Dann buchte das Fünf-Mann-Team Plätze in PanAm 103 von London ..."

Ein sowohl für den Iran als auch für die USA arbeitender Doppelagent mit dem Decknamen David Lovejoy soll die iranische Botschaft in Beirut von der bevorstehenden Reise informiert haben. Dennoch hätte die Katastrophe verhindert werden können: Wenn es stimmt, daß der Mossad die CIA über die Attentatsvorbereitungen informierte, dann drängt sich die Frage auf, warum der amerikanische Geheimdienst untätig blieb und die eigenen Leute ins Verderben rennen ließ. McKee und Gannon waren "Männer, deren Tod eine Vielzahl nahöstlicher Verbrecher wünschten", schreibt Kurt Kister in der "Süddeutschen Zeitung" vom 22.4.1992. Daß er mit dem Wort "nahöstlich" das Wirkungsgebiet, nicht die Nationalität der involvierten Dunkelmänner definieren will, legt ein weiterer Artikel in derselben Ausgabe der "SZ" nahe. Michael Stiller nennt darin weitere Geschäftspartner al-Kassars: den deutschen Rechtsterroristen Otfried Hepp und die Herren Franz-Josef Strauß und Sohn Max. Für die mit Hepp gemeinsam begangene Vorbereitung terroristischer Anschläge war al-Kassar in Frankreich zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Im Mai 1988 wurde al-Kassar, der mit französischem Haftbefehl gesucht wurde, wegen illegalen Aufenthalts in der BRD einige Tage lang in der Justizvollzugsanstalt Bad Reichenhall festgehalten. Er wurde freigelassen, weil die französischen Behörden in der Zwischenzeit einen Deal mit al-Kassar gemacht hatten: Straferlaß und ein Visum wegen seiner Verdienste bei der Freilassung französischer Geiseln im Libanon.

Aufschlußreich ist der Wortlaut eines auf gerichtliche Anordnung abgehörten Gesprächs zwischen dem eingeknasteten al-Kassar und seinem österreichischen Mitarbeiter Georg Postl: "'Warum hast du nicht mit Strauß gesprochen?' fragte al-Kassar den Österreicher. Postl verteidigte sich: 'Ich konnte über die Feiertage niemanden erreichen. Der Sohn von Strauß ist für dich nach Paris geflogen. Du sollst den libanesischen Konsul in Deutschland einschalten'. Postl versprach, mit Strauß zu reden und 'Achmed in Damaskus' anzurufen" (SZ, 22.4.1992). Unnötig zu erwähnen, daß der Strauß-Sohn jegliche Hilfeleistung für al-Kassar dementiert; sein Vater, im Oktober 1988 ganz ohne Zutun irgendwelcher Bombenleger verstorben, scheidet als Tatverdächtiger aus.

Js.

Anmerkungen:

1) Private Detektei mit Sitz in New York

2) Drug Enforcement Agency

3) US-Militärgeheimdienst

4. Jüdischer Friedhof in Hamburg-Ottensen Hanseatische Vernunft gegen orthodoxe Juden

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Juden in der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:40

"... auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört."

(Walter Benjamin, "Über den Begriff der Geschichte")

Im Konflikt um den jüdischen Friedhof in Ottensen, der durch einen privaten Investoren für ein Kaufhauszentrum samt Tiefgarage ausgeschachtet werden soll, definiert sich die nichtjüdische Öffentlichkeit als Zuschauer. Die orthodoxen Juden aus London, Antwerpen, Israel, USA, die gegen die Zerstörung ihrer "heiligen Gräber" protestieren, gelten als pittoreske Gegenspieler zur Hamburger jüdischen Gemeinde. Deren Vorstand sieht sich gezwungen, einer Umbettung zuzustimmen, weil die Vorgänger das Gelände 1950 als Bauland verkauft hatten. Die erste Zerstörung des Friedhofs durch die Nazis und die Umstände des Verkaufs so kurz nach der Shoah sind kein Thema. Der Senat statuiert, in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, ein Exempel: Deutschland läßt sich, 1992, von niemandem mehr in seine Entscheidungen hineinreden - schon gar nicht vom "internationalen Judentum" ... Antisemitische Stereotypen werden vor allem gegen orthodoxe Demonstranten mobilisiert, und das Volk versteht, wie es zu reagieren hat: Antisemitische Hetze erobert sich öffentlichen Raum.

Hamburg-Altona, 28.4.1992. LKW werden mit Schutt vom Gelände des ehemaligen jüdischen Friedhofs Ottensen beladen. Reste eines Bunkers sollen abtransportiert werden, den die Nazis auf dem Gelände gebaut hatten. Darunter befinden sich Teile von Grabsteinen, die damals einfach eingemauert wurden. Zwanzig orthodoxe Juden wollen am Gelände demonstrieren und beten, werden durch eine Polizeikette aber nicht in Friedhofsnähe vorgelassen: "Juden kommen hier nicht mehr durch", verkünden die Polizisten. Es wird selektiert. Während NichtjüdInnen, auch Autonome, passieren können, werden selbst Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Hamburgs, wenn sie sich zu erkennen geben, aus der Großen Rainstraße ausgesperrt. Als die Orthodoxen wegen der LKW versuchen, die Straße zu blockieren, werden sie, unter Protest weniger unterstützender AnwohnerInnen, mit "normaler" deutscher Polizeihärte abgedrängt, weggeschleppt. Andere Umstehende erklären mit Hitlergruß und "Heil Hitler!" der Polizei ihre Unterstützung, gegen sie greifen die Staatsschützer nicht ein. Einem die Straße blockierenden Orthodoxen, Aaron Gärtner, wird bei seiner Verhaftung Kleidung vom Leib gerissen, er wird ohne Schuhe und Mantel vorläufig festgenommen und ED-behandelt - Gärtner hatte zwei Tage zuvor bei einer Verhaftung einen Kreislaufkollaps erlitten. Gegen alle Blockierer werden Strafverfahren wegen Nötigung eingeleitet, gegen Gärtner auch wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt.

Szenen wie diese wiederholen sich täglich in Ottensen, Verhaftungen und Strafanzeigen gegen Orthodoxe häufen sich inzwischen. Das Fehlen jeder Einfühlung, welchen Symbolcharakter staatliche Verfolgung speziell in Deutschland für viele Juden haben muß, kennzeichnet die nichtjüdischen Reaktionen bis in die Linke hinein - nur wenige (an Gruppen u.a. aus GAL, Anwohnerinitiative und Gruppe K) werden unterstützend aktiv. Dagegen kann das staatliche Vorgehen gegen die Juden mit aller Unterstützung rechnen. Als - nach einem hohen jüdischen Feiertag - ein martialischer, 2,50m hoher Bauzaun errichtet ist, und ein massives Polizei- und Wachaufgebot rund um die Uhr das Baugelände zu "schützen" beginnt, stößt das bei Zuschauern auf Äußerungen wie: "Alle Juden auf das Gelände, Schäferhunde rein, Zaun zu, dann wollen wir mal sehn, ob die noch das Maul aufreißen." - "Der Jude", weiß ein anderer, "hat da doch selber ein Kaufhaus hingebaut." Daß der Hertie-Konzern, der 1953 auf einem Teil des Geländes eine Filiale errichtete, unter den Nazis arisiert worden war, will er nicht gelten lassen. "Der Hermann Tietz war das, 50 Jahre hat sich der Jude nicht gekümmert, und jetzt kommen sie an und wollen kassieren." Daß "die Juden zweimal kassieren" wollten, ist keine Einzelmeinung, sondern gängiges Stereotyp. "Ihr erpreßt hier den Staat", so eine andere Äußerung gegenüber den Orthodoxen, "ihr habt das Gelände nur verkauft, um in Palästina Kinder totzuschlagen."

Am Abend des 28.4. erklärt Hamburgs Innensenator Hackmann seine Zufriedenheit mit der "allergrößten Sensibilität", mit der die Polizei "entsprechend dem gesetzlichen Auftrag" für die "Durchsetzung von Recht und

Gesetz" gewirkt habe. Und er bittet nicht die Juden, sondern "die Hamburger Bevölkerung um Verständnis" für die Räumungen. Der Mann weiß, was er tut, und es wird durchaus richtig begriffen. Die hanseatische Zurückhaltung kann nicht überdecken, daß das Vorgehen der Polizei, das Schüren von Ressentiments gegen die "fundamentalistischen" Orthodoxen in der sozialdemokratischen Presse und die offenen Ausfälle des Pöbels als ein enger Zusammenhang verstanden werden müssen.

Antisemitismus im Jahre Eins nach der Wiedervereinigung

Daß antisemitisches Bewußtsein in Deutschland latent auch in der Nachkriegszeit immer vorhanden war, belegen verschiedene Untersuchungen. Sie wiesen bei zwischen 15% und 35% der Bevölkerung deutlichen Antisemitismus nach, zwischen 5% und 15% galten als "harte" Antisemiten (1). Ein deutlich anwachsender Anteil, der seit der Wiedervereinigung zur erdrückenden Mehrheit geworden ist, will mit dem Thema Holocaust nicht mehr behelligt werden (2). Dem entspricht die Staatspolitik: Einer Bitte des Zentralrats der Juden in Deutschland, in der neuen Präambel des Grundgesetzes an die Shoah zu erinnern, wurde nicht entsprochen. Nach der Historikerdebatte, nach Bitburg, seit der Wiedervereinigung aber tritt der Antisemitismus mehr und mehr aus der Latenz. Wurde die Teilung Deutschlands, wie Günther Grass formuliert, massenpsychologisch als "Strafe für Auschwitz" empfunden, so ist die Tabuisierung des Antisemitismus - die ihn stets nur kaschieren konnte - heute mehr und mehr überwunden. Der Wunsch, endlich einmal einen "Schlußstrich" unter die "unselige Vergangenheit" zu ziehen, verwirklicht sich in der wiedergewonnenen deutschen Nation, im Bewußtsein, doch noch zum - verspäteten - Sieger geworden zu sein.

So geht die Stunde Null der Wiedervereinigung einher mit der Zerstörung der Erinnerung an die Opfer der Shoah, und damit wird auch die offen antisemitische Äußerung mehr und mehr wieder hoffähig.

Die geplante endgültige Zerstörung des jüdischen Friedhofs in Ottensen verdichtet die massenpsychologische wie die staatsoffizielle Seite dieser Entwicklung zu einem symbolischen Bild. Daß er durch die Nazis zerstört, daß die Grabsteine beseitigt wurden, entspricht ihrer Vernichtungspolitik. Daß dies nach dem Krieg nicht rückgängig gemacht werden konnte, sondern der Bau des arisierten Hertie-Kaufhauses die Zerstörung weiter vorantrieb, spiegelt die verzweifelte Lage der wenigen Überlebenden. Daß nun, im Jahre Eins nach der Wiedervereinigung, der über 45 Jahre in Deutschland vergessene jüdische Friedhof endgültig beseitigt werden soll, und daß jüdische Proteste mit der Bedrohung durch Antisemitismus beantwortet werden, ist kein Zufall. Das Andenken an Verstorbene, die Anlage von Friedhöfen ist in allen Kulturen ein ritueller, ein symbolischer Akt des Erinnerns. Dieser Friedhof droht zum Symbol maschineller Zerstörung jeder Erinnerung an jüdisches Lebens und an seine Vernichtung in Deutschland zu werden. Wird in der deutschen Öffentlichkeit stets vom Unverständnis gegenüber den jüdischen Werten, dem jüdischen Verhältnis zu den Toten gesprochen, so ist dies auch ein Ausweichen vor dieser unangenehmen Wahrheit. Die Symbolik der Zerstörung jüdischer Friedhöfe ist, die in bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte ununterbrochenen Neonazi-Aktivitäten beweisen es, auch nicht jüdischen Deutschen sehr wohl bekannt.

Es kann nicht als bloßer Zufall abgetan werden, wenn in derselben Woche in Ottensen ein Straßenzug von Juden "freigehalten" wird, in der ein Rudolf Augstein im "Spiegel" sich indirekt, aber doch sehr offen das Bild vom ewigen, vom habgierigen Juden zu eigen macht. Augstein charakterisiert das antijüdische Ressentiment als eine vernünftige, durch Israels Politik verursachte Reaktion: "Wie kann", schreibt er, "neu-altem Antisemitismus" entgegengetreten werden, wenn Israel seine Politik nicht ändere, "wenn man ihm gleichzeitig Nahrung gibt?" Augstein, der schon kurz nach der Wiedervereinigung die antisemitische Renaissance einleitete ("Gregor Gysi - Der Drahtzieher"), tobt sich nun richtig aus: Zustimmend zitiert er Adenauer, Israel müsse Geld bezahlt werden "weil ,dat Weltjudentum eine jroße Macht ist`"; aber wenn die "Jerusalem Post" schreibe, Reparationen für geraubtes jüdisches Eigentum könnten an keine Bedingungen geknüpft werden, ist für ihn Schluß mit lustig - "so aber, wie die Jerusalem Post tut, sollte man mit uns nicht mehr umspringen". (Spiegel vom 27.4.92, S. 29)

Auch der Hamburger Senat weiß, was die Stunde schlägt, und setzt die Zerstörung des jüdischen Friedhofs gegen die internationalen Proteste auf Biegen und Brechen durch. Schon früh wurde die Angelegenheit zur Chefsache erklärt, wurden alle Befugnisse beim eloquenten Chef der Senatskanzlei, Mirow, zusammengezogen. Als Generalmanager kündigte Mirow öffentlichkeitswirksam an, "Verhandlungen" mit der Investorengruppe Büll & Liedtke, der Hamburger jüdischen Gemeinde, und der orthodoxen "Gesellschaft zur Erhaltung jüdischer heiliger Plätze", Athra Kadisha, zu führen. Die Vertreter von Athra Kadisha betonen, diese

"Verhandlungsphase" sei eine Farce gewesen. Mit großem Presserummel wurde anschließend ein Angebot der Investorengruppe präsentiert, einen Teil des Geländes für völlig überteuerte 50 Mio. DM zu verkaufen - wohl wissend, daß die jüdische Seite von Beginn an weder bereit noch in der Lage war, eine solch horrende Summe aufzubringen. Und der Senat erklärte unmißverständlich, keinesfalls auch nur einen ernsthaften Finanzierungsbeitrag zu leisten - "im Rathaus", ließ er über die halboffizielle Senatspostille Hamburger Abendblatt durchblicken, werde man "Verhandlungen nicht daran scheitern lassen, ‚wenn eine Million fehlen würde`" (HA vom 11.4., S. 9). Das "Angebot" der Investorengruppe hat aber im Inland die Akzeptanz für die massiven antijüdischen Polizeiaktionen erhöht - über die massiven Proteste im Ausland (u.a. eine Demonstration von 10.000 Menschen für den Erhalt des Ottenser Friedhofs in New York, weitere Demonstrationen u.a. in London und Melbourne) wird in der bundesdeutschen Presse so gut wie nicht mehr berichtet.

Der "Religionskonflikt"

Der Hamburger Senat und die Medien stellen seit Monaten die Auseinandersetzung um den jüdischen Friedhof als unentschiedenen religiösen Streit unter Juden dar. Daß diese Darstellung nicht der Realität entspricht, vielmehr einer funktionalisierenden Spaltungstaktik entspringt, soll hier nachgezeichnet werden.

Die Forderung der orthodoxen Juden von Athra Kadisha war von Anfang an der Erhalt des jüdischen Friedhofs, der mit Hilfe des Senats und/oder der Bundesregierung ermöglicht werden müsse. Direkt wurden die politisch Verantwortlichen angesprochen, keine weitere Schändung des Friedhofs zuzulassen: "Seit Beendigung des Zweiten Weltkriegs haben alle demokratischen Regierungen das Verlangen der Unantastbarkeit der jüdischen Friedhöfe respektiert", so eine Presseerklärung ehemaliger Hamburger Juden aus Israel, England und den USA im Januar 1992.

Anfangs stellten sich die Sprecher der jüdischen Gemeinde Hamburg und Galinski für den Zentralrat der Juden in Deutschland hinter diese Forderung. Am 21.2.1992 forderte Galinski Bürgermeister Voscherau auf, die erneute Bebauung auf jeden Fall zu verhindern. "Die Gefühle der Juden in aller Welt sind bereits durch die Schändung zutiefst verletzt worden, die in der NS-Zeit diesem Friedhof widerfuhr. Ein neuerliches Graben auf diesem Gelände würde nicht nur die erneute Verletzung jüdischer Gefühle, sondern auch die der religiösen Gebote bedeuten." (taz, 21.1.92) Heinz Jaeckel, der Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde: "Nach unserer religiösen Auffassung und demzufolge auch nach Meinung der Rabbinerkonferenz darf das Gelände nicht mehr angerührt werden. Aber der Friedhof wurde schon mehrmals zerstört und nach deutschem Recht gehört uns der Friedhof nicht mehr, damit haben wir auch die Rechte daran verloren. Wir können nur noch einmal unsere Auffassung deutlich machen." (HR, 16.1.92)

Die Gemeinde geriet massiv unter Beschuß der Medien, des Senats und der Öffentlichkeit, da ihr der "Fehler" des Verkaufs des Geländes 1950 angelastet wurde. Sie wurde offen gegen die orthodoxen Juden ausgespielt, nach dem Motto: ihr habt den Fehler gemacht, was wollt ihr denn jetzt noch? In verschiedenen Stellungnahmen machten orthodoxe und liberale Juden deutlich, wie die Situation der jüdischen Gemeinde nach 1945 gewesen ist. So Norbert Friedländer von der jüdischen Gemeinde: "... wem soll man einen Vorwurf machen? Die jüdische Gemeinde in Deutschland war mehr ein kleiner sozialer Zusammenhang der letzten Überlebenden als eine funktionierende Religionsgemeinschaft." (HR, 16.1.92) Die wenigen Überlebenden der Shoah, in unabsehbarer Zukunftsperspektive im Land der Mörder den schwierigen Alltag bewältigend, bildeten einen kleinen, wechselnden Kreis von Menschen. Die Nationalsozialisten hatten Millionen Juden ermordet, "nicht nur den Friedhof sondern auch Rabbiner und Gelehrte vernichtet. So habe sich in den fünfziger Jahren niemand mehr gefunden, der sich für den Erhalt des Friedhofs hätte einsetzen können." (Mopo,10.2.92)

Die jüdische Gemeinde ließ wiederholt den Wunsch erkennen, daß in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Unantastbarkeit der Totenruhe gehandelt werden müsse, ihr seien aber rechtlich die Hände gebunden. Einzelne Vertreter von Athra Kadisha äußerten Verständnis dafür. "Das Wohl der Lebenden geht vor", sagte Berysz Rosenberg. "Schließlich müssen die Hamburger Juden hier mit den Behörden auskommen." (HA, 3.3.92) Damit ist darauf hingewiesen, daß die vorsichtige Haltung der Gemeinde auf die deutschen Verhältnisse zurückzuführen ist, in denen der ansteigende Antisemitismus eine reale Bedrohung darstellt. Sie könnten selbst nur darauf keine Rücksicht nehmen und außerdem sei der Verkauf des Geländes eine "direkte Folge der Nazi-Ära".

Als Ende Februar 1992 150 orthodoxe Juden die Baustelle besetzten und zwei im Rathaus demonstrierten, machte die Baufirma ein Rückkaufangebot über 50 Mio. DM. Dieser Vorschlag wurde von den Orthodoxen, der jüdischen Gemeinde und dem Zentralrat aus jeweils guten Gründen abgelehnt. Berysz Rosenberg, Vorstand der jüdischen Gemeinde in Zürich: "Warum sollen wir Juden etwas kaufen, was uns gehört?" Sollten die Investoren auf einer Ausgleichszahlung bestehen, solle das Geld von der Stadt Hamburg aufgebracht werden - nicht Geld von Steuerzahlern, sondern vom Vermögen der vertriebenen Hamburger Juden, das nach der Judenverfolgung in der Stadt geblieben sei. Kommentar von Senatssprecher Mirow: "Es ist jedenfalls nicht möglich, mit öffentlichen Mitteln den Fehler der jüdischen Gemeinde zu beheben. Wir haben den Fehler nicht zu verantworten".(Zeit, 13.3.92)

Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein forderte Galinski - laut taz vom 18.4.1992 - von den jüdischen Organisationen, von Aktionen Abstand zu nehmen, die die Situation weiter verschärfen könnten; er begründete diese Haltung ausdrücklich mit den Wahlergebnissen: Es könne kaum im Sinne aller Beteiligten sein, durch Auseinandersetzung den "im Lande erstarkenden destruktiven Kräften" politisches Kapital zu liefern. Deshalb schlug Galinski am Mittwoch eine Umbettung der gesamten Friedhofserde als mögliche Lösung vor. (taz, 18.4.92)

Auf der Suche nach einem Kompromiß, der nur ein von der unbeugsamen Haltung des Senats und der Baufirma diktierter sein kann, stellte nun der Hamburger Oberrabbiner fest, daß eine würdige Umgebung für die Toten nicht herstellbar, und deshalb eine Umbettung möglich sei. Der Erhalt des Friedhofs sei nicht realistisch.

Die verdeckte, aber unmißverständliche Drohung des Hamburger Senats und der Medien mit dem Antisemitismus der "wenigen Rechtsradikalen" und der gesamten Bevölkerung, die Landtagswahlergebnisse und vor allem das fehlende Engagement nichtjüdischer Menschen für den selbstverständlichen Erhalt des Friedhofs - all das zeigt, wie eng der Handlungsspielraum ist, in dem die jüdische Gemeinde agieren kann. Würde sie die Forderungen der Orthodoxen direkt unterstützen, wäre sie ähnlich wie diese isoliert und massivem Antisemitismus ausgesetzt, der sich dann noch direkter gegen sie richten würde. Die Weigerung der Regierenden, eine Lösung zu ermöglichen, mit der alle Juden einverstanden sein können, im Zusammenhang mit der sich dauernd wiederholenden Anschuldigung, nicht der deutsche Staat habe den Fehler gemacht, sondern die jüdische Gemeinde, gibt sie allen Angriffen preis.

Nicht nur diese offensichtlichen Tatsachen, auch der konkrete Ablauf der Ereignisse in Ottensen, müßte die Linksliberalen, die "aufrechten Demokraten", die Linksradikalen alarmieren. Keine einzige Äußerung der jüdischen Gemeinde stellt einen Grund für die nichtjüdische Öffentlichkeit dar, nicht für den Erhalt des Friedhofs und gegen den sich aktualisierenden Antisemitismus öffentlich einzutreten. Das Schweigen, das Nichtverhalten, das bestenfalls in kommentierender Zuschauerposition Verharren, als ginge einen "die Geschichte nix an", kann nicht entschuldigt werden damit, daß das Ganze als "innerreligiöser Streit unter Juden" wahrgenommen werden könnte. Hinter dieser Schutzbehauptung verstecken sich das Desinteresse an der Situation der Juden, der Wunsch, mit den Verbrechen der deutschen Geschichte abzuschließen, die eigenen antisemitischen Prägungen. Letztendlich dokumentiert sich in der Öffentlichkeit das so erklärte Einverständnis mit der deutschen Nationwerdung, der Friedensschluß mit dem Rechtsnachfolger des tausendjährigen Reiches.

Der Senat und seine Presse

Ein großangelegtes Gedenkprogramm zum 50. Jahrestag des Beginns der Deportationen der Hamburger Juden, eine umfassende Ausstellung "400 Jahre Juden in Hamburg" mit gutbesuchtem Begleitprogramm; 500.000 DM pro Jahr, mit denen die Kulturbehörde denkmalpflegerisch und wissenschaftlich motiviert die erhalten gebliebenen jüdischen Friedhöfe in Hamburg erforscht und restauriert - mit vielfältigen Mitteln betreibt der Senat das museale Erinnern.

1983, anläßlich der Feier zum 100jährigen Bestehen des Ohlsdorfer Friedhofs, hielt die damalige Kultursenatorin Helga Schuchardt eine Rede: "Die Ruhe der Toten darf nach jüdischer Religion nicht gestört werden, und das Grab ist das unveräußerliche Eigentum des Toten auf ewige Zeiten. Das heißt eben auch immer, daß Zerstörung von Gräbern Verfolgung bis über den Tod hinaus bedeutet." (9.10.83, aus der Gedenkschrift)

Alle, alle betonen unermüdlich ihr Engagement im Gedenken, ihre besondere Verantwortung angesichts der nationalsozialistischen deutschen Geschichte. Und alle listen auf, wie sehr, wie gut und wie gemeinsam, sie in Absprache mit den jüdischen Gemeinden, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, emigrierten Juden, Delegationen aus dem Ausland, Institutionen diese ernste, verantwortungsvolle "nationale Aufgabe" anpacken und wie sie wirklich aus der Geschichte gelernt haben.

In Vorworten zu Ausstellungskatalogen, in aktuellen Stellungnahmen wird dauernd der Verlust für Hamburg beschworen (der aus der NS-Vernichtungspolitik entstanden sei), ohne mit einem einzigen Wort die NS-TäterInnen zu benennen, ohne die Beteiligung der Bevölkerung an der Vernichtung der Hamburger Juden aufzuzeigen und ohne auf den aktuellen Antisemitismus in Hamburg, in Deutschland einzugehen und dazu Position zu beziehen. Der "Verlust" adelt den Täter, der zu bedauern ist, das "Opfer" wird nicht erwähnt und nicht wahrgenommen, vor allem das gegenwärtige und zukünftige nicht.

Dieser sich nur selbst bemitleidende Umgang mit den Ermordeten, den Verbrechen der Geschichte, dient dazu, die Vergangenheit Vergangenheit sein zu lassen und mit einem besseren Gewissen, nach Absolvierung der vorgeschriebenen Gedenkleistung, sich der erinnerungslosen Gegenwart und Zukunft zuzuwenden.

Der Friedhof in Ottensen ist der erste Ernstfall, der den Senat tatsächlich damit konfrontiert, Konsequenzen aus der Geschichte zu ziehen. Und unberührt im wahrsten Sinn des Wortes heißt es aus dem Rathaus: Keine Verantwortung, Fehler der Juden, kein Geld, keine Lösung.

In der Öffentlichkeit stellt sich der Senat als neutralen Beobachter dar, der "in dieser Angelegenheit leider gar nichts tun kann." Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, wie, mit welchen Mitteln und warum Voscherau und seine Mitarbeiter tatsächlich schon längst die Weichen gestellt haben für die von ihm selbst als "quälerisch" bezeichneten Auseinandersetzungen um den jüdischen Friedhof in Ottensen. Erstmal Fakten schaffen durch Nichtbeantworten von Briefen, Abwesenheit bei anreisenden Verhandlungspartnern, Nichtverhandeln mit Vertretern der orthodoxen Juden, konsequentes Ausgrenzen derselben als Repräsentanten einer nicht akzeptablen Position und Aufbau der jüdischen Gemeinde als alleinigen Gesprächspartner, und immer wieder die offene Drohung mit Antisemitismus bei Nichtwohlverhalten der Juden.

Der Hamburger Bürgermeister hat am 13. Januar 92 im Antwortschreiben an den Präsidenten der Europäischen Rabbinerkonferenz, Lord I. Jakobovits, inhaltliche Eckpunkte und Tonlage des offiziellen Umgangs mit der ärgerlichen Angelegenheit festgelegt (vgl. nebenstehenden Kasten). Gleich zu Beginn des Briefes bringt Voscherau das Grundlagenargument: die formale Rechtsstaatlichkeit, die der Stadt ein Eingreifen "zu Lasten Dritter" verbiete, und er erklärt dem Oberrabbiner, als ob der ihn um eine illegale Handlung angegangen hätte: "Ich bin sicher, auch Sie sehen Gesetzes- und Verfassungsbruch nicht als ein Mittel an, mit dem die Stadt Ihnen Hilfe leisten dürfte." Sodann leitet Voscherau mit dem Hinweis auf das hanseatische Renommierprojekt "400 Jahre Juden in Hamburg" die für die anschließende Pressekampagne entscheidende Achse der offiziellen Linie ein: "Die Stadt Hamburg, die diese Tradition ihrer jüdischen Mitbürger auch die ihrige nennen darf, wäre, wie Sie sich denken können, sehr erleichtert, wenn der ‚Fehler` des Jewish Trust von 1953 jetzt dazu führte, daß Hamburg durch ‚die Augen der Juden in aller Welt` nicht in Widerspruch zu seinen toleranten Traditionen und zu den geltenden Gesetzen gebracht würde. Mit freundlichen Grüßen H. Voscherau." So lautet kein Einladungsschreiben, so werden Tatsachen geschaffen; so wird der Antragsteller diffamiert und vorab zum schuldigen Störenfried erklärt, der am liberalen Image der Stadt rüttelt und das Ansehen der aufgeklärten Metropole international zu ruinieren droht.

Senatssprecher Thomas Mirow verfeinert die hier angelegte Feindbildkonstruktion. Konfrontiert mit der Tatsache, daß in vielen Ländern der "Konflikt" um den jüdischen Friedhof verfolgt wird und zu Protesten geführt hat, erklärt er, der amerikanische Kongreß sei wohl über die Einzelheiten nicht ganz informiert. Die von Athra Kadisha organisierten Demonstrationen im Ausland schadeten dem Ruf der Stadt. "Mit der Zunahme der Entfernung haben wir aber immer weniger Möglichkeiten, die richtigen Zusammenhänge darzustellen und falsche Angaben zu widerlegen." Komplettiert wird die Argumentation durch die Spaltung in vernünftige und orthodoxe Juden, letztere seinen "in einer sehr deutlichen Minderheitsposition", und in deutsche und nichtdeutsche: Bei denen, "die gegen das Projekt sind", handele es sich "ja gar nicht um diejenigen, die hier leben, sondern größtenteils um solche, die in anderen Ländern der Welt leben". (NDR, 10.4.) Auch das komplementäre Stichwort zur hanseatischen Aufgeklärt- und Zivilisiertheit darf nicht fehlen: "Sehr fundamentalistische Positionen, sehr grundsätzliche Positionen führen eben in der Regel nicht zum

Kompromiß." Unrechtmäßigkeit, Gesetzlosigkeit, Unkenntnis zivilisatorischer Konfliktregelung, Greuelmärchen im amerikanischen Kongreß, kein deutscher Wohnsitz und radikaler Fundamentalismus ... Vor neuer Eskalation wird gewarnt, die unabsehbare Folgen haben könnte, die doch ebendieser warnende Bürgermeister wissentlich auslöst.

Kein erklärendes Wort zu der Forderung nach Erhalt des Friedhofs, Beharren auf der Bezeichnung als "ehemaliger" Friedhof, Desinformation über den tatsächlichen Sachverhalt, Darstellung dieses Kampfes als einen unentschiedenen religiösen Streit unter Juden, Nichterwähnen der nationalsozialistischen Zerstörungsgeschichte des jüdischen Friedhofs, völliges Schweigen über die Situation der jüdischen Gemeinde nach 1945, Aufwertung der Stadt Hamburg als geläutertes, besseres Fleckchen Deutschland, hanseatisch - tolerant - lernbereit.

Dazu entwirft Wolf Heckmann im Kommentar der sozialdemokratischen "Hamburger Morgenpost" (23.4.92) zur Popularisierung des Schemas ein "Horrorszenario": "Es ist wahr: Ihr extrem-fundamentalistischer Glaube ist in seinen Auswirkungen eine Vergewaltigung für eine aufgeklärte Gemeinschaft ...". Was sonst, wenn das aktuelle Feindbild "Fundamentalismus" abgerufen wird, "Zivilgesellschaft" heißt, ist hier bereits zur "Gemeinschaft" mutiert, die der Vergewaltigung durch den "jüdischen Fundamentalismus" zum Opfer fällt. Ein paar Zeilen später sieht Heckmann dann ein "entsetzliches Dilemma auf uns zukommen": "Werden Fotos von Konfrontationen zwischen deutschen Polizisten und gläubigen Juden um die Welt gehen?" Was der Mann mit dem "Alptraum von Ottensen" meinte, ist jetzt klar: nicht ein "Alptraum" für die Juden, die die deutsche Staatsgewalt zu spüren bekommen, sondern ein Alptraum für die angegriffene und sich verteidigende deutsche Nation, deren Rufschädigung durch die Juden betrieben wird.

... und die Linke?

Daß das Fühlen nicht den Juden, sondern der eigenen Befindlichkeit zugewandt ist, hat Eike Geisel in Konkret (3) auch für das große deutsche Interesse an jüdischer Kultur ausgemacht. Nicht nur in Berlin, auch in Hamburg waren die letzten Wochen geprägt von einer großen Ausstellung über die Vergangenheit des Judentums in Deutschland, von zahlreichen - und immer vollen - Vorträgen und Filmveranstaltungen. Geisel schrieb: "Die Klage über den Verlust ist ... nicht ernst gemeint. Es handelt sich dabei um eine weinerliche Selbstbezogenheit, nicht um Trauer über andere, sondern um Mitleid mit der eigenen Banalität, kurz: um die Behauptung, die Deutschen hätten sich mit ihren Verbrechen selbst etwas angetan." Ging dieses Interesse mit einer "euphorischen Wiederentdeckung der jüdischen Totenwelt" (Geisel) einher, so interessiert sich von den zahllosen Ausstellungs- und VeranstaltungsbesucherInnen heute dennoch kaum jemand für die jüdischen Gräber in Ottensen. Nichts Prachtvolles ist dort zu erblicken, nur die von den Nazis gezogene Asphaltdecke. Und auch die Imagination, die Verfolgung habe zu eigenen Verlusten geführt, mag sich nicht recht einstellen, steht doch die Forderung, sich im ganz realen politischen Raum für sehr konkrete jüdische Interessen einzusetzen.

Andere linke Schwierigkeiten im Umgang mit Antisemitismus lassen sich exemplarisch an den Publikationen der Ottenser "Anwohnerinitiative gegen das Hertie-Quarrée" ablesen, die seit Jahren gegen das Bauprojekt als Bestandteil der Umstrukturierung des Stadtteils kämpft. In einem Ende März verteilten Flugblatt "Faschisten - Jüdischer Friedhof - Hertie-Quarrée" findet sich als Zugeständnis: "Wir akzeptieren die Forderung nach Erhaltung des jüdischen Friedhofs" (welch Großmut, Euer Gnaden), begründet mit einer für sich deklarierten "klaren antirassistischen und antifaschistischen Position". Kampf gegen Antisemitismus - der von der Ini bis heute vorzugsweise als eine Eigenart organisierter Faschisten ausgemacht wird - wird demnach dadurch möglich, daß er unter den aktuellen linken Renner Antirassismus subsummiert wird. Dennoch bedarf er noch der Rechtfertigung, offenbar als Signal an die Szene. Als selbstkritische Erkenntnis wird hervorgehoben, daß diese Juden nicht mit der israelischen Politik zu identifizieren seien: "Wir machten uns wenig Mühe, zwischen dem Staat Israel, der israelischen Bevölkerung und Menschen jüdischen Glaubens zu differenzieren. Diese Widersprüche können ein Nichtverhalten gegenüber antijüdischem Rassismus (Antisemitismus) keinesfalls rechtfertigen. Die bloße Unterstellung: die Juden, die orthodoxen Juden seien für die Politik des israelischen Staates verantwortlich zu machen, wäre zum einen gleichermaßen rassistisch/antisemitisch, als auch blind gegenüber der deutschen Geschichte und der Massenvernichtung des jüdischen Volkes." So sehr diese Sätze eine Ahnung davon vermitteln, welche Positionen in der Szene zum Problem vorherrschen, d.h. wie isoliert die Ini mit ihrem Bekenntnis ist, stellt sich doch allemal die Frage, was denn in dem Fall wäre, wenn die orthodoxen Juden sich für die israelische Politik aussprächen? Der Kampf gegen Antisemitismus, so ist zu

erwarten, und die Unterstützung der Forderung der orthodoxen Juden würde wohl in eine schwere Krise geraten.

So ganz ernst gemeint hatte es die Ini aber wohl doch nicht mit ihrem Lippenbekenntnis. Der Schlußsatz des Flugblatts stellt nämlich die vertraute Orientierung wieder her: "Wir wollen, daß die Menschen, die hier leben, über das ehemalige Hertiegelände entscheiden und verfügen können." Trotz der Hauptausrichtung auf die organisierten Faschisten waren zum Zeitpunkt dieser Aussage immerhin schon "zahlreiche eindeutig antisemitische Äußerungen unter ZuschauerInnen" zur Kenntnis genommen worden - ganz "demokratisch" sollte aber die Bevölkerung, als deren idealtypische Vertreterin sich die Ini zu definieren sucht(e?), über das Gelände bestimmen, d.h. den jüdischen Friedhof auch zerstören dürfen. Erst nach den Ereignissen vom 28.4.92 trat ein Teil der Ini mit einem Transparent vorbehaltlos "Für den Erhalt des jüdischen Friedhofs" ein. Auf die weitere Entwicklung angesichts dieser sich ausschließenden Positionen darf mensch gespannt sein.

Ein weiteres Problem stellt die "antikapitalistische" Orientierung auf den "Hauptgegner" dar. Die Ini vertritt die Position, daß der Hamburger Senat "die Quarrée-Bebauung durch Büll & Liedtke um jeden Preis will." (4). Sie begreift ihn lediglich als Vollstrecker der Kapitalinteressen, und hat ihn im letzten vor Redaktionsschluß erschienenen Flugblatt lediglich aufgefordert, "zu vermitteln oder vielleicht auch Kompromißlösungen zu ermöglichen". Zu "vermitteln" aber gibt es wenig, weil der Senat die Zerstörung des Friedhofs nicht verhindern will, sondern er im Gegenteil gerade die Absicht verfolgt, einen Präzedenzfall zu verhindern.

Es käme also darauf an, die an dieser Frage überhaupt noch ansprechbaren Einzelpersonen und Initiativen zu einem Protest zu bewegen, der sich gegen den Senat richtet; der die Taktik der Denunziation der Orthodoxen, des indirekten Nutzens und Schürens von Antisemitismus in aller Schärfe angreift; und der unmißverständlich die Forderung stellt, sofort den Erhalt des jüdischen Friedhofs, der in die Verfügung jüdischer Gruppen zurückgegeben werden muß, sicherzustellen. Dabei dürfen 50 Mio. DM nicht als Hindernis gelten. Überlegt wird z.Z., am 8. Mai in Hamburg eine Demonstration zu organisieren, die auch den Bögelein/Kielhorn-Prozeß und die Entwicklung der Gedenkstätten thematisieren soll. Zu fordern ist keine "Einsicht", keine "besondere deutsche Verantwortung", kein Sich-Freikaufen. Sondern wir fordern den Präzedenzfall, weil er eine Selbstverständlichkeit ist.

O., ZF, Be, Gruppe K Hamburg

Anmerkungen:

1) Zuletzt, im Januar 1992, machte eine Untersuchung des Emnid-Instituts und des israelischen Gallup-Instituts 13% "harte" Antisemiten aus, weitere 22% müßten als "gemäßigte" Antisemiten gelten. Es wurden zwischen 13. und 20.1. 2.000 Westdeutsche und 1.000 Ostdeutsche befragt. Vgl. Spiegel vom 13.1.1992

2) Nach in Anm. 1 genannter Umfrage wollen 62% endlich den Schlußstrich ziehen, weitere 16% verhalten sich zu dieser Frage indifferent.

3) "Biotop mit toten Juden", Konkret März 1992, S. 50 ff.

4) Flugblatt "Antisemitismus in Ottensen. Kundgebung am Montag den 27.4.92"

Offener Brief an Dr. Henning Voscherau (gekürzt)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

In der auf verschiedenen Ebenen geführten Diskussion über die Rettung des alten jüdischen Friedhofs "Ottensen" haben Sie es bis jetzt vorgezogen, keine aktive Rolle einzunehmen. Gerade einmal, in einem Brief an den Oberrabbiner des Britischen Commonwealths, Lord Jakobovits, haben Sie ihre Meinung im folgenden Satz geäußert: "Der heutige deutsche Staat sieht als eine der zentralen Lehren der NS-Verbrechen die strenge Bindung aller vollziehender Gewalt an Recht und Gesetz vor. Die Stadt Hamburg hat deshalb kein Recht, zu Lasten Dritter in deren Rechte einzugreifen. Sie kann insbesondere nicht baurechtliche Genehmigungen verweigern, auf deren Erteilung ein gerichtlich durchsetzbarer Anspruch besteht." Im weiteren haben Sie den Umgang mit dem Problem "Ottensen" dem Chef der Senatskanzlei, Herrn Dr. Thomas Mirow, überlassen. Doch auch Herr Mirow hatte weder die Zeit noch den Willen irgend etwas zu unternehmen, um die weitere Schändung des Judenfriedhofes zu vermeiden. (...)

Wir gelangen nun an Sie, Herr Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, mit einigen Fragen.

1. Haben es sich die Juden verdient, nachdem sie vom deutschen Staat in ihrer Existenz beinahe ausgelöscht wurden, auch noch verspottet zu werden? Geht es an, daß man die Schändung des Judenfriedhofes mit den aus den Nazi-Verbrechen gezogenen Lehren rechtfertigt?

2. Müssen die Juden, die den Ottenser Friedhof am 28. Oktober 1663 schon einmal gekauft und bezahlt haben, und zwar zur ewigen und unveräußerlichen Bestimmung als Friedhof im Sinne des jüdischen Religionsgesetzes (vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 112, Urkunde Nr. 168) nochmals kaufen? Müssen Sie dafür einen nochmaligen Kaufpreis von DM 12.500.- pro einzelne Grabstelle (DM 50 Mio. geteilt durch 4.000 Gräber) entrichten?

3. Ist ein solcher Vorschlag zur "Lösung" des Problems nicht wiederum eine Verspottung der Überlebenden des Holocaustes? Hat man da nicht offensichtlich einen Phantasiebetrag ausgesprochen, von dem man rechnet, daß er von den von deutscher Hand ausgeplünderten jüdischen Gemeinden ohnehin nicht aufgebracht werden kann? Fehlt nicht dem genannten Betrag jeder Bezug zur Realität, wenn man bedenkt, daß er einem Quadratmeterpreis von DM 4.500.- entspricht?

4. Ist es nicht ein Hohn, wenn man den Juden immer wieder entgegenhält, "die jüdische Gemeinde" hätte den Friedhof nach dem Kriege verkauft, während man doch weiß, daß sie dazu keine Befugnis hatte? Wenn man weiß, daß von den ca. 14.000 Mitglieder zählenden jüdischen Gemeinden Hamburgs nur wenige Hundert den Holocaust überlebten? (...)

6. Warum konnte sich die Freie und Hansestadt Hamburg bereit finden, den Forderungen der Demonstranten gegen Büll & Liedtke's Projekt "Flora-Theater" nachzugeben, indem sie den Investoren ein Ersatzgrundstück zur Verfügung stellte, während sie im Falle des Judenfriedhofes weder zu einer solchen noch zu irgend einer Lösung Hand bieten will? Liegt es vielleicht am Umstand, daß die jüdischen Demonstranten - im Gegensatz zu jenen - nur friedliche Kundgebungen durchführen und demütig um Hilfe bitten, und nicht mit Steinen um sich werfen?

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, Herr Voscherau, daß das jüdische Volk den Schmerz nicht schweigend ertragen kann, weitere Demütigungen von Seiten der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches hinzunehmen.

Oder haben Sie oder ihre Senatskollegen einmal darüber nachgedacht, wieviel von dem vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg verwalteten Vermögen möglicherweise aus dem geraubten Besitz eines von den Nazis ausgeplünderten wohlhabenden Juden stammen könnte? Oder vielleicht aus dem Geld erworben wurde, welches man den einzelnen Juden, den Jüdischen Gemeinden, den Jüdischen Stiftungen, unter Wahrung der von den Nationalsozialisten genau befolgten Gesetze, weggenommen hatte? (...)

Die Verantwortung dafür, daß dieses große Unrecht heute wiedergutgemacht wird, sollten Sie und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg endlich übernehmen! Sie haben es in der Hand, in die Geschichte als Retter und nicht als Schänder des jüdischen Friedhofes Ottensen einzugehen!

Rabbi David Schmidl, Bne-Berak (Israel)

Rabbi Elyokim Schlesinger, London (GB)

Councillor Joe Löbenstein, M.B.E., London (GB)

Dr. Berysz Rosenberg, Zürich (Schweiz)

Die Geschichte einer Zerstörung

Die Geschichte des jüdischen Friedhofs in Ottensen beginnt 1664: der dänische König, Regent auch über Altona, verkaufte der dortigen Jüdischen Gemeinde ein Stück Land als Friedhof - auf ewige Zeit, wie die jüdische Religion vorschreibt. Nach orthodoxer Religionsauffassung ist die Wiederauferstehung des Toten an ihren Körper gebunden, der daher nach der Bestattung keiner Veränderung ausgesetzt werden darf.

In der Folge diente der Friedhof bis zur Schließung und Verwüstung durch die Nationalsozialisten der Altonaer jüdischen Gemeinde, die in überwiegend orthodoxer Tradition stand, und zeitweilig in der ganzen jüdischen Welt großes Ansehen genoß. Einige der in Ottensen protestierenden Orthodoxen stammen aus

Rabbinerschulen, an denen aus Texten in Ottensen begrabener Rabbiner gelehrt wird. Als Ende des 19. Jahrhunderts die Stadtplanung an die Ränder des jüdischen Friedhofs gelangte, wurden einige Gräber mit einer Überwölbung versehen, darüber die Bürgersteige angrenzender Straßen gelegt.

1934 fand auf dem Ottenser Friedhof das letzte Begräbnis statt. Der Friedhof wurde 1937 geschlossen. Einige Gräber wurden auf den jüdischen Teil des Ohlsdorfer Friedhof verbracht. Einen Großteil der Grabsteine verwendeten die Nazis für den auf dem Gelände vorangetriebenen Bunkerbau, der einen Teil der Grabstätten vernichtete. Seit jener Zeit ist das Gelände mit einer Asphaltdecke überzogen.

Nach dem Krieg fanden die wenigen überlebenden und zurückkehrenden Juden sich in einer schwierigen Situation. Hatten die Hamburger jüdischen Gemeinden 1933 ca. 17.000 Mitglieder (1) (allein Altona ca. 2.000), blieben es in den Jahren nach dem Krieg um die 1.000. Sehr viele wollten allerdings nicht in Deutschland bleiben, die Gemeinde, der kein Rabbiner geblieben war, unterlag großer Fluktuation. Die deutsche Umgebung blieb den Juden weitgehend feindlich gesinnt, schon 1946 fanden wieder erste Friedhofsschändungen statt, und Deutsche vermuteten und neideten Vergünstigungen, die Juden erhalten sollten. Das Problem, sich - oftmals ohne Angehörige - durchzuschlagen, erwies sich für die oft Traumatisierten aber als sehr schwierig. Die britische Besatzungsmacht zögerte, um Zahlungen nach Palästina zu verhindern, Wiedergutmachungsleistungen hinaus. Erste Hilfen für Angehörige Ermordeter setzten z.B. erst 1947 ein, und erst im Mai 1949 wurde die Voraussetzung für Eigentumsrückgabe oder Kompensationszahlungen geschaffen. Die Auszahlungen verzögerten sich oft um weitere Jahre.

In dieser Situation übereignete am 15.11.1950 die Jewish Trust Company, die herrenlosen jüdischen Besitz verwaltete, das Gelände des Friedhofs an eine Grundstücksgesellschaft - die im Aufbau befindliche Hamburger jüdische Gemeinde bestätigte den Verkauf am 15.6.1951. 1953 wurde das Gelände an den arisierten Hertie-Konzern weiterverkauft, der einen Teil des Geländes bebaute.

Wieviele der geschätzten 4.000 Gräber durch Bunker- und Kaufhausbau zerstört wurden, ist nicht genau bekannt; von mindestens 2.000 erhaltenen wird ausgegangen.

Anmerkung:

1) Die Angaben sind dem Begleitbuch zur Ausstellung "400 Jahre Juden in Hamburg", insbesondere dem Beitrag Ursula Büttners, entnommen.

Pressekonferenz mit Rabbi David Schmidl, Vorsitzender von "Athra Kadisha" (Vereinigung zum Erhalt jüdischer Friedhöfe), im Hamburger Rathaus, 29.4.92

Rabbi Schmidl betonte, die Gefährdung des Ottenser Friedhofs sei "Resultat und Fortsetzung des Holocaust". Die exilierten Juden seien "nicht freiwillig aus Deutschland weggegangen. Sie haben also nicht das Recht verloren, über die Gräber ihrer Vorfahren mitzuentscheiden". Die Hamburger jüdische Gemeinde sei immer sehr angesehen und orthodox gewesen, die Verstorbenen hätten als Orthodoxe gelebt, und müßten nach orthodoxen Maßstäben behandelt werden. Die Investorenfirma Büll & Liedtke habe ihm gegenüber die völlige Unmöglichkeit betont, regelrechte archäologische Umbettungen vorzunehmen.

Rabbi Schmidl schilderte weiter, es habe viele vergleichbare Fälle gegeben. "In allen Ländern - zu 100%" sei bisher im Gespräch mit Stadtverwaltung und ggf. Regierungen möglich gewesen, die Friedhöfe zu erhalten - so auch in Kairo, wo ein zentrales Straßenbauprojekt aufgehalten werden mußte. Auch dort habe eine kleine jüdische Restgemeinde schon die Zerstörung bewilligt gehabt. Deutschland, der Ottenser Friedhof, sei der erste und einzige ihm bekannte Fall überhaupt, bei dem die staatliche Seite den Erhalt nicht aktiv herbeiführe. Damit habe bei Athra Kadisha niemand gerechnet.

5. Wounded Knee in Ottensen

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:39

Das alte Kinderspiel: "Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?" macht makabrerweise die Lage klar. Dieses Spiel, das erfunden wurde, um mit Kindern Antisemitismus zu üben - und deswegen an Bedeutung verloren hat, weil es den schwarzen Mann, den orthodoxen Juden nicht mehr gibt, findet dann auch unter Erwachsenen statt, wenn er trotz der Shoah wieder auftaucht.

So geschehen in Ottensen. Der einmalige Fall, daß sich eine gesamte Bürokratie zusammen mit der Bevölkerung gegen den Erhalt eines jüdischen Friedhofs wehrt, findet dort statt. Die meisten wollen nicht nur nichts mehr hören von der Vergangenheit, sie wissen auch gar nichts mehr: "Juden hat's hier nie gegeben," behauptet ein 78jähriger Mann, der angibt, seit 60 Jahren in Ottensen zu wohnen, in der Zeißstraße. Auf die Frage, wie denn der Friedhof hierhin komme, antwortet er: "Das muß vorher gewesen sein." Wie er das sagt, klingt es nach späte Bronzezeit. Er ist "im Felde in Rußland" gewesen - die Frage, auf welcher Seite, erübrigt sich. Solche Erlebnisse, oder andere, die weniger von der Verdrängung als vom offenen Haß geprägt waren, werden fast alle - alle eigentlich, die es hören wollten - mitbekommen haben, die in den letzten Wochen an der Baustelle waren, die ein jüdischer Friedhof ist.

Einige von denen, die dort auf die orthodoxen Juden mit ihren Schläfenlocken und ihren Hüten und schwarzen Mänteln schimpfen, haben sicher die Ausstellung "400 Jahre Juden in Hamburg" gesehen, die seit Ende Oktober über die Geschichte der Hamburger Juden informieren sollte.

Einige von den anderen, die nicht offen schimpfen, sondern es eher bei der Frage belassen, ob nicht der eine oder andere dieser Orthodoxen ein Mossad-Agent sei bzw. diesen Juden unterstellen, sie unterstützten deshalb eine aggressive Siedlungspolitik in den von Israel besetzten Gebieten, weil sie so aussehen wie die aus dem Fernsehen, haben sich sicher schon länger mit dem derzeitigen Szene-Modethema "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand" auseinandergesetzt.

Daß das eine mit dem anderen zu tun hat, also die Existenz einer jüdischen Gemeinde in Hamburg mit dem 500-jährigen Reich des Kolonialismus, wird vielleicht gewußt, aber auf jeden Fall von letzteren ignoriert: Ausgehend von der Idee, daß es sich hier um einen alten kultischen Platz handelt (was der allgemeine Begriff ist für Dinge, bei denen sich Religion und Kultur angeblich nicht so gut trennen lassen wie beim Christentum - also in eigentlich jeder anderen kulturellen Tradition) und um solche Plätze z.B. in den USA immer schon gekämpft wurde von native americans, soll jetzt im folgenden eine kurze Schilderung jüdischer Geschichte folgen.

Das ist keine Entschuldigung für den Antisemitismus, der in der Rest-Linken existiert und sich äußerst aggressiv gebärdet. Und es soll keinen Weg beschreiben, der irgendwelchen selbsternannten "Antizionisten" die Veränderung ihrer rassistischen Haltung einfacher macht, wenn sie behaupten, allein, daß jemand aus Israel käme, sei ein Grund, nicht mit ihm zu reden. Diese Schilderung versteht sich als Ergänzung für diejenigen, die wissen wollen, was die ganze Geschichte ist.

1492, in Aussicht großer Eroberungserfolge und des beginnenden Kolonialismus, wird die jüdische Bevölkerung der iberischen Halbinsel vertrieben, weil sie ihre ökonomische Funktion - Steuern abzuliefern und Kredite an die Herrschaft zu geben - verloren hat. Zum Antijudaismus der Christenheit kommt der moderne, von religiösem Beiwerk befreite Antisemitismus, der die Rassekonstruktion liefert, mit dem im Nationalsozialismus das europäische Judentum vernichtet wird. Die portugiesischen und spanischen Juden, die dem Gemetzel der Jahre 1490 bis 95 entfliehen können, ziehen gen Norden. Sie landen vor allem in den Niederlanden und in Belgien. Die Niederlande sind noch spanische Kolonie, aber mitten in den Befreiungskriegen begriffen; die Juden finden hier Asyl. Einige zogen weiter - und so gründet sich 1592 die Hamburger Jüdische Gemeinde. Sie wird geduldet von den Pfeffersäcken, bis auf eine kurze Ausnahme, in der die Juden nach Glückstadt fliehen. Um Hamburg herum bilden sich auch jüdische Gemeinden, so auch die in Altona und die in Wandsbek. Ihre Friedhöfe sind, laut Vertrag mit dem Senat, für immer unantastbar.

Die Hamburger Dreigemeinde Altona-Hamburg-Wandsbek hat gemeinsame Verwaltungen; ansonsten aber gibt es genauso viele andere Gemeinden, wie überall anders vor dem Nationalsozialismus auch. Zu ihnen zählen verschiedene orthodoxe Richtungen wie auch sehr liberale, vor allem aber sehr assimilierte. Orthodoxe

und Liberale trafen sich immer in ihrer jüdischen Identität, die sie nicht verleugnen wollten, ansonsten waren ihre Traditionen geradezu entgegengesetzt; die assimilierten Hamburger Juden setzten dagegen vor allem auf ihre nationale, also deutsche Identität.

Ihrem Kampf um Anerkennung durch die nichtjüdischen Deutschen ist im 1. Weltkrieg Erfolg beschieden: Es gab neben Militärpfarrern auch Militärrabbiner. Nach dem 1. Weltkrieg ist die Vereinigung jüdischer Frontkämpfer die einflußreichste jüdische Organisation in Deutschland. Um die großdeutsche Politik zu stützen, lädt der Kaiser am Vorabend des 1. Weltkrieges Juden nach Deutschland ein: Sie kommen aus Rußland und dem besetzten Polen, wo es nach furchtbaren Pogromen eine Vertreibungswelle gab. Sie sind meist orthodoxe, chassidische Juden und leben sowohl in Rußland als auch im Kaiserreich in bitterer Armut. Sie bilden in Berlin im Scheunenviertel, aber auch in Hamburg in der Neustadt und auch in Ottensen - genau wie in vielen anderen Städten - Gemeinden.

In den zwanziger Jahren waren Juden meist alles andere als Juden. Sie waren KommunistInnen, SozialdemokratInnen, Intellektuelle, KünstlerInnen, Teil der Bourgeoisie oder der Arbeiterklasse. Sie waren alles - daß sie Juden waren und zu Juden gemacht wurden, begann mit den dreißiger Jahren und fand seinen ersten Höhepunkt mit den Nürnberger Gesetzen von 1935. Mit diesem Akt waren sie Juden: Sie durften nur mit jüdischen PartnerInnen zusammensein; nur in jüdische Läden einkaufen gehen; das ganze kulturelle Leben spielte sich in jüdischen Zentren ab; Berufsausbildung fand, wenn überhaupt, in Zentren der Aliah statt, also mit dem Ziel, nach Palästina auszuwandern. Viele setzten sich ab diesem Zeitpunkt damit auseinander, daß sie einen "falschen Stammbaum" hatten.

Im Oktober 1938 wurden die polnischen Juden - und damit praktisch alle orthodoxen, chassidischen und vor allem armen Juden - ausgewiesen in das antisemitische Polen Pilsudskis.

In dieser Zeit, in der die Deutschen die Synagogen ansteckten und das kulturelle Leben der Juden einschränkten, bis ihnen die Luft zum Atmen fehlte und die anderen, die assimilierten Juden, erst merkten, daß sie Juden waren - in diese Zeit fallen auch zahlreiche Umbettungen jüdischer Friedhöfe oder großer Teile von Friedhöfen.

Allein das sollte zu denken geben: es gab keine Hemmungen, Synagogen, Läden, Wohnungen und nicht zuletzt Menschen anzustecken - und bei den Toten überfiel die Nazis auf einmal so etwas wie Pietät?

Es war Qual, kollektive Folter.

Denn im Gegensatz zum Christentum trennt sich in der jüdischen Kultur die Seele bei Eintritt des Todes nicht vom Körper; der Mensch bleibt ganz. Deswegen soll er bis zur Ankunft des Messias dort liegen, wo er oder sie begraben ist; die Toten leben in der Erinnerung fort, deswegen gibt es auch keinen Totenkult, wie etwa auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Um sich aber der Toten zu erinnern braucht es Plätze, eben Friedhöfe, und die sollen ewig existieren - weil sie den Toten gehören.

Das erinnert an die Auseinandersetzung um Wounded Knee; die Gedenkstätte des native american Widerstandes ist für diese ein Heiligtum. Hier allerdings kommt niemand auf die Idee, ihre kulturellen und Lebensvorstellungen für "fundamentalistisch" religiöse zu halten. Ebenso ist es mit vielen Symbolen (allein schon, daß es sie gibt!) des indigenen Widerstands in Lateinamerika. Diese Symbole sind Ausdruck von Kulturen, die ihren Widerstand weder von Kultur trennen, noch ihre Kultur von der Religion.

Daß es sich in Hamburg um orthodoxe Juden handelt, um eine Richtung, die eben dies auch nicht tut - und die auch deshalb orthodox heißt und nicht weil sie zionistisch ist, scheint noch keiner und keinem derer aufgefallen zu sein, die es nötig haben, darauf zu verweisen, daß die protestierenden Juden nicht aus Deutschland kämen. Die Solidarität jener Leute mit indigenem und native american oder afro-amerikanischem Widerstand hat aus dieser Sicht mehr damit zu tun, daß sich dieser Widerstand auf einem anderen Kontinent abspielt, also weit weg ist. Eine solche Solidarität ist keine.

Wounded Knee in Ottensen: die orthodoxen Juden sind nicht einmal bewaffnet, und obwohl es ihnen um ähnliche - auch um politische - Ziele geht, werden sie wie Invasoren behandelt - von fast allen, die ihnen begegnen. Daß es Menschen geben kann, die das Politische und das Religiöse als Einheit begreifen, wird als Bedrohung wahrgenommen.

Es gibt diese Reaktionen, sich bedroht zu fühlen. Wahrscheinlich ist dies aber die Angst vor sich selbst, die historische Ahnung davon, daß es eine Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte und Kultur nicht ohne eine Auseinandersetzung mit der Shoah geben kann - und damit mit sich selbst.

Tjark Kunstreich

6. "Stilke-Kioske: Umsätze mit faschistischer Hetze". Bilanz einer Kampagne

Bilanz und Einschätzung einer Kampagne

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:27

Gegen den Verkauf faschistischer Publikationen wie der "Deutschen Wochenzeitung" (DMZ), der "Deutschen Nationalzeitung" (DNZ), der "Jungen Freiheit" (JF) und "Criticon" an den Bahnhofskiosken der Hamburger Firma Stilke wurden in den letzten Monaten von mehreren Hamburger Antifa-Gruppen Aktionen durchgeführt. Jeweils zwischen fünf und 35 AntifaschistInnen verteilten dabei jeweils vor verschiedenen Stilke-Filialen insgesamt 9.000 Flugblätter und protestierten mit Megaphon und Transparent gegen den Verkauf faschistischer Propaganda. Die Passanten reagierten dabei meist positiv und interessiert. Abgesehen von einer Personalienaufnahme mit anschließender Vorladung vors Hamburger Landeskriminalamt wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht und verbalen Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften des Hamburger Verkehrsverbundes um den konkreten Standort der Aktionen kam es kaum zu wesentlichen Störungen. Es ist als durchaus positiv zu vermerken, daß mehrere Male an den verschiedenen Schauplätzen der Aktionen die jeweiligen Antifa-Stadtteilgruppen mit einbezogen werden konnten.

Mit Hinweis auf die direkte Verantwortlichkeit faschistischer Organisationen für die Pogrome der letzten Monate, für faschistische Hetzkampagnen gegen Flüchtlingen und EinwanderInnen (DNZ: "Gewalt gegen Ausländer - Notwehr oder Verbrechen?") der rechtsradikalen Presse wurde die Stilke-Geschäftsleitung aufgefordert, diese Publikationen aus dem Verkauf zu nehmen. Dabei wurde die besondere Wirkung herausgestellt, die ein Einlenken gerade Stilkes als Hamburger Bahnhofskiosk-Monopolist auf die Präsenz faschistischer Hetzblätter in den Zeitungsständen der Stadt hätte. Zu den etwa 80 Stilke-Filialen in Hamburg gesellen sich weitere zehn in Kiel, Neumünster, Celle, Fulda, Braunschweig, Bonn, Cuxhaven, Lüneburg, Rendsburg und Lübeck.

Wer ist Stilke?

Die "Stilke aktuell Buch- und Zeitschriftenhandelsgesellschaft mbH" gehört zu 65,5% als vergleichsweise kleiner Fisch zum größten deutschen Fachgeschäftskonzern "Douglas Holding", die im Parfümerie-Bereich international aktiv und in der BRD sowie in Holland, Belgien und Österreich marktführend ist. Bedingt durch die DDR-Annexion und verstärkte internationale Expansion konnte der Hagener Konzern sich 1990 über 33% Gewinnsteigerung (36 Millionen) die Hände reiben. Mit seinen knapp 130 Millionen Umsatz nimmt Stilke selber dabei einen eher bescheidenen Platz ein (Douglas: über 2,5 Milliarden), steigerte aber seinen Anteil 1990 um 11%.

Interessanter ist die Geschichte des ehemaligen Familienbetriebes: 1872 gegründet, wurde der jüdische Besitzer Georg Stilke von den Nazis enteignet und sein Besitz "arisiert". Seine Witwe hält heute wieder 10% der Aktien.

Die Hetzblätter

Die von Stilke verkauften faschistischen Publikationen sind von unterschiedlicher Qualität und Auflage. Die DNZ und DWZ gehören zum Verlag des Münchner DVU-Faschisten Gerhard Frey und erscheinen in einer Auflage von insgesamt 130.000 Exemplaren wöchentlich. Sie wurden 1951, mit Hilfe der US-Besatzungsmacht gegründet und vom Bundespresseamt als "antibolschewistischer Verteidigungsbeitrag" unterstützt. Seit 1958 gehören sie Frey. Inhaltliche Schwerpunkte sind u.a. der "Kampf gegen die Kriegsschuld- und 6 Millionenlüge", ihr Kundenkreis sind vorwiegend Altnazis und Hitler-Verehrer. In Bezug auf Hetze gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen gebärden sie sich am plumpsten und aggressivsten innerhalb des braunen Pressespektrums. Anders die JF: Mit ihren monatlich ca. 35.000 Exemplaren versteht sie sich als intellektuelle Plattform der "Neuen Rechten" und hat somit einen gewissen Bündnischarakter für faschistische Parteien und dem rechtskonservativen Flügel der Unionsparteien. Ihre Rubriken sind u.a. "Politik", "Mitteldeutschland", "Ethnopluralismus" (d.h. Berichte über Südtirol und Elsaß-Lothringen). Auf der personellen Ebene bestehen

enge Verbindungen zu den Republikanern. Herausgegeben wird die JF vom gemeinnützigen (!) "Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschland, Unitas Germanica e.V.". Criticon versteht sich als "ideologisches Leitorgan in einem immer enger werdenden Bündnis zwischen Rechtskonservativen und Neuer Rechten". 1987 erschien sie in einer Auflage von 4.500 Stück.

Im Vergleich zu den Auflagen ist der Kiosk-Verkauf bei Stilke als eher gering einzustufen. Von DNZ, DWZ und JF werden pro Ausgabe jeweils 250, 125 bzw. 130 Exemplare verkauft, Criticon verschwindet fast ganz mit 17 Exemplaren.

Reaktionen

Diese Zahlen nahm der von der DAG dominierte Betriebsrat zum Anlaß, der Kampagne der Hamburger Antifas wegen Unerheblichkeit die Unterstützung zu versagen. Mit Hinweis auf die Bild-Zeitung, die pro Filiale täglich bis zu 1000 mal verkauft werde und die angeblich nicht existenten Klagen v.a. ausländischer Beschäftigter über den Zwang, Nazi-Presse verkaufen zu müssen, wurde die Sache abgetan. Die HBV-Hamburg schloß sich mit einem Protestschreiben an Stilke und einer Presseerklärung der Kampagne an.

Wesentlich gesprächsbereiter als zunächst angenommen und als der eigene Betriebsrat zeigte sich Stilke. In Anbetracht der Geschichte des Unternehmens in der Nazi-Zeit ließ Geschäftsführer Carstensen verlautbaren, selbst nicht glücklich über den Vertrieb faschistischer Publikationen zu sein. Durch Verträge mit dem Bahnhofsbuchhandelsverband und dem Verband deutscher Zeitschriftenverlage (VDZ) seien Stilke jedoch die Hände gebunden. Der Status als Bahnhofsbuchhandlung, der vor allem günstigere Konditionen für den Warenbezug einbringe, verpflichte Stilke u.a. dazu, alles anzubieten, was an Publikationen angeboten und verlangt werde. Der Vertrag mit dem VDZ, der als Interessensvertretung der Verlage auftrete, verpflichte Stilke zur Abnahme der Publikationen der im VDZ vertretenen Verlage. Über die Verpflichtung zur Abnahme hinaus sei Stilke ebenfalls zu einer verkaufsfördernden Präsentation (offene Auslage) gezwungen. Daher könne nicht nur eine Auslistung, sondern schon der versteckte Verkauf faschistischer Propaganda unterm Ladentisch zu Klagen der Verlage auf Einnahmeschädigung und Konventionalstrafen führen. Aus diesen Gründen sah sich Stilke-Geschäftsführer Carstensen nicht dazu in der Lage, mit offiziellen Anweisungen an die Angestellten Nazi-Presse unter den Ladentisch zu verbannen.

Im Gegensatz zu den Äußerungen Carstensens behauptete der VDZ auf Anfrage, die DNZ, DWZ und die JF nicht zu vertreten, da es sich hierbei nicht um Zeitschriften, sondern um Zeitungen handele. Er verwies dabei auf andere Verbände. (Bundesverband der Zeitungsverleger etc.) Dies bedarf weiterer Klärung.

Wie geht's weiter?

Trotzdem ist nicht davon auszugehen, daß die Haltung Carstensens unglaubwürdig ist. U.a. kann er der Einzelhandelskette nicht recht sein, in der Öffentlichkeit als Handlanger der Faschisten dazustehen. Trotzdem muß in Zukunft beobachtet werden, wie sich die Sache von Seiten Stilkes entwickelt. Dies bedeutet auch, die Aktionen fortzusetzen bzw. auszuweiten. Denn: Verstärkter, andauernder Druck durch Proteste jeglicher Art werden Stilke zum einen dazu drängen, eigenständig Schritte gegen die betreffenden Verlage zu unternehmen, zum Anderen liefern sie dem Hamburger Kioskmonopolisten Gründe in die Hand, den Verkauf faschistischer Zeitungen mit Hinweis auf zu geringe Umsätze, die in keiner Relation zur Geschäftsschädigung durch AntifaschistInnen steht, einzustellen.

Die Tatsache jedoch, daß Stilke als Einzelhändler das letzte Glied im Zeitungsvertrieb ist und durch Verträge nur begrenzten Einfluß auf seine Angebotspalette hat, deutet auf ein viel weiterreichendes Vorgehen unsererseits hin: Letztlich ist die Stilke-Kampagne eine Kampagne gegen faschistische Publikationen überhaupt. Stilke als norddeutscher Kiosk-Marktführer ist dabei nur der momentane, konkrete Ansatzpunkt. Eine Kampagne gegen faschistische Presse muß langfristig Grossisten und Druckereien mit einbeziehen. Die Gemeinnützigkeit des Herausgebers der JF muß angegriffen werden usw. All dies impliziert eine verstärkte Einbindung der Gewerkschaften HBV, IG-Medien und auch der Gesamt-DAG. Um auf voller Breite für Druck auf faschistische Verlage zu sorgen, müssen nicht zuletzt langfristige Überlegungen zur Forderung nach dem Verbot faschistischer Presse und zur Handhabung der Pressefreiheit angestellt werden.

All dies verweist auf die Notwendigkeit, die Organisationsstruktur der Antifa-Bewegung auszuweiten. Da der Vertrieb faschistischer Publikationen nicht regional begrenzt ist, darf sich eine derartige Kampagne langfristig

nicht auf einzelne Orte oder gar Stadtteile beschränken. Aus dieser Überlegung heraus resultiert auch die Ausführlichkeit dieses Artikels. Er sei auch als Aufforderung verstanden, ähnliche Kampagnen an anderen Orten anzuzetteln. Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen und Ergebnissen aus Faschopresse-Analysen (Antifaschistisches Bildungs-, Informations- und Dokumentationszentrum Nürnberg) wären dabei bundesweit zu nutzen.

Zum Schluß noch die Adresse der Stilke-Geschäftsleitung für zum Beispiel Protestschreiben: "Stilke aktuell, Postfach 10 11 25, 2000 Hamburg 1".

hochschul-antifa hamburg

Kontaktadresse: hochschul-antifa hamburg c/o AStA der Universität Hamburg, Von Melle Park 5, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/410 30 64 (Di. 14-17 Uhr)

7. Antifaschismus im Kriegsgefangenenlager. Gespräch mit dem ehemaligen Antifa-Leiter Karl Kielhorn

Gespräch mit einem ehemaligen Antifa-Leiter

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:21

Seit dem November 1989 wird in Hamburg gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn wegen Mordes an dem Nazirichter Kallmerten verhandelt (siehe ak 340). Der Mord wurde 1947 im sowjetischen Kriegsgefangenlager Klaipeda (Litauen) begangen. Dort waren von 1945 bis 1948 in einem Hauptlager und mehreren Nebenlagern ca. 4000 Kriegsgefangene interniert. Karl Kielhorn war zur Zeit des Mordes Leiter der Antifa des Lagers. Die Antifa muß sich seit in der Sache Kallmerten ermittelt wird, also seit 1952, mit dem staatsanwaltlichen Vorwurf auseinandersetzen, als "Russenknechte" ein Terrorregime im Lager installiert zu haben und damit wenigstens indirekt für die Ermordung Kallmertens verantwortlich zu sein. Der ak sprach mit Karl Kielhorn über die Situation in einem sowjetischen Kriegsgefangenlager und die Funktion und Bedeutung der Antifa.

Die Urteile gegen Bögelein und Kielhorn werden am 18.5. gesprochen; eine ausführliche Berichterstattung erfolgt im nächsten ak.

Das Gespräch mit Karl Kielhorn führten hg. und jw. von der Gruppe K/Westberlin

ak: Versuchen wir mal von vorne anzufangen, mit der Geschichte im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda in Litauen. Im Gebiet das 1939 von Hitler als Memelland annektiert wurde.

Kielhorn: Die faschistische Kurlandarmee bestand aus ca. 80 - 100.000 Soldaten. Wir kamen in ein Massenlager, Telsiai, vielleicht 2-3 Monate. Von dort wurde ein Teil, ein Zehntel, im August 45 nach Klaipeda gebracht. Klaipeda, eine mittelgroße Stadt, war fast völlig zerstört. Wir wurden dort in einer Zigarettenfabrik untergebracht und mußten uns erst einmal das eigene Lager aufbauen. Das Material mußte zum Teil aus den Trümmern geholt werden. Keiner war zunächst bereit, dies freiwillig zu tun. Diese Arbeit war Zwang, nach dem Motto, nun macht mal wieder gut.

Also sind die Leute auch bewacht worden?

Ja, natürlich, das waren richtige Arbeitskommandos. In der ersten Zeit standen sie unter der Leitung deutscher Offiziere bei gleichzeitiger sowjetischer Bewachung.

Ja, das hat mich eigentlich überrascht. Die sowjetische Administration hat in allen Lagern Doppelstrukturen aufgebaut, das heißt eine Lagerselbstverwaltung in Anführungszeichen und die eigene. Es ist wohl nicht nur in Klaipeda so gewesen, daß auf die alten Befehlshaber zurückgegriffen wurde und Offiziere als Chefs und zivile "Selbstverwaltung" eingesetzt waren.

Das war in fast allen Lagern. Ich möchte fast sagen, aus meiner Kenntnis, mindestens in 95%.

Das waren wahrscheinlich praktische Gesichtspunkte der Sowjets.

Ja, natürlich. Wem hat denn die Masse der Soldaten gehorcht? Ihren ehemaligen Spießen, Kommandeuren und Hauptleuten, die kannten sie und vor denen kuschten die meisten. Es gab noch Befehlsstrukturen und Knechtseligkeit. Das hat sich in der ersten Zeit darin widergespiegelt, daß die Offiziere auch dort das Sagen hatten. Der erste Lagerkommandant war Oberst Adam, der hatte sich seine Leute ausgesucht, Majore, Hauptleute und noch einen Oberst, die die verschiedenen Kommandos geführt haben. Dies bezieht sich auf die Zeit des Aufbaus des Lagers und des Übergangs, um draußen zu arbeiten. Das alles mußte schnell gehen, denn wir kamen im August und das Lager mußte winterfest für 4.000 Kriegsgefangene werden.

Dazu gehörte auch ein Lazarett, in dem neben den sowjetischen Ärzten, die sich von Anfang an sehr gekümmert haben, auch die früheren Ärzte der Wehrmacht im Offiziersrang dabei waren. Das galt auch für einen Teil der Sanitäter im Mannschaftsdienstgrad.

Von den Kommandos wurden die vordringlichsten Aufgaben wahrgenommen, das Energienetz wiederaufzubauen, den Hafen wieder arbeitsfähig zu machen, die Bahn und die Verkehrswege wieder in Ordnung zu bringen, eine Papierfabrik, das Baukontor und andere Schwerpunkte.

Wie war es denn mit der Verpflegung bestellt? Es gibt, ja die Lager betreffend, Horrorstories verschiedener Art, z.B. daß der Hunger grauenvoll geherrscht hätte.

Wir hatten die gleiche Verpflegung, wie die sowjetischen Soldaten, die Offiziere hatten eine bessere Verpflegung.

Nun ist ja damals die Versorgung, auch der sowjetischen Armee insgesamt auf einem niedrigen Niveau gewesen. Wie muß man sich die Verpflegung ungefähr vorstellen?

In der DDR ist ein Buch, "Kriegsgefangene in der UdSSR" erschienen. Das besteht aus tausenden von Dokumenten, die aus den unterschiedlichsten Kriegsgefangenenlagern der UdSSR zusammengetragen wurden. Da sind alle Etappen, wie man gearbeitet hat, was man gegessen hat, ab wann es Geld gab, ab wann wir uns in der Kantine etwas kaufen konnten, bis zur Kulturarbeit und zum Sport aufgeschrieben. Darin sind auch die erhöhten Sätze für die Offiziere an Brot, Zucker, Tabak usw. enthalten. Die Sätze waren für alle Lager gleich und verbindlich. Wir haben mindesten das gleiche, wenn nicht manchmal mehr bekommen, als die Wachsoldaten, die mit uns rausmarschiert sind. Natürlich war es insgesamt schwer. Zweimal ist das Land von der Kriegsmaschinerie überrollt worden. Es gab Kascha, das war Brot, bei dem die Backform auch mal mit Petroleum ausgewischt wurde, weil kein Fett da war. Das hat säuisch geschmeckt, aber man hat es gegessen. Die sowjetischen Soldaten genauso.

Die Sowjetunion hat sich ja eigentlich sehr bald vorgenommen, trotz des Nationalkomitees Freies Deutschland, an dem viele Offiziere beteiligt waren, Kriegsverbrecher zu suchen. Gerade auch in den Offizierskadern, weil man wußte, da wird man nicht wenige finden. Mir ist es ja noch einsichtig, daß man Offiziere von denen man nicht genau weiß, wie belastet sie denn nun eigentlich sind, zu solchen Aufgaben einsetzt, daß man sie auch noch privilegiert, leuchtet mir nicht ein. Das ja auch noch ziemlich lange, also bis 1947.

Das ist ganz einfach. Es gibt die Genfer Konvention, die ist auch von der Sowjetunion akzeptiert, dort ist der Sonderstatus für kriegsgefangene Offiziere festgeschrieben.

Die Antifa wird gegründet

Wie bildete sich die Antifa im Lager?

Die erste antifaschistische Arbeit entzündete sich nicht an dem Gegensatz zu den Offizieren. Viel wichtiger war, daß sich in dem Lager auch Menschen trafen, die die ganze Härte des Faschismus am eigenen Leibe gespürt hatten, nicht nur als Soldaten, die waren mehr oder weniger alle Kanonenfutter. Da gab es den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Willi Agatz, der durch das Bewährungsbataillon in Kriegsgefangenschaft kam. Er kam nach kurzer Zeit im Lager zurück nach Deutschland, übernahm dort Funktionen in der Gewerkschaft Bergbau und war Landtagsabgeordneter. Er ist leider frühzeitig gestorben, da er schon ziemlich ausgezehrt und krank war. Dieser Mann hat eine Gruppe von Antifaschisten um sich gesammelt, die aus den unterschiedlichsten Gründen zu Antifaschisten geworden sind. Die haben sich dann verständigt, wie man dort als Deutsche, gegenüber der Schuld, die Hitler-Deutschland auf sich geladen hat, etwas unternehmen könnte. Die Kriegsgefangenen sollten aus ihrer Lethargie aufwachen und beginnen, nachzudenken. Aber es ging auch darum, der Wiederaufbauarbeit in der Sowjetunion, also speziell in Klaipeda, den moralischen und den ideologischen Halt zu geben.

Es ging darum aufzuzeigen, was jeder Soldat mehr oder weniger selbst erlebt hatte, welche Verbrechen das Hitlerregime auf sich geladen hat. Was ist während des Krieges überhaupt alles passiert? Welche Städte und Dörfer sind dem Erdboden gleichgemacht worden? Welches Elend haben wir gesehen? Diese Tausende, Hunderttausende, Millionen von Toten kann man doch nicht einfach so vergessen, man kann auch nicht sagen, das ist vom Himmel gefallen, denn Hitler hat angegriffen. Daß wir in Kriegsgefangenschaft saßen, war nichts anderes als ein Ausdruck für die Überlegenheit der Sowjetmacht über den Hitlerfaschismus. So muß man das ja erst mal werten.

Die Gruppe war erst sehr klein. Der Wissensstand war anfangs sehr gering. Wir mußten erst einmal selbst lernen. Das war auch mein Weg.

Aber eine Antifa-Kerngruppe hat angefangen. Die hatten Strafbataillon oder andere politische Erfahrungen hinter sich?

Ganz richtig, vielleicht 8 bis 10 Mann. Später kamen andere dazu.

Wieviele von den 4.000 Insassen hatten denn schon Erfahrungen als Gegner des Faschismus?

Vielleicht 30 bis 40, die sich aus unterschiedlichen Beweggründen dazu bekannten und in Versammlungen aufgetreten sind und ihr Schicksal dargestellt haben. Aber es war eben nicht unbedingt gepaart mit politischem Wissen. Dort setzte damals bei uns der eigentliche Prozeß ein.

Die sowjetische Verwaltung hat den Lagerinsassen eine Bibliothek deutschsprachiger Bücher zur Verfügung gestellt, von Goethes "Faust" bis Marx' "Kapital". Das Interesse für die politische Literatur war im allgemeinen nicht groß, obwohl sehr viel gelesen wurde. Ich habe als erstes Buch den "Anti-Dühring" von Engels gelesen und einen Eindruck bekommen, was Dialektik überhaupt ist.

Für mich war die allerwichtigste Erkenntnis, die ich dort gewonnen habe, daß die Welt in Klassen gespalten ist, und warum das so ist. Das war ja frappierend, da habe ich ja nie dran gedacht, daß die menschliche Arbeitskraft eine Ware ist, die der Arbeiter an den Kapitalisten verkauft, und daß diese Ware die Eigenschaft hat, während ihres Verbrauches über einen Arbeitstag mehr Wert zu schaffen, als Lohn dafür gezahlt wird und daß der Kapitalist diesen Mehrwert ungestraft einheimst. Das zweite, was besonders wichtig war, daß der Krieg die Fortsetzung des Klassenkampfes mit den Mitteln der Gewalt ist. So fiel eine Klappe nach der nächsten.

Im Lager wurde darüber diskutiert, dabei gab es auch Feuerwerk. Dort waren ernstzunehmende Leute, da waren christliche Theoretiker und andere dabei. Wir mußten schon zu dem, was wir gelernt hatten stehen, und wenn wir mal eingebrochen sind, dann war das ein Beweis, daß wir nicht genug gelernt hatten.

Aber ist es nicht problematisch, wenn man im Lager den Krieg als ein einzig den Herrschenden dienendes Massaker und einen Ausdruck ihres Klassenkampfes bezeichnet? Die überwiegende Zahl hat doch nicht zur herrschenden Klasse gehört! Man wußte doch genau, daß ein großer Teil nicht nur den Krieg mit Feuer und Flamme mitgemacht hat, sondern auch alles, was dahin geführt hat. Gläubig und überzeugt und auch gegen ihre objektiven Interessen. Sie haben in ihrer Mehrheit, fast bis zuletzt, die Interessen des Faschismus oder die Interessen Deutschlands, wie der Faschismus sie auslegte, als die ihrigen begriffen.

Ich gebe dir recht, aber es bröckelte immer mehr ab. Denkt an den 20. Juli, denkt an die Erkenntnisse, die schon vorher in den verschiedenen Widerstandsgruppen existierten, es setzte sich allgemein immer mehr die Erkenntnis durch, wir haben uns hier auf ein Abenteuer eingelassen, das uns Kopf und Kragen kosten kann.

Aber das ist keine Erkenntnis.

Aber das war der erste Schritt, und dann begann das Nachdenken darüber. Bei vielen war die Begeisterung sehr gedämpft worden. Ausgesprochene Nationalsozialisten gab es meiner Meinung nach vielleicht 30%, weitere 50% kann man als Mitläufer bezeichnen und dann gab es diejenigen, die möchte ich mit 20% angeben, die in den unterschiedlichsten Graden dagegen waren, teils passiv teils aktiv.

Die also nicht erst am 8. Mai 1945 auf die Idee kamen ...

Da ging das Umdenken ja dann relativ schnell, aber das hatte andere Gründe.

Für mich war das besonders ein Umdenken im Verhältnis zur Sowjetunion. Als ich seinerzeit im KZ saß und in den Strafvollzug der Wehrmacht kam, da entwickelte sich in mir ein Haß auf den Faschismus, den Krieg und alles was damit zusammenhing. Ich hatte aber nicht den Mut zur UdSSR überzulaufen.

Ich habe erst in der Kriegsgefangenschaft gelernt, daß es vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gerechte und ungerechte Kriege gibt. Die Sowjetunion hat einen gerechten Krieg geführt. Es gibt also auch unterschiedliche Definitionen vom Krieg.

Ich wurde später auch Seminarleiter größerer Seminare, zu Fragen der Dialektik, zu Fragen des historischen Materialismus, zu Fragen der Geschichtsbetrachtung. Lernen und Lehren passierten damals gleichzeitig. Damals habe ich auch gelernt, daß man sich zu Fehlern bekennt. Daß Ehrlichkeit, Toleranz und Zuhörenkönnen wichtig sind, vor allem für die Entwicklung der Selbstkritik.

Nun hat es ja aber in dem Lager auch noch die Nazis gegeben...

...die auch nicht untätig waren. Aber in stärkerem Maße haben sich die Antifaschisten durchgesetzt. Die jungen Menschen dort waren mehr und mehr von Krieg und Faschismus desillusioniert, aber noch lethargisch. Viele fühlten sich nicht mehr als Verlierer, sondern schon mehr als Betrogene. Diesen Gedankengang fortzusetzen, war eine Aufgabe unserer politischen Arbeit. Die aktiven Gegenströmungen konnten sich nicht erlauben, so offen den Nationalsozialismus zu predigen, weil das natürlich den sowjetischen Behörden unheimlich aufgestoßen wäre. Eine offizielle faschistische Kundgebung im Lager gab es nicht, sie hätten es gerne gemacht und haben auch heimlich geschürt und auch unsere politische Arbeit sabotiert. In einem Lager wurden z.B. die Böschungswinkel für die Bahn falsch angesetzt, die dann promt entgleist ist.

Aber wir haben auch Leute gehabt, die den Ausweg über die Kirche suchten. Die durften Gottesdienst halten. Sie bekamen Räume, dem Popen wurde ein Kreuz und ein großes Tuch für seinen Altar zur Verfügung gestellt.

Uns ging es ja als erstes darum, die Erkenntnis zu fördern, warum machen wir Wiedergutmachungsarbeit hier. Das Begreifen zu entwickeln: wenn ich hier die Trümmer wegräume, dieses Haus wieder aufbauen helfe, diese Straße wieder mit herrichte, dann ist das nur ein ganz kleiner Bruchteil an Wiedergutmachung von dem, was unser gesamtes Volk unter der Hitlerführung dem Sowjetvolk an Schäden zugefügt hatte.

Und das sollte auch denen vermittelt werden, die sich mehr oder weniger murrend an die Arbeit machen mußten. Wie klappte das?

Das klappte natürlich im ersten Moment nicht sehr gut. Wir hatten dabei aber auch keine Illusionen. Die Antifa im Lager war keine Partei mit fester Fügung, sondern eher eine Bewegung. Wenn die Antifa aufrief, den Sportplatz im Lager zu planieren, dann kamen welche und waren anschließend froh und stolz, daß wir einen herrlichen Fußballplatz gehabt haben. Oder wenn wir gesagt haben, wir brauchen jemand, der uns den Fußballdreß schneidert, oder für Kostüme für die Kulturarbeit. Unter den 4.000 Mann Kriegsgefangenen war das gesamte Orchester eines Armeechors, die hatten z.T. ihre Instrumente retten können oder andere bekommen und spielten von der Klassik bis zur Moderne alles. Wir haben 5 oder 6 große Theaterstücke, z.B. den "Revisor" von Gogol, aufgeführt.

Wir haben mal eine Ausstellung der Wiedergutmachung vorbereitet. Dafür wurde ein wunderbares Schachspiel geschnitzt, eine Kinderstubeneinrichtung, Möbel und Trachtenkleider hergestellt. Jeder der konnte, hat etwas produziert, über 2.000 bis 3.000 einzelne Artikel. Dann wurden die sowjetischen Freunde mit ihren Familien eingeladen und wir haben ihnen die Sachen geschenkt. Die waren ganz gerührt.

Die Antifa war eine gewählte Leitung, die haben wir von der ersten größeren Versammlung bestätigen lassen. Der erste Leiter der Antifa war Willi Agatz, dann der Genosse Martin Heyne, dann Karl Horn und dann Karl Kielhorn.

Die Lagerleitung von Oberst Adam wurde 1946 abgelöst. Da hatte es dann gereicht, da lief das Faß über.

Dann ist also 1946, von der sowjetischen Verwaltung abgesegnet, die Lagerleitung von den Offizieren an die Antifa übergegangen.

Die sowjetischen Offiziere haben sich darum nicht weiter gekümmert. Was im Lager ablief, war ihnen eigentlich egal, solange dort Ordnung war und keine faschistische Propaganda betrieben wurde. Unsere Aufgabe war es, die Menschen wieder aufzurichten, ihnen eine politische Orientierung zu geben. Nicht nur im Bezug auf die Wiederaufbauarbeit, das ist das Naheliegende gewesen, sondern vor allen Dingen, und das muß ich dreimal unterstreichen, für die Arbeit, die in Deutschland auf uns gewartet hat.

Während des dreiviertel Jahres, als die Lagerleitung von den Offizieren bestimmt wurde, haben die nicht mehr getan, als einen organisatorischen Rahmen aufrechtzuerhalten, die haben also nicht ihrerseits Sportveranstaltungen oder so etwas organisiert?

Überhaupt nichts, gar nichts.

Und dieses Vakuum, damit die Leute etwas "zu tun haben", ist letztlich von der Antifa beseitigt worden?

Ja. Die Antifa hatte dafür als Bewegung eine genügende Breite. Wir konnten das alles auffangen. Es gab überhaupt keine Notwendigkeit etwas Separates aufzuziehen.

Dann müßte ja auch mit der ständigen Ausweitung der Aufgaben die Antifa ständig stärker geworden sein.

Ist sie auch. Einige von den Zeugen im Prozeß haben ausgesagt, 80 oder 90% seien die Antifa gewesen. Das ist Unsinn. Diejenigen, bei denen wir etwas erreicht haben, die auch später aktiv aufgetreten sind, das waren vielleicht 20 bis 30%. Wir hatten eigentlich größere Ziele, aber man soll sich da nichts vormachen.

Aber hat man sich denn nichts vorgemacht, von der Antifa aus? Daß in einem grauen Lageralltag die Aufführung eines Theaterstückes, eines Konzertes oder eines Fußballspiels allen Freude macht, ist klar. Hat man da nicht leicht den Fehlschluß gezogen, weil der Organisator nun Antifa hieß, daß die Begeisterung der Leute sich vielleicht auch auf den antifaschistischen Hintergrund bezogen hat? Wenn es bei der Aufführung des "Revisors" allen gefallen hat, ist das natürlich ein Erfolg. Liegt es nicht nahe, irrtümlicherweise anzunehmen, daß der Zuspruch sich auf mehr als auf die Inszenierung eines Theaterstückes bezieht?

Das ist eine gute Frage, vor der standen wir natürlich auch. Dazu gab es die unterschiedlichsten Reflexionen bei den Angehörigen der Antifaleitung. Die einen verhielten sich so wie du beschrieben hast, die sagten: Mensch haben wir wieder einen großen Erfolg und wer alles teilgenommen hat usw. Die anderen haben gebremst und gesagt, das ist die eine Seite. Wir waren durchaus realistisch wenn wir sagten, man kommt an die Massen ran, indem man als Bindeglied auch so etwas macht, ohne damit gleichzusetzen, daß wir sie damit politisch überzeugt hätten, das ist doch der Kern.

Wie hat sich denn das real ausgedrückt? Wenn z.B. eine Veranstaltung zu deutschen Kriegsverbrechen in der SU gemacht wurde. Wieviele Leute sind gekommen?

Das konnte man sowieso nur im Kultursaal, den wir hatten durchführen. Der hatte maximal 400 Plätze.

Und der war dann auch voll?

Der war immer voll. Das Interesse an solchen aber auch an Veranstaltungen anderer Art, war sehr groß. Da haben auch ehemalige Offiziere über Fragen des Arbeitsrechts gesprochen, wenn man später wieder in der Heimat Arbeit haben will. Alle möglichen Dinge wurden da angepackt.

Einige von diesen Offizieren sollen sehr in Ordnung gewesen seien. Kannst du ein Beispiel nennen?

Das waren hauptsächlich Mediziner im Offiziersrang. Aber es gab auch andere, die uns zumindest so gegenüberstanden, daß sie uns akzeptierten und mit uns debattierten. Die gingen auch dazu über, unsere Auffassungen an ihre Offiziersbrüder weiterzutragen. Die haben sich untereinander auch mächtig gestritten.

Wieviel Offiziere waren überhaupt in dem Lager?

An die 100, darunter 60 Stabsoffiziere. Es gab auch oft Verlegungen. Wir hatten zwei größere Auseinandersetzungen mit den Offizieren. Die erste war in der zweiten Hälfte des Jahres 1946. Damals wollten wir, daß sie arbeiten wie alle Kriegsgefangenen und daß sie die Kommandos aus der Hand geben. Bei der zweiten Aktion, Pfingsten 1947, ging es um die Frage: Können wir noch gestatten, daß sie ihre Offiziersprivilegien behalten und uns weiter provozieren.

Aktionen gegen die Offiziere

Und wie gingen diese Aktionen von statten?

Das war im Zusammenhang einer großen Lagerversammlung. Über 1000 Kriegsgefangene sind am Appellplatz angetreten. Karl Horn, der seinerzeitige Antifa-Leiter, hat eine Rede gehalten, auch mit der nötigen Leidenschaftlichkeit.

Er sagte, wir sind stark genug geworden, um selbst unsere Arbeit in die Hand zu nehmen, die ehemaligen Offiziere sollen mitarbeiten. Wir haben also gesagt: Jetzt lösen wir die Leitung ab. Dann wurde festgestellt, ob die Anwesenden einverstanden waren. Es gab Zustimmung, daß die Offiziere als Lagerleiter, Lagerälteste und

von den Lagerkommandos abgelöst werden. Es wurden die neuen Namen genannt und die Leute vorgestellt und schon am nächsten Tag sind sie mit den Kommandos rausmarschiert. Und die Offiziere blieben drin. Ihre Orden verschwanden auch so nach und nach. Wir haben sie damals nicht unmittelbar dazu gezwungen.

Und der sowjetischen Seite war das völlig gleich?

Diese Seite war ihnen egal.

Bei der zweiten Aktion war die Antifa wohl schon stärker. Habt ihr euch auf eine Mehrheit im Lager stützen können?

Durchaus, die Offiziere waren zwar entmachtet, aber der größere Teil stolzierte nach wie vor mit Ledermänteln, mit Breecheshosen und Schaftstiefeln durchs Lager, voll in ihrer Haarpracht. Wir anderen sahen doch wirklich wie die geschorenen Karnickel aus - mit Recht, weil die Gefahr von Infektionen bestand. Es gab viele Läuse in der ersten Zeit. Das war sozusagen der hygienische Grund, zu sagen, die Haare von denen müssen auch runter.

Ein Trupp von 20 Antifaschisten ist an einem der Pfingsttage in die Offiziersbaracke gegangen. Viele vom Lager haben draußen eine Gasse gebildet und dann mußten sie durch diese Gasse runter in den Badekeller gehen (Banja). Wir haben gesagt, aus hygienischen Gründen müssen ihnen die Haare geschnitten werden. Sie wurden angesprochen und zwar kategorisch. Sie haben dann auch gleich gemerkt, jetzt wird es ernst.

Und das wurde im Lager mit Genugtuung aufgenommen?

Es gab von Seiten der Mannschaftsgrade in diesem Zusammenhang keine Sympathiekundgebung für die Offiziere. Die waren überzeugt, daß das eine korrekte Geschichte war. Viele Offiziere haben uns mit ihrer Überheblichkeit zu sehr provoziert, die sie unabhängig von ihren Privilegien an den Tag legten. Die haben mit den Landsern doch noch wie früher gesprochen und haben sich zum Teil Burschen gehalten.

Wie war das möglich? Das muß doch irgendwie belohnt werden, sonst macht es keiner.

Aus alter Tradition, alter Anhänglichkeit. "Hundetreue" würde ich das nennen. Das sind dann auch die, die sich später mit ihren Offizieren in Zirkeln zusammengeschlossen haben und Kameradschaftsabende veranstalteten. Da wurde über die alten Zeiten und über den Krieg gesprochen. Es gab damals auch noch andere anhängliche Leute auf der Seite der Offiziere, aber die haben sich während dieser Aktion nicht gerührt. Die Aktion verlief recht reibungslos, also mit einigen Rempeleien, weil einige aus dieser Gasse ausbrechen wollten. Aber es war keine Prügelaktion, das möchte ich mit Nachdruck sagen.

Wir haben in der Zeit, in der die Offiziere im Bad waren, ihre privaten Sachen durchsucht. Wir haben eine silberne Hermann-Göring-Büste, Hitlers "Mein Kampf", Selbstgeschriebenes faschistischen Inhalts usw. gefunden.

Wie kann das sein, daß davon vorher nichts von sowjetischer Seite gefunden wurde?

Die haben bei den Massen diese Einzelfilzungen gar nicht durchführen können. Und wer im Lager war, wurde nicht mehr gefilzt.

Das alles war im Zentrallager. Im Hafenlager wurde kurz danach die selbe Aktion durchgeführt. Dort wurde das Tagebuch vom ehemaligen Oberstabsrichter Kallmerten gefunden, in dem er die 176 Todesurteile für die er verantwortlich war verzeichnet hatte. Er kam erst danach ins Hauptlager.

Als bekannt wurde, was in den Tagebüchern stand, war der Zorn riesengroß. Karl Horn hat auf der Bestarbeiterversammlung seitenweise aus dem Tagebuch vorgelesen.

Was sind Bestarbeiter?

Bestarbeiter waren Leute, die ihre Norm ständig übererfüllt hatten, die bekamen Urlaub (d.h. sie brauchten eine bestimmte Zeit lang nicht zu arbeiten) und weiße Anzüge, hatten die doppelte Portion Essen, lebten extra und kriegten auch mehr Geld. Denen hat Karl Horn dieses Tagebuch vorgelesen. Den ganzen Zynismus, der da drinsteckte. Dort war in den einzelnen Tageseintragungen aufgelistet, wieviele er zum Tode verurteilt hatte. Wieviele Letten, wieviele Litauer... und zwischendurch war er mit dem General zur Hasenjagd, dann hat er Fasanen gegessen, dann hat er die Lilo getroffen, mit der war es dann sehr nett und so weiter. In ähnlichem

Stil hat er auch seine Briefe nach Hause geschrieben. Daß der General sich gesonnt hat und an Führers Geburtstag jeder Offizier eine Flasche Wein bekommen hat und zwischendrin stand: heute früh mußte ich leider einen zum Tode verurteilen.

Dann ersetzen diese Briefe ja teilweise das verschwundene Tagebuch.

Ja. Das Tagebuch wurde bei der Bestarbeiter-Versammlung an den sowjetischen Lagerkommandanten auch übergeben. Bögelein bekam den Auftrag, dieses Tagebuch zu übersetzen und Kallmerten zu vernehmen. Er hat den Kallmerten von einem Kriegsgefangenen holen lassen und hat ihn in einer Baracke vernommen. So kam also das Geständnis zustande, das kürzlich in Moskau aufgefunden wurde.

In der Baracke lag dann in der Mordnacht das Stück Papier mit dem Geständnis auf dem Tisch und Kallmerten lag blutüberströmt auf der Erde.

Am nächsten Tag wurde vom sowjetischen Kommandanten ein Lagerappell angeordnet. Er hat die Selbstjustiz streng verurteilt. Die sowjetische Gerichtsbarkeit, wäre zuständig gewesen, niemand hätte das Recht, auf eigene Faust Justiz zu üben, was immer die Ursachen und Motive gewesen sein mögen. Die Ausgabe bestimmter Materialien an die Kriegsgefangen, Hämmer zum Beispiel, wurde untersagt. Nach ihm habe ich gesprochen und habe mich im Namen der Antifa von dieser Tat distanziert. Dann haben wir mit den Antifa-Leitern von den anderen Lagern eine Beratung gehabt. Da sind wir kritisiert worden von der sowjetischen Administration, daß das passieren konnte und wir wurden aufgefordert, künftig alle Maßnahmen zu treffen, daß das nicht so ausufern kann. Ich war damals gerade eine Woche Antifaleiter. Mein Vorgänger, der Karl Horn ist mit anderen zur Schulung nach Vilnius in eine Gebietsschule verlegt worden.

Ich bin im Februar 1948 auch dorthin gekommen und habe ein Viertel Jahr lang einen Kurs mitgemacht. Von dort bin ich dann nach Ogre bei Riga auf eine Zentrale Antifa-Schule gekommen. Es gab drei solcher Schulen. Ich habe dann den nächsten und den darauffolgenden Lehrgang dort als Assistent und Lehrer gemacht. Das war nun schon direkt auf die Arbeit zu Hause orientiert. Nicht die DDR, die gab es ja damals noch nicht. Aber als ich entlassen wurde, gab es sie schon, das war Ende 1949.

Ich kam nach der ganzen Geschichte ins Ministerium des Inneren, habe dort die erste Zeit in der Kaderpolitik gearbeitet. Dann wurde ich Direktor der Ingenieurschule für Geodäsie und Kartographie in Dresden. Diese Schule habe ich nicht nur mit aufgebaut, sondern war auch 10 Jahre lang ihr Leiter. Bis mich dann das Ministerium geholt hat und für andere Arbeiten und Aufgaben eingesetzt hat.

Mir hat die Arbeit immer viel Spaß gemacht und ich war immer mit politischem, vollem Herzen dabei. Das war meine Arbeit, das war meine Republik, die hier aufgebaut wurde. Ihr könnt euch vorstellen, daß meine Enttäuschung über diesen politischen und ideologischen Zusammenbruch um so größer ist und mich ganz persönlich betrifft. Das ist gegenwärtig wirklich die Asche, die von vielen Dingen übrig geblieben ist. Das was mir aber jetzt Kraft gibt, das seid ihr. Die jungen Genossen und die jungen Linken, die ich jetzt kennengelernt habe, vor allem in Hamburg, das hat mir richtig wieder Mut gegeben, hier weiterzumachen und hier durchzukommen.

Die BRD Justiz hat ja schon Anfang der 50er Jahre deine Auslieferung verlangt...

Ich bekam schon 1951 ein Schreiben von Herrn Steckel (1), ich möge mich doch in Moabit zur Vernehmung einfinden, zum Vorwurf der Anstiftung zum Mord. Ich habe mich mit meiner damaligen Dienststelle verständigt und dort wurde gesagt, da gehst du nicht hin. Dann hat er versucht mich über meinen Vater, der noch in Hamburg lebte, nach Westberlin zu locken, auch das gelang nicht. Dann kam 1956 an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR ein Auslieferungsersuchen - inzwischen war ja der erste Prozeß gegen Berkemann (2) schon gelaufen. Die Generalstaatsanwaltschaft der DDR hat meine Auslieferung abgelehnt.

Ich konnte später nie in den Westen fahren, ich mußte ja damit rechnen zur Fahndung ausgeschrieben zu sein.

Dann, nach der Annexion der DDR, war alles offen, da mußte ich damit rechnen daß man auf mich zukommt.

Das war dann auch wirklich der erste Gedanke?

Der erste nicht aber der dritte oder vierte schon. Und dann kamen sie wirklich hier an und brachten den Schutzhaftbefehl von 1952 mit.

"Man muß alles wieder auf die Klassenfrage zurückbringen"

Du sagtest schon eingangs, daß das, was dir Mut zum Weitermachen gebe, mal abgesehen von den jungen Leuten, der Antifaschismus sei.

Dieses Erbe hat natürlich tiefe Wurzeln. Wenn man vom Antifaschismus spricht, muß man wissen, was der Faschismus ist und wann und unter welchen Bedingungen sich der Faschismus als Herrschaftsform und Ausdruck der herrschenden Klasse wieder bilden kann. Das ist immer aktuell. Solange es die Ausbeuterklasse gibt, gibt es diese oder jene Spielform des Faschismus.

Fred Löwenberg von der Interessengemeinschaft der Verfolgten des Naziregimes, der stellt das ja anders dar. Vom Kapitalismus ist bei ihm keine Rede mehr. Statt dessen geht es nur noch um die klassenübergreifende Volksbewegung. Entsprechend gehören bei ihm Leute in die Antifa hinein, die fast schon Nazis gewesen sind, wie der Nationalrevolutionär Beppo Römer. So etwas ist teilweise bestimmt auch dem Opportunismus nach 1989 zu danken, aber doch auch schon im DDR-Antifaschismus angelegt gewesen. Da ist doch etwas gefeiert worden, was eigentlich nicht mehr sehr politisch war. Es soll angeblich aus DDR-Zeiten nicht mal eine richtige Definition geben, was der Anti-Faschismus ist.

Doch, das gab es schon. Da brauchst du nur mal Materialien der damaligen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zu lesen. Der Antifaschismus ist ja keine Partei. Er ist eine politische Auffassung, eine Ideologie. Eine Ideologie, die sich auf den Erfahrungen des Kampfes gegen diese reaktionäre Herrschaftsform des Imperialismus gründet. Die eindeutigste Definition des Faschismus hat ja Dimitroff gegeben, der den Faschismus sinngemäß als die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten und am meisten chauvinistischen Elemente, der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals bezeichnet hat.

Und wenn man vom Imperialismus spricht, ist das im Grunde genommen der alte Kapitalismus in seiner neuen Form. Der Imperialismus hat in der Herrschaft der Banken neue Formen entwickelt. Das mehrwertheckende Geld ist der Ausgangspunkt. Wie heißt es? Wenn der Profit 100% erreicht, dann wird das Kapital kühn und wenn er 200% erreicht, dann wird es abenteuerlich und bei 300% wird es verbrecherisch. Da schreckt man nicht davor zurück Rüstungs- und Drogengeschäfte durchzuführen. Man muß das den Menschen auf die verschiedensten Weisen begreiflich machen und alles wieder auf die Klassenfrage zurückbringen. Ohne daß man im Moment in der Lage sein muß, die gegenwärtige Definition, was man unter der Arbeiterklasse versteht, so sauber zu treffen. Teile der Arbeiterklasse sind korrumpiert. Die sind abgerückt vom politischen Denken, haben kein Klassenbewußtsein, obwohl sie objektiv zur Arbeiterklasse gehören.

Wenn man das so hört, da sitzen sie wieder zusammen beim Sekt, dieses gegenseitige sich anlachen und Demokratie-spielen. Und das Volk sagt, guck mal, haben wir wieder was erreicht. Und eine große Demo ist gewesen und kräftige Losungen haben wir gehabt, das ist doch wirkliche Demokratie. Liebe Freunde und Genossen, vergeßt nicht, über uns ist eine dicke Glasdecke, die kann man nicht sehen, aber man stößt immer wieder daran, wenn man sich zu weit vorwagt. In der Frage der Demokratie merkt man wo die Grenzen sind. Wollen wir uns da keine Illusionen machen.

Ich will noch mal zum Lager zurück. Was hat denn eigentlich die sowjetische Seite gemacht, um Kriegsverbrecher tatsächlich zu finden und was passierte, wenn sie welche gefunden haben?

Ich will da mal ein paar Namen und Urteile nennen, von Leuten, die von der sowjetischen Gerichtsbarkeit verurteilt wurden und später als Zeugen gegen Bögelein und mich auftraten: Dr. Andersen, der war Oberleutnant, hat wegen Partisanenbekämpfung 25 Jahre gekriegt. Dr. Dresel, Josef, Oberst, war der anfängliche Leiter vom Eisenbahnlager in Klaipeda, 25 Jahre. Allein 24 wegen Kriegsverbrechen Verurteilte unter den Prozess-Zeugen. Da waren auch welche mit Todesurteil dabei, die dann begnadigt worden sind. Auch von der Feldgendarmerie wurden welche gefaßt, also nicht nur Offiziere. Es gab auch solche, die sich andere Uniformen angezogen haben, die sich andere Wehrpässe besorgt hatten, die waren gar nicht sie selber. Das herauszubekommen war die Aufgabe des Abwehrdienstes NKWD. Die haben ihre eigenen nachrichtendienstlichen Methoden gehabt. Die Kriegsgefangenen wurden auch unter den Armen untersucht, ob sie die SS-Tätowierung hatten (Blutgruppe). Die Antifa hatte damit aber nichts zu tun. Das muß ich mit

allem Nachdruck sagen, weil man uns ja auch als Spitzelorganisation dargestellt hat. Wir haben uns als Antifa nicht damit identifiziert, wir haben auch nichts gemacht auf dem Gebiet.

Wenn belastendes Material gegen jemand zusammengekommen ist, nehmen wir an, das war irgendein Offizier, der in Klaipeda saß, was geschah mit dem als nächstes?

Der kam in den Isolator, also den Lager-Arrest. Von dort kam er später in das Stadtgefängnis Klaipeda. Dort wurde meistens schon der Prozeß gemacht und wenn nicht dort, dann in Vilnius beziehungsweise in Moskau. Die Verurteilten kamen dann in Straflager ins Innere der Sowjetunion und blieben dort (die meisten) bis 1955 und wurden dann entlassen.

Und Erich Kallmerten wäre auch verurteilt worden?

Man hätte ihn, nachdem sein Tagebuch aufgefunden worden ist, aufgrund seines Geständnisses ordnungsgemäß festgenommen, ins Gefängnis gesteckt und ihm den Prozeß gemacht, genau wie den anderen auch. Er hätte mit Sicherheit ein Todesurteil bekommen.

Waren in Klaipeda ausschließlich Kriegsgefangene oder gab es dort auch Personen denen Dinge vorgeworfen wurden, die nach dem Mai 45 lagen?

Nein, dort waren nur Leute aus dem Kurlandkessel, die frühere Armee von Generalfeldmarschall Schörner, einer der größten Kriegsverbrecher, die es überhaupt gegeben hat.

Ich bin im Frühjahr 1948 aus Klaipeda weg. Bis dahin war dort ein ausgesprochenes Kriegsgefangenenlager. Nachdem das Kriegsgefangenenlager aufgelöst worden ist, wurde dort ein Jugendarrestlager seitens der Sowjetmacht eingerichtet, davon habe ich allerdings nur gehört.

Wie war die Gesundheitssituation im Lager?

Die ganz Kranken und die Schwachen wurden als erste entlassen. Wir waren in Gesundheitskategorien eingeteilt. Die Gesunden waren die Ier, die IIer waren relativ krank, konnten aber noch arbeiten und die IIIer die hatten Distrophie, Wasser in den Beinen oder waren halb verhungert. Es gab ja bei den Nazis am Ende des Krieg auch nicht mehr viel zu essen. Die IIIer wurden als erste entlassen. Dann haben sich einige gesagt, das ist der Weg, um hier wegzukommen. Die haben alles was es an Essen gab gegen Tabak vertauscht, haben sich das Essen versalzen, die haben so lange Schindluder mit ihrer Gesundheit getrieben, bis sie tatsächlich umfielen. Dann kamen sie ins Lazarett und 4 bis 8 Wochen später ging der Transport ab.

Aber das waren doch wohl ganz vereinzelte Fälle.

Mir sind mindestens 20 bis 30 Fälle bekannt. Einige haben sich auf diese Weise auch selbst umgebracht, ohne daß sie das beabsichtigten.

Aber prinzipiell war die Sterblichkeit im Lager nicht hoch?

Nein, das waren ja alles junge Leute. Ich muß sagen, das haben auch einige Zeugen bestätigt, wir waren verglichen mit anderen ein relativ gutes Lager, wenn man überhaupt den Begriff "gutes Lager" verwenden kann. Es gab menschliche Bedingungen unter denen man lebte, man mußte arbeiten, sicherlich, aber alles summa summarum war es erträglich und man konnte damit leben und überleben.

Ich habe die vorherige Frage gestellt, weil es vorwiegend auf dem Gebiet der späteren DDR, Lager gegeben hat, z.B. das KZ Sachsenhausen nach 1945, in denen Kriegsverbrecher und solche die dafür gehalten wurden, interniert waren und dort anscheinend spätestens ab 1946/47 die Ernährungslage in einer Art und Weise heruntergegangen ist, daß Distrophie schon gewöhnlich war und die Sterblichkeit in einer mehr als krassen Art und Weise nach oben geschnellt ist.

Für Klaipeda galt so etwas in jedem Falle nicht. Die Versorgung mit Lebensmitteln bis zum Material für die Künstler und bis hin zum Kolophonium für die Geigen war Sache der Sowjets und hat geklappt. Ich muß schon sagen: Hut ab vor Leuten wie dem Kapitan Sadjora, der sich für die deutschen Kriegsgefangenen in dieser Frage fast aufgeopfert hat.

Die Sowjetunion hat sich an den Grundsatz gehalten, daß menschlich mit den Gefangenen umzugehen sei, ganz im Gegensatz zum Umgang der Hitlerfaschisten mit den sowjetischen Kriegsgefangenen.

Anmerkungen:

1) Kurt Steckel (1901-1967) ermittelte von 1951-1956 in Hamburg gegen Kielhorn, Bögelein u.a. wegen des Kallmerten-Mordes. Steckel war ähnlich wie Kallmerten Nazi-Richter gewesen und hatte sich die Entlarvung der Antifa als Terrorgruppe zur Aufgabe gemacht.

2) Steckel hatte in Sachen Kallmerten außer gegen Bögelein und Kielhorn auch gegen andere Mitglieder der Lager-Antifa ermittelt, denen er Beihilfe vorwarf. Berkemann mußte er 1956 freisprechen.

8. Jugoslawischer Bürgerkrieg, zweite Runde

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:28

Der Krieg um die Auflösung und Neuordnung Jugoslawiens hat in den letzten Monaten auch Bosnien-Hercegovina erreicht. Trotz einer formalen Einigung, die Republik als einheitlichen Bundesstaat fortbestehen zu lassen, herrscht in vielen Teilen des Drei-Völker-Gebiets Bürgerkrieg. Wieder sind Hunderttausende auf der Flucht. Und wo gekämpft wird, da verringern sich, so ist jedenfalls zu befürchten, die Chancen für eine künftige Kooperation der Ethnien und der Nachfolgestaaten Jugoslawiens.

In Bosnien-Hercegovina leben 4,34 Millionen Menschen. Davon bezeichnen sich 1,9 Mio. als Muslime (43,5 Prozent), 1,36 Mio. als Serben (31,3 Prozent) und 750.000 als Kroaten (17,3 Prozent). (Volkszählung 1991) Von den übrigen knapp 9 Prozent hat sich der größte Teil als Jugoslawen registrieren lassen, besonders in Sarajevo (über 10 Prozent) und Umgebung sowie in Mostar. Außerdem gibt es in den Grenzbereichen kleine Minderheiten von Ungarn und Montenegrinern.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg die sechs jugoslawischen Republiken gebildet wurden, hielt man sich exakt an historische Grenzen, die teilweise im Widerspruch zu wirtschaftlichen und ethnischen Zusammenhängen standen. Andererseits bezieht sich das in der Staatsverfassung verankerte Recht auf Lostrennung aber nicht auf Nationalitäten, sondern auf Republiken. So bekommt heute die Grenzziehung zwischen den Republiken, die man beim Entstehen des sozialistischen Jugoslawiens als zweitrangig behandelt hatte, eine ganz andere Bedeutung.

Die Grenzen von Bosnien-Hercegovina ergeben sich fast ausnahmslos aus dem Territorium der früheren gleichnamigen türkischen Provinz. Im Westen liegt diese Grenze (damals zu Österreich-Ungarn) seit etwa 1700 fest, im Osten entstand sie durch die Herausbildung des serbischen Staates in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Das Gebiet von Bosnien-Hercegovina wurde im 15. Jahrhundert Teil des türkischen Reichs. Im Gegensatz zu anderen annektierten Gebieten trat hier die Bevölkerung massenhaft zum Islam über, und ebenso große Teile der alten Oberschichten, die sich dadurch Besitz und Macht weitgehend erhalten konnten. Zeitweise sollen dort zwei Drittel der Bevölkerung moslemisch gewesen sein, und noch im vorigen Jahrhundert waren es über 50 Prozent. Dieser Anteil sank aber mit dem Ende der türkischen Herrschaft auf weniger als ein Drittel ab. (Stand um 1914)

1878 war die Provinz aufgrund diplomatischer Tauschgeschäfte zwischen den Großmächten unter österreichisch-ungarische "Verwaltung" gestellt worden. 1908 wurde das Gebiet von der K.u.K.-Monarchie eigenmächtig annektiert, was eine schwere internationale Krise auslöste. Bei dieser Gelegenheit gab Österreich-Ungarn das kleine Gebiet des Sancak (= Bezirk) von Novi Pazar, das historisch einen Teil von Bosnien-Hercegovina darstellt, an die Türkei zurück. Als Ergebnis der Balkankriege 1912-13 teilten Serbien und Montenegro den Sancak von Novi Pazar unter sich auf.

Ab 1941 war ganz Bosnien-Hercegovina Teil des kroatischen Ustascha-Staates. Nach der "Theorie" vieler kroatischer Nationalisten sind die Muslime der Region eigentlich islamisierte Kroaten, während die Serben fremdstämmige Eindringlinge seien. So hat das Bündnis zwischen Kroaten und Muslime, das heute wieder praktiziert wird, schon eine längere Geschichte und eine mit dem kroatischen Nationalismus durchaus vereinbare Basis.

Land dreier Völker

Aufgrund seiner ethnischen Zusammensetzung unterscheidet sich Bosnien-Hercegovina strukturell von den fünf anderen Republiken Jugoslawiens. Diese bauen, wie die alte Sowjetunion, auf dem Prinzip der "Titularnation" auf. Das heißt, in jeder Republik gibt es eine Hauptnation mit einem Bevölkerungsanteil zwischen 70 und 90 Prozent. Nach dem Namen dieser Nation ist die Republik benannt.

Im Gegensatz dazu gibt es jedoch keine "bosnisch-hercegovinische" Nation. Bei der ersten Volkszählung 1948 wurde neben Serben und Kroaten die eigenartige Kategorie "ethnische Muslime" eingeführt. Unter diesem Titel konnten sich alle registrieren lassen, die sich weder den Serben noch den Kroaten zuordneten, sondern statt dessen ihre an sich gar nicht nationale, sondern religiöse Identität als Muslime betonen wollten. Die Theorie

besagte damals noch nicht, daß die Muslime eine eigene Nation seien, sondern daß sie "national unentschieden" seien. 1948 wählten nur 30,7 Prozent diese Definition, während sich 44,3 Prozent als Serben und 23,9 Prozent als Kroaten bezeichneten.

1961 war der moslemische Anteil sogar auf 25,7 Prozent zurückgegangen. Dies, trotz relativ hoher Geburtenrate, aus zwei Gründen: erstens wegen des unklaren, diskriminierten Status dieser Kategorie, und zweitens, weil nun auch die Möglichkeit geboten wurde, sich als "Jugoslawen" registrieren zu lassen. Bei der Volkszählung 1971 wurden die "ethnischen Muslime" erstmals völlig gleichberechtigt als eine der staatstragenden jugoslawischen Nationen anerkannt, und ihr Anteil betrug nun 34,6 Prozent. (Zugleich ging die Quote der "Jugoslawen" von 8,4 auf 1,2 Prozent zurück.) Erst bei der Zählung von 1981 erwiesen sich die Muslime als stärkste Volksgruppe der Republik.

"Ethnische Muslime" gibt es außer in Bosnien-Hercegovina vor allem in Montenegro (etwa 15 Prozent der Bevölkerung) und in Serbien, jedoch fast ausschließlich im Sancak-Gebiet, wo sie die Mehrheit bilden. Die gesamte Muslime-Bevölkerung Jugoslawiens (im Sinne der religiösen Zugehörigkeit) liegt bei mindestens fünf Millionen Menschen, vermutlich sogar näher bei sechs Millionen; ihr Anteil ist vor allem im albanischen Kosovo und in Makedonien hoch.

Somit kann davon ausgegangen werden, daß mindestens ein Fünftel, vielleicht fast ein Viertel der jugoslawischen Bevölkerung Muslime sind. Rein rechnerisch sind sie damit, nach den Serben, zweitgrößte Einzelgruppe. Praktisch-politisch ist aber, abgesehen vom Sonderfall des Sancak, bisher keine Solidarisierung mit den bosnischen Muslimen, geschweige denn die Herausbildung einer kollektiven Identität, festzustellen.

Einzigartige Koalition

Die Auflösung Jugoslawiens hat eine lange Vorgeschichte, die man an einem beliebigen Punkt des Königreichs von 1918-41, der sozialistischen Föderation, oder vielleicht auch schon vor 1914 beginnen lassen könnte. Gewiß ist aber, daß für die heutigen Ereignisse durch die Auflösung der kommunistischen Partei (BdKJ) 1990 eine entscheidende Voraussetzung geschaffen wurde. Auf dem 14. Parteitag des BdKJ (Januar 1990) kam es zum Auszug der slowenischen Gruppe und daraufhin zur "Unterbrechung" des Parteitags "auf unbestimmte Zeit". Auf den ZK-Sitzungen Ende März und Mitte April 1990 zeigte sich, daß die Spaltung nicht mehr zu überwinden war. Die Parteigruppen von Slowenien, Kroatien, Makedonien und Bosnien-Hercegovina forderten den Rücktritt der alten Parteiführung, Bildung eines provisorischen Vorstands und Einberufung eines 15. Parteitags. Dieser sollte dann die Umwandlung des BdKJ in einen dezentralisierten Dachverband der weitgehend selbständigen Republikparteien beschließen. Außerdem sollte sich der BdKJ mit einem Mehrparteiensystem abfinden. Diese Forderungen wurden von den Vertretern Serbiens und Montenegros abgelehnt, und damit war faktisch die Existenz des BdKJ beendet.

Das bedeutete auch, daß zu den Wahlen der Republikparlamente, die im Lauf des Jahres 1990 erstmals mit konkurrierenden Parteien stattfanden, keine einheitliche KP mehr antrat. Eine rasch proklamierte neue KP, deren Gründer in erster Linie hohe Armeeführer waren, erlangte bei keiner der Wahlen ein meßbares Ergebnis. Überhaupt gab es, abgesehen von der Generals-KP, nur noch eine Partei, die gesamtjugoslawische Bedeutung beanspruchte: der erst im Juli 1990 "von oben" gegründete Bund der Reformkräfte des Ministerpräsidenten Ante Markovic. Was dessen Programm und Absichten waren, im Unterschied zum alten BdKJ, war jedoch nicht auszumachen. Im Grunde stand der Bund der Reformkräfte nicht für mehr als für den Fortbestand eines Einheitsstaates wie auch immer, nicht aber für eine bestimmte politische Ausgestaltung dieses Staates.

Aufgrund der vorangegangenen Einpartei-Herrschaft und deren sehr schnellem Zusammenbruch ist es in Jugoslawien also gar nicht erst zur Bildung eines gesamtstaatlichen Parteienspektrums gekommen. Das ist eine der Erklärungen für die große Bedeutung, die plötzlich die gerade erst gegründeten und legalisierten Nationalparteien gewannen.

In Bosnien-Hercegovina, wo die drei Volksgruppen schon von der Verfassung her zur Zusammenarbeit verpflichtet sind, kam noch vor der Wahl eine Koalitionsabsprache der drei Nationalparteien - SDA (Muslime), SDS (Serben) und HDZ (Kroaten) - zustande: unabhängig vom Wahlausgang werde man gemeinsam die Regierung bilden und die Posten nach einem nationalen Schlüssel aufteilen. Bei den Wahlen am 18. November 1990 gewann die SDA 42, die SDS 36 und die HDZ 20 Sitze. 12 Sitze bekam die Republiks-KP und

11 der Bund der Reformkräfte. In Sarajevo lag die KP immerhin bei etwa 15 Prozent, ansonsten unter 10 Prozent. Die von der SDA abgespaltene MBO, die sich zum Liberalismus und Laizismus bekennt, und praktisch mit der Belgrader Zentralregierung paktiert, blieb mit wenigen Prozenten bedeutungslos.

So entstand in Sarajevo eine im zerfallenden Jugoslawien einmalige Dreier-Koalition, mit einem moslemischem Nationalisten als Präsidenten, einem serbischen Nationalisten als Parlamentspräsidenten, und einem kroatischen Nationalisten als Ministerpräsidenten. Leider war schon abzusehen, daß diese Koalition nur Bestand haben könnte, falls es gelänge, Bosnien-Hercegovina aus den kommenden gewaltsamen Konfrontationen herauszuhalten.

Der letzte Versuch

Zwischen Frühjahr und Sommer 1991, als die Sezession von Slowenien und Kroatien bereits drohte, setzte sich Bosnien-Hercegovina gemeinsam mit Makedonien immer noch entschieden und geduldig für den Erhalt eines demokratisch reformierten, dezentralisierten jugoslawischen Bundesstaates ein. Die Gründe liegen auf der Hand: Die beiden Republiken sind, neben dem Kosovo, die wirtschaftlich schwächsten Landesteile und schon daher noch viel weniger als die übrigen Teile Jugoslawiens aus eigener Kraft überlebensfähig. Für Makedonien war abzusehen, daß seine Lage, eingekeilt zwischen Serbien und Griechenland, auch außenpolitisch nicht leicht sein würde. Hinzu kommt das Problem einer albanischen Minderheit von 20-25 Prozent.

In Bosnien-Hercegovina war damit zu rechnen, daß die serbische Volksgruppe einen Weg der Republik in die staatliche Unabhängigkeit höchstwahrscheinlich nicht mittragen würde. Die Alternative zum Erhalt Jugoslawiens war also entweder der drohende Zerfall von Bosnien-Hercegovina oder der Anschluß an einen serbisch dominierten Reststaat. Während für die Serben und Kroaten immerhin eine territoriale Vereinigung mit dem "Mutterland" möglich und vielleicht sogar verlockend ist, stellt aber für die Muslime-Bevölkerung von Bosnien-Hercegovina die Auflösung ihrer Republik überhaupt keine praktikable Option dar.

Anfang Juni 1991 - für Ende des Monats war schon die Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien angekündigt - unternahmen die Präsidenten Bosnien-Hercegovinas und Makedoniens einen letzten Vermittlungsversuch, der scheinbar sogar von den anderen vier Republikführungen akzeptiert wurde. Nach diesem Konzept sollte Jugoslawien als "Bundesstaat souveräner Republiken" fortbestehen. Grundlegende gemeinsame Bereiche sollten Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Verteidigung und Wahrung der Menschenrechte (gemeint vermutlich in erster Linie: Nationalitätenpolitik) sein. Die Föderation bestünde dann aus gleichberechtigten Republiken, die völkerrechtlich als souveräne Staaten behandelt würden. Alle wesentlichen Beschlüsse müßten in voller Übereinstimmung gefaßt werden. Die Republiken würden das Recht haben, eigene Streitkräfte aufzubauen und eine eigene Außenpolitik zu betreiben. In Intervallen von fünf oder zehn Jahren sollte über die Erneuerung des Föderationsvertrags entschieden werden.

Dieses Modell wurde von allen Seiten "als Verhandlungsgrundlage" akzeptiert, was von der EG sofort als "ermutigender Schritt zurück zu einer verfassungsmäßigen Ordnung und zum friedlichen Dialog" mit Beifall quittiert wurde. Der "Kompromiß von Sarajevo" litt aber an dem Grundfehler aller derartigen Vereinbarungen: in den am meisten umstrittenen Hauptfragen klammerte er die Widersprüche entweder aus, oder suchte ihnen durch Formulierungen zu entgehen, die scheinbar alle Seiten zufrieden stellten, aber sich offensichtlich nicht miteinander vereinbaren ließen. So etwa die widersprüchliche Regelung der Zuständigkeiten für Militär und Außenpolitik. Praktisch hätte die in diesem Konzept vorgesehene Zentralregierung, gebunden durch den Konsenszwang, kaum noch Kompetenzen gehabt. Das, sowie unklare Formulierungen zu den nationalen Rechten, veranlaßten Serbien schon zwei Tage später zur Aufkündigung des "Kompromisses".

Gescheiterte Neutralität

Am 25. Juni erklärten Slowenien und Kroatien sich zu unabhängigen Staaten. Die jugoslawische Armee eröffnete einen kurzen Krieg gegen Slowenien und begann dann ab Anfang Juli im kroatisch-serbischen Bürgerkrieg zu intervenieren. Die Regierung in Sarajevo blieb, auch bedingt durch ihre komplizierte Dreier-Struktur, zunächst bei dem Versuch, sich aus dem Konflikt herauszuhalten und eine unparteiliche Position zu wahren. Schon in der ersten Juni-Hälfte hatte die Regierung in Sarajevo um ein Eingreifen der Bundesarmee in Bosnien-Hercegovina gebeten, "um ein weiteres Vordringen paramilitärischer Kräfte zu verhindern". In der Begründung wurde einerseits auf serbische Freischärler verwiesen, die von der kroatischen

Krajina aus eingedrungen seien, andererseits aber auch auf Polizisten aus Kroatien, die man mit Waffen und Munition festgenommen habe.

Mit ähnlicher Argumentation erneuerte die Regierung der Republik Mitte Juli die Forderung nach Armee-Unterstützung. Anderenfalls werde man genötigt sein, "zur Selbstverteidigung zu greifen" und eigene Milizen aufzustellen.

Anfang August 1991 wurde in Makedonien für den 8. September ein Referendum über die Unabhängigkeit angekündigt. Mitte August forderte die Regierung in Skopje alle makedonischen Rekruten auf, die Armee zu verlassen und in die Republik zurückzukehren. Makedonien sei an der entstandenen Lage schuldlos und wolle nicht an einem "Bruderkrieg" teilnehmen. Damit war die bis dahin praktizierte Interessen- und Aktionsgemeinschaft zwischen Bosnien-Hercegovina und Makedonien zerbrochen. Die komplizierte Position der Regierung in Sarajevo - einerseits verbal ihre Neutralität zu bekunden, faktisch aber die Kriegführung der Armee gegen Kroatien vom Boden ihrer Republik aus zu tolerieren - war schwerlich länger aufrecht zu erhalten.

Außerdem spitzten sich die nationalen Widersprüche in Bosnien-Hercegovina selbst zu. Mitte September begannen die Serben mit der Proklamation "Autonomer Regionen" in den von ihnen dominierten Gebieten, teilweise mit dem erklärten Ziel, sich mit den schon bestehenden Regionen auf der kroatischen Seite der Grenze zusammenzuschließen.

Am 19. September gab die Regierung in Sarajevo den Beschluß bekannt, keine Soldaten mehr für die Bundesarmee zu stellen. Die Rekrutierung der Armee wurde als illegal erklärt. Dieser Beschluß, ohne oder gegen die beiden serbischen Vertreter gefaßt, war vermutlich der erste, mit dem das traditionelle Konsensprinzip aufgegeben wurde. Einige Tage später folgte eine Aufforderung an die Armeeführung, künftig ohne Genehmigung der Regierung in Sarajevo keine Truppen oder Waffen über das Territorium der Republik zu bewegen. Das wurde von der Armee aber nicht einmal zur Kenntnis genommen. Selbstverständlich, denn da Kroatien und Serbien nur eine kurze gemeinsame Grenze in Ostslawonien haben, könnte die Armee ohne das bosnisch-hercegovinische Hinterland überhaupt nicht Krieg in Kroatien führen.

Am 15. Oktober 1991 beschloß das Parlament in Sarajevo nach Auszug der serbischen Abgeordneten fast einstimmig die "Souveränität" der Republik, da die Struktur Jugoslawiens "irreparabel verändert" sei. Die Serben reagierten sofort mit der Erklärung, im Republikparlament nicht mehr mitzuarbeiten, sondern sich als eigene Vertretung zu konstituieren. Außerdem wurde für den 10. November ein Referendum unter den Serben von Bosnien-Hercegovina angesetzt. Die Fragestellung lautete: "Sind Sie für ein gemeinsames Leben in einem Bundesjugoslawien zusammen mit Serbien, Montenegro und den autonomen serbischen Regionen Krajina und Slawonien?" (Die Zustimmung war angeblich fast hundertprozentig.)

Gewissermaßen als "Rache" für das serbische Votum fand am 27. Oktober ein Referendum unter den Muslime des Sancak statt, das von der SDA organisiert wurde. Die Fragestellung war, ob man sich im Falle einer Auflösung von Bosnien-Hercegovina mit den dortigen Muslime zusammenschließen wolle. Auch hier war nach Angaben der Organisatoren die Zustimmung fast total.

Referendum für Unabhängigkeit

Trotz der "Souveränitäts"erklärung vom 15. Oktober hatte die Regierung in Sarajevo zunächst noch davor zurückgeschreckt, die Frage der Eigenstaatlichkeit durch praktische Schritte zuzuspitzen. Am 16. Dezember legte die EG einen Bedingungskatalog für die Anerkennung der aus der Auflösung Jugoslawiens hervorgehenden Republiken fest. Das bedeutete für die Regierung in Sarajevo Zugzwang, ihren bis dahin noch in der Schwebe gehaltenen Status definitiv zu klären. Noch im Dezember beschloß die Führung der Republik daraufhin, gegen die Stimmen der serbischen Vertreter, in Brüssel einen Anerkennungsantrag einzureichen. Zur Begründung sagte Präsident Izetbegovic (SDA): "Wir hatten nur die Wahl, gleichberechtigt und unabhängig oder ein Bestandteil Großserbiens zu werden."

Sofortige Reaktion der SDS und des serbischen Gegen-Parlaments: Bis zum 14. Januar werde man eine Serbische Republik Bosnien-Hercegovina gründen, die Teil Jugoslawiens bleiben werde. Tatsächlich erfolgte die Proklamation bereits am 9. Januar; am 1. März wurde im serbischen Gegen-Parlament eine Verfassung dieser Republik beschlossen, und Ende März wurde sie formell in Kraft gesetzt.

Im Januar entschied die EG über die vorliegenden vier Anerkennungsanträge. Sofort gewährt wurden nur die von Slowenien und Kroatien. Makedoniens Antrag wurde wegen der Einsprüche Griechenlands - festgemacht am Namen der Republik - zurückgestellt. Der Regierung in Sarajevo wurde die Verpflichtung auferlegt, ihre Anerkennungs-Würdigkeit erst einmal durch ein Referendum zu beweisen. Diese Abstimmung, die am 29. Februar und 1. März stattfand, brachte ziemlich exakt das Ergebnis, das nach der ethnischen Statistik sowieso zu erwarten war: Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 63% - die serbischen Politiker hatten zum Boykott aufgerufen - wurden 99 Prozent für die Unabhängigkeit als Staat der dort lebenden Völker gezählt. Am 6. April gab daraufhin die EG grünes Licht für die Anerkennung.

"Kantonalisierung"

Inzwischen hatte am 12. Februar unter Vermittlung der EG eine "Konferenz" der drei Volksgruppen über eine einvernehmliche Lösung begonnen. Erklärtes Ziel der EG ist dabei der Erhalt von Bosnien-Hercegovina als territoriale Einheit. Der Begriff "Konferenz" bedeutet konkret, daß sich die führenden Politiker der drei Parteien in Intervallen von zwei oder drei Wochen in irgendeiner Hauptstadt treffen, um unter EG-Aufsicht Friedenswillen zu bekunden.

Am 18. März wurde als Zwischenergebnis dieser Bemühungen in Sarajevo ein Abkommen vereinbart, das Bosnien-Hercegovina als "Staatengemeinschaft" konzipiert. Das Gebiet soll demnach künftig aus drei verfassungsrechtlich eigenständigen nationalen Einheiten bestehen, die in Anlehnung an die Strukturen der Schweiz als Kantone bezeichnet werden. Die Kantone sollen eigene Gesetzgebungskompetenzen, Polizei und Verwaltungen, sowie wirtschaftliche und kulturelle Autonomie erhalten. An der Spitze der Dreier-Republik soll eine Bundesregierung stehen, die von einem Zwei-Kammer-Parlament kontrolliert wird: erstens eine Bundeskammer aus direkt gewählten Abgeordneten, und zweitens eine Kantonalkammer, in die die drei Volksgruppen jeweils gleichviel Vertreter entsenden. Die Regierung soll, laut Abkommen, 80-Prozent-Mehrheiten der beiden Kammern benötigen, um die Majorisierung einer Gruppe auszuschließen und Praktizierung des Konsensprinzips zu erzwingen. Für Verwaltung und Justiz des Bundesstaates soll eine Quotenregelung eingeführt werden.

Jeder Kanton kann selbständig Außenbeziehungen aufnehmen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß dadurch die Souveränität und der Bestand der Republik nicht gefährdet werden. Diesem Ziel dient auch die vertragliche Verpflichtung der drei Volksgruppen, "Gebietsansprüche von außen nicht zu unterstützen".

Die Dreier-Vereinbarung kam nur zustande, weil auf Drängen der EG-Vermittler alle Punkte "ausgeklammert" worden waren, die sich als umstritten herausgestellt hatten. Die Behandlung dieser Fragen wurde an noch zu bildende Ausschüsse verwiesen. Im Wesentlichen geht es um zwei Probleme: Erstens die Festlegung der Grenzen der drei Territorien, aus denen das bundesstaatliche Bosnien-Hercegovina künftig bestehen soll. Zweitens die genaue Verteilung der Kompetenzen zwischen der Bundesregierung in Sarajevo und den autonomen Gebieten der drei Volksgruppen.

Die Politiker der Muslime und Kroaten befürworten eine relativ starke Bundesregierung in Sarajevo. Von Seiten der Muslime-Partei SDA wird das auch mit dem Argument begründet, daß eine Aufteilung der Republik nach ethnischen Kriterien kaum möglich sei und daß ein Auseinanderfallen in völlig selbständige Gebilde unbedingt verhindert werden müsse. Andererseits haben sich die Serben für einen Anschluß ihrer Gebiete an ein neuformiertes Jugoslawien ausgesprochen. Die Politiker der SDS legen Wert darauf, sich diese Option nicht durch vertragliche Bindungen zu verbauen. Sie fordern, Bosnien-Hercegovina zu einer Konföderation dreier unabhängiger Nationalstaaten zu machen, vielleicht ähnlich wie die GUS.

Diese unübersehbare Differenz wurde im Abkommen vom 18. März durch Formelkompromisse überbrückt, die nichts klärten. Am 27. März setzte das Parlament der Serben von Bosnien-Hercegovina eine eigene Verfassung in Kraft, die explizit den Anschluß an Rest-Jugoslawien vorsieht. Serbenführer Karadzic kommentierte, dieser Schritt sei nötig geworden wegen der "Vertragsbrüchigkeit" der SDA. Die SDA wolle die Serben betrügen, indem sie einerseits über eine Dreiteilung der Republik verhandele, andererseits aber gemeinsam mit der kroatischen HDZ die EG zur Anerkennung dränge.

Nicht weniger problematisch ist die Festlegung der Grenzen zwischen den Territorien der drei Volksgruppen.

Von den 105 Bezirken der Republik haben 39 eine muslimische, 32 eine serbische und 14 eine kroatische Mehrheit. In den 20 übrigen Bezirken ist keine Volksgruppe zu mehr als 50 Prozent vertreten. In acht davon überwiegen die Serben, und in jeweils sechs sind Kroaten oder Muslime größte Einzelgruppe.

Die Bezirke mit serbischer Mehrheit bilden vier geschlossene, aber voneinander isolierte Gebiete, die sich schon im Herbst 1991 zu Autonomen Regionen erklärt haben:

1. Mit Abstand am größten ist die Bosanska Krajina (Krajina = Grenze, Grenzgebiet) mit der Hauptstadt Banja Luka. Sie besteht aus 18 Bezirken mit serbischer Mehrheit, sowie drei weiteren, in denen sie stärkste Gruppe (mit fast 50 Prozent) sind. Eingeschlossen zwischen der Bosanska Krajina und Kroatien liegen vier Bezirke um die Stadt Bihac, die muslimische Mehrheiten zwischen 65 und über 90 Prozent haben. Nach Ansicht serbischer Nationalisten gehören auch diese vier Bezirke zu ihrer Region; allerdings könne man über eine begrenzte Autonomie für die Muslimebevölkerung noch verhandeln. Die Bosanska Krajina grenzt an die kroatische Krajina südlich von Zagreb (fünf oder sechs Bezirke) und die Banija um die Stadt Knin (sechs oder sieben Bezirke), die sich ebenfalls zu Autonomen Regionen erklärt haben.

2. Die Semberija, bestehend aus drei mehrheitlich serbischen Bezirken, die direkt an Serbien grenzt.

3. Die Romanija, östlich/nordöstlich von Sarajewo. Zu ihr gehören nach serbischem Verständnis sechs Bezirke; in einem davon gibt es allerdings mehr Muslime als Serben. Die Romanija ist durch einen Gürtel muslimisch dominierter Bezirke von Serbien getrennt.

4. Die Ost-Hercegovina (sechs Bezirke), im Südosten der Republik, an Montenegro grenzend.

Die Bezirke mit kroatischer Mehrheit bilden zwei geschlossene Regionen, die an die Republik Kroatien angrenzen: im Süden neun Bezirke der West-Hercegovina, von denen vier zu über 90% von Kroaten bewohnt werden, sowie zwei Bezirke im Norden, die durch zwei weitere flankiert werden, in denen die Kroaten größte Gruppe sind.

Muslimische Mehrheiten gibt es, neben der schon erwähnten Region um Bihac, in einem großen Kreis rund um Sarajevo. Eingestreut in dieses Gebiet sind aber Bezirke mit anderen Mehrheitsverhältnissen, so daß nicht zu erkennen ist, wie sich ein geschlossenes muslimisches Territorium bilden lassen könnte.

Serbische Zeitungen publizierten anläßlich des Abkommen vom 18. März eine Kartei zur künftigen Aufteilung von Bosnien-Hercegovina. Danach bilden in 53,3 Prozent der Republikfläche die Serben die Mehrheit, in 26,81 Prozent die Muslime und in 16,61 Prozent die Kroaten. Auf der restlichen Fläche sei keine der drei Gruppen in der Mehrheit. Das wurde auf der Gegenseite als "typische serbische Anmaßung" interpretiert, muß aber von den Tatsachen gar nicht so weit entfernt sein: Einige der serbischen Siedlungsgebiete haben eine noch dünnere Bevölkerungsdichte als der ohnehin niedrige Durchschnitt der Republik. Außerdem ist in einigen Gebieten die Stadtbevölkerung überwiegend muslimisch, während in den umliegenden Dörfern mehrheitlich Serben leben. Aus diesen Umständen ergibt sich, daß die Serben eine größere Fläche von Bosnien-Hercegovina bewohnen, als ihr Bevölkerungsanteil (weniger als ein Drittel) vermuten läßt.

Hinzu kommt aber tatsächlich, daß sich maßgebliche serbische Politiker zur "Abrundung" ihre Gebiete und zur Herstellung der Verbindung zwischen ihnen auch Bezirke mit muslimischer oder kroatischer Mehrheit einverleiben wollen. So dürfte die Angabe, daß die serbischen Führer fast zwei Drittel von Bosnien-Hercegovina beanspruchen, den Tatsachen entsprechen.

Die kroatische Zeitung "Vjesnik" wußte zu berichten, daß die EG-Vermittler in Sarajevo schon eine provisorische Karte zur Aufteilung der Republik präsentiert hätten. Dort würden je 44 Prozent des Gebiets den Muslimen und den Serben zugesprochen; blieben für die Kroaten also nur noch 12 Prozent. Demnach würden, so "Vjesnik", mehr als die Hälfte der kroatischen Bevölkerung - vor allem jener Teil, der in den Städten wohnt - außerhalb des kroatischen Kantons bleiben. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen 93 kroatische Intellektuelle, die den EG-Vermittlern einen Katalog mit Einwänden gegen die bisherigen Vereinbarungen vorlegten: nach ihrer Rechnung würden die Kroaten 15 Prozent der Fläche erhalten, worauf nur 41 Prozent der kroatischen Bevölkerung der Republik leben.

Allgemein wird davon ausgegangen, daß bei einer Aufteilung Bosnien-Hercegovinas nach rein ethnischen Kriterien etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung außerhalb der ihrer Gruppe zugeordneten Gebiete bleiben

würde. Dieses Argument wird von den Gegnern einer solchen Aufteilung vorgebracht, die aus naheliegenden Gründen in erster Linie unter den Muslimen zu finden sind. Von anderer Seite wird diese Zahl aber auch dazu benutzt, die angebliche Unvermeidlichkeit eines "Bevölkerungsaustausch" im großen Stil zu begründen, also mehr oder weniger zwangsweise Massenumsiedlungen.

Serbische Offensive

Die militärische Lage in Bosnien-Hercegovina, die schon seit Herbst 1991 vereinzelte "Zusammenstöße" verzeichnete, hat sich seit Anfang März erheblich verschärft. Auf das Referendum und auf die Anerkennung durch die EG reagierten die serbischen Milizen in Sarajevo jeweils durch bewaffnete Straßensperren, die erst nach einigen Tagen der Konfrontation teilweise wieder abgebaut wurden.

Anfang April ging die serbische Seite zu einer strategischen Offensive über, mit dem Ziel, Städte mit muslimischer Mehrheit zu besetzen. Am 2. April hatten Tschetniks nach mehrtägigen Kämpfen die "Kontrolle" über die Stadt Bijeljina in Nordostbosnien erreicht. Das war der einzige Fall, in dem zwar die Stadtbevölkerung mehrheitlich muslimisch, der zugehörige Bezirk aber serbisch ist. Die folgenden serbischen Angriffe, teilweise mit Unterstützung der Armee, richteten sich gegen überwiegend muslimische Bezirke. Einige Tage später wurde die Stadt Zvornik, 100 km nordöstlich von Sarajevo besetzt; es folgten Foca, Visegrad, Vlasenica, Bratunac und Srebrenica - alles Städte in Ostbosnien, alle nur wenige Kilometer von der serbischen Grenze entfernt. Im Norden Bosniens haben Tschetniks und Armee die Bezirke Derventa, Modrica, Bosanski Samac und Brcko im Wesentlichen unter ihre Kontrolle gebracht.

Die strategische Absicht ist offensichtlich: Wie oben dargestellt sind die Regionen von Bosnien-Hercegovina, in denen Serben die Mehrheit bilden, durch Bezirke mit nicht-serbischen Mehrheiten voneinander getrennt. Durch die militärischen Erfolge im April wurde erstens erreicht, daß nun der ganze Osten von Bosnien und Hercegovina durchgehend "in serbischer Hand" ist, so daß die drei Autonomen Regionen Semberija, Romanija und Ost-Hercegovina miteinander verbunden sind. Außerdem grenzt dieses geschlossene Gebiet nun an Serbien und Montenegro, also an das neu proklamierte Jugoslawien, dem es direkt angeschlossen werden könnte. Zweitens wurde im Norden Bosniens die Lücke zwischen der Semberija und der Bosanska Krajina geschlossen. Flächenmäßig sind die so besetzten Gebiete nicht sehr erheblich, strategisch jedoch genau die entscheidenden, um alle serbischen Regionen untereinander und diese wiederum mit Rest-Jugoslawien zu verbinden.

Es ist offensichtlich, daß die schnellen militärischen Ergebnisse in Ost- und Nordostbosnien, die insgesamt wohl hauptsächlich von Tschetniks und nicht von der Armee getragen wurden, im Widerspruch zum langwierigen und eher ausgeglichenen Kriegsverlauf in Kroatien stehen. Grund dürfte sein, daß der muslimische Bevölkerungsteil auf diese Form der Konfrontation schlecht vorbereitet war, da die politische Führung aus verständlichen Gründen gezögert hatte, die Bildung von Milizen zu forcieren. Dennoch könnte sich hier in Zukunft ein erhebliches Revanche- und Widerstandspotential entwickeln, falls die Serben an der Besetzung der von ihnen militärisch überrannten Bezirke festhalten wollen.

Abgesehen von den beiden genannten "Fronten" in Ostbosnien und Nordostbosnien, an denen die serbische Seite die Oberhand gewonnen hat, ist als weiterer Kriegsschauplatz der Westen der Hercegovina anzusehen. Umkämpft ist hier vor allem die Stadt Mostar, wo ebenso wie im zugehörigen Bezirk Kroaten und Muslime überwiegen. Mostar ist ein wichtiger Stützpunkt der Armee, und vielleicht reicht das als Grund für ihr sehr starkes Engagement in den dortigen Kämpfen bereits aus. Außerdem befindet sich die Armee in der Gegend von Kupres und Bugojno im Einsatz gegen kroatische Milizen. Strategisches Ziel könnte sein, die Bezirke im Südwesten der Republik, die mehrheitlich kroatisch sind, abzuschneiden von der Verbindung mit der Großregion rund um Sarajevo, wo die meisten Bezirke muslimische Mehrheiten haben. Außerdem dürfte das serbische Ziel, den Süden der dalmatinischen Küste (mit dem Hafen Dubrovnik) zu erreichen, noch nicht aufgegeben sein. Serbien selbst verfügt bisher nicht über einen Zugang zur Adria, sondern wäre im Verbund des verkleinerten Jugoslawiens auf die Kooperationswilligkeit von Montenegro angewiesen.

Zwischenbilanz

Kurz skizziert stellt sich die Situation in den Teilen des zerfallenen Jugoslawien derzeit so dar:

Serbien und Montenegro haben sich zu einem neuen Staat mit dem Namen Jugoslawien zusammengeschlossen, der beansprucht, Rechtsnachfolger des alten Staates zu sein. Die Folge dieser formalen Neugründung ist, daß nun seitens der EG die im Dezember beschlossenen Prüfsteine für eine Anerkennung Anwendung finden müßten, besonders in der Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts. Der neu-alte Staat übernimmt zwei brisante Minderheitenprobleme, nämlich das albanische (Kosovo plus zwei südserbische Bezirke) sowie das muslimische (Sancak, eventuell auch besetzte Gebiete in Ostbosnien); künftig könnte es außerdem um die ungarische Minderheit in der Vojvodina Probleme geben. Was das Kosovo angeht, so wäre es für Serbien zweifellos wirtschaftlich und politisch am günstigsten, diese Provinz aufzugeben, zumal keine strategischen oder verkehrspolitischen Argumente für das Festhalten am Status quo sprechen.

Nicht an der Neugründung Jugoslawiens beteiligt waren die serbischen Autonomen Regionen in Kroatien und Bosnien-Hercegovina, die aber einen Anschluß anstreben. Daß die serbische Führung im Prinzip das gleiche Ziel verfolgt, geht aus allen Äußerungen vor, jedoch wird dies offenbar im Moment nicht für außenpolitisch opportun gehalten.

Auf der anderen Seite ist die staatliche Unabhängigkeit Sloweniens unangefochten und international akzeptiert.

Kroatien ist zwar mittlerweile von den meisten Ländern anerkannt worden, doch bleibt die Streitfrage seiner künftigen Grenzen offen. Die von den Serben beanspruchten Autonomen Regionen (Krajina, Banija, sowie kleine Teile von Slawonien) werden von ihnen militärisch kontrolliert und politisch regiert. Es ist nicht zu erkennen, wie Kroatien diese Fakten rückgängig machen könnte.

Bosnien-Hercegovina wird letzten Endes eine Aufteilung, ein Anschluß an Jugoslawien oder ein langer Bürgerkrieg - der schließlich wohl auch zu einer der beiden ersten Möglichkeiten führen würde - kaum erspart bleiben können. Da der Anschluß der serbischen Regionen an Jugoslawien und der kroatischen an ihr "Mutterland" keine unüberwindlichen Probleme aufwirft, bliebe bei einer Aufteilung als entscheidende Frage die Zukunft der Muslime.

Eng verbunden mit der Entwicklung in Bosnien-Hercegovina ist der UNO-Einsatz in Kroatien: bisher gehen alle Planungen davon aus, die Nachbarrepublik als logistische Basis und Einsatzzentrale nutzen zu können. Diese Voraussetzung ist aber zur Zeit höchst gefährdet.

Makedoniens Unabhängigkeit wird anscheinend von Serbien/Jugoslawien nicht in Frage gestellt. Die Armee hat ihre Stützpunkte übergeben und die Republik vollständig verlassen. Trotzdem halten die EG und die USA mit der Anerkennung noch zurück, da erst die griechischen Einwände auf dem Verhandlungsweg ausgeräumt werden sollen. Nicht beantwortet ist die Frage nach der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit eines so kleinen und armen Landes wie Makedonien, oder wie es auch ein Muslime-Staat in Bosnien-Hercegovina sein würde.

Kt.

9. "Ein Haufen irrsinniger Wüteriche" Erfolgsbedingungen der Conquista (Skandal Columbus, Teil 2)

Erfolgsbedingungen der Conquista oder Was hat Macchiavelli mit Amerika zu tun?

Rubrik: Geschichte; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:25

"Selbst das grausamste Kolonisationsunternehmen erscheint neben dem Vandalimus der ersten Jahrzehnte (der spanischen Conquista, Anm. moe) positiv", schreibt die Archäologin Laurette Séjourné (1) - Tzvetan Todorov kommt in seinem Buch "Die Eroberung Lateinanamerikas. Das Problem des Anderen" zu der Auffassung: "Wenn das Wort Völkermord jemals wirklich zutreffend verwandt worden ist, dann zweifellos in diesem Fall". (2)

Keine Frage, die Eroberung Lateinamerikas durch die spanischen Conquistadoren lief in einer kaum vorstellbaren Brutalität ab. Bartolome de Las Casas - der sich zum bekanntesten und bedeutendsten Kritiker terroristischer Ausbeutung der Indianer durch die Europäer entwickelte - berichtet in seiner Historia de las Indias von einem Ereignis, "bei dem er mehr war als nur Zeuge: Beteiligter." (3) Es handelt sich dabei um das Massaker, das das Heer des Narvaez in Caonao auf Kuba veranstaltete: "An dem Tage, als die Spanier bei diesem Dorf ankamen, machten sie des Morgens in einem ausgetrockneten Fluß halt, um dort ihr Mittagsmahl einzunehmen; im Flußbett gab es noch ein paar Wasserpfützen und es war voller Schleifsteine, und so kamen sie auf den Gedanken, ihre Schwerter daran zu schärfen." Im Dorf angekommen, wollen sie die Schärfe ihrer Schwerter ausprobieren. "Plötzlich zieht einer der Spanier, der offenbar vom Teufel besessen war, sein Schwert, und die hundert anderen tun es ihm sogleich nach und machen sich daran, jene Schafe und Lämmer, Frauen und Männer, Kinder und Alte, die ahnungslos da saßen (...) niederzustechen, ihnen die Bäuche aufzuschlitzen und sie umzubringen, so daß im Handumdrehen von allen, die sich dort bewegten, keiner mehr am Leben war".

Doch nicht nur von Kritikern wie von Las Casas sind Berichte über derartige Greueltaten überliefert. So informiert uns Gonzalo Fernandez Oviedo, zu dieser Zeit Amtsschreiber und als Hauptmann selbst an mehreren Kämpfen beteiligt, über folgendes Ereignis: "An einem Dienstag (...) wurden sie (17 bis 18 Häuptlinge) auf der Plaza in Leon (Nicaragua) folgendermaßen hingerichtet: Jeder Indio erhielt einen Stock und man ließ ihm durch einen Dolmetscher sagen, er soll sich damit verteidigen (...) Dann wurden auf jeden fünf oder sechs junge Hunde losgelassen, um sie an diese Art von Jagd zu gewöhnen. (...) Wenn er dann aber glaubte, sie mit seinem Stock besiegt zu haben, schickt man einen oder zwei erfahrene Bulldoggen auf ihn los, die ihn im Handumdrehen zu Boden warfen, ihn häuteten, ausweideten und von ihm fraßen, was sie Lust hatten." (4)

Auch sexuelle Unterdrückung gehörte zum Standardrepertoire der Conquistadoren: "... nach der Eroberung und dem Gemetzel begannen sie die Frauen und jungen Mädchen zu stehlen, sie zu vergewaltigen, und wenn sie sich weigerten, töteten sie sie wie Hunde und schlugen sie ohne Furcht vor Gott und Recht." (5)

Für den Nestor der deutschen Lateinamerikaforschung, dem 1980 verstorbenen Kölner Professor Richard Konetzke, stellt sich dieser Sachverhalt ganz anders dar. Zwar kann auch er die Tatsache von Raub und Vergewaltigung indianischer Frauen nicht leugnen. Er gesteht ferner zu, daß "nicht wenige Frauen und Mädchen nach Kriegsrecht als Beute den spanischen Soldaten zugeteilt" wurden und "solche Indianerinnen (...) völlig der Verfügungsgewalt ihrer weißen Herren unterstanden". Dennoch kommt er in Hinblick auf die Eroberung Brasiliens zu dem Ergebnis: "Häufig bedurfte es für den Sexualverkehr nicht der Gewalt und Verführung des weißen Mannes. Die Indianerinnen kamen den Wünschen der Europäer entgegen und gaben sich Ihnen willig und wollüstig (sic!) hin. Sie bevorzugten die fremden Eindringlinge, deren Stärke und Überlegenheit auf sie Eindruck machten, vor den Männern der eigenen Rasse." (6)

Wie die zahlreichen Mestizenkinder zeigen, haben auch die Spanier offenbar nichts gegen diese "wollüstige Hingabe" einzuwenden gehabt, obwohl sie "wohl einen schlechten Geruch in der Nähe der Indianer (empfanden), wie die unangenehme Wahrnehmung der Hautausdünstungen beim Kontakt von Menschen verschiedener Rassen üblich ist." (7)

Die Rationalität der Grausamkeit

Die Aufzählung solcher Ereignisse und Kommentare ließe sich beliebig fortsetzen. Spannender ist aber die Frage, warum die Spanier so vorgingen, wie sie vorgingen, worin also die Rationalität dieses Vorgehens bestand. "Um das zu verstehen, müssen wir uns von der Vorstellung freimachen, die Spanier seien wie ein Haufen Irrsinniger Wüteriche über die Indianer hergefallen, obwohl sie natürlich wie ein Haufen irrsinniger Wüteriche über die Indianer hergefallen sind." (8)

Machiavellismus und ...

Sowohl Todorov als auch Reemtsma finden diese Rationalität der Eroberung im Rückgriff auf eine kleine Schrift, die ein knappes Jahrzehnt vor der Eroberung Tenochtitlans verfaßt worden war und noch heute seine LeserInnen fasziniert.- im "-Il Principe" von Niccolo Machiavelli (9). Dieser beschreibt und analysiert darin in einer frappierenden Offenheit die Methoden des Machterwerbs und der Herrschaftssicherung, die da sind: Sich-Verbünden mit dem einen gegen den anderen; Ausnützen von Widersprüchen ("Divide et Impera", Teile und Herrsche); militärische Stützpunkte bilden; Korruption und Verleitung zur Selbstunterwerfung durch Versprechungen; Betrug und Wortbruch sowie nötigenfalls die Vernichtung der Menschen und ihrer Kulturen.

Betrug und Wortbruch lassen sich idealtypisch an der Eroberung des Inkareichs und der Ermordung Atahualpas durch Pizarro nachvollziehen. (10)

... Cortez

Im allgemeinen gilt aber nicht Pizarro, sondern Cortez als der Inbegriff eines Machiavellisten. Er zeichnet sich durch ein instrumentelles, an Machterwerb und -erhalt orientiertes Vorgehen aus. Taktisches Geschick, Flexibilität und äußerste Brutalität wechseln sich je nach Lage ab. Sein Geschick und seine Flexibilität machen sich insbesondere in der Bündnispolitik bezahlt. Zuerst führt er gegen die Tlaxcalteken - dem bedeutendsten Feind der Azteken - Krieg, um sich nach deren Niederlage mit ihnen gegen die Azteken zu verbinden. (11) Mensch darf dieses Bündnis aber nicht als eine einseitige Angelegenheit betrachten. Die Tlaxcalteken hatten sehr wohl Gründe für dieses Bündnis. Zum einen erhielten sie von den Spaniern eine Reihe von Privilegien. So wurden sie oft als Verwalter neu eroberter Gebiete eingesetzt. Zum anderen hatten sie aufgrund der beherrschenden Stellung der Azteken in der Region Interesse an deren Schwächung. Und schließlich konnten sie Rache an den Azteken nehmen.

Einige andere Völker, wie die Tuzapan, Mascalcingo und Nautlan machten es den Tlaxcalteken nach. Die einheimischen Bundesgenossen waren so zahlreich, daß "die Spanier (...) in ihrem Vernichtungsfeldzug gegen die Azteken gelegentlich nur noch den strategischen und logistischen Kern der Truppe" bildeten (12)

Reemtsma zufolge geht insbesondere Cortez so vor (andere Eroberer stehen ihm jedoch kaum nach), als hätten er Machiavellis Schrift eingehend analysiert. Da dies aber nicht der Fall war, sondern diese Eroberungen sozusagen "naturwüchsig" vonstatten gingen, müsse dieses Vorgehen - deren herausragendes Kennzeichen ihre Brutalität war - dem "Geist der Epoche" entsprochen haben, müsse es also der Mentalität der Spanier entgegengekommen sein.

Die Reconquista als Fortsetzung der Kreuzzüge

Wodurch haben die Spanier diese Mentalität, also den routinierten, als selbstverständlich erscheinenden Umgang mit der Gewalt erworben? Reemtsma stellt die These auf, daß die "Conquista (...) in Wahrheit ein innenpolitisches Ereignis war." (13) Die Mentalität der Eroberer sei also zu Hause erworben worden.

Zu Recht verweist Reemtsma darauf, daß "1492" ein Doppeldatum ist. Die Reconquista - also die Rückeroberung der Iberischen Halbinsel von den Mauren - ist abgeschlossen. (14) Die Reconquista habe als Kreuzzug begonnen. Gerade in diesen Kreuzzügen - die Reemtsma ideologisch als "Heim-ins-Reich-Bewegung" interpretiert - komme der Universalitätsanspruch der Kirche zum Ausdruck, die sich in der Bezeichnung "katholisch" (das griechische kath'olen ten gen bedeutet "über die ganze Erde") und in der Bulle "Unam sanctam" manifestiere.

Auch wenn der römische Versuch, eine europäische Theokratie zu begründen, gescheitert sei, sei dennoch die christliche Ideologie infolge der Kreuzzüge unabdingbarer Bestandteil aller anderen Machtzentren geworden. "Die Idee eines (hinzuzufügen wäre: christlichen, moe) Europas, das nicht nur Ansprüche auf überseeische

Territorien hat, sondern dessen wesentliche Bestimmung darin liegt, sich solcher Territorien zu bemächtigen, ist eine Folge des Kreuzugsgedankens." Der Totalitätsanspruch bedingt, daß alles Nicht-Katholische ausgerottet werden muß. Dies betrifft vor allem die Juden. Nach dem Aufruf von Papst Urban II zum ersten Kreuzzug im Jahre 1095 kommt es zu zahlreichen Judenpogromen. (15) Aber nicht nur die Juden, auch andere Gruppen wie die ketzerischen Albigenser, Waldenser und Bogumilen sowie die Mauren bekamen die Folgen des christlichen Einheitswahns zu spüren. Ein wichtiges Instrument zur ideologischen Vereinheitlichung war die Inquisition, die Anfang des 13. Jhdts. im Zusammenhang mit der Ketzerverfolgung eingeführt wurde und 1479 in Spanien wiederbelebt wurde.

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund kommt Reemtsma im Hinblick auf die Mentalität der Conquistadoren zu dem Ergebnis, das religiöse Faktoren die Mentalität der Conquistadoren entscheidend bestimmten: "Es sind die Erben eines 700-jährigen Krieges, die da übers Meer kamen ..., sie kommen aus einem Land, in dem die beiden Europa-konstituierenden Ideologien, Anti-Judaismus und Anti-Islamismus, einen mörderischen Höhepunkt erreicht haben, die sie verklammernde Religion, das Christentum, konstituiert einen innenpolitischen Terror, der für Jahrhunderte das Gleichnis für Grausamkeit schlechthin ist (...) Die europäische Renaissance ist das Umfeld, das diesen besonderen Menschenschlag hervorbringt. Brutalisiert durch die eigene wie traditionelle Gewöhnung an Massaker, fanatisiert durch eine totalitäre Ideologie, die seit einigen hundert Jahren Züge einer kollektiven Paranoia trägt, die sich aber mit dem Programm der Aufstandsunterdrückung problemlos verträgt." (16)

Religiöse Gründe?

Für die These Reemtsmas spricht gewiß eine ganze Menge. In der Tat drängt sich einem der Eindruck auf, als hätten sich seit der Ausrufung des ersten Kreuzzuges gesellschaftliche Konflikte gegenseitig aufgeschaukelt und im 15. Jhdt. - das als das Jhdt. "kollektiver Psychosen" bezeichnet wird - In extremer Weise verdichtet und gewaltsam entladen. Die Hussitenkriege, der Hundertjährige Krieg und in deren Folge die mystische Verehrung der Johanna von Orleans, der Hexenhammer von 1484 als wichtiges Element der "Hexenverfolgungen", das Vorrücken der "ungläubigen" Osmanen in Osteuropa seien als Stichpunkte genannt. Darüber hinaus wirft die Reformation ihre Schatten voraus.

Aufgrund dieser Krisenphänomene treten im 15. Jhdt. verstärkt millenaristische und chiliastische Bewegungen auf den Plan, die sich durch extreme religiöse Intoleranz auszeichnen. (17)

Die Lage in Spanien

All diese Faktoren sind mehr oder weniger auch auf der Iberischen Halbinsel zu finden.

Trotz der Bedeutung dieser religiöser Faktoren für die Mentalität der Conquistadoren ist die Situation widersprüchlicher und komplexer, als sie uns von Reemtsma nahegelegt wird. Eine lineare Entwicklung vom Beginn der Reconquista über die Kreuzzüge bis hin zur Conquista ("Die Conquistadoren waren die Erben einer Bevölkerung, die seit 700 Jahren eine Reconquista betrieben hatten, einen mörderischen Eroberungskrieg" (18)) gab es nicht. Wie sonst wäre es zu erklären, daß die Kreuzzugsaufrufe des Papstes nach dem Fall Konstantinopels mit Ausnahme Portugals in ganz Europa "in einer Leere von Desinteresse und Müdigkeit zu verhallen (scheinen). Als er (der Papst, Anm. moe) sich im Oktober 1469 zu Mantua mit leidenschaftlichen Worten an die aus ganz Europa versammelten Fürsten wendet, entdeckt er in der eisigen Versammlung auch nicht den Schatten von Begeisterung." (19) Der Kreuzzugsgedanke war in Teilen der Bevölkerung während der vorangegangenen Jahrhunderte verlorengegangen. Die Reconquista zeichnete sich im 15. Jhdt. keineswegs durch ständige Auseinandersetzungen mit den Mauren aus. Typisch war auf beiden Seiten vielmehr eine Politik der Nadelstiche ins gegnerische Hinterland. Diese entsprangen häufig weniger religiösem Sendungsbewußtsein als vielmehr dem Verlangen nach Beute und Sklaven (20).

Mit der These Reemtsmas ist auch nicht zu vereinbaren, daß es auf der Iberischen Halbinsel über Jahrhunderte ein relativ problemloses Zusammenleben - die sog. Convivencia - der unterschiedlichen Kulturen und Religionen gegeben hat. Erst die Judenpogrome 1391 drücken den Zusammenbruch der Convivencia aus.

Zu erklären wäre schließlich, wieso die von den Kreuzzügen ausgehende religiöse Intoleranz Juden und Mauren in völlig unterschiedlichem Maße traf. Stimmt die These Reemtsmas, wäre eine ungleiche Behandlung Andersgläubiger schwer nachvollziehbar. Dies war jedoch der Fall. Judenverfolgungen gingen den

Maurenverfolgungen zeitlich weit voraus. Der erste Höhepunkt war - wie bereits erwähnt - der Pogrom im Jahre 1391. Die Pogrome waren vielfach von wirtschaftlichen Forderungen begleitet und richteten sich vor allem gegen reiche jüdische Kaufleute und Steuerpächter. Eine zweite antisemitische Verfolgungswelle setzte 1449 in Toledo ein und griff schnell auf das ganze Land über. Diese richteten sich auch gegen diejenigen Juden, die zum Christentum konvertiert waren. So heißt es in einer berühmten Verordnung des Magistrats von Toledo: "Wir erklären, daß alle sogenannten Conversos, die vom widernatürlichen Geschlecht der Juden abstammen, von Gesetzes wegen als ehrlos, unfähig, ungeeignet und unwürdig gelten, irgendein öffentliches oder privates Amt (...) zu erhalten." (21) Die Verfolgungswelle fand ihren Abschluß 1478 in der Inquisition. Einer der Gründe für deren erneuten Institutionalisierung war, unkontrollierbaren sozialrevolutionären und chiliastischen Bewegungen die Spitze zu nehmen und deren Antriebskräfte in kontrollierbare Bahnen zu lenken

Erstaunlicherweise wurden die Mauren von diesen Pogromen und Verfolgungswellen nicht bzw. fast nicht berührt.

Noch nach der Übergabe Granadas wurde den Mauren in den Kapitulationsbedingungen die Beibehaltung ihres Rechtswesens, ihrer Sitten und Gebräuche sowie die freie Ausübung ihrer Religion garantiert. (22) Diese Lage änderte sich erst 1499, als Cisneros beauftragt wurde, die Konversion der Mudejaren voranzutreiben, was in den ersten Maurenaufstand mündete. 1502 wurden die Mauren Kastiliens endgültig vor die Alternative gestellt, entweder auszuwandern oder zu konvertieren.

Daß keine dieser Maßnahmen auch nur den geringsten Einfluß auf Aragon hatte, ist ein weiteres Indiz dafür, wie widersprüchlich die Situation auf der Iberischen Halbinsel tatsächlich war. 1510 mußte Ferdinand vor dem "Cortes General" der drei Gliedstaaten Aragons feierlich geloben, die Mudejaren nicht mit Zwangstaufe oder Vertreibung zu bedrohen.

Diese Aspekte zeigen, daß der Versuch Reemtsmas, die Mentalität der Conquistadoren aus der 700-jährigen Geschichte der Reconquista und der Kreuzzüge abzuleiten, zu kurz greift, selbst wenn mensch konstatiert, daß religiöser Fanatismus ein entscheidendes Element hierfür war.

Wirtschaftliche und soziale Gründe?

Um die Mentalität der Conquistadoren besser fassen zu können, ist es notwendig, uns die wirtschaftliche und soziale Situation auf der Iberischen Halbinsel näher vor Augen zu führen.

Das 15. Jhdt. ist durch tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und konstitutionelle Krisen gekennzeichnet, die sich in zahlreichen dynastischen Konflikten, Bürgerkriegen (z.B. in Kastilien von 1438-1445) oder sozialen Aufständen (1462 Aufstand der Remensabauern) artikulieren.

Die wirtschaftliche Krise zeigte sich auch darin, daß der Dualismus zwischen Viehzucht und Landbau zerbrach. Die Ausdehnung der Schafzucht zuungunsten des Landbaus bewirkte, daß die Selbstversorgung auf dem Lande zurückging. Große Landstriche verödeten. Aufgrund dieser - die großen Schafzüchter bevorzugenden - Politik mußte 1502 die Zwangsbewirtschaftung des Getreides verordnet werden, da die landwirtschaftliche Produktion die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr gewährleisten konnte. (23)

Darüber hinaus wurden die Bauern durch eine Reihe von Abgaben derart belastet, daß viele für sich auf dem Lande keine Überlebenschancen mehr sahen. Entwurzelt und verarmt zogen sie in die Küstenstädte. Eine Reihe von ihnen hoffte, in "Neu-Spanien" einen Neuanfang machen zu können. Dies hofften auch viele aus einem anderen Bevölkerungssegment, das für die Conquista von großer Bedeutung sein sollte, die Hidalgos. Auf der untersten Stufe der Adelshierarchie angesiedelt, besitzt der Großteil der Hidalgos nichts außer seinem Adelsbrief und dem damit verbundenen Ehrgefühl, etwas anderes (24), etwas Besseres als der Großteil der Bevölkerung zu sein. Die Mehrzahl von ihnen lebt in bitterster Armut. "Der Hunger (...) ist in der Tat das Los vieler, die entwurzelt und heimatlos in der Stadt einen Lebensunterhalt suchen, der sich mit ihrem Rang vereinbaren läßt." (25) Diese existenzbedrohende Armut korrespondierte vielfach mit einem schon ins krankhafte gesteigerten Ehrgefühl. Mit der Ehre eines Adligen vertrug es sich nicht, manuelle bzw. produktive Tätigkeiten auszuführen. Dafür blieb nur Verachtung übrig. "Wer immer etwas auf sich hält, versucht, dem Reich der Notwendigkeit auf möglichst elegante Art und Weise zu entkommen." (26)

Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, daß viele Hidalgos aufgrund der in Spanien verbauten Möglichkeiten ein ihrem Adelsstand entsprechendes, materiell abgesichertes Leben führen zu können, ihre Hoffnungen ganz auf Amerika setzten. "Ohne zu übertreiben, können wir sagen, daß die Spanier in Amerika um ihre eigene gesellschaftliche Befreiung kämpften. (...) Wer in die Kolonien fuhr, tat dies in der Absicht, sich gesellschaftlich zu verbessern." (27)

Insbesondere die Hoffnung auf Gold übte eine magische Anziehungskraft auf die Conquistadoren aus. Romano/Tenenti sehen in dem Verlangen "mehr zu gelten", ein in jeder Hinsicht (gesellschaftlich, moralisch und wirtschaftlich) höheres Ansehen zu gewinnen, das "eigentlich wesentliche Moment" (28) der Eroberung Amerikas. Und wer die Strapazen der Überfahrt auf sich genommen hatte, der ließ sich in seinem Streben nach einem besseren Leben durch nichts aufhalten. Das Glück mußte nötigenfalls mit äußerster Brutalität erzwungen werden.

Es war also die Verknüpfung von christlichem Eroberungs- und Heilsdenken und extremer Armut - verbunden mit der Hoffnung auf Reichtum und gesellschaftlichem Aufstieg - die die Conquistadoren zu jenen Wüterichen werden ließ, wie sie uns zu Anfang des Artikels begegneten. Die daraus resultierende Mentalität war eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der Conquista.

Das Weltbild der amerikanischen Völker

Es mußte jedoch noch eine weitere Voraussetzung für den Erfolg der Conquista hinzukommen. Trotz dieser Mentalität der Spanier stellt sich ja die Frage, wieso sich die Völker Amerikas trotz ihrer quantitativen Übermacht so relativ leicht besiegen ließen. Wieso haben sie nicht gleichfalls eine "machiavellistische" Politik betrieben? Todorov erklärt dies damit, daß Europäer und die amerikanischen Völker völlig unterschiedliche Weltbilder - Todorov nennt sie Kommunikationssysteme - hatten.

Die Völker Amerikas leben in einer völlig überdeterminierten und reglementierten Welt. (29) Jeder Kalendertag hat seinen ein für allemal - günstigen oder ungünstigen - Charakter, der sich auf die an diesem Tage geborenen Personen überträgt. Der Tag der Geburt bestimmt somit auch das Schicksal einer Person.

Auch die Geschichte ist als Erfüllung vorangegangener Prophezeiungen vorherbestimmt. "Alles ist vorhersehbar, also ist auch alles vorgesehen." (30) Ein derartig geschlossenes Weltbild ließe keinen Spielraum für etwas Neues, Unbekanntes. Was aus dem Rahmen fällt, wird als Vorzeichen eines unheilvollen Ereignisses interpretiert.

Genauso geordnet wie das Weltbild, war ihr gesellschaftliches Leben. Selbst das kleinste Detail ist reglementiert. Das Individuum müsse sich vollständig der Gesellschaft unterordnen. Es gibt keinen gesellschaftlichen Bereich, der durch eine autonome, individuelle Entscheidung gestaltbar wäre, sofern alles dient nur der Verwirklichung einer immer schon gegenwärtigen Ordnung.

"Die charakteristische Frage ist nicht ‚Was tun`, sondern ‚Wie erfahren`? Und die Interpretation eines Ereignisses geschieht weniger in Funktion zu seinem konkreten, individuellen und einzigartigen Inhalt als zur vorgegebenen und wiederherzustellenden Ordnung, zur Harmonie des Universums." (31)

Dieser Ordnung entspricht auch der Zeitbegriff der amerikanischen Völker. Sie kennen keine lineare Zeit, sondern nur eine zyklische. Alles wiederholt sich. Nicht nur die Sequenzen der Vergangenheit wiederholen sich, sondern auch die der Zukunft.

In diese äußerst statische und überdeterminierte Welt brechen die Spanier ein. Die amerikanischen Völker können auf diese neue Situation nicht angemessen reagieren. Sie sind völlig paralysiert - wie sich hervorragend an Moctezumas Verhalten bei der Konfrontation mit den Spaniern zeigen läßt, weil sie die Ankunft der Spanier nicht bzw. falsch (als Rückkehr des Gottes Quetzalcoatl) interpretieren. Die Informationen, die die Azteken über die Spanier haben, lassen sich nicht mehr verarbeiten. Ihr Kommunikationssystem bricht zusammen. Obwohl sich die Ankunft der Spanier nicht mit dem Vertrauten verbinden läßt, kann Moctezuma nicht akzeptieren, daß es sich hierbei um ein völlig neues Ereignis handelt, das den Ahnen nicht bereits bekannt war.

Da die Ordnung zerstört ist, gibt es keine Sicherheiten mehr. Ihr Kommunikationssystem bricht zusammen. Das bedeutet, daß sie nicht wissen, wie sie auf die neue Herausforderung reagieren sollen. Deswegen

machen sie fast alles, was sie im Hinblick auf die Spanier machen, falsch. So schickt Moctezuma den Spaniern Gold in der Hoffnung, daß die Spanier sich damit zufrieden geben und das Land verlassen würden. Nichts ist aber besser geeignet, als sie dadurch zum Bleiben zu veranlassen.

Auch die Kriegsführung der Azteken ist ritualisiert und vom Zeremoniellen beherrscht. Einen Vernichtungskrieg, wie ihn die Spanier so perfekt praktizieren, kennen sie nicht. Ziel des Krieges ist weniger zu töten, als vielmehr Gefangene für kultische Zwecke zu machen (bei denen diese dann vielfach getötet wurden).

Die Spanier gehen dagegen völlig anders vor. Ihr Weltbild ist in die Zukunft offen. Wenn sie Informationen sammeln, dann nicht, um damit schon Bekanntes zu bestätigen, sondern um Material zu haben, um damit in der Zukunft möglichst effektiv vorgehen zu können, die Schwachpunkte der amerikanischen Völker sind ihnen denn auch schon bald vertraut. Meisterhaft verstehen sie es, diese auszunutzen: sei es, daß Cortes dem Mythos Nahrung gibt, Quetzalcoatl zu sein; sei es, daß sie die amerikanischen Völker gegeneinander ausspielen usw.

Diese zwei Aspekte - "machiavellistische" Mentalität der Spanier und das geschlossene Weltbild der amerikanischen Völker - sind entscheidend dafür, daß die Conquista so erfolgreich war. Erst vor diesem Hintergrund können sich andere Faktoren entfalten, die, wie das Gewehr, oft als entscheidend für den Siegeszug der Conquista angesehen werden. Die Gewehre der Spanier - noch dazu Vorderlader mit einer Feuergeschwindigkeit von wenigen Schuß in der Stunde - erzielten mehr symbolische als praktische Wirkung. Ohne den geschilderten Hintergrund wären sie für die Conquistadoren höchst ineffektiv gewesen.

moe, Lateinamerika-Komitee

Nürnberg

Anmerkungen

1) Laurette Séjourné: Altamerikanische Kulturen (Fischer Weltgeschichte Bd. 21), S. 80. Frankfurt/M 1971 (1988)

2) Tzvetan Todorov: Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen, S. 161, Frankfurt/M. 1985

3) ebda., S. 170

4) Séjourné, S. 79/80

5) ebda, S.81. Die Frage stellt sich, warum die Conquistadoren sich vor Gott fürchten sollten? Handelten sie doch auch im Auftrag des Stellvertreters Gottes auf Erden, dem Papst. Zur Rolle der katholischen Kirche im Prozeß der Eroberung und der ideologischen Rechtverteidigungsversuche der Conquista vgl. ausführlich im nächsten ak

6) Konetzke, Richard: Süd- und Mittelamerika. Die Indianerkulturen Altamerikas und die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft (Fischer Weltgeschichte Bd. 22), S. 89. Frankfurt/M. Die Arbeit von Konetzke gilt als Standardwerk.

7) ebda, S. 87

8) Reemtsma, Jan Ph.: Cortéz und al. Zum sozialpsychologischen Profil des Renaissance-Kolonisators, S. 50, In: Höfer, Bruni et al (Hg.): Das Fünfhundertjährige Reich. Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1492-1992

9) Zu Leben und Werk Machiavellis s.: Deppe, Frank: Niccolo Machiavelli: Zur Kritik der reinen Politik. Köln 1987 und Herfried Münkler: Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz, Frankfurt/M 1982

10) vgl. Prescott, William H.: Die Eroberung der Inkas, München 1986

11) Aus zeitgenössischer Sicht vgl. Bernal Diaz del Castillo: Die wirkliche Geschichte von der Eroberung Neu-Spaniens, S. 117 ff, in: Strosetzki, Christoph (Hg.): Der Griff nach der neuen Welt. Der Untergang der indianischen Kulturen im Spiegel zeitgenössischer Texte. Frankfurt/M 1991

12) Nieß, Frank: Am Anfang war Kolumbus. Geschichte einer Unterentwicklung - Lateinamerika 1492 bis heute, S. 45, München 1991.

Die Tatsache, daß die von den Azteken beherrschten bzw. bedrohten Völker Bündnisse mit den spanischen Eroberern eingingen, ist ein bedeutendes Indiz dafür, daß diese Völker sich von der Herrschaft der Spanier im Vergleich zu der der Azteken keine Verschlechterung ihrer Situation erwarteten

13) Reemtsma, S. 60

14) 711 war der Berberführer Tarik auf der Iberischen Halbinsel eingefallen. Diese wurde innerhalb von sieben Jahren der moslemischen Herrschaft unterworfen. Seit Ende des 10. Jhdts. hatten Christen Teile Nordspaniens wieder besetzen können. Nach dem Sieg gegen die Almohaden 1212 machte die Reconquista deutliche Fortschritte.

15) In der Folgezeit sollte der Antijudaismus im Deutschen Reich nie mehr ganz verschwinden. Vor allem nach Ausbruch der großen Pest 1347/48 wurden Juden aufgrund des Vorwurfs Brunnenvergifter zu sein, verfolgt und in vielen Orten förmlich abgeschlachtet.

16) Reemtsma, S. 66/67

17) vgl. ausführlich hierzu: Cohn, Norman: Das neue Irdische Paradies. Revolutionärer Millenarismus und mystischer Anarchismus im mittelalterlichen Europa. Reinbek 1988 und Jean Delumeau: Angst im Abendland. Die Geschichte Kollektiver Ängste im Europa des 14. bis 18. Jahrhunderts. Reinbek 1985

18) Reemtsma, S. 64

19) Garin, Eugenio, Die Kultur der Renaissance, S. 432, in: Mann, Golo und August Nitschke. Propyläen Weltgeschichte. Frankfurt/M 1960-1964 (1991)

20) s. Heine, Hartmut: Geschichte Spaniens in der frühen Neuzeit 1400-1800, S. 39. München 1984

21) Defourneaux, Marcelin: Spanien im Goldenen Zeitalter. Kultur und Gesellschaft einer frühen Weltmacht, S. 41. Stuttgart 1986

22) vgl. Heine, S.41

23) s. Dieterich, Heinz: Produktionsverhältnisse in Lateinamerika, S. 100 ff

24) Etymologisch leitet sich Hidaigo von "hljo de algo": Sohn von etwas: altspanisch "Besitz" ab.

25) Defourneaux, S. 46

26) Nieß, S. 97

27) Mires, Fernando: Im Namen des Kreuzes. Der Genozid an den Indianern während der spanischen Eroberung: theologische und politische Diskussionen, S. 29. Fribourg/Brig 1989

28) Romano, Ruggiero und Alberto Tenenti: Die Grundlegung der modernen Welt. Spätmittelalter, Renaissance, Reformation, S. 203. (Fischer Weltgeschichte Bd. 12). Frankfurt/M 1967 (1989)

29) Die Darstellung des Weltbildes der altamerikanischen Kulturen kann an dieser Stelle aus Platzmangel nur in groben Umrissen erfolgen. Ich folge hier den großen Linien Todorovs. Eine differenzierte Analyse findet sich ebenda

30) Todorov, S. 83

31) ebda, S. 86

Kolumbus

Der Zufall will es so. Bereits im Namen des ersten "Entdeckers" laufen die beiden wichtigsten Elemente der Conquista - Kreuz und Schwert - symbolisch zusammen. Christoph leitet sich von "Christum ferens" (der, der Christus trägt) ab. Der Vorname drückt also das christliche Element aus. Kolumbus heißt in Spanisch Colon. Der colono ist der Ansiedler, der Kolonisator, man könnte auch sagen, der Eroberer. Der Nachname steht also für das weltliche Element.

So bedeutend diese beiden Faktoren ganz allgemein für die Conquista sind, so bedeutend sind sie auch für Kolumbus. Die Suche nach Gold und den Gewürzen Indiens sowie der Wunsch nach der Befreiung Jerusalems von den "Ungläubigen" bilden seine Antriebskräfte. Mit dem Gold, das er in Amerika zu finden hofft, sollen u.a. Kreuzzüge nach Jerusalem finanziert werden.

Die Geburt einer Idee

Kolumbus gilt allgemein als erfahrener Seefahrer. Schon frühzeitig soll er Fahrten nach Irland und Island unternommen haben. Nachdem er sich in Portugal niedergelassen hatte, führte ihn eine Reise an die Westafrikanische Küste. Hier kam er mit dem Goldhandel in Berührung (vgl. ak 341). Für seine weiteren Unternehmungen war die Suche nach Gold von herausragender Bedeutung, wie das Bordtagebuch beweist. Seine 3. Amerikafahrt verlegte er weit nach Süden, weil er hoffte, in Amerika Gold auf derselben geographischen Breite zu finden wie in Westafrika.

In den Jahren 1476-1484 reifte der Plan, Asien auf dem Weg nach Westen zu finden. Inspiriert wurde er dabei vom "Tractatus de Imagine Munde" des Pierre d'Ailly. Dieser ging von der Kugelgestalt der Erde aus - was übrigens keine Ausnahme war, wie der Behalm-Globus aus der damaligen Zeit beweist. Den Erdumfang unterschätzt d'Ailly aber gewaltig. Allerdings bestärkte diese Fehleinschätzung Kolumbus in seinem Unternehmen. Kolumbus ging von einem noch geringeren Umfang aus. Die Entfernung nach Asien schätzte er auf 2400 Seemeilen (vgl. Karte; in Wahrheit beträgt die Entfernung 10600 Seemeilen). Bereits kurz hinter den Kanarischen Inseln vermutete er Cipangu und Cathay.

Die Berichte des Marco Polo, der im 13. Jahrhundert China bereiste, über den immensen Reichtum Cipangus und Cathays faszinierte Kolumbus ebenfalls. Unterstützung fand er schließlich auch bei dem Arzt Paolo Toscanelli, einem der berühmtesten Kosmographen der damaligen Zeit.

Die Verwirklichung einer Idee

1484 trug Kolumbus seinen Plan dem Portugiesischen König Johannes II. vor. Eine zur Prüfung des Vorhabens eingesetzte Expertenkommission lehnte dieses aber wegen mangelnder wissenschaftlicher Stichhaltigkeit ab. Obwohl das portugiesische Königshaus einer Erkundung der Westroute nicht grundsätzlich abgeneigt war, so hatte doch der Versuch, entlang der afrikanischen Küste einen Weg nach Indien zu finden, Priorität.

Aufgrund des ablehnenden Bescheids wandte sich Kolumbus nach Spanien. Auch dort waren seine Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt. Deswegen kehrte er 1488 nach Portugal zurück. In Lissabon traf er genau in dem Augenblick ein, als Bartolome Diaz mit seiner Flotte einlief und die Umseglung des Kaps der Guten Hoffnung meldete. Der Seeweg nach Indien war somit gefunden. Unter diesen Umständen war Johann II. an einer Erkundung des Westweges nicht mehr interessiert.

In der Folgezeit stieß Kolumbus' Plan auf geringes Interesse. Sein Bruder Bartolomé klopfte ergebnislos an den Höfen Englands und Frankreichs zwecks Unterstützung an. Auch Königin Isabella von Kastilien beschied ihm 1489, er müsse sich bis zum Abschluß der Maurenkriege gedulden. Obwohl der Königliche Rat Kolumbus' Idee bereits endgültig abgelehnt hatte, wurde er dank der beharrlichen Lobbyarbeit einflußreicher Unterstützer doch noch erhört. Sie überzeugten das spanische Königspaar davon, daß für das Königshaus nur sehr geringe finanzielle Belastungen entstünden.

In den Abmachungen mit dem Königshaus - den sog. Kapitulationen - konnte Kolumbus weitreichende Privilegien für sich aushandeln: Er wurde Admiral und in den Adelsstand aufgenommen; für alle von ihm gefundenen Gebiete wurden ihm die Titel des Vizekönigs und des Gouverneurs zuerkannt; schließlich erhielt er noch eine Reihe materieller Vergünstigungen. So gestärkt begab er sich auf den Westweg nach Indien. Der erste Schritt zum Colonisator war gemacht.

10. 500 Jahre: Feiern oder Demonstrieren? von Mumia Abu Jamal

Rubrik: Geschichte; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:04

Mumia Abu-Jamal war Informationsminister der Black Panther Party und arbeitete für die Black Panther Zeitung. Seine schonungslose Berichterstattung über die Auswirkungen des Aufstandsbekämpfungsprogramms (COINTELPRO) gegen die Mitglieder der Move-Bewegung und der Black Panther Party machten ihn zur Zielscheibe des Staates. Er wurde wegen angeblichen Polizistenmordes verhaftet und zum Tode verurteilt. Sämtliche Berufungsanträge wurden abgelehnt. Die letzte Möglichkeit, die Vollstreckung des Todesurteils zu verhindern, gegen das Todesurteil ist eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Dazu wird dringend Geld benötigt, insgesamt 150.000 US-Dollar. Ein Drittel dieser Summe ist inzwischen durch eine internationale Spendenkampagne zusammengekommen (davon sind bisher ca. 40.000 DM in der BRD gespendet worden).

Spendenkonto: Sonderkonto "Mumia Abu-Jamal", Bank für Gemeinwirtschaft Bremen, Kontonummer: 100 587 7601, BLZ 290 101 11.

Mumia Abu Jamal sitzt im Bundesstaat Pennsylvania im Knast, den folgenden Text schickte er im Februar 1992 aus der Todeszelle.

Mit dem Herannahen des Jahres 1992 wenden sich die Gedanken der Tatsache zu, daß seit der Spanischen Eroberung und der Europäischen "Entdeckung" von dem, was dann die "Neue Welt" genannt wurde, 500 Jahre vergangen sind. Je nach Perspektive ist der Oktober 1992 als verspätete Reaktion auf die verwirrte Ankunft von Admiral Christoph Kolumbus - oder wie die Spanier es lieber hören, Christobal Colon - entweder Grund zum Feiern oder Grund zur Verurteilung.

Sein kolossaler Navigationsirrtum führte dazu, daß die rothäutigen BewohnerInnen "Indianer" genannt wurden; ein Fehler, der auf seine feste Überzeugung zurückging, in Indien gelandet zu sein. In ersten Beschreibungen seiner Landung wird bewundernd von der warmen und herzlichen Begegnung mit den dunklen Bewohnern geschrieben, die die Europäer, wie Kolumbus es selber ausdrückte "mit großer Freundschaft uns gegenüber" empfingen. Sie waren "liebenswerte Menschen ohne Heimlichkeiten", die "große Freude zeigten und so ganz und gar unsere Freunde wurden, daß es wie ein Wunder zu sehen war".

Leider konnte für die Christen nicht dasselbe gesagt werden, die nicht nur die kleinen Inseln, sondern auch den Löwenanteil des Festlandes für sich in Anspruch nahmen, und die, nachdem sie dort die Sklaverei eingeführt und Leiden und Tod weit verbreitet hatten, das so von ihnen begehrte Land stahlen.

Von den "Indianern", die Kolumbus trafen, die in Wirklichkeit die Arawaks hießen, gibt es keine Nachkommen mehr. Innerhalb einer Generation wurde der Stamm durch europäische Sklaverei, Völkermord und Krankheiten ausgerottet. Den Kolonisatoren reichte es nicht, den Ureinwohnern das Land zu nehmen; sie raubten die Menschen eines anderen Landes, entfachten einen Schwarzen Holocaust, der Millionen von AfrikanerInnen über den gefürchteten Weg der Mitte in einen Alptraum von Entmenschlichung, Kulturraub, Sklaverei und Tod brachte.

Zentral in dieser Epoche historischen Verbrechens war der Gebrauch und die weltweite Manifestierung des Rassismus, mit dem dieses Blutbad gerechtfertigt wurde. Ein früher britischer Verteidiger des europäischen Diebstahls des Roten Landes war Robert Gray, der 1609 schrieb: "Obwohl der Herr die Erde den Kindern von Menschen gab, wird der größere Teil von wilden Bestien, kindlichen Kreaturen oder brutalen Wilden besessen oder fälschlich beherrscht, die wegen ihrer gottlosen Ignoranz und blasphemischen Götzendiensten schlimmer sind als Bestien, die von wildester und rohester Natur sind."

Heute, fünf Jahrhunderte nach dem ersten Kontakt mit Kolumbus, leben gerade noch 750.000 IndianerInnen in ca. 27 Staaten der USA, verstreut über ungefähr 300 Reservate. Früher lebten dort über 10 Millionen IndianerInnen in Freiheit. Der prahlerische "Fortschritt" schmückt sich mit vergessenen Indianergemeinden, wo Alkoholismus endemisch ist und die Arbeitslosenrate zwischen 14% bis 67% beträgt - bei einem Durchschnitt von über 43%.

Es scheint, als hätten die Völker, die am direktesten von der Landung der Europäer in Hispaniola betroffen waren, den geringsten Grund, die darauffolgenden 500 Jahre zu feiern. Fälschlicherweise "Indianer" genannt, wurden sie die ersten Sklaven der "Neuen Welt"; sie, die am meisten ausgebeutet und ausgegrenzt wurden - im Rahmen der Eroberung und des Massenmordes, begründet vom weißen Durst nach Lebensraum. Selbst wenn sie - wie die Cherokee von New Echota, Georgia - ihren traditionellen Glauben und ihre kulturellen Traditionen aufgaben, zum Christentum übertraten, Häuser und Gebäude im europäischen Stil bauten und sogar schwarze Sklaven hielten, bewahrte es sie nicht vor Landraub im großen Stil, vor dem Diebstahl ihres Besitzes durch eine korrupte Regierung und der gewaltsamen Vertreibung in Reservate. Auf diesen "Trail of Tears" (Weg der Tränen) fielen Tausende - schwarzer und roter Hautfarbe - dieser Politik zum Opfer.

Viele Menschen werden mit Tränen und Bitterkeit dieser 500 Jahre gedenken.

11. Die spanische Demokratie feiert

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:41

Als vor knapp 16 Jahren der spanische König verkündete, daß 1992 die Weltausstellung in Spanien stattfinden werde, ging es nicht nur um ein Requiem auf längst vergangene glanzvolle Zeiten. Spanien befand sich am Anfang eines Transformationsprozesses von der francistischen Militärdiktatur hin zur modernen Demokratie westeuropäischen Zuschnitts. Das System war durch den Tod Francos in eine strukturelle Krise geraten und drohte zugleich wirtschaftlich völlig den Anschluß an das übrige Westeuropa zu verpassen. Ihn geschafft zu haben, proklamierte Regierungschef Felipe Gonzàles zur Eröffnung der Expo: "Die Expo ist Zeugnis der Entwicklung des Prozesses der Konsolidierung der spanischen Demokratie geworden, ihres ökonomischen Fortschritts, der Modernisierung, der Steigerung des relativen Wohlstands seiner Bürger, unseres Prozesses der Integration in die EG und unserer vollständigen Beteiligung in allen internationalen Organen und Foren."

Mit diesem Ziel wurde versucht, die gesamte Gesellschaft umzustrukturieren. Was in Andalusien der Umbau der ländlichen Strukturen ist, ist andern Orts die Zerlegung der Schwerindustrie. Der Arbeitsmarkt wurde weitgehend dereguliert: Bereits etwa ein Drittel aller bestehenden Arbeitsverträge sind befristet. Ein gewaltsamer Prozeß, der nicht ohne soziale Kämpfe vonstatten geht. Der zur Kontrolle dieser Kämpfe bestehende Repressionsapparat ist insofern nicht einfach Relikt aus Francos Zeit.

Das Jahr 1992 soll innen- wie außenpolitisch demonstrieren, daß das sozialdemokratische Modell in Spanien funktioniert, beste Kapitalverwertungsbedingungen und innere Ruhe garantiert werden können. Die Eröffnung der Expo, erstes Großereignis in diesem Jahr, war der Präzedenzfall. Die besondere Härte des polizeilichen Vorgehens in Sevilla steckt die Marschroute ab:

1. "Vorbeugende" Repression gegen marginalisierte Bevölkerungsteile sowie massivste Bullenpräsenz. So denunzierte die Vereinigung der Roma in Sevilla, daß sie einer erhöhten Kontrolle und Repression unterliegen. Für den gesamten Zeitraum der Expo ist über Sevilla ein Demonstrationsverbot verhängt worden, auch andere Aktivitäten in der Öffentlichkeit werden verboten. Am Eröffnungstag befanden sich zehntausend staatliche und private Repressionskräfte in der Stadt.

2. Es wird nicht die kleinste Äußerung von Kritik an den Orten der zentralen Feierlichkeiten zugelassen. Wie am Vorabend der Expo bei der Auflösung der Spontandemo. Es mag eine "Überreaktion" der einzelnen Polizisten sein, mit gezogener Pistole und Knüppel die Verfolgung der fliehenden DemonstrantInnen aufzunehmen, angesichts der massiven Polizeibelagerung Sevillas ist sie zumindest eingeplant.

Am Tag der Expo-Eröffnung gab eine Gruppe von Indigenas zusammen mit UnterstützerInnen an einem Eingang eine Pressekonferenz. Im Anschluß daran setzten sich einige Leute mit Protestschildern an den Eingang, jedoch ohne ihn zu blockieren. Nach wenigen Minuten erschien die Polizei, um brutal auf die Gruppe einzuschlagen und zwanzig Leute festzunehmen. Wer in der Nähe der Expo nach "Protestler" aussah, wurde aus der Menge herausgegriffen und verprügelt.

3. Daß ein Großteil der Festgenommenen keine Spanier sind, ist auffällig. So wurden beim Polizeiüberfall auf den Campingplatz am Tag nach der Eröffnung ausschließlich aus dem europäischen und lateinamerikanischen Ausland stammende Personen festgenommen. Insbesondere kritische Stimmen aus Lateinamerika sollen offensichtlich des Landes verwiesen werden. Während die meisten spanischen Festgenommenen mittlerweile wieder frei sind, wurden die Ausländischen ohne Rechtsgrundlage des Landes verwiesen.

Sevilla soll zum Präzedenzfall werden, damit sich keineR mehr traut zu protestieren. Doch das Jahr '92 ist noch lange nicht vorbei. Lassen wir uns nicht mundtot machen! Lassen wir es nicht zu, daß den Menschen aus Amerika das Wort verboten wird! Beteiligt euch an den Aktionen gegen die Feierlichkeiten der 500-jährigen Kolonisierung Amerikas!

ol., gruppe k

12. "500-Jahr-Feier" und Umstrukturierung in Andalusien

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:29

Männer machen Geschichte, Spaniens Geschichte machte vor allem ein Mann, Christoph Kolumbus. 500 Jahre nach der "Entdeckung Amerikas", die Spanien für mehr als zwei Jahrhunderte zum Mittelpunkt der Welt machte, setzt ihm das Land ein neues gigantisches, postmodernes Denkmal.

"Zeitalter der Entdeckungen", lautet das Motto der "Universellen Weltausstellung Expo '92", die am Ostermontag in der andalusischen Stadt Sevilla eröffnet wurde. Politiker und Verantwortliche preisen sie als die größte, schönste, spektakulärste (Welt)ausstellung aller Zeiten. Auf einer künstlichen Insel wurde eigens ein neuer Stadtteil errichtet, der jetzt den futuristisch, kitschigen Kontrast zur gegenüberliegenden Altstadt bildet. Doch die Expo '92 ist nicht nur ein temporäres Disneyland mit in Videoclips gepreßter Weltanschauung. 20-30 Milliarden DM investierte die spanische Regierung in die vollständige Erneuerung der Infrastruktur Andalusiens. "Kalifornien Europas" lautet die Traumformel für diese bislang rein agrarisch geprägte unterentwickelte Region am Rande Europas.

Geschichte kann so einfach sein. "Er suchte Gewürze und brachte Gold", plärrt es aus dem Lautsprecher. Kaum haben die BesucherInnen diesen Satz verdaut, werden sie von freundlichen Hostessen in den nächsten Raum gebeten. Auch dieser Saal ist verdunkelt. Die Segnungen der Seefahrt des 16.-18. Jahrhunderts werden gepriesen. Verschiedene Schiffe und Navigationsgeräte werden auf die Wände projiziert, dazu erscheinen die Köpfe von Seefahrern und Wissenschaftlern - Kolumbus, da Gama, Bartholomäus - auf Videobildschirmen. Im Sekundentakt werden Namen und Begriffe in den Raum geworfen. Nach fünf Minuten Dröhnung werden die 210 BesucherInnen in den nächsten Saal geschoben. In der Erinnerung bleibt davon nicht viel hängen. "Seefahrer und Wissenschaftler sind in dieser Zeit aufgebrochen, um neue Länder, neue Kulturen, die andersartige Flora und Fauna zu erforschen. Den neu erfundenen Navigationsgeräten sei Dank." Auf inhaltlichen Tiefgang oder kritische Anmerkungen wartet man vergeblich.

Der Pavillon der Schiffahrt ist einer von vier themenbezogenen Pavillons auf der Expo `92 in Sevilla. 15.000 BesucherInnen täglich werden so 500 Jahre Entwicklung der Schiffahrt und der Erforschung des Planeten vorgeflimmert. Im 30 Minuten-Takt. So funktioniert Geschichtsklitterung im Multimediazeitalter. Die anderen Pavillons beschäftigen sich mit dem 15. Jahrhundert, der Zukunft und der Vegetation. Der Pavillon der Entdeckungen bleibt den BesucherInnen erspart. Er brannte im Februar vollständig aus.

Rund 115 Staaten der Erde präsentieren sich auf dieser Weltausstellung. Sie nutzen die Möglichkeit zur Selbstdarstellung und Image-Pflege. Die Staaten sollen, so heißt es im Programm, ihren Beitrag "zum Fortschritt und zur Entwicklung der Menschheit" ausstellen. So trifft man auf dem Expo-Gelände in den teils architektonisch eindrucksvollen teils gigantisch oder kitschigen Pavillons auf eine scheinbar bunte, multikulturelle und friedliche Weltgemeinschaft. Ausbeutung, Unterdrückung und Hunger scheint es auf der Welt genauso wenig zu geben wie militärische Konflikte. Und die ökologischen Probleme hat man fest im Griff.

Interessant ist auch die Liste der Länder, die nicht an der Expo teilnehmen. Iran, Irak, Libyen und Syrien, die Buhmänner der "zivilisierten Welt" fehlen genauso, wie die meisten Staaten der längst abgeschriebenen sogenannten Vierten Welt. Die neue Weltordnung feiert sich selbst.

Kritik an Motto und Inhalt der Jubel-Show wird nicht geübt. Selbst die lateinamerikanischen Staaten, denen der spanische Staat einen Gemeinschaftspavillon finanziert hat, damit keiner weg bleibt, halten sich vornehm zurück. Der Frage, warum die lateinamerikanischen Staaten nicht die Kritik aufgreifen, die es in ihrn Ländern an den Jubelfeierlichkeiten gäbe, weicht der kolumbianische Repräsentant aus. Es gäbe kein gemeinsames Konzept der lateinamerikanischen Staaten, aber selbstverständlich auch keine Zensur. Jedes Land hätte das Recht auszustellen, was es wolle. So bleibt es bei den aus der Tourismuswerbung bekannten Klischees: Andine Folklore, präkolumbianische Skulpturen, Palmenstrände ... Als besonderen "Gag" hat Chile eigens als "Sinnbild für Reinheit und Unantastbarkeit der Natur" einen 60 Tonnen schweren Eisberg aus der Antarktis nach Sevilla geschafft.

Zu einem grotesk-peinlichen Dokument wird der Versuch des Expo- Generalsekretärs, Emilio Cassinello, eine Expo-Philosophie zu kreieren. "In der Welt finden unglaubliche Dinge statt; direkt dort drüben jenseits des Flusses, gibt es alle Arten von Zaubergerät, während wir hier immer noch leben wie die Esel." Er zitiert Garcia Marquéz, um die Botschaft dieser größten Selbstdarstellungsshow der Weltnationen zu erläutern. In dem Roman "Hundert Jahre Einsamkeit" des kolumbianischen Literatur-Nobelpreisträgers ließen sich die Zigeuner jedes Jahr am Rande des Urwalddorfes Macondo nieder, um mit Tamburinen die neuesten Erfindungen zu verkünden. Genauso diene die Expo dazu, auf Grundlage der modernen Zivilisation, Natur- und Geisteswissenschaften, Kunst und Vernunft, Natur und Technik, Individuum und Gesellschaft zu vereinen. Die Zukunft der Menschheit sieht er als ständigen Wettlauf zwischen Katastrophe und Erkenntnis. "Werden", so fragt der Generalsekretär pseudo-kritisch, "naturwissenschaftliche Kenntnisse auf Dauer rascher anwachsen als die zur Bewältigung der Probleme erforderlichen Mechanismen?" Alles ist dem Fortschrittsfetischismus untergeordnet.

Man möchte den Generalsekretär bitten doch wenigstens dieses eine Buch zu Ende zu lesen. Denn im Schicksal des imaginären Dorfes Macondo erzählt Garcia Marquéz die Parabel einer Gesellschaft, die zur Umkehr unfähig ist und an ihren Widersprüchen zerbricht.

Umstrukturierung

Mit der Weltausstellung in Sevilla verfolgt der spanische Staat bekannte Ziele. Zunächst möchte das Land beweisen, daß es in der Lage ist, auch gigantische Bauprojekte und Großveranstaltungen termingerecht und reibungslos durchzuführen, um sich so für multinationale Konzerne als Investitionsstandort zu empfehlen. Außerdem soll das angeschlagene Image als Urlaubsland aufpoliert werden. Zu guter Letzt soll die Fiesta Expo der Bevölkerung Kosten und Lasten der Umstrukturierung Andalusiens bzw. Spaniens versüßen.

Der aus Sevilla stammende Sozialdemokrat Filipe Gonzalez war 1982 unter anderem deshalb zum Präsidenten Spaniens gewählt worden, weil er für Andalusien eine umfassende Agrarreform versprach. Doch nach der Wahl war nur noch von 10% der Fläche die Rede, die in dem Falle für 12 Jahre gemeinwirtschaftlich verwaltet und modernisiert werden sollten, wenn die Ländereien zuvor unrentabel arbeiteten. Nach dieser Zeit sollten die ursprünglichen Eigentümer die Güter rückerwerben können, wenn sie die in der Zwischenzeit getätigten Investitionen zurückbezahlen. Von einer grundlegenden Veränderung der zum Teil noch feudalen Besitzverhältnisse auf dem Lande war nicht mehr die Rede. Inzwischen ist die Landreform durch Gerichtsurteile blockiert und gilt als gescheitert.

Die Überwindung der Unterentwicklung Andalusiens soll jetzt ein neues Entwicklungsmodell bringen, das im wesentlichen auf drei Säulen beruht: der Ansiedlung von High-tech-Industrie, dem Ausbau des Massentourismus, sowie der Intensivierung der exportorientierten Landwirtschaft. Zwischen 20 und 30 Milliarden DM investierten die spanische Regierung und die Europäische Gemeinschaft in ein umfassendes Programm zur Modernisierung der Infrastruktur in Andalusien. Über 1000 Kilometer Autobahnen und Schnellstraßen wurden neu gebaut, um Andalusien kreuzungsfrei an Madrid und die Mittelmeerregion sowie den Rest Europas anzubinden. Madrid und Sevilla wurden durch eine Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke verbunden. Sevilla erhielt einen neuen Bahnhof und ein neues Flughafengebäude sowie eine Ringautobahn. Auch Malaga erhielt ein neues Abfertigungsgebäude, um die Fluggastkapazität, als Voraussetzung für die Ausweitung des Massentourismus, zu verdoppeln. Darüber hinaus wurde das Telekommunikationssystem modernisiert.

Über Spanien hinaus wurde dieses Programm und das damit einhergehende Wirtschaftswachstum als Beispiel für die erfolgreiche Heranführung einer unterentwickelten, agrarisch geprägten Region an westeuropäisches Niveau gelobt. Im Zeitraum 1986-1991 betrug das Wirtschaftswachstum in Andalusien rund 25%. Allerdings wurde dieses Wirtschaftswachstum einseitig durch staatliche Investitionen in der Bauwirtschaft getragen. Privates Kapital wurde vorrangig in Spekulationsgeschäfte investiert. Einher mit diesen Wachstumsraten ging jedoch eine jährliche Inflation von 4%-6% und die Arbeitslosenquote sank lediglich um 5% und bleibt mit 25% ein europäischer Spitzenwert. Der Höhepunkt dieses Wachstums ist jedoch bereits überschritten. Schon im ersten Halbjahr 1991 sprach die andalusische Landesregierung von einer beginnenden Rezession.

"Was kommt nach dem rauschenden Fest", fragt selbst die FAZ. Schnelle als erwartet könnte der Traum vom Silikon-Valley zwischen Sevilla und Malaga platzen. Zwar wurde der Dienstleistungssektor aufgebläht, aber

relevante Neuansiedlungen von Industriebetrieben gibt es nicht. Die alten Wirtschafts- und Sozialstrukturen sind weitgehend erhalten geblieben. Nicht nur Pessimisten rechnen nach dem Investitions- und Konsumschub der vergangenen Jahre mit dem Beginn einer dauerhaften Wirtschaftskrise.

Die Zukunft des Expo-Geländes

Auf dem Expo-Gelände soll ein Forschungs- und Technologiezentrum vor allem für Mikroelektronik und Biotechnologie entstehen. Aber bislang haben nur rund zwei Dutzend Firmen ihre Bereitschaft erklärt, sich daran zu beteiligen. Für die rund 30.000 Arbeitsplätze, die im unmittelbaren Umfeld des Baus und der Durchführung der Expo entstanden, bietet die High-tech-Forschung keine Perspektive. Allein um Beschäftigung für diese 30.000 Arbeitnehmer zu garantieren, so errechnete das Andalusische Parlament, müßte der Staat für mindestens drei weitere Jahre jährlich umgerechnet 2,5 Milliarden DM Sondermittel für staatliche Investitionen bereitstellen. Das lehnt die spanische Regierung jedoch ab. Einige Bauarbeiter werden noch für Abriß und Aufräumarbeiten beschäftigt werden, denn bisher ist geplant rund Zweidrittel der rund 120 errichteten Gebäude wieder abzureißen.

Die Situation in der Stadt Sevilla ist vor allem von explodierenden Mieten und Immobilienpreisen sowie vom Verkehrskollaps geprägt. Um durchschnittlich 31% stiegen in den Jahren 86-90 die Immobilienpreise, so daß sich der Preis einer durchschnittlichen Wohnung auf europäisches Spitzenniveau stieg, sich mehr als verdreifachte. Da die Spanier zu einem Großteil Wohnungen erwerben statt zu mieten, spielt dies eine größere Rolle als die Mieten, die im selben Zeitraum um 25% jährlich gestiegen sind. Dies hat wohl auch verhindert, daß es zu einem totalen Verdrängungsprozeß in den innerstädtischen Wohnquartieren gekommen ist. Doch die Wohnverhältnisse in Teilen der Altstadt und den Wohnsilos am Stadtrand sind weiterhin schlecht bis erbärmlich. Damit dies den Touristenmassen nicht auffällt, die diesen Sommer die Stadt durchströmen werden, verteilte die Stadtverwaltung gratis Farbe an die Hausbesitzer in der Altstadt. Jetzt sehen die Häuser zumindest von außen niedlich herausgeputzt aus. Auch die Wellblechhütten werden die Touristen nicht zu sehen bekommen. Die Bewohner des Geländes, auf dem die Expo-Stadt steht, wurden an den Stadtrand vertrieben.

Zu einem weiteren Problem wird in Sevilla das nicht mehr zu bewältigende Verkehrschaos. Der Dauerstau ist vorprogrammiert. Zwar erhielt die Stadt neben dem Autobahnring noch einen innerstädtischen Verkehrsring, aber sie ist schon jetzt nicht mehr in der Lage, den vermehrten Autoverkehr aufzunehmen. Die Entwicklung eines funktionierenden Nahverkehrssystems wurde beim Ausbau Sevillas zur autogerechten Stadt hingegen vergessen.

Widerstand gegen die Expo

Proteste gegen diese Entwicklung gibt es in Sevilla und Andalusien wenig. "Anfang der achtziger Jahre haben wir es verpaßt, die Bevölkerung auf die negativen Folgen der Expo aufmerksam zu machen und Widerstand dagegen zu organisieren" berichtet einer der Mitarbeiter der Anti-Expo-Kampagne. "Jetzt wollen viele Leute einfach ihre Ruhe haben. Aber die Mehrzahl der Menschen hier glaubt noch an die Versprechungen und lebt von der Erwartung, daß die Lebensbedingungen dauerhaft besser werden." Allerdings berichtet er auch davon, daß die gesamten spanischen Medien jegliche Kritik und Proteste gegen die Expo konsequent totschweigen.

"Die Expo will ihren Besuchern die Vielfalt und den Reichtum der Kulturen, die der Mensch geschaffen hat, vorstellen sowie die Idee der Toleranz, Meinungsvielfalt und internationalen Solidarität vermitteln." Mit diesen Worten eröffnete der Spanische König die Expo. Doch außerhalb der Tore machten die spanische Polizei und Justiz deutlich, was sie unter Toleranz und Pluralität verstehen. Schon Wochen im voraus Verbot Sevillas Bürgermeister aus "Sicherheitsgründen" die anläßlich des Gegen-Kongresses geplante Demonstration. So kam es am Vorabend der Eröffnung in Anschluß an ein Konzert zu einer Spontandemonstration von rund 500 Teilnehmern des Internationalen Solidaritätskongresses. Mit Schlagstockeinsatz versuchte die Polizei die Demonstration aufzulösen. Als Demonstranten daraufhin Barrikaden errichteten, setzten die Polizisten gezielt Schußwaffen ein. Eine Teilnehmerin erlitt einen Beindurchschuß, einem Demonstranten wurde in den Bauch geschossen, eine Passantin wurde von einer Kugel in der Schulter getroffen. 37 Personen wurden in diesem Zusammenhang festgenommen.

Keine fünf Minuten dauerte der Versuch von rund 20 DemonstrantInnen, am Eröffnungstag einen Expo Eingang zu blockieren. Unter ihnen befanden sich auch Indigena-Vertreter aus Peru und Pananma. Unter

Schlagstockeinsatz beendete die Polizei diesen Versuch und nahm alle gescheiterten Sitzblockierer fest. Die Verinnerlichung dieser "spanischen Form von Toleranz" brachten auch die umherstehenden Expo-Besucher zum Ausdruck. Obwohl (weil?) drei DemonstrantInnen verletzt am Boden lagen, applaudierten sie den Polizeikräften. Zu einem weiteren Polizeieinsatz kam es am nächsten Morgen auf dem Campingplatz, auf dem ein Großteil der Kongreßteilnehmer übernachtete. Das Lager wurde umstellt, die Zelte durchsucht, 26 Personen wurden festgenommen, offensichtlich gezielt Menschen, die keine spanische Staatsbürgerschaft hatten.

Ein Polizeisprecher in der "El Pais": Besonders die ausländischen Demonstranten seien mit der klaren Absicht angereist Zwischenfälle zu provozieren. Die besonderer "Gefährlichkeit" folgert er aus der Tatsache, daß die Demonstranten Kontakttelephonnummern für den Fall der Verhaftung bei sich führten. Nach mehreren Tagen Haft wurden inzwischen 53 ausländische Verhaftete ausgewiesen. Etliche Menschen sitzen noch weiterhin im Knast.

Christoph Seils, Berlin

13. Klassenkämpfe in der "Islamischen Republik" und das Schweigen des Eurozentrismus

Rubrik: Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:22

Bei der Betrachtung der Verhältnisse insbesondere im Iran verzerrt hierzulande, auch bei den Linken, oftmals die eurozentristisch geprägte Herangehensweise den Blickwinkel. Muslimische Gesellschaften werden vorrangig unter dem Aspekt der Religion betrachtet. Im Fall des Iran beispielsweise assoziiert mann/frau beim ersten Gedanken Begriffe wie "Schleier", "Mullahs", "Heiliger Krieg"; man stellt sich gewöhnlich die gesamte Gesellschaft als durch die Religion durchdrungen vor. Diese verzerrte Optik verdeckt den Blick darauf, daß dort materialistisch analysierbare Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse herrschen und kapitalistische Produktionsverhältnisse den realen "Unterbau" der Gesellschaft darstellen. Der hierzulande vorherrschende Blick sieht in den Iranern bevorzugt die "fanatischen Massen", die (vermeintlich) begeistert für die Ayatollahs in den "Heiligen Krieg" ziehen und bereitwillig den "Märtyrer"tod auf sich nehmen. Real gab es im Iran nicht annäherend vergleichbare Kriegsbegeisterung unter den Werktätigen wie in Deutschland im August 1914 oder 1943. Seit dem Sturz des Schahs beträgt die Anzahl der Streiks, über die die politischen Oppositionsgruppen im Ausland berichten konnten (und diesen Gruppen wurden längst nicht alle bekannt, da sie kaum Kontakt zur Arbeiterklasse im Iran selbst haben), in jedem Jahr über 100, unter den Bedingungen brutalster Diktatur. Die Massenzustimmung zur Diktatur und weitgehende Abwesenheit von Klassenkampf war für Deutschland im Nationalsozialismus charakteristisch, im Iran trifft dies nicht zu. Wer freilich die iranische Gesellschaft auf ihren religiösen Überbau reduziert, muß die gesellschaftlichen Widersprüche und die gewaltsam unterdrückten Klassenkämpfe übersehen; als einziger Widerspruch wird dann noch die Geschlechterapartheid wahrgenommen. So absolut richtig es ist, die äußerst weitgehende Unterdrückung und Entrechtung der Frauen durch die "Islamische Republik" zu bekämpfen, so fließend wird jedoch der Übergang zum Rassismus, wenn beispielsweise die Frauenzeitschrift "EMMA" den Kassenschlager "Nicht ohne meine Tochter" vehement gegen Kritik verteidigt, der genau dieses Bild der fanatischen (und schmutzigen) Massen zeichnet und keinerlei Differenzierungen innerhalb der iranischen Gesellschaft kennt.

Die Wirtschaftspolitik der Rafsanjani-Regierung

"Seit Freitag frohlockt der Teheraner Norden, wo die Taghuti, die westlich orientierten Reichen, leben." So beginnt ein Kommentar über die Wahlen zum "Islamischen Parlament" (Majlis), die im Iran am 10. April 92 abgehalten wurden (in: "taz", 14.4.92) Die Majlis-"Wahlen" endeten, wie es von vornherein klar war: die Auseinandersetzung in der Führungsspitze der "Islamischen Republik" wurde zugunsten des Lagers der "Pragmatiker" um Staatspräsident Rafsanjani entschieden, die "Fanatiker" sind beinahe völlig ausgeschaltet und verloren selbst Hochburgen wie die schiitische "Heilige Stadt" Qom. Das Wahlprozedere war dabei nichts weiter als eine Farce; die Kandidaten (und je vier Alibi-Kandidatinnen ganz am Schluß der jeweiligen Liste), die überhaupt zugelassen waren, wurden im Vorfeld der Wahlen vom Rafsanjani-treuen 12-köpfigen "Wächterrat" ausgesiebt und handverlesen; 1.000 Bewerber von 3.000 fielen schon im vorhinein durch. Die Iraner/innen haben in ihrer großen Mehrheit offenkundig die Wahlfarce im "Gottesstaat" nicht mitgemacht; "Die Welt" (13.4.92) gibt eine Wahlbeteiligung um 25% an. Über 100.000 Militärs und Polizisten standen für einen sog. "Notfall-Sicherheitsplan" bereit.

Die oben erwähnten Angehörigen der superreichen Oberschicht, daran besteht kein Zweifel, haben auch allen Grund, über Rafsanjani zu jubeln. Doch wie steht es um die nicht so privilegierten Klassen und Schichten der iranischen Gesellschaft? Haben diese auch Gründe zum Feiern?

Im Januar/Februar 1990 gelang es der damals neuen Regierung (gebildet nach dem Tod des Ayatollah Khomeney am 4.6.89), zum ersten Mal in der Geschichte der "Islamischen Republik" einen ökonomischen Entwicklungsplan durch alle miteinander konkurrierenden Beschlußinstanzen hindurchzubekommen. Damit wurden die Weichen für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gestellt.

Nach der Gründung der "Islamischen Republik" 1979 waren zwar prinzipiell kapitalistische Produktionsverhältnisse beibehalten worden; alle Propaganda einer spezifisch "islamischen Wirtschaftsordnung" erwies sich als hohle Rhetorik. Gleichwohl verschob sich das Gewicht vom Industriekapital weg zugunsten des einheimischen Handelskapitals des "Basars". Unter dem Schah-Regime

beklagte die "Basar"-Bourgeoisie ihre Zurückdrängung durch die modernen kapitalistischen Sektoren (größtenteils staatlicher Sektor). Laut dem DDR-Buch "Die Islamische Republik Iran" (Ebert/Fürtig/Müller, publiziert im Pahl-Rugenstein-Verlag Köln 1987, Seite 126/127) kontrollierte die "Basar"-Bourgeoisie vor dem Sturz des Schahs zwei Drittel des gesamten Binnenhandels, 30% der Importe und bot 15% aller Kredite im privaten Sektor der Ökonomie auf (in scharfer Konkurrenz zu den aufstrebenden Banken). Hinzu kam bei der Opposition der "Basar"-Bourgeoisie gegen die Politik des Schahs der kulturelle Faktor: seit Jahrhunderten waren "Basar"-Bourgeoisie und Klerus eng verbunden und voneinander abhängig; am Ende der Schah-Ära finanzierte der "Basar" das Netzwerk der islamischen Schulen, den Hauptteil des Budgets der fünf theologischen Hochschulen und bis zu 80% der gesamten Unterstützung des Klerus (so die gute Darstellung über die "Basar"-Bourgeoisie in: "Die Islamische Republik Iran", a.a.O., S. 127/128). Der Schah wurde als Vertreter imperialistischer Interessen und westlich orientierter Kultur bewertet.

In der "Islamischen Republik" ab 1979 sah die "Basar"-Bourgeoisie die Chance gekommen, die Gewichte zu ihren Gunsten zu verschieben. Schon bald allerdings machte sich die nach wie vor bestehende Abhängigkeit von ausländischen Zulieferern und Beratern - vor dem Hintergrund jahrzehntelanger abhängiger kapitalistischer Entwicklung - bemerkbar; so wurden beispielsweise 19 Staudammprojekte zwar fertiggestellt, konnten aber nicht, wie geplant, Elektrizität erzeugen, was mit dem Fehlen von "Know-how" und Beratern begründet wurde. Laut der iranischen Zeitung "Resalat" (11.5.89) arbeiten allein in den USA 240.000 exilierte iranische Spezialisten. Nach einem Bericht der Organisation für Planung und Budget war die Nutzung der Fachkräfte des Landes auf ein Viertel des Standes von 1976/77 zurückgefallen (lt. Zeitung "Kayhan", 30.10.1990).

Rafsanjani leitete eine Politik ein, die versuchte

a) iranische qualifizierte Fachkräfte und Spezialisten sowie hauptsächlich in den USA lebende iranische Kapitalisten, die mit dem Sturz des Schahs das Land verlassen hatten, zurückzugewinnen und

b) verstärkt ausländisches Kapital von westlichen Kapitalmärkten hereinzuholen.

Die Europäische Gemeinschaft hob ihre Wirtschafts-Sanktionen gegen den Iran, angesichts des profitablen Kuchens, den es zu verteilen gilt, am 26.11.1990 wieder auf (selbstverständlich trotz fortdauernder Folter, Hinrichtungen, Kopfgeldes auf Salman Rushdie und Aufrufen zur Auslöschung Israels). Der IWF billigte der "Islamischen Republik" im März 1991 die ersten Anleihen zu. Die iranische Wirtschaftspolitik hängt inzwischen in hohem Maß von den Auflagen des IWF ab. Der iranische Außenhandel wurde beinahe völlig freigegeben, Hunderte von Betrieben wurden (re)privatisiert. Zu Jahresbeginn 1992 leitete Finanzminister Mohsen Nurbachsch eine Privatisierungswelle ein; u.a. sollen die wichtigsten Automobilfabriken und ein Teil der Schwerindustrie privatisiert werden. Den Aktionären dieser Fabriken, die nach dem Sturz des Schah enteignet worden waren, soll eine Entschädigung bezahlt werden.

Die Rolle der Deutschen

Insbesondere deutsches Kapital, das seit dem weitgehenden Hinauswurf der US-Amerikaner mit der "Islamischen Revolution" im Iran die Nase vorn hat, suchte ein großes Stück des Kuchens für sich abzuschneiden. Deutschland ist der größte Lieferant des Iran; die deutschen Exporte in den Iran verdoppelten sich im ersten Halbjahr 1991 gegenüber dem Vorjahr 1990. So räumte ein deutsches Bankenkonsortium (federführend: die Deutsche Bank) der "Islamischen Republik" einen Kredit über 510 Mio. DM ein, mit Rückendeckung durch staatliche Hermesbürgschaften (FR, 14.8.91); der Konzern Klöckner-Humboldt-Deutz angelte sich einen Großauftrag bei der Errichtung einer Aluminiumhütte und darf für 600 Mio. DM Lieferungen durchführen; weitere Aufträge im Wert von Hunderten Mio. DM des 1,4 Milliarden-Projekts sollen an Firmen in den ostdeutschen neuen Bundesländer vergeben werden (FAZ, 28.11.91). Ein lohnender und zukunftsträchtiger Markt tut sich auf, seitdem der bundesdeutsche "Umwelt"minister Töpfer mit dem iranischen Vizepräsidenten Manafi im August 91 in Bonn eine "intensive Zusammenarbeit beim Umweltschutz" vereinbart hat. Die FR (23.8.91) meldete lapidar in einem Bericht auf der letzten Seite, im letzten Satz: "Dabei sei auch eine Kooperation mit dem Verteidigungsministerium (des Iran) geplant", denn dieses verfüge über die zur Entseuchung von C-Waffen notwendige Technologie. Nicht zuletzt ist auch die militärische Aufrüstung des Iran, inklusive ABC-Waffen-Sektor, ein Schlüsselmarkt für die Deutschen, die hier ihre frühere Arbeit im Irak des Saddam Hussein fortzusetzen scheinen. So warnte die israelische Tageszeitung "Ita'aretz" unter Berufung

auf US-amerikanische und israelische Geheimdienstkreise, deutsche Firmen würden dieselbe nukleare und chemische Waffentechnologie wie an den Irak jetzt an den Iran weiterreichen. US-amerikanische und israelische Diplomaten seien in dieser Sache schon in Bonn vorstellig geworden ("Weser-Kurier", 28.1.92) - wie 1984 im Fall der bundesdeutschen Giftgasfabriken im Irak... Im November 1991 warnte, ähnlich wie in früheren Fällen, der Bundesnachrichtendienst (BND) Bonn, der Iran suche sich "mit Kriegstechnik made in Germany atomar, biologisch und chemisch hochzurüsten." (vgl. "taz", "Iran - ein neuer Feind 'made in Germany'?", 14.2.92)

Unter solchen Umständen benötigt man möglichst billige und möglichst rechtlose Arbeitskräfte. Um solche zu finden, ist die "Islamische Republik" ein äußerst geeignetes Land. Praktischerweise sind im Iran auch deutsche Schlagstöcke, deutsche Gewehre und deutsche Telefonabhöranlagen im Einsatz (vgl. "taz", 14.2.92).

Die Kämpfe um das Arbeitsgesetz

Der erste Entwurf eines Arbeitsgesetzes der "Islamischen Republik" wurde 1982/83 veröffentlicht. Dieser Gesetzentwurf war auf der Grundlage der islamischen Handels- und Pachtgesetze abgefaßt, die im Mittelalter den Handel und die Sklaverei regelten. Danach wird das Arbeitsverhältnis als Mietkontrakt aufgefaßt; der Lohnabhängige wird vom "Arbeitgeber" gemietet, der mit ihm ganz nach seinem Willen umspringen kann, ohne jedwede Beschränkung der Arbeitszeit (nach oben) und des Mindestlohns (nach unten), ohne jedweden Kündigungsschutz. Vorbild dieses Entwurfs war das Werk "Tozih ol-Masael" ("die Lösung der Probleme") des Ayatollah Khomeney; es handelt sich um eine Sammlung religiöser Richtlinien über alle möglichen Sachgebiete (von Geschäften bis zur Sexualität). Dadurch kam ihm religiöse Legitimation zu, somit war er für Instanzen der "Islamischen Republik" unangreifbar. Ein iranischer Arbeiterführer sagte über dieses Gesetz, daß es selbst die Sklaven im antiken Rom zur Rebellion getrieben hätte. Auf die Veröffentlichung dieses Entwurfs hin hagelte es Proteste; unter den Bedingungen härtester Diktatur und absoluten Streikverbots (Ayatollah Khomeney hatte wiederholt erklärt, Streik sei "eine Sünde") kam es zu Bummelstreiks und Arbeitsniederlegungen, an den Arbeitsplätzen wurden Diskussionen durchgeführt, auf Versammlungen wurden Beamte und Vertreter des Managements vorgeladen. Die Proteste waren so mächtig, daß selbst die "Islamischen Verbände" und das "Arbeiterhaus" genannte Führungszentrum der "Islamischen Räte" Einspruch gegen den Gesetzentwurf erhoben. (Die "Islamischen Räte" wurden als gesetzliche Vertretung der Arbeiter vom Staat gegründet und ab 1984 mit Zwang aufoktroyiert. Zu ihren Pflichten zählen: Kooperation mit der Betriebsleitung; Anhebung der Produktivität; Aufrechterhaltung von Ordnung, Disziplin und religiöser Moral am Arbeitsplatz. Die "Islamischen Räte" sind dazu verpflichtet, den Behörden alle Unruhen und Störungen zu melden. Ihre Auflösung zählt zu den Hauptforderungen zahlreicher Arbeiterproteste. Die "Islamischen Verbände" organisieren die "Hizbollah" in den Betrieben und stellen eine Art von betrieblicher Geheimpolizei dar. "Islamische Räte" und "...Verbände" arbeiten Hand in Hand und werden auf lokaler, Provinz- und nationaler Ebene durch das sog. "Arbeiterhaus" koordiniert.) Unter diesem enormen Druck von unten mußte das Regime den Entwurf fallenlassen, der Arbeitsminister wurde gleich mit gefeuert. Die Broschüre "Die Lage der Arbeiterklasse im Iran" von Mostafa Saber, aus der zahlreiche Informationen über das Arbeitsgesetz entnommen sind, kommentiert dazu: "Die Arbeiter hatten die Islamische Republik auf dem Höhepunkt ihrer Macht zu einem Rückzug gezwungen."

Innerhalb von wenigen Jahren gab es vier weitere Entwürfe, von denen jedoch kein einziger je in Kraft treten konnte. Jede Fassung wurde unter dem Druck der Arbeiterkämpfe zurückgenommen und geändert. Bei den späteren Entwürfen exponierten sich das "Arbeiterhaus" und die "Islamischen Räte", die hofften, einen "Kompromiß"zwischen Bourgeoisie, Regime und Arbeiterklasse aushandeln zu können. Im September 1989 schließlich wurde der jüngste Entwurf vom "Islamischen Parlament" verabschiedet. Auch dieses Arbeitsgesetz kennt weder Streikrecht noch Koalitionsfreiheit; doch immerhin konnten punktuelle Fortschritte durchgesetzt werden: Arbeitszeit und Mindestlohn wurden festgesetzt (s.u.) und 30 Tage Urlaub pro Jahr gewährt. Am wichtigsten aber ist, daß nun erstmals die Existenz der Arbeiterklasse wie auch der Bourgeoisie erwähnt und somit implizit anerkannt wird. Diese Fortschritte, so unzureichend sie natürlich auch sind, muß als Erfolg der Klassenkämpfe von unten bewertet werden.

Hinzuzufügen wäre freilich, daß nur circa zwei bis drei Mio. Arbeiter überhaupt unter das Arbeitsgesetz fallen, nämlich die hochproduktiven Sektoren der Industriearbeiter. Die Arbeiter in den zahllosen Ziegeleien und kleinen Werkstätten, Saison- und Landarbeiter und afghanische Arbeiter (im Iran leben circa drei bis vier Mio. Bürgerkriegsflüchtlinge aus Afghanistan) sind von jedem arbeitsrechtlichen (relativen) Schutz ausgenommen.

Arbeitsbedingungen und Lage der Lohnabhängigen

Sicherheitsmaßnahmen zum Gesundheitsschutz und zur Unfallverhütung sind kaum vorhanden. Da nur eine äußerst rudimentäre Gewerbeaufsicht vorhanden ist, findet eine Kontrolle so gut wie nicht statt. Dazu Sarhaddi Zadeh, ehemaliger Arbeitsminister: "Wir haben nur 140 Gewerbeaufsichtsbeamte, von denen die meisten vor der Pensionierung stehen. ... Wenn man die Anzahl der Werkstätten durch die Anzahl der Beamten teilt, kommen auf einen Beamten 10.000 Werkstätten. ... Das heißt, jeder Beamte hat nur einmal in 30 Jahren die Möglichkeit, eine bestimmte Fabrik zu besuchen..." (zitiert aus der iranischen Zeitung "Ettela'at", 26.8.86)

Der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters beträgt umgerechnet 40 US-Dollar pro Monat (bei über 100% Inflationsrate). Der Mindestlohn wurde 1988/89 auf 83 Toman (umgerechnet 70 US-Cent) pro Tag festgesetzt; zum Vergleich: nach offiziellen Angaben betrugen die nötigen Ausgaben eines städtischen Haushalts (1986/87) im Durchschnitt 350 Toman, umgerechnet 3 US-Dollar, täglich. Damals (1986/87) betrug der Mindestlohn noch 70 Toman, umgerechnet 60 US-Cent, pro Tag - also ein Fünftel der durchschnittlichen Aufwendungen, die nötig waren, um den Lebensunterhalt einer Familie zu bestreiten. Im persischen Jahr 1369 (März 1990 - März 1991) wurde der Mindestlohn, als Folge der Klassenkämpfe, um 20% auf 100 Toman pro Tag angehoben, was 83 US-Cents entspricht. Im Vergleich: 1979, beim Sturz des Schahs, betrug der tägliche Mindestlohn 50 Toman, die damals mit ihrer realen Kaufkraft 5 US-Dollar wert waren. (Kurz davor hatte die revolutionäre Massenbewegung erkämpft, daß die Löhne um 250% angehoben wurden.) Damit liegt das Real-Einkommen heute bei einem Siebtel von damals. (Aus: "Die Situation der Arbeiterklasse im Iran", s.o.)

Die Wohnungsmiete in der Hauptstadt frißt heute allein schon durchschnittlich zwei Drittel des Lohnes auf (vgl. "Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", 27. März 92). Ein in Hannover publiziertes iranisches Flugblatt gibt an: der Lohn eines Ölarbeiters mit 16 Jahren Arbeitspraxis beträgt 103 Mark pro Monat, wovon er 80 Mark für eine Wohnungsmiete in der Hauptstadt hinblättern muß. Kein Wunder also, daß ein Großteil der Arbeiter gezwungen ist, ein oder gar zwei Nebenjobs zusätzlich auszuüben. Die im Arbeitsgesetz festgelegte Arbeitszeit (8 Stunden pro Tag, 44-Stunden-Woche) hat daher für die meisten Arbeiter mit der Wirklichkeit nichts gemeinsam. In der Praxis wird oftmals bis zu zwölf Stunden pro Tag gearbeitet.

Verschärfend kommt noch die Konkurrenz um die Arbeitsplätze hinzu. Inklusive der "verdeckten Arbeitslosigkeit" durch Tagelöhnerjobs u.ä. kommen unterschiedliche Quellen auf eine Arbeitslosigkeit zwischen 40 und 50%. ("Die Situation der Arbeiterklasse im Iran", s.o., gibt an: zusammen 43%; vgl. Norbert Mattes (Hrsg.): "Wir sind die Herren und ihr die Schuhputzer. Der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg", S. 66 - 82: die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt 17%, versteckte Arbeitslosigkeit 32%, zusammen 49%.)

Laut der offiziellen Statistik des persischen Kalenderjahrs 1365 (März 1986 - März 1987) waren in diesem Jahr 1,5 Millionen arbeitende Kinder zwischen sechs und 15 Jahren registriert. Diese Zahl dürfte noch eine Unterschätzung darstellen, da Kinderarbeit bei unter 12-jährigen offiziell verboten und daher oftmals nicht registriert ist. Kinder arbeiten oft in jenen Branchen, die besonders rückständig und wo die Arbeitsbedingungen besonders schlecht sind, beispielsweise in Ziegeleien, im Baugewerbe, in Teppichwebereien sowie kleinen Werkstätten.

Einkommensverteilung

Selbst nach dortigen Statistiken (im Iran gibt es keine genaue und ausführliche Statistik darüber) und gemessen mit Maßstäben der "3. Welt" leben 65-70% unterhalb der Armutsgrenze ("Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", 27. März 92); nach hiesigen Maßstäben wären es über 80%; ein/e deutsche/r Sozialhilfeempfänger/in würde mit seiner/ihrer Kaufkraft zur Mittelschicht zählen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Milliardäre gegenüber der Ära vor der "Islamischen Revolution" multipliziert (vgl. die iranische Zeitung "Kayhan", 12. 4. 1990). Der ehemalige Abgeordnete im "Islamischen Parlament" (Majlis) Sawari stellte fest, daß seit Gründung der "Islamischen Republik" 900 Personen zu Milliardären geworden seien (in: iranische Zeitung "Resalat", 12. 10. 1988). Die oberen 10% auf der Einkommensskala verdienen zwanzig mal so viel wie die unteren 10%.

Materielle Verelendung, Ausbeutung und kultureller Druck lasten gleichzeitig auf den unteren Klassen und Schichten der iranischen Gesellschaft. Das staatliche Ministerium für Gesundheit gab im April 1988 an, im Iran gebe es 10 Millionen psychisch Kranke (vgl. iranische Zeitung "Kayhan", 6.4.88); gleichzeitig soll es im gesamten Iran genau 10 Psychiater gegeben haben ("Wir sind die Herren und ihr die Schuhputzer", s.o.), und

auf dem Lande kamen auf 18.702 Personen je ein Arzt (ebenda) (in Deutschland: 1 Arzt auf circa 400 - 500 Einwohner/innen). Von 9.7 Mio. Familien mußten - laut der Volkszählung 1986/87 - 1.7 Mio. zusammen in einem einzigen Zimmer leben und 2.9 Mio. in insgesamt zwei Zimmern; von den Familien mit drei bis zehn Mitgliedern besaßen 40% nur ein oder höchstens zwei Zimmer. ("Die Situation der Arbeiterklasse im Iran", s o.) 70% des Landes gehören insgesamt 950 Familien ("Neues Deutschland", 3.4.92)

Die Bedeutung der Arbeiterklasse im Iran

Die hierzulande wohl gängige Vorstellung vom Iran als "unterentwickeltes" Land, die von mehr oder minder agrarischen Verhältnissen ausgeht, unter denen man sich die Existenz einer millionenköpfigen Arbeiterklasse schlicht nicht vorstellen kann, trifft auf den Iran nicht zu. Die Industrialisierungspolitik des Schahs und dessen Subventionierung des Imports von billigen Nahrungsmitteln hat die iranische Landwirtschaft sogar weitgehend zerstört (der Iran war schon in den 60er Jahren, unter der "Weißen Revolution" des Schahs, abhängig vom Import von billigen Nahrungsmitteln aus der hochproduktiven US-Landwirtschaft); dies wiederum war Grund für die Formierung einer agrarisch-klerikalen Opposition von rechts, in der schon damals Ayatollah Khomeney einer der Wortführer war. (Die soziale Demagogie des Klerus zog gleichzeitig auch Teile der verarmten Massen an, die als freigesetzte Arbeitskräfte vom Land in die Industrie getrieben werden sollten. Diese explosive Mischung führte zum Aufstand in Qom und Teheran vom 5.6. - 8.6.1963.)

Fred Halliday, der internationale Politik an der London School of Economics unterrichtet und zahlreiche Bücher über den Mittleren Osten verfaßt hat, schreibt über den modernen Charakter der iranischen Gesellschaft unter der "Islamischen Revolution" (in: "State and ideology in the Middle East and Pakistan", New York 1988, Kapitel 3: "The Iranian Revolution", S. 31 - 63): "Wenn die iranische Revolution die erste zeitgenössische war, die religiös in ihrer Orientierung war, so war sie auch die erste 'moderne' Revolution überhaupt. Diese 'Modernität' ist in vielerlei Hinsicht offenkundig. Erstens fand die Revolution in einer Gesellschaft statt, die sozial-ökonomisch viel weiter entwickelt war als Rußland 1917 oder China 1949. Die Hälfte der Bevölkerung lebte in Städten, das Pro-Kopf-Einkommen betrug über 2.000 Dollar und, so ungleich dies auch verteilt war, hieß das doch, daß die meisten Iraner in den Städten materiell besser dran waren als ein Jahrzehnt zuvor. (...) Zweitens fand die iranische Revolution, im Gegensatz zu allen anderen 'Dritte Welt'- Revolutionen, in den Städten statt. (...) Der Gegensatz zu China, Vietnam und Kuba ist offenkundig. Drittens, und wiederum im Gegensatz zu anderen 'Dritte Welt'-Revolutionen, wurde der iranische Aufstand durch politische Konfrontation vorangebracht, nicht durch bewaffneten Konflikt. Tausende von Menschen starben in den letzten Monaten des Schah-Regimes, doch sie waren hauptsächlich unbewaffnete Demonstranten, keine Guerillakämpfer. Nur in den letzten Tagen des Schah-Regimes war bewaffnete Konfrontation die dominierende Form des Widerstands; die vorhergehenden Monate waren durch Straßendemonstrationen und den politischen Generalstreik dominiert, Formen der Opposition, die mit Schemata der Revolution in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern verbunden werden. Schließlich ereignete sich der Fall des 'ancien regime', ohne daß dieses durch eine äußere Konfrontation geschwächt worden wäre (...). Weder Niederlage im Krieg noch ernsthafter internationaler ökonomischer Druck halfen beim Vorwärtskommen der 'Islamischen Revolutionäre'(...)"

Widerstand und Klassenkämpfe

Um die Situation im Iran verstehen zu können, muß mensch sich hineinversetzen in eine Arbeiterklasse, die die Schah-Diktatur (und damit eines der brutalsten Regime der damaligen Ära überhaupt) erfolgreich gestürzt hat. Die Kämpfe der Arbeiterklasse spielten eine entscheidende Rolle beim Sturz des Schah-Regimes, insbesondere der Streik in der Ölindustrie, die das Rückgrat der iranischen Ökonomie darstellt. Das schon zitierte Buch "Die Islamische Republik Iran" (Ebert/Fürtig/Müller; hier: Seite 130) beziffert die Bedeutung des Ölarbeiterstreiks am Ende der Schah-Ära folgendermaßen: ab dem 31. Oktober 1978 rutschte die Erdölproduktion auf ein Viertel hinunter; ab dem 16.12.1978 war der Iran, als zweitgrößter Erdölexporteur, zum Import von Öl gezwungen; der Streik kostete das Regime, das 80% seines Budgets aus den Öleinnahmen finanzierte, täglich 60 Mio. Dollar. Nach dem Sturz des Schahs konnten zwar die Mullahs die Macht an sich reißen (vor allem auch deswegen, weil andere Gruppierungen kaum Konzepte für die Zeit nach dem Schah besaßen und die Opposition gegen den Schah das alleinige einigende Band darstellte). Doch die Arbeiterklasse hörte nicht auf, von ihrer Seite gegen das (neue) Regime für ihre politischen, sozialen und ökonomischen Forderungen zu kämpfen - mit dem psychologisch ungeheuer wichtigen Bewußtsein im Rücken, soeben eines der diktatorischsten Regime gestürzt zu haben.

Die eurozentristische Sichtweise nimmt diese Komponente der (im nachhinein so getauften) sog. "Islamischen Revolution" gar nicht wahr und reduziert den Aufstand gegen das Schah-Regime auf ein religiöses Phänomen. Wie lächerliche Formen eine solche Betrachtungsweise gesellschaftlicher Umbrüche annehmen kann, beweisen folgende Zitate: "Der Erfolg (des Ayatollah Khomeney) kennt kein Beispiel in der jüngeren Geschichte: per Fernsteuerung besiegte ein ohnmächtiger Gottesmann einen allmächtigen Kaiser in Persien." (H. Nußbaumer: "Khomenei. Revolutionär in Allahs Namen." München 1979); noch eine Kostprobe: "Wie konnten wir ahnen, daß ein 78-jähriger Prediger die Macht des Pfauenthrons brechen würde? (...) Was sich in Persien abgespielt hat, klingt wie ein morgenländisches Märchen. Ein greiser Prediger (...) hat aus 6.000 Kilometer Entfernung (Anm.: gemeint ist sein Exil in Neuphle-le-Chateau in der Nähe von Paris) allein durch die Beschwörungskraft seines Wortes den mächtigsten Herrscher der Gegenwart zu Fall gebracht." (zitiert aus: R. Graham, "Iran: Die Illusion der Macht", Frankfurt/Main 1979)

Nur wenige Tage nach der Machtübernahme durch die Anhänger der "Islamischen Republik" Anfang 1979 fanden mehrere heftige Arbeitskämpfe statt. Die ersten Schüsse der religiösen Diktatur trafen arbeitslose Lohnabhängige, die sich zu einer breiten Bewegung zusammengeschlossen hatten, und streikende Arbeiter. Am 1. Mai 79 demonstrierten allein in der Hauptstadt eine halbe Million Arbeiter, gegen den Willen der Führung der "Islamischen Republik", die ihre Truppen dagegen zusammengezogen hatte. Seit damals hatte die Führung der Diktatur Angst vor dem Arbeiterfeiertag, wie ihre späteren ständigen Versuche beweisen, ihn abzuschaffen.

Die Zerschlagung der Arbeiterräte

Ein Dorn im Auge der Diktatur war die Bewegung der Arbeiterräte, die aus den Streikwellen während des Umsturzes hervorgegangen war. Die Räte waren während des landesweiten Massenstreiks 1977/78 gegründet worden. Die geheimen Streikkomitees wurden nach dem Schah-Sturz in die Führung der Räte gewählt oder verwandelten sich selbst in Räte und Räte-Gründungskomitees. Die Ölarbeiter (als ökonomisch bedeutendster, am besten organisierter und bewußtester Teil der Arbeiterklasse) forderten selbst einen Sitz im Revolutionsrat, der kurz vor dem Abgang des Schahs gegründet wurde, und eine Beteiligung an der provisorischen Regierung nach Verjagung des Schahs, doch ohne Erfolg; man überließ den Khomeney-Anhängern die Regierung und verwendete die eigene Kraft darauf, die Revolution im tatsächlichen Einflußbereich der Arbeiterrätebewegung, in den Betrieben, voranzutreiben. In einigen Fabriken übernahmen die Räte sogar vollständig die Führung. Oftmals setzten sie ihre Forderungen durch, wie beispielsweise die 40-Stunden-Woche; die Entlassung des alten Managements; die Auflösung von Spionage- und Überwachungsorganisationen (der Schah-Ära) in den Betrieben; Prozesse gegen Manager und Spitzel; Entwürfe für innerbetriebliche Verfassungen; die Abschaffung des Arbeitsgesetzes der Schah-Ära; von 1979-81 galt überall das sog. "ungeschriebene Arbeitsgesetz", das durch die Arbeiterräte praktiziert wurde. Die Basis der Arbeiterräte stellte (im Optimalfall) die Vollversammlung der Arbeiter dar. In fast allen Fabriken gab es Räte oder Bestrebungen, solche zu gründen. Doch die Rätebewegung kam während ihres Bestehens nicht dazu, die Räte auch auf überregionaler und gesamt-iranischer Ebene zusammenzuschließen. Die Broschüre "Die Lage der Arbeiterklasse im Iran" (a.a.O.) führt dies darauf zurück, daß der Rätebewegung nicht genügend Zeit dazu geblieben sei, bis sie durch die neue Diktatur zerschlagen wurde. Andere Einschätzungen von iranischen Linken sehen die Ursache eher darin, daß innerhalb der Arbeiterklasse nicht genügend Bewußtsein über die Notwendigkeit, die Räte auf gesamt-iranischer Ebene zusammenzuschließen, vorhanden und daß die Rätebewegung dafür noch nicht stark genug gewesen sei. Einige überörtliche Zusammenschlüsse, die zustande kamen, zeigten aber, so Mostafa Saber, daß das Potential dafür vorhanden war: beispielsweise die Vereinigung der Räte der Provinz Gilan (nördlichste Industrieprovinz im Iran, am Kaspischen Meer) mit 20 bis 30 Räten; die Vereinigung der Räte von Ost-Teheran; die Rätevereinigung der Organisation der Aufbauindustrie mit Räten aus über 100 Fabriken.

Die Führung der "Islamischen Republik" versuchte von Anbeginn an, die Räte zu zerstören; beispielsweise durch Unterwanderung mit "Hizbollah"-Mitgliedern, Einrichtung von sog. "Islamischen Räten" als Konkurrenzorganisation (ab 1984 mit staatlichem Zwang oktroyiert); Unterdrückung, Einschüchterung und Ermordung von Aktivisten. Im September 1980, mit Beginn des Iran-Irak-Kriegs, äußerte der damalige Präsident Bani Sadr im Fernsehen: "Wir sind jetzt im Krieg; die Zeit der Räte ist vorbei. Euere Aufgabe ist, zu produzieren, meine Lieben." Am 20. Juli 1981 startete das Regime eine Hinrichtungswelle; danach wurden die

Räte endgültig zerschlagen, zahlreiche ihrer Aktivisten entlassen, verhaftet, hingerichtet oder zur Flucht gezwungen.

Die Zeit der Arbeiterkontrolle durch die Räte währte nur circa drei Jahre, dennoch ist sie nicht nur eine wertvolle Lehre für den gesamten Mittleren Osten, sondern auch dem erreichten Niveau der Arbeiterbewegingen in Europa in jüngerer Zeit weit überlegen.

Arbeiter gegen den Krieg

Der Iran-Irak-Krieg schwächte die Arbeiterbewegung enorm. Ein schwerer Schlag gegen die Arbeiterklasse war die Zerstörung der Raffinerie in Abadan (eine der größten Ölraffinerien der Erde) durch den Irak gleich zu Anfang des Krieges. Die dortigen Arbeiter, die zu den bewußtesten und kämpferischsten zählten, wurden umgesiedelt, verteilt und auseinandergerissen.

Zu Beginn des Krieges wirkte eine Welle des Nationalismus auch in die Arbeiterklasse hinein, doch dies änderte sich schnell. An den Arbeitsplätzen wurde Widerstand geleistet gegen Einziehungen zur Front. (Diese geschah fabrikweise; für jeden Betrieb war ein bestimmtes Kontingent an Männern festgelegt, das er für die Front zu stellen hatte.) Die Produktion von Rüstungsgütern wurde verweigert, ebenso Überstunden wegen der Kriegssituation. Es kam auch zu Straßenprotesten gegen den Krieg mit Beteiligung der Arbeiter, beispielsweise die wichtigste Demonstration in 1985 im "13. Aban-Distrikt", einem Arbeiterviertel im Süden von Teheran. (Vgl. "Die Lage der Arbeiterklasse im Iran", S. 89/90). Seit Mitte 1987 flammten die Proteste gegen den Krieg auf; diesmal wurde offen und direkt an den Arbeitsplätzen gegen die Fortführung des Krieges protestiert. Der im Jahr 1988 deutlich anschwellende Widerstand war auch ein wichtiger Grund dafür, daß die Waffenstillstandsinitiative (UN-Resolution 598 aus 1987) im Sommer 1988 plötzlich akzeptiert und der Iran-Irak-Krieg nicht noch weiter verlängert wurde. Immerhin hatte das Regime sein Überleben früher vom Gewinnen des Krieges abhängig gemacht.

Der Kampf um den 1. Mai

Über all die Jahre seit der Gründung der "Islamischen Republik" hinweg versuchte die Diktatur, den 1. Mai als Feiertag der Arbeiterklasse ebenso wie den Internationalen Frauentag am 8. März abzuschaffen bzw. in "islamische" Feiertage umzufunktionieren. Der "Frauentag" sollte als Geburtstag von Fatimah, der Tochter des Propheten Muhammad, begangen werden, der 1. Mai als Geburtstag des 1. schiitischen Imam Ali (ermordet 661 nach christlicher Zeitrechnung). Außerdem wurde versucht, quasi als Konkurrenzfeiertag den 2. Mai (Tag der Ermordung eines islamischen Führers) einzuführen. Doch solche Bestrebungen hatten, im Rückblick betrachtet, keinerlei Erfolg.

Der Führung der "Islamischen Republik" ging es darum, prinzipiell die Existenz der Arbeiterklasse überhaupt zu leugnen; Ayatollah Khomeney hatte formuliert: "Es gibt keinen Grund, einen besonderen Feiertag für die Arbeiter einzurichten. Alle Geschöpfe der Welt sind Arbeiter. Auch die Ameise ist eine Arbeiterin. Und auch der allmächtige Gott ist ein Arbeiter." Nach der Zerschlagung der Arbeiterrätebewegung 1981 glaubte die Diktatur, für ihre Experimente zur Umfunktionierung des 1. Mai freie Hand zu haben. 1983 versuchte die Führung der "Islamischen Republik", den 1. Mai stillschweigend zu übergehen; doch schließlich sah sich der Arbeitsminister dennoch gezwungen, über das Radiomikrophon eine Grußadresse an die Arbeiter zu übermitteln. Danach wurde versucht, den 1. Mai zu unterdrücken. Eine der veröffentlichten Fassungen des Arbeitsgesetz-Entwurfs (s.o.) sah den 1. Mai als arbeitsfreien Tag vor und erkannte den Feiertag damit implizit an. Später versuchte die Diktatur, die 1. Mai-Feiern lieber selbst zu organisieren, um den Aktivitäten der Arbeiterklasse das Wasser abzugraben. 1985 wurde die erste staatsoffizielle 1. Mai-Feier der "Islamischen Republik" im größten Stadion der Hauptstadt abgehalten. Doch die Sitze blieben überwiegend leer; die 3.000 bis 4.000 Arbeiter, die unter Drohungen und Zwang dorthin gekarrt worden waren, buhten die Rede des Ayatollah Khamenei (inzwischen, seit dem Tod von Khomeney, geistlicher Führer im Staat) aus. 1986 zog man daraus die Konsequenz, die offiziellen Feiern in einem kleineren Stadion abzuhalten. 1987 zog man das Ganze in noch kleinerem Rahmen und an fünf getrennten Orten in der Hauptstadt auf, doch die Arbeiter boykottierten die offiziellen Feiern. Parallel dazu fanden die Arbeiter seit 1981 unterschiedliche Formen, den 1. Mai unabhängig zu begehen: Arbeitsverweigerung an diesem Tag, Feiern innerhalb der Fabriken, Abhalten kleinerer Versammlungen fernab der Städte (außerhalb der Reichweite der Polizei) u.a. In mehreren Jahren wurden in Sanandaj (Iranisch-Kurdistan) Massenversammlungen mit mehreren Tausend Arbeitern abgehalten - trotz Präsenz des

Militärs. Am 1. Mai 1989 wurde eine 23-Punkte-Resolution mit Forderungen der Arbeiter verabschiedet (u.a.: gleiche Rechte von Frauen und Männern, Verbot der Kinderarbeit, Lohnerhöhungen, 40-Stunden-Woche, Verbot von Nachtarbeit und Überstunden, Verbot jeglicher Entlassungen, Verbot von Akkordarbeit, Vollbeschäftigung, Unterstützung des palästinensischen und kurdischen Unabhängigkeitskampfs).

1991 war der 1. Mai erstmals offiziell, vom Regime erklärter, arbeitsfreier Feiertag (gemäß dem neuen Arbeitsgesetz: "Arbeitertag"). Die Arbeiter boykottierten überall die offiziellen 1. Mai-Feiern; aus Teheran und Täbriz wurden unabhängige 1. Mai-Feiern der Arbeiter bekannt.

Streiks der Ölarbeiter

In jüngerer Zeit fanden drei größere Streiks der Ölarbeiter statt. Aufgrund der hohen Bedeutung der Ölindustrie für die iranische Ökonomie und ihres Bewußtseinsgrads kommt den Ölarbeitern eine Schlüsselfunktion zu (s.o.). Der erste Ölarbeiterstreik der jüngsten Zeit dauerte vom 29.12.1990 bis zum 13.1.1991. Der zweite fand im Oktober 91 statt; der dritte im Januar 1992. Beim letzten Streik wurde in Isfahan 17 Tage und in Teheran und Schiraz 15 Tage gestreikt; das Stattfinden von Streiks, die sich überregional in verschiedenen Städten aufeinander beziehen, unter den Bedingungen des Verbots jedweder Organisierung der Arbeiter, zeigt ein hohes Maß an klassenkämpferischem Bewußtsein. Beim dritten Ölarbeiterstreik im Januar 92 berichteten erstmals u.a. die "New York Times" und die persischsprachige Abteilung von "Radio Israel"; BBC-Radio sendete in seiner persischen Abteilung ein Interview mit einem iranischen Arbeiterführer. Bis dahin war es nicht üblich, daß über Aktivitäten der Arbeiterklasse im Iran berichtet oder daß diese überhaupt erwähnt wurde; nur Äußerungen von großbürgerlichen Oppositoniellen im Exil wurden wiedergegeben. Die Nachrichtenagentur Reuter interviewte einen hohen Funktionär des iranischen Ölministeriums, Mohammed Hossein Abdul Azizi. Dieser bezog Stellung zu dem Streik (die Sache sei unpolitisch; man solle den Streik nicht mit dem der Ölarbeiter am Ausgang der Schah-Ära vergleichen); dies beweist, daß die Herrschenden der "Islamischen Republik" die Streiks nicht mehr leugnen und verbergen können. In Folge des Streiks wurde die Erhöhung des Mindestlohns um 36% durchgesetzt (bei über 100% Infaltionsrate); im übrigen wurden die Forderungen der Ölarbeiter nicht (nicht direkt) erfüllt. Die Ölarbeiter wurden inzwischen durch die Führung der "Islamischen Republik" zu Angestellten erhoben; damit wird das Ziel verfolgt, sie aus der Arbeiterklasse rauszubrechen. Dieser Versuch zur Befriedung dürfte ein Hinweis darauf sein, daß die Diktatur erhebliche Befürchtungen hegt.

Aufgrund des Streiks der Ölarbeiter kürzte jüngst Japan seine Ölimporte aus dem Iran um ein Drittel; man hält den Iran nicht mehr für einen sicheren Lieferanten. ("Die Welt", 13.4.92) Die Wirkung ist also offenkundig erheblich.

Aktuelle Zuspitzungen

In einem Interview der Zeitung "Middle East Economic Digest" mit dem Arbeitsminister der "Islamischen Republik", Hossein Kamali, gab dieser jüngst an, es habe im iranischen Kalenderjahr 1370 (März 1991 - März 1992) circa 2.000 Streiks im Iran gegeben. Vieles spricht dafür, daß es zur Zeit einen Aufschwung von Protesten und Klassenkämpfen gibt. Im Sommer 1991 gab es einen Höhepunkt von Unruhen in den Straßen: in Isfahan kam es am 13. Juli 91 zu massiven Straßenschlachten, die Fenster von Banken, Regierungsgebäuden, einer Zeitung klirrten; in Bagherabad, einem Armenviertel von Teheran wurden am 29. Juli 91 Polizisten mit einem Steinhagel beworfen, 13 Polizeiautos in Brand gesetzt, 300 Personen verhaftet; in Sandschan demonstrierten am 17. August 91 circa 30.000 Menschen, fünf wurden erschossen, fünf große Amtsgebäude gingen in Flammen auf; in Täbriz zündeten Demonstranten mehrere Banken an; in Schiraz wurden mehrere "Pasdaran" ("Revolutionswächter") bei einer Straßenschlacht verwundet; in der "Heiligen Stadt" Qom kam es am 15. August 91 zu Straßenschlachten.

Repression

Mit der zunehmenden Öffnung der "Islamischen Republik" zu westlichen Kapitalmärkten und dem zunehmenden Übergang zur "'3. Welt'-typischen" Exportproduktion wird die ökonomische Misere der Lohnabhängigen eher zu- als abnehmen. Die Politik Rafsanjanis wird somit zwar einerseits den kulturellen Druck des religiösen Terrors lockern, um qualifizierte Fachkräfte aus dem us-amerikanischen sowie westeuropäischen Exil zurückzuholen; die Repressionsschraube der Diktatur gegen die ausgebeuteten Klassen wird sich andererseits wohl kaum lockern. Von Sommer 1990 bis Herbst 1991 wurden 90% der weltweit bekannt gewordenen Hinrichtungen (über 3.000) im Iran vollstreckt (vgl. "taz", 12.9.91). In den

Kerkern der "Islamischen Republik" sitzen heute mehr politische Häftlinge als in der Ära des Ayatollah Khomeney. Im Jahr 1991 wurden 298.112 Menschen verhaftet ("taz", 4./5. Januar 92). Unter der Ägide von Präsident Rafsanjani hat sich die Anzahl der vollstreckten Todesurteile von 1989, dem Todesjahr des Ayatollah Khomeney, zu 1991 vervierfacht (1.200 offiziell im Jahr 1991; lt. "Die Welt", 13.4.92; die Angaben differieren erheblich).

Und die Solidarität?

Bisher haben sich Gewerkschaften in Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Schweden, Finnland, Kanada und den USA mit dem Kampf der iranischen Arbeiterklasse für Streikrecht, Koalitionsfreiheit und humanere Arbeitsbedingungen solidarisch erklärt und gegen die Unterdrückung der Arbeiterkämpfe protestiert. Die bundesdeutschen Gewerkschaften müssen in dieser Aufzählung fehlen. In mehreren Städten suchten iranische Genossen bereits mehrere Male Kontakt zum DGB aufzunehmen und wurden bei jedem Mal abgewiesen, so jüngst vor dem 1. Mai 92. Und die Linke?...

Höchste Zeit, daß sich hier verdammt viel ändert.

Bernhard (z.Z. Hamburg/Gruppe K) in Zusammenarbeit mit iranischen Genossen

Unruhe in Südiran

Teheran, 17. April (Reuter). In der südiranischen Stadt Schiras ist es am Mittwoch Angaben von Augenzeugen zufolge zu Unruhen gekommen. Ein Zeuge teilte Reuters am Donnerstag telefonisch mit, Hunderte Menschen hätten aus Protest gegen hohe Preise die Fenster mehrerer Banken in der Provinzstadt eingeworfen und ein Auto angesteckt. Die Demonstranten seien von Kriegsinvaliden in Rollstühlen angeführt worden.

(aus: FR vom 18.4.1992)

14. Wahlkampf auf den Philippinen. "People Power" oder "Die Vertagung des letzten Gefechts"

"People Power" oder "Die Vertagung des letzten Gefechts" Von Rainer Werning

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:20

Von Rainer Werning

Am 11. Mai finden in dem fernöstlichen Inselstaat Wahlen statt, die über den neuen Präsidenten und die Zusammensetzung von Senat und Abgeordnetenhaus entscheiden. Nie zuvor in der Geschichte des Landes stellten sich dermaßen viele BewerberInnen (über 50) samt handverlesenen Vizekandidaten für das höchste Staatsamt zur Wahl. Niemals zuvor sind die erforderlichen Geldsummen, mit denen man sich dem Amt nähert, so immens gewesen: Selbst Mitglieder der staatlichen Wahlkommission (Comelec) gehen davon aus, daß mindestens 100 Millionen Pesos (ca. 6,3 Mio. DM) vonnöten sind, will ein Präsidentschaftskandidat überhaupt seine Chancen wahren. Ein Senatorenposten ist unter 50 Mio. Pesos schwerlich zu erlangen. Wahlen sind überdies auch Zeiten einer ausgelassenen Super-Fiesta. Da deckt man sich - Wahlgeschenke allesamt - mit neuen T-Shirts und Plastikschlappen ein, genießt Coke mit krustenlosen Sandwiches, die so weich und überaus schnell verdaulich sind wie die feilgebotenen politischen Parolen. Die Vielzahl der sich dieses Mal präsentierenden Bewerber wird den Wählern, von denen bereits feststeht, daß sie auf der Strecke bleiben werden, allerdings einen Obolus bescheren: Jeder dürfte durchschnittlich 2.000 Pesos, annähernd ein Monatsgehalt, als monetäre Wahl"erinnerung" erhalten.

Parteienkarussell

Passé also ist die Zeit garantierter Übersichtlichkeit. Früher, d.h. bis zur Verhängung des Kriegsrechts im Herbst 1972, stritten und arrangierten sich die zwei großen Parteien, die Liberalen und die Nationalisten. Abwechselnd zog mal der Kandidat der einen, sodann jener der anderen Seite in den Präsidentenpalast Malacañang ein. Häufig gar, selbst Marcos bestätigte die Regel, geschah dies über den Umweg eines (kurzfristigen) Parteienwechsels. Politisches Fingerspitzengefühl und taktische Versiertheit, deren Erfolgskriterium das Knüpfen haltbarer Allianzen und Austarieren regionaler Klientelismen waren, ersetzten aufreibende programmatische Debatten. Hinterher war man so klug wie vorher, und hartgesottene Biertrinker, fragten sich verdutzt, ob nun Pepsi oder Coke das Rennen gemacht hatte.

Auch das wird diesmal anders: Die Kandidatenliste liest sich wie ein Who is Who der (vorwiegend) alten und neuen Eliten auf den Inseln, die nunmehr aber getrennt oder gegeneinander um politische Macht und wirtschaftliche Pfründe buhlen. Hier einige der politischen Gespanne, die sich selbst die größten Erfolgschancen ausrechnen: Ex-General Fidel V. Ramos, unter Marcos langjährig Chef der Philippine Constabulary und Polizei und stellvertretender Generalstabschef, mithin einer der exponierten Vertreter und Verfechter des ancien régime. Hurtig gewendet, ohne sich je wandeln zu müssen, hat der passionierte Zigarrenraucher, Fallschirmspringer und Absolvent der US-amerikanischen Elite-Militärakademie West Point mit und unter Aquino, zu deren Königinmachern er zählte, Karriere gemacht - Generalstabschef, Verteidigungsminister und schließlich von "Cory" höchstpersönlich zu ihrem Kandidaten gekürt. So tritt denn Ramos, da seine Nominierung dem anderen, um Parlamentssprecher Ramon Mitra gruppierten Block der Regierungspartei Laban ng Demokratikong Pilipino (LDP; Kampf der demokratischen Filipinos) querlag, zusammen mit seinem Vize und Gouverneur von Cebu (1), Emilio Osmeña, auf der Plattform der neuentstandenen Partido Lakas ng Tao - Lakas ng EDSA- Koalition (Partei der Stärke des Volkes - Kraft der EDSA; (2)) an.

Der Bruder des Cebuanos, Sentor John Osmeña, empfielt sich derweil als Vizekandidat des Präsidentschaftsaspiranten Eduardo Cojuangco (Nationalistische Koalition für eine starke und vereinte Opposition). Dieser Sproß des Cojuangco-Clans, dem übrigens Aquino entstammt, zählte als langjähriger Marcos-Intimus - und seinem Herrn 1986 ins Exil auf Hawaii gefolgt - zu den einflußreichsten Wirtschaftsmagnaten im Lande. José Cojuangco wiederum, Frau Aquinos Bruder, liierte sich mit Mitra, dem Kritiker vorwerfen, er habe den verheerenden Holzeinschlag auf "seiner" Heimatinsel Palawan (im Westen gelegen) toleriert und davon profitiert. Enttäuscht und besorgt darüber, daß Aquino ihr Gewicht für Ramos in die Waagschale warf und letzterer ihm den Schneid nimmt, ließ sich Mitra unter dem LDP-Banner nominieren

und wählte zu seinem Vize den zuvor eigens von seinem Posten als Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes zurückgetretenen Marcelo Fernan. Dieser, ebenfalls ein Cebuano, gilt als seriös, juristisch versiert und nicht mit dem Makel der Korrumpierbarkeit behaftet.

Dann ist da Vizepräsident Salvador Laurel vom Mehrheitsflügel der alten Nacionalista Party, dessen Familie einst Marcos politisch kooptiert und ihm 1965 auf der Plattform der Nationalisten den Sieg der Präsidentschaftswahl ermöglicht hatte. Seit langem selbst auf das höchste Amt schielend und unter seinen Anhängern in der Provinz Batangas (Südluzon) als eloquenter Politfuchs geschätzt, zählt "Doy" Laurel zum Prototyp des Opportunismus. Schon seine Vorfahren - sein Vater war Anfang der 40er Jahre kurzzeitig Präsident von Tokios Gnaden - hatten es in der Vergangenheit meisterhaft verstanden, gleichermaßen liebdienerisch den Kolonialmächten USA und Japan ihre Referenz zu erweisen. Dieses Einüben in das Geschäft politischer Rückversicherung zahlte sich aus. Unter Marcos, den er in rhetorisch bisweilen brillanten, feurigen Reden zum Teufel wünschte, wurde ihm kein Haar gekrümmt - business as usual. Gegenüber der von ihm wegen ihrer Macht- und Besitzgier gescholtenen Ex- First-Lady, Imelda Marcos, zeigte sich "Doy" stets als Kavalier; mit gnadenloser Regelmäßigkeit überreichte er diesem quicklebendigen politischen Fossil prachtvolle Geburtstagstorten.

Die Ende letzten Jahres im pompösen Aufzug zurückgekehrte Imelda empfielt sich als Kandidatin der in besseren Tagen von ihrem Mann aus der Taufe gehobenen Kilusang Bagong Lipunan (KBL = Bewegung der Neuen Gesellschaft) und eines Minderheitenflügels der Nationalisten. Bei dem neben Ramos akrobatischen Wendehals der 86er "Revolution", Ex- Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, bleibt offen, ob er sich im letzten Moment der KBL, der LDP, einer Nacionalista-Fraktion, oder schlicht sich selbst anschließt. Jedenfalls ist und bleibt er ein Scharnier zu jenen "rebellischen" Kräften im Militär (3), die, geschart um seinen Ex-Adjudanten und steckbrieflich gesuchten Oberstleutnant Gregorio Honasan, Aquino "Schlappheit" vorwarfen, und gegen sie Putschpläne schmiedeten.

Als Außenseiter agieren u.a. die ehemaligen Agrarreformministerin Miriam Defensor Santiago von der People's Reform Party, der Schauspieler Joseph Estrada von der Partido ng Masang Pilipino (Partei der philippinischen Massen) - ein hübscher Name; wahrscheinlich hat er alle KinogängerInnen auf den Inseln im Visier - und Senator Jovito Salonga von der LP-PDP/Laban, einem Bündnis der Liberalen Partei mit der Partei der demokratischen Philippinen/Kampf, welcher als Bezugspunkt fortschrittlicher und linker Kräfte gilt. Salonga, ein ausgezeichneter Jurist und integrer Liberaler, wäre am ehesten geeignet, die eigentlichen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Probleme (Landreform, Zukunft der US-Basen bzw. deren kommerzielle Nutzung, Militarisierung, Verschuldung und Ökologie) zu Wahlkampfthemen zu machen. Allein, ihm und seinen Getreuen mangelt es an den zum Unterhalt eines schlagkräftigen, landesweit verankerten Parteiapparates notwendigen finanziellen Mitteln. Nicht wenige seiner Anhänger zeigten sich, milde formuliert, pikiert, als er - entsprach's ausschließlich taktischem Kalkül? - im Februar mit dem Ramos-Camp über ein Zusammengehen beider Gruppierungen konferierte. Mit einer Person wie Ramos, so die an Salonga gerichtete Kritik, sei allein der Gedanke an einen derartig weitreichenden Deal moralisch verwerflich; immerhin sei Ramos u.a. mitverantwortlich für die Inhaftierung von über 70.000 Menschen während der Marcos-Ära.

In der Linken gibt es in der Wahlfrage keine einheitliche Haltung, was sicherlich auch etwas mit dem politischen Schaden durch den kategorischen Boykott der Wahl 1986 zu tun hat, in deren Folge Marcos abtreten mußte. Diesmal sind politische Wahlrichtlinien und -empfehlungen ausgeblieben, sodaß linke und fortschrittliche Kräfte auf nationaler Ebene für Salonga votieren, regional werden zum Teil kooperationsbereite Kandidaten anderer Parteien unterstützt, ein kleinerer Teil wird in Ermangelung an programmatischen Alternativen sich nicht an der Wahl beteiligen. Die NDF hat bislang erklärt, den Wahlprozeß als solchen nicht zu stören und in sogenannten kritischen Zonen eine Überwachung der Wahlurnen zu garantieren.

Fazit: Das vormalige Ineinanderfließen von Elitismus und politischer Repräsentanz existiert nicht mehr. Trotz der sich mehrheitlich in ihrer sozialen Komposition (Kompradorenbourgeois mit oder ohne Großgrundbesitzinteressen, Bürokraten und Technokraten) kaum voneinander unterscheidenden Seilschaften zeichnet diese heute eine allenfalls vorläufige, taktisch motivierte politische Allianz aus. Möglicherweise noch im Vorfeld der Wahlen, doch spätestens nach dem 11. Mai sind Neu- bzw. Umgruppierungen zu erwarten, da keine der jetzt antretenden Gruppierungen auch sich allein gestellt mehrheitsfähig ist. Manilas Politik ist mithin unberechenbarer, staatliche Herrschaft "poröser" und die Legitimation von Macht(ansprüchen) schwieriger geworden.

Marcos hatte es über weite Strecken vorzüglich verstanden, der relativen sozialen Homogenität der Herrschenden ein ihren Interessen entsprechendes politisches Fundament zu geben, was sich zuvörderst in der von ihm unerreichten Zentralisierung und Konzentrierung der Staatsapparate (Militär, Bürokratie und Justiz) äußerte. Zugute kam seinem Regime freilich eine massive politische und vor allem ökonomische Hilfestellung aus dem Ausland. Zu Beginn der 70er Jahre hatte beispielsweise die Außenschuld des Landes gerade zwei Milliarden US- Dollar betragen. Heute schwankt sie zwischen 29 und 30 Mrd. Dollar, wobei nicht so sehr die absolute Höhe dieser Außenschuld, sondern die trotzdem ungelösten strukturellen Probleme des Landes von Belang sind. Seit dem Amtsantritt Aquinos weisen denn selbst offizielle Statistiken eine Schuldendienstrate in Höhe von 45 bis 55 Prozent der jährlich erzielten Exporterlöse aus. Die Bereitwilligkeit privater Bankenkonsortien, der Weltbank und des IWF, notorischen Schuldnern wie den Philippinen fortgesetzt "gutes Geld nachzuschmeißen" schwand in dem Maße, wie sich die allein an Umstrukturierungen kommerzieller Kredite geknüpften Auflagen verhärteten. Der "große Kuchen", den Marcos lange zum Machterhalt seines Regimes exklusiv genießen konnte, ist längst geschrumpft. Notgedrungen rauft sich heute eine größere Schar um die verbliebenen Krümel.

Abstimmung mit Kanonen

Bereits bis zu ihrem Staatsbesuch in den USA (September 1986) war die von Aquino verkündete "demokratische Erneuerung" ins Stocken geraten. Zwar war bis dahin ein Teil der prominenten politischen Gefangenen auf freien Fuß gesetzt und den Arbeitern wiederholt weitreichende Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen in Aussicht gestellt worden. (4) Von grundlegenden Änderungen konnte ebenso wenig die Rede sein wie von einer (erhofften) Ausdünnung der Guerilla. Ihr Aufreiben war bis zu jenem Sommer in ein Aufstandsbekämpfungskonzept eingebettet, das sich von seiner lächelnden Seite präsentierte. Ab dieser Zeit aber zeigte das Militär die andere Seite seines Janusgesichts.

Vor allem die von Enrile ultimativ geforderte Bekämpfung der "Subversion" wurde, obgleich der Verteidigungsminister im November 1986 demissionieren mußte, hernach zu einer wichtigen Leitplanke Manilas Politik. Das nach dem Scheitern von Waffenstillstandsverhandlungen mit dem politischen Untergrundbündnis NDF (Nationale Demokratische Front) im Frühjahr 1987 gebilligte "total war"-Konzept, das die "völlige Eliminierung der Guerilla" bis spätestens zum Ende der Amtszeit Aquino vorsah, bleibt in zahlreichen Provinzen das Hauptanliegen der dort Mächtigen. Die "zivile Suprematie", also die Oberherrschaft ziviler Instanzen im öffentlichen Leben, mit der Aquino anläßlich ihres Staatsbesuches in der Bundesrepublik (Sommer 1989) ihre Gastgeber bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu beeindrucken suchte, existiert erst recht nicht im philippinischen Hinterland. Dort hat die "total war policy", bald beschönigend "Operationsplan Netzfalle" (Oplan Lambat Bitag) genannt, das Aufkommen eines Kriegsherrentums begünstigt, das den Streitkräften samt den ihnen unterstellten und zuarbeitenden paramilitärischen Bürgerwehren (5) nahezu uneingeschränkten Handlungsspielraum gewährt. "Heute", kritisiert die Medical Action Group, eine der im Gesundheitsbereich angesehensten Nichtregierungsorganisationen im Lande, "beklagen wir die höchste Zahl interner Flüchtlinge - 219.362 entwurzelte Familien bzw. 1.155.574 Menschen. Seit Februar 1987 sind über 18.000 Personen inhaftiert worden, von denen die meisten ohne Haftbefehl eingesperrt, viele gefoltert und einige wegen krimineller Handlungen verurteilt wurden. Mehr als 650 von ihnen befinden sich noch immer hinter Gittern, ihre tägliche Essensration beträgt magere 12,50 Pesos (0,80 DM, R.W.). Legitimem Dissens begegnet die Regierung mit Repression, Arroganz und Sturheit, was erst jüngst wieder der Hungerstreik von 29 Schullehrern unterstrich, die geschaßt wurden, weil sie Lohnerhöhungen gefordert und die Zahlung ihrer noch ausstehenden Gehälter verlangt hatten. Der totale Krieg hat selbst medizinisches Personal und gemeindeorientierte Gesundheitsprogramme nicht verschont. Seit 1987 hat dieser Krieg die vorzeitige Einstellung von 267 Gesundheitsprogrammen bewirkt, 205 Gesundheitsprojekte konnten nicht länger mehr ordnungsgemäß weitergeführt werden, weil das damit betreute Personal eingeschüchtert, inhaftiert oder getötet worden ist. Das erarbeitete Memorandum zum Abkommen über die Durchführung medizinischer Missionen und Gefängnisbesuche, das 1990 von der Medical Action Group und der präsidialen Menschenrechtskommission unterzeichnet wurde, ist bis heute nicht von den entsprechenden Regierungsbehörden anerkannt und befolgt worden. Im Lichte all dieser Erfahrungen glauben wir (...), daß der totale Krieg ein gegen unsere eigene Bevölkerung gerichteter Krieg ist, der hohe Kosten, Zerstörung und neue Ungerechtigkeiten verursacht. Wir sind davon überzeugt, daß die beste Lösung zur Beendigung des Aufstands darin besteht, die fundamentalen Fragen wie ungleicher Landbesitz, Armut, Souveränität, Arbeitslosigkeit, Sicherung elementarer Sozialleistungen, einschließlich der Gesundheitsfürsorge, anzugehen." (6)

In einigen Landesteilen - so im Marag-Tal (Nordluzon), auf der Insel Negros oder im Nordosten Mindanaos - führen die Streitkräfte einen langwierigen, in der Öffentlichkeit kaum beachteten Auszehrungskrieg gegen die Zivilbevölkerung, die in Marcos-Manier der Sympathien mit der Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) verdächtigt und entsprechend behandelt werden. In diesen Gebieten wird - Wahlen hin, Wahlen her - mit Kanonen abgestimmt. Von dem 1989 verabschiedeten, in drei Phasen verlaufenden Landreformprogramm (CARL), das gleich seinem Marcos'schen Vorläufer zum sozialpolitischen Kernstück der Aquino-Administration erkoren wurde, redet hier niemand mehr. Kein Wunder; realisieren ließe es sich nur, vollzögen die Großgrundbesitzer kraft außerirdischer Weihen ihre Selbstexekution als Klasse.

Aquino versprach

ihnen einen Rosengarten

Nach tausend Amtstagen hatte Aquino den Arbeitern einen Rosengarten versprochen: ihre Einkommen würden steigen, die Inflationsrate werde nunmehr einstellig bleiben und die Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung werde zusammen mit der Zahl in absoluter Armut lebender Personen bald weniger als 40 Prozent der Gesamtbevölkerung betragen. Die Inflationsrate beträgt gegenwärtig 15 Prozent, die Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung etwa 50% und die Masse der Bevölkerung - zwischen 50 und 70%, je nachdem, welche offiziellen Statistiken herangezogen werden - lebt an bzw. unterhalb der Schwelle des Existenzminimums. Das alles ist Ausdruck einer Politik, die nahtlos an die Finanz- und Wirtschaftspolitik (bei Übernahme ihrer Architekten) des Vorgängerregimes anknüpfte und anstelle einer wirksamen, sich auf den breiten Konsens von Nichtregierungsorganisationen stützenden Sozialpolitik der Auflagenerfüllung ausländischer Gläubiger den Vorzug gab. Gemäß dieser Logik veranschlagte Finanzminister Jesus Estanislao die Mitte Februar vom IWF gebilligte Umstrukturierung kommerzieller Kredite in Höhe von gut fünf Mrd. Dollar höher als die gezielte Armutsbekämpfung im Inneren.

Was bleibt, was wird? Wohlwollende Befürworter Aquinos bilanzieren als positiv ihr Engagement für die Wiederherstellung demokratischer Einrichtungen und Prozesse bei einer ansonsten zaudernden Amtsführung. Sofern es sich auf die Eliten bezieht, trifft dieser Hinweis sicherlich zu. Als Senatspräsident hat Jovito Salonga diese Kritik zu Recht anders gewendet, als er von einer "Elite-Demokratie" pur sprach. Unterhalb dieser Ebene ist und bleibt Demokratie ein Unbegriff, solange Eigeninitiativen, Selbstbestimmung und politische Interventionsmöglichkeiten der zahlreichen sog. zielgerichteten Gruppen bestenfalls beeinträchtigt oder per se als "staatsfeindlich", "subversiv" denunziert werden. Da freilich hätte Frau Aquino, immerhin durch die Ermordung ihres Ehemanns selbst eine vom Staatsterror Gezeichnete, Chancen gehabt, Geschichte zu machen. Doch bereits die Art und Weise ihres Amtsantritts ließ diese Option als zweifelhaft erscheinen: Die Dynamik der damaligen Volksbewegung ließ sie verpuffen bzw. schrittweise mit Methoden ihrer engen Verbündeten, den Militärs, "befrieden". So scheidet denn eine Person aus dem Amt, die möglicherweise Großes gewollt hatte, doch letztlich den Umgarnungen ihrer eigenen Klasse, den "nationalen Sicherheitsbedürfnissen" des Militärs und dem verführerischen Charme der zusehends Eigendynamik entfalteten Macht nachgab. Herausgekommen ist dabei ein Staatsterrorismus mit - zeitweilig - populistischem Zuschnitt.

Keine(r) der sich als Nachfolger(in) empfehlenden PräsidentschaftskandidatInnen verfügt über das Charisma, neuerlich ein "People Power"-Potential zu mobilisieren. So wird sich denn, unabhängig davon, welche Person gewinnt, eine Allianz aus recyclten Eliten formieren, die, wenn ihnen kein konfliktfreies Arrangement gelingt, dem Militär noch mehr zuarbeiten. Den USA, die sich nach dem unerwartet raschen Zusammenbruch der Sowjetunion, der durch den Ausbruch des Vulkans Pinatubo (im letzten Sommer) verursachten teilweisen Zerstörung ihres Luftwaffenstützpunktes Clark Air Field und nach dem philippinischen Senatsvotum gegen die weitere Nutzung ihrer Marinebasis Subic Naval Base nunmehr ohne jeglichen militärstrategischen und Gesichtsverlust zurückziehen und verdeckter als 1986 halten können, verbleibt ein in militärischer wie wirtschaftlicher Hinsicht uneingeschränkter Investitionsspielraum. Das Beste, was einer "People's Power" widerfahren könnte, wäre - vergleichbar den jüngsten Entwicklungen in El Salvador - die militärische De-Eskalierung eines Bürgerkrieges, den keine Seite in absehbarer Zeit zu ihren Gunsten entscheiden kann. Die Stimmung unter den linken und fortschrittlichen, (noch) legalen wie illegalisierten Kräften im Lande läßt sich einstweilen auf folgenden Nenner bringen: Vom Schlimmsten ausgehen, um das Beste zu erhoffen. Darüber wird nach den Wahlen einiges zu berichten sein.

Anmerkungen:

1) Insel und gleichnamige Stadt in den Zentralphilippinen, deren Handels- und Wirtschaftsmetropole sie ist.

2) EDSA meint eigentlich Manilas Stadtautobahn Epifanio de los Santos Avenue. Ramos' Anhänger münzten es eingedenk der Vorliebe der Filipinos für Akronyme in "Ed sa" um, was soviel heißen soll wie "Ed wird's schon richten", wobei "Ed" als Abkürzung von "Eddy" der Spitzname von Fidel ist.

3) Darunter die Reform the Armed Forces Movement (RAM) - Soldiers of the Filipino People und die Young Officers Union (YOU), die als Drahtzieher des letzten Putschversuchs im Dezember 1989 gelten. Die RAM bildete 1985/86 das Rückgrat der Marcos-kritischen Elemente innerhalb der Streitkräfte.

4) Am 1. Mai 1986 erklärte die Präsidentin, "für das Wohlergehen der Arbeiter" werde sie unverzüglich "die zweite, die wirtschaftliche Revolution" einleiten.

5) Diese vormals als Civilian Home Defense Forces (CHDF) bekannten Kräfte wurden unter Aquino in Citizens Armed Forces Geographical Unit (CAFGU) umgewandelt, wobei das Gros der CHDF einfach übernommen wurde.

6) Zit. nach: National Midweek (Quezon City) vom 01.04.92, S. 36.

15. Nach den Wahlen in Italien: Zurück zum historischen Kompromiß?

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:11

Während der Ätna glühende Lava spuckte, lenkten die italienischen Medien das Interesse der internationalen Öffentlichkeit auf eine weitere Naturkatastrophe. "Un terremoto" - ein politisches Erdbeben hätten die Wahlen zu Abgeordnetenkammer und Senat (1) ausgelöst und den Neuanfang aller Politik auf die Tagesordnung gesetzt.

In der Tat haben die italienischen WählerInnen am 5. und 6. April für einige Umwälzungen gesorgt. Die ewige Regierungspartei Democrazia cristiana (DC) hat gegenüber 1987 4,6% verloren und erreichte mit 29,7% das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung. Die an stetiges Wachstum gewöhnten Sozialisten vom PSI erlitten erstmals seit 20 Jahren leichte Verluste. Aus dem greifbar nahe scheinenden sorpasso, dem erstmaligen Vorbeiziehen des PSI am PDS (vormals PCI), wurde nichts. Der PDS, mit 16,1% immer noch erste Kraft einer stark nach rechts verschobenen "Linken", verlor 10,5%, verglichen mit dem PCI-Ergebnis von 1987 (und mehr als die Hälfte gegenüber dem 34,4%-Rekordergebnis des PCI von 1976). Klare Wahlsiegerin ist die aus den regionalistischen "Ligen" der Lombardei, Liguriens und Venetiens formierte Lega Nord, die 8,7% erreichte und mit knapp 3,4 Millionen Stimmen dreizehnmal so viele WählerInnen mobilisieren konnte wie vor fünf Jahren.

Die regierende Viererkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Liberalen und Sozialdemokraten verlor mit nur noch 48,8% (1987: 53,6%) ihre Mehrheit. Zwar verfügt sie weiterhin über eine Mehrheit der Mandate (331 von 630 in der Kammer, 163 von 315 im Senat), die aber allgemein als zu schmal zum Weiterregieren angesehen wird. Die nach den Wahlen von 1987 zunächst als fünfte Partei an der Regierung beteiligten , später ausgeschiedenen industrienahen Republikaner (PRI) machen ihren Wiedereintritt von einer Totalauswechselung der alten Regierungsmannschaft abhängig. Unter einem "integren" Ministerpräsidenten - etwa dem Republikaner Giovanni Spadolini oder dem christdemokratischen "Erneuerer" Mario Segni - müßten unvorbelastete "parteiunabhängige" Minister ausschließlich zum Wohle Italiens arbeiten - dieser, wörtlich genommen, heillos naive Vorschlag des PRI-Sekretärs Giorgio La Malfa entspricht durchaus der Stimmung vieler WählerInnen, die mit Hilfe ihrer Vorzugsstimme vor allem den exponiertesten Vertretern der "Altparteien" unüberhörbar das Mißtrauen aussprachen. Besonderer Sympathie erfreuen sich dagegen die Newcomer verschiedener Couleur. Klarer Sieger in dieser inoffiziellen Bestenliste wurde Lega-Chef Umberto Bossi mit 240.513 preferenze (Vorzugsstimmen) im Wahlkreis Mailand-Pavia, gefolgt von Achille Occhetto (143.732; Rom-Viterbo-Latina-Frosinone) und dem Antimafia-Aktivisten Leoluca Orlando von La Rete (134.732 in Palermo-Trapani-Agrigento). Mittlere kosmetische Operationen sind geboten, um diesen Trend umzukehren und das durch die unzähligen "Regierungskrisen" nie gefährdete politische System vor ernsthaftem Schaden zu bewahren. Die Führungskräfte des Unternehmerverbandes Confindustria, die in Interviews zum Wahlausgang auffallend oft die Vokabeln riforme ("Reformen") und cambiamento ("Wechsel") verwendeten, haben diese Botschaft des 5. und 6. April verstanden. "Neue Kräfte in die Regierung", fordert der FIAT-Chef und Sponsor der Republikaner, Gianni Agnelli, läßt aber offen, wer diese Kräfte sein sollen. Carlo De Benedetti (Olivetti) fordert - nun, da der "Kommunismus tot" sei - ganz undogmatisch zur Überwindung des Lagerdenkens auf. PDS oder Grüne in die Regierung? Aus Sicht der Confindustria-Bosse spricht "im Prinzip" nichts dagegen; gleiches gilt allerdings für die Lega, zumindest mittelfristig.

"Schreib Mussolini!"

Das Wahlergebnis des neofaschistischen MSI - 5,4% (- 0,5%) in der Kammer, 6,5% (unverändert) im Senat - könnte als Stagnation oder leichter Rückgang des traditionellen Rechtsradikalismus interpretiert werden. Gegen diese Bewertung spricht das regional sehr unterschiedliche Abschneiden der Faschisten. Im Norden haben sie kräftig an die Lega verloren und sind in deren Hauptbastion, der Lombardei, von 4,7% auf 3,5% reduziert worden. (2) Dagegen konnten sie in einigen südlichen Regionen erheblich zulegen. Der MSI erreichte in Kalabrien 12,1% (+ 1,6%), in Apulien 11,8% (+ 1,6%) und in der Campania 10% (+ 0,4%). Dort hat sich - nach Ansicht von MSI-Sekretär Massimo Fini - vor allem ausgezahlt, daß der MSI ohne Wenn und Aber als "Partei des Präsidenten" in den Wahlkampf gezogen war: Partei des Staatspräsidenten Cossiga, der sich mit seinen "Spitzhackenschlägen" gegen die römische Parteienherrschaft an die Spitze einer dumpfen rechtspopulistischen Protestbewegung gesetzt hatte (vgl. ak 340, S. 40).

Zweite Säule der faschistischen Wahlkampagne war eine (von den Medien hartnäckig als schön bezeichnete) Frau mit Namen Alessandra Mussolini. Die Enkelin des 1945 von italienischen Partisanen hingerichteten Duce und Nichte von Sophia Loren, die "neue Flamme des MSI" (La Stampa, 11.4.), erreichte mit Hilfe des Slogans "Schreib Mussolini" in Neapel 56.000 preferenze. Nach der Wahl verkündete sie stolz ihr Programm: "Ich werde mich im Parlament auf den Platz meines Großvaters setzen". Traditionspflege all'italiana.

Massimo Fini, der nach den Verlusten des MSI bei den Regionalwahlen der Jahre 1988 bis 1991 mit dem Wahlergebnis hochzufrieden war, bezog sich bei dessen Analyse auch auf die politische "Großwetterlage": "Der Wind von rechts, der in Europa weht, hat auch Italien erreicht - wenn auch in unterschiedlichen Formen: im Norden gewinnt Bossi..., während wir uns im Süden als einzige echte Protestpartei konsolidieren" (L'Unità , 7.4.).

"Roma ladrona, la Lega non perdona" (3)

Die Lega Nord, die ihren strahlenden Sieg zwei Wochen nach Le Pens Erfolg bei den französischen Regionalwahlen feiern konnte, weist dagegen jeden Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen zurück. "Nichts, absolut nichts" habe er mit Le Pen gemein, hatte Umberto Bossi schon zwei Tage nach der französischen Regionalwahl betont und sich vom "Rassismus" der französischen Nationalisten distanziert: "Jene sind Faschisten, wir sind Demokraten. Le Pen ist für den Zentralismus, wir für den Föderalismus. Wir sind Freunde aller Völker, auch der bedauernswerten Nichteuropäer, die hier keine Arbeit finden können" (Panorama, 5.4.). Was kostet es den Politiker von Format, christliche Nächstenliebe zu heucheln? Bossis Gesäusel, vorgetragen auf einer Pressekonferenz in Brescia - mit 24,4%-Lega-Anteil die "Hauptstadt der Bewegung" - weist ihn als Mann mit Gespür aus. Die nach Le Pens Wahlerfolg sensationsgierig zusammengeströmten Vertreter der internationalen Presse wurden enttäuscht: Bossi als Biedermann und Antifaschist - wie langweilig!

Daß die angeblich sein Mitleid erregenden ImmigrantInnen nach dem Willen der Lega unverzüglich abgeschoben gehören, verschwieg Bossi an dieser Stelle. Aber auch das wäre keine Schlagzeile wert gewesen. Die militärische Abschottung der "Festung Europa" gegen Einwanderer aus dem Süden ist parteiübergreifender Konsens. Härter als der sozialistische Innenminister Scotti hätte auch kein lombardischer Separatist mit den albanischen Flüchtlingen in Bari und Brindisi umspringen können. Die Besonderheit der Lega Nord besteht in ihrem inneritalienischen Rassismus. Auch die faulen "terroni" aus Kalabrien und Sizilien sollen aus dem reichen Norden verschwinden. Nachgeholfen werden soll über eine spezielle Verordnung, die den in der Region Geborenen vorrangige Berücksichtigung bei der Arbeitsplatzvergabe garantiert. Unmittelbaren Terror gegen die Schmarotzer aus dem Süden (Italiens und der Welt) überläßt die Lega Skinheads und verhetzten Mailänder "Fußballfans".

Der Rassismus der Lega und ihre Intoleranz gegenüber Minderheiten erklären den Wahlerfolg aber nur zum Teil. Unverzichtbarer Bestandteil ihres Erfolgsrezepts ist die Anti-Parteien-Attitüde, die vor allem Umberto Bossi mit seinen maßlosen, aber wohlkalkulierten Schimpftiraden gegen "Rom" meisterhaft zu inszenieren versteht. Die Democrazia cristiana sei eine "Partei von Schurken, die wir in zwei Teile spalten werden"; der "kriminelle Staat" verfolge gegenüber der Lega eine "Strategie der Spannung" (4), die aber wirkungslos bleiben werde: "Es gibt 30 Millionen Menschen, die keine Angst vor Italiens Panzerwagen haben". (5)

Viele Verlautbarungen der Lega sind eher "provokatorisch und symbolisch" (der Politologe Renato Mannheimer in l'Unità , 1.7.91) als realpolitisch. Weder Steuern noch Fernsehgebühren würden "die Leute des Nordens" künftig zahlen, verkündete Bossi im Sommer letzten Jahres auf dem Lega-Fest in Gorgonzola und forderte für die Olympischen Spiele in Barcelona eine italienische Mannschaft "mit gekennzeichneten Mannschaftsteilen für den Norden, das Zentrum und den Süden" (La Repubblica, 13.8.91). Skurrilitäten dieser Art scheinen bei den lombardischen Regionalpatrioten anzukommen. Daß die politische Dreiteilung Italiens - mit Steuer- und Finanzhoheit der einzelnen Teile und gesamtstaatlicher Außenpolitik - nicht durchsetzbar ist, weiß Bossi besser als jeder andere. Seine mittelfristige Planung sieht so aus: Zusammenbruch der neuen Regierung innerhalb von höchstens zwei Jahren und Neuwahlen, "die nach dem Fall der mit Spucke zusammengehaltenen Rathausregierungen von Mailand und Brescia um so unvermeidlicher sind. Sie werden innerhalb dieses Jahres fallen, die Lega wird die beiden Städte erobern. Der Rest kommt von selbst". Nämlich - das ist paradox, aber nicht auszuschließen - eine Koalition "mit dem einzigen echten Gegner" der Lega, der Democrazia cristiana: "Weil die DC keine Partei ist, sondern eine Ansammlung unterschiedlicher Instanzen

und Interessen, und nicht zerbrechen, nicht auseinanderfallen würde, wie das mit allen anderen geschehen würde" (Panorama, 5.4.92).

Woher kommen

die Wähler der Lega?

Es liegt nahe, in der Lega Nord eine reine Mittelstandsvereinigung zu sehen. Alexander Langers Charakterisierung der "typischen" Lega-Anhänger klingt plausibel: "...erfolgreiche 'self-made-men', deren utopischer Horizont noch am ehesten in den Schweizer Kantonen und den dazugehörigen Banken und der allgemeinen Volksbewaffnung zu suchen ist" (Kommune 6/1990). Die tatsächliche soziale Zusammensetzung von Bossis Anhängerschaft widerspricht diesem Idealtyp. Nur 5% sind Selbständige, statt dessen dominieren Hausfrauen (36%) und Rentner (23%). Stark vertreten sind Studenten (12%), während Angestellte (leitende eingeschlossen) mit 16% leicht unterrepräsentiert sind. Nur 8% sind Arbeiter (nach einer Untersuchung der Gewerkschaft UIL, zitiert in Panorama, 3.3.91).

Die weitgehende Resistenz des proletarischen Milieus gegen regionalrassistische Anwandlungen ist zweifellos eines der positivsten Ergebnisse der jahrzehntelangen "kommunistischen Tradition". Die nicht-proletarischen WählerInnen der Volkspartei PCI scheinen für inneritalienischen Rassismus erheblich anfälliger zu sein: 18,9% der Lega-Wähler haben noch 1987 PCI gewählt. (Zum Vergleich einige andere "Wählerwanderungen" zur Lega Nord: von der DC 24,5%, vom PSI 11,2%, vom MSI 7,7%; wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß der PCI 1987 knapp doppelt so viele Stimmen bekommen hatte wie der PSI und viereinhalb mal so viele wie der MSI). (6)

Daß dem Boom der Lega auch im rechtslastigen, offen fremdenfeindlichen Wählerpotential Grenzen gesetzt sind, belegt die Region Trentino/Alto Adige, zu der die Autonome Provinz Südtirol gehört. Hier hat sich die dominierende Kraft der Deutschsprachigen, die Südtiroler Volkspartei (SVP) mit 31,2% (-1,9%) behauptet. Bei der Wahl zwischen rechten Krakeelern und ebensolchen Realpolikern haben sich die "Deutschen", eine der privilegiertesten nationalen Minderheiten der Welt, aus gutem Grund für letztere entschieden. Die 8,9% der Lega im Wahlkreis Trento-Bozen - nur 0,2% mehr als in Gesamt-Italien und etwa die Hälfte ihres Stimmenanteils in sämtlichen Nordregionen - sind fast ausschließlich "italienische" Stimmen, von denen 2,3% als Verluste des MSI zu Buche schlagen.

"Der Kommunismus beginnt neu bei 6%" (7)

Der Kommunismus ist tot - es lebe der Kommunismus: Ein nicht ohne weiteres auf einen Nenner zu bringendes Phänomen ist das Abschneiden der beiden PCI-Nachfolgeparteien. Der "orthodoxe" PCI-Flügel um Armando Cossuta und Sergio Garavini, im Dezember als Partito della rifondazione comunista (Partei der kommunistischen Neugründung/RC konstituiert, ist neben der Lega der zweite Gewinner dieser Wahl. Er bekam 2,2 Millionen Stimmen (5,6% in der Abgeordnetenkammer, 6,5% im Senat). Achille Occhettos PDS (was auf deutsch nicht, wie die "Tagesschau" fälschlich behauptete, "Partei des demokratischen Sozialismus" heißt, sondern "Demokratische Partei der Linken"), verlor gegenüber 1987 fast 4 Millionen Stimmen und kam auf 16,1% bei der Kammerwahl (1987: 26,6%). Seine regionalen und städtischen Spitzenergebnisse liegen aber immer noch erheblich höher, vor allem in den "roten Regionen" Emilia-Romagna (33,9%/-12,2%), Toscana (29,9%/-15,2%) und Umbrien (31,6%/-12%). Hier hat auch Rifondazione comunista mit 8,2%, 10,4% und 9,9% überdurchschnittlich abgeschnitten. Das regionale Spitzenergebnis von RC - 11% in Kalabrien - ist allerdings auch damit zu erklären, daß der PDS hier auf einer Bündnisliste "Vereinigtes Kalabrien" kandidierte. Viele ehemalige PCI-WählerInnen hängen eben an Hammer und Sichel, die im PDS-Emblem immerhin noch klein und verschämt am Fuße der braun-grünen Eiche plaziert sind. Occhettos Vermutung, einige der überraschend zahlreichen RC-WählerInnen hätten da etwas verwechselt und eigentlich PDS wählen wollen, wurde von der RC-Führung natürlich als Nachkarten eines schlechten Verlierers zurückgewiesen. Aber auch mit ein paar Prozentpunkten mehr wäre der PDS in schwieriger Lage. Die Annäherungsversuche des PSI-Vize Claudio Martelli und einiger DC-Politiker, ja selbst des notorisch antikommunistischen Staatspräsidenten Cossiga, stießen beim PDS zunächst keineswegs auf Begeisterung. Massimo D'Alema, Chefredakteur des ehemaligen Zentralorgans l'Unità und Nummer zwei in der Parteihierarchie, schrieb am Tag nach der Wahl über die Schwierigkeiten einer politischen Wende und erklärte kategorisch: "Wenn, wie es scheint, dafür die Voraussetzungen fehlen, bleiben wir in der Opposition" (l'Unità , 7.4.) Die Aussicht, zusammen mit den von

ihrem 2,8%-Ergebnis schwer enttäuschten Grünen einer im großen und ganzen weiter wie bisher agierenden Regierung als Aushängeschild und Beleg für einen angeblichen politischen Neuanfang zu dienen, ist abschreckend genug. Andererseits ist beim derzeitigen Stand der Dinge kaum ein Beobachter der italienischen Szene bereit, auf postkommunistische Prinzipientreue zu setzen. "L'opposizione che costruisce" ("konstruktive Opposition") - welches Element des zentralen PDS-Wahlslogans sich letztlich durchsetzt, ist noch nicht abzusehen. Auch nicht, ob die Partei überhaupt in die Verlegenheit kommt, sich für oder gegen eine Regierungsbeteiligung entscheiden zu müssen.

Pietro Ingrao, der "große alte Mann" der PDS-Linken, warnt schon heute. Die von den Sozialisten ins Spiel gebrachte Parole von der "Programmregierung" unter Einschluß der Democrazia cristiana hält er für Gerede: "Eine Regierung mit dieser DC ist schon ein Programm". Eine große Koalition ("governissimo") sei nicht nur schädlich für den PDS, sondern für die politische Kultur insgesamt: "Solche Versuche nähren bei den Leuten nur noch mehr die Vorstellung, 'daß die alle aus derselben Pfarrei stammen'. Muß der PDS wirklich den Leghe dieses Geschenk machen?" (La Stampa, 11.4.)

Js.

Anmerkungen:

1) Die beiden Kammern des italienischen Parlaments haben identische Kompetenzen. Für die Wahl der deputati gibt es 32 Wahlkreise; die senatori werden in den 16 Regionen gewählt.

2) Alle regionalen Zahlenangaben beziehen sich auf die Ergebnisse der Senatswahl.

3) Der zentrale Wahlslogan der Lega Nord; zu deutsch etwa: "Räuberisches Rom - die Lega kennt kein Pardon".

4) Anspielung auf die 1969 unter Mitwirkung von Teilen des Staatsapparates begonnene Terrorkampagne zur Diskreditierung der revolutionären Linken

5) La Repubblica, 13.8.91

6) Wählerwanderungszahlen nach "Doxa"-Analyse ; in: La Repubblica, 8.4.92

7) La Repubblica, 7.4.92

16. "There"s No Escape!" Zur Parlamentswahl in Großbritannien

Zur Parlamentswahl in Großbritannien - von Eckhard Voss

Autor: Eckhard Voss · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:14

Am Ende schlug Peter Snows gigantisches Pendel nicht weit genug nach links aus. Snow, ein großer, stelzig wirkender Mitfünfziger, von der Erscheinung her eine Mischung aus Wettervorhersager und Vertreter für medizinische Geräte, ist der Chefwahlstatistiker des BBC. Sein auf einer Art überdimensionaler Sonnenuhr befestigtes Pendel, vor dem er mit weiten Schritten hin und her stakste wie ein Strauß hinter Gittern, war die Hauptattraktion der Wahlnacht im BBC. Es sollte den "Swing" im Wählerverhalten symbolisieren, der für Labour notwendig war, um wieder an die Regierung zu kommen. Dazu galt es, die 8-Prozent-Hürde zu überwinden.

Und es hatte diesmal ganz danach ausgesehen: Während der gesamten "heißen" Phase des Wahlkampfes, die Premierminister Major mit der Bekanntgabe des Wahltermins am 11.3. eröffnet hatte, wiesen nahezu alle der fast 50 landesweiten Meinungsumfragen, wenn auch nicht auf eine absolute Mehrheit für die Labour Party, so doch auf einen Verlust der Regierungsmehrheit für die seit 13 Jahren regierenden Konservativen hin. Am Ende passierte es nicht. Das Pendel erreichte noch nicht einmal '4' auf der Snowschen Skala. Erstmals seit den 1820ern gewann ein und dieselbe Partei vier Wahlen hintereinander und wurden die britischen Rechten mit spärlichen 42% der abgegebenen Stimmen - das britische relative Mehrheitswahlrecht macht's möglich - wieder an die Regierung gewählt. Auch mit zusammen fast 53% der Stimmen gingen die beiden großen Oppositionsparteien diesmal wieder leer aus - "the winner takes all" im Vereinigten Königreich, und daran wird sich trotz aller Kritik in den nächsten fünf Jahren nichts ändern.

Das Ergebnis

Ein ähnlich überraschendes Wahlergebnis hat es wahrscheinlich in diesem Jahrhundert nicht gegeben: Vor dem Hintergrund der tiefsten ökonomischen Rezession seit den 30er Jahren, die sie zudem selbst verursacht haben, und ohne jegliche längerfristige wirtschaftspolitische Perspektive erhielten die Konservativen und Premierminister Major, der das Charisma eines Filzpantoffels besitzt, nach einem schlecht geführten Wahlkampf einen annähernd so großen Stimmenanteil wie seine Amtsvorgängerin Margaret Thatcher - immerhin mit dem Charisma einer Oberschulleiterin - in den Wahlen 1979, 1983 und 1987 bei weitaus günstigeren ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen. Und trotz eines äußerst moderaten Programms, in dem das Wort "Sozialismus" nicht einmal mehr eine Fußnote wert war, trotz einer von radikalen Gruppen und Einzelpersonen gesäuberten Partei, verbesserte Labour zwar ihre Position gegenüber ihrem absoluten politischen Tief in den 80er Jahren, ist aber weiterhin meilenweit von der Aussicht auf Regierungsübernahme entfernt.

Während die Rechtspresse, in Großbritannien weitaus offener parteiergreifend als hierzulande, triumphierte, äußerte sich die Ratlosigkeit der linksliberalen Öffentlichkeit in Erklärungsversuchen wie solchen, in der Wahl hätte die Angst über die Hoffnung triumphiert (so der liberale Politikwissenschaftler David Marquand); oder Großbritannien sei einfach ein "konservatives Land" ("Guardian"-Journalist und Thatcher-Biograph Hugo Young). In diese Richtung weist auch die Schlußfolgerung des ehemaligen Herausgebers der letztes Jahr eingestellten Zeitschrift "Marxism Today", Martin Jacques, daß, ähnlich wie die Liberaldemokraten in Japan, die Christdemokraten in Italien oder bis vor kurzem die Sozialdemokraten in Schweden, die britischen Konservativen heute in der Position einer permanenten Regierungspartei seien - und Großbritannien mithin nicht mehr eine Zwei-, sondern eine Einparteiendemokratie (oder -diktatur?). Diese beredte Sprachlosigkeit ist leicht zu erklären: Nach Meinung der linksliberalen Öffentlichkeit hat Labour die Wahlen in den 80er Jahren verloren, weil ihr Programm noch zu viele radikale bzw. sozialistische Altlasten enthalten habe, diese aber nicht mehr den sozialen Realitäten entsprächen. Dieser Logik zufolge hätte es eigentlich am 9. April klappen müssen, da die Partei nach 1987 eine drastische programmatische Kehrtwende vollzogen hat, bei der Parteichef Kinnock das Kunststück vollbrachte, sich politisch sowohl an Oskar Lafontaine als auch an Helmut Kohl zu orientieren. Da es nicht geklappt hat, muß die britische Bevölkerung eben konservativ oder einfach ängstlich sein. Auf die Idee, daß die Wahlniederlage darauf zurückzuführen ist, daß Labour sich vielleicht noch

in der exakten Höhe der Mehrwertsteuer, aber ansonsten politisch in kaum einem Punkt von den Konservativen unterscheidet, darauf kommt natürlich niemand.

Wird das Wahlergebnis jedoch im Kontext der gegenwärtigen, gleichsam ökonomisch wie politisch geprägten Krise Großbritanniens betrachtet und in Beziehung gesetzt etwa zu den jüngsten Regional- bzw. Parlamentswahlen in Frankreich und Italien, dann handelt es sich nicht um eine - irgendwie rückzudatierende - Bankrotterklärung an ein sozialistisches Programm; das stand gar nicht zur Abstimmung. Was bereits beim Stapellauf Schiffbruch erlitten hat, ist die zur Sozialdemokratie mutierte Labour Party.

"Wrecking a Nation"

Großbritannien steckt gegenwärtig in der tiefsten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg. In einem Ausmaß wie nie seit den 30er Jahren schrumpfte die Volkswirtschaft 1991 um 2,5%. Trotz vielfacher Manipulationen der Berechnungsgrundlagen liegt die offizielle Arbeitslosigkeit heute mit 2,6 Millionen bei knapp 10% - nach dem alten Rechensystem wären es noch über eine Million mehr. Bei der nunmehr seit zwei Jahren anhaltenden Wirtschaftskrise handelt es sich nicht lediglich um eine der regelmäßigen zyklischen kapitalistischen Krisenerscheinungen, sondern um den Bankrott der "thatcheristischen" Wirtschaftspolitik, jener britischen Spielart neoliberaler Politik, wie sie in den 80er Jahren nahezu in allen westlichen Industriestaaten zur Anwendung kam. Die gegenwärtig am schlimmsten von wachsender Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten betroffenen Gebiete sind genau jene Kernländer, in die der Neoliberalismus im Südosten des Landes in den 80er Jahren am meisten investiert hatte. Im internationalen Vergleich entspricht das Ausmaß der gegenwärtigen ökonomischen Krise dabei in etwa der Radikalität des britischen Neokonservatismus der 80er Jahre.

Die Logik des nicht nur von Konservativen oft gepriesenen "Economic Miracle" des Thatcherismus ist einfach: Ausgestattet mit den äußeren bzw. inneren Feindbildern Kommunismus, Sozialismus, Gewerkschaften und Sozialstaat machten sich die Konservativen unter der Führung Thatchers nach 1979 konsequent und in einer Radikalität an die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben und an die Deregulierung politischer, sozialer und ökonomischer Beziehungen, die in diesem Jahrhundert kaum ihresgleichen findet und zu Recht als "-ismus" und eine Art "neokonservative Revolution" bezeichnet worden ist. Deren tragendes Subjekt war eine Mischung aus alten und neuen Rechten, Nationalisten und Rassisten, Klein- und Großbürgern, rechten Arbeitern und Yuppies, Industrie- und Finanzkapital, ihr Symbol die englische Bulldogge. Bezahlt wurden Steuergeschenke und der "Boom" der Konsum- und Dienstleistungsgesellschaft in den 80er Jahren mit den Einkünften aus dem Nordseeölgeschäft, vor allem aber dem Verkauf öffentlicher Unternehmen und Wohnungen sowie drastischen Kürzungen in den Sozialhaushalten. Das Ergebnis war ein massiver Prozeß der Deindustrialisierung und ökonomischen Schrumpfung vor allem in den nördlichen Landesteilen, der aus der einstigen "Werkstatt der Welt" heute ein Importland für Industriegüter gemacht hat. Wie auch in anderen Ländern ging die konservative Wende in Großbritannien einher mit Massenarbeitslosigkeit, Abbau des Sozialstaats und wachsenden Klüften zwischen Reich und Arm. In keinem anderen westeuropäischen Land fiel sie jedoch so drastisch aus wie hier und lassen sich heute Indikatoren nicht nur relativer, sondern auch absoluter Verarmung feststellen: so etwa wieder steigende Säuglingssterblichkeit oder Analphabetismus in den innerstädtischen Ghettozonen.

Die Politik des Thatcherismus hatte zu keiner Zeit eine Mehrheit in der Bevölkerung (das beste Wahlergebnis erzielten die Konservativen 1979 mit 43,9% der Stimmen). Sie beruhte auf einem seit 1979 stetig wachsenden Dominanzverhältnis zwischen dem mächtigen Süden Englands und dem Rest des Vereinigten Königreichs sowie auf dem ausgiebigen Gebrauch, den die Regierung von den Möglichkeiten zentralistischer Macht im britischen politischen System machte. Diesen sind nahezu keine Grenzen gesetzt, hat eine Partei einmal eine arbeitsfähige Mehrheit im Parlament. So gibt es weder eine parlamentarische Kontrollinstanz, etwa in Form einer gewählten zweiten Kammer, noch irgendwelche verfassungsrechtlich verankerten Grenzen politischer Macht. So konnten denn auch z.B. oppositionelle Kommunen durch immer neue Finanz"reformen" und Gesetze diszipliniert oder gar abgeschafft werden; wie im Falle der sechs Großstadtregierungen und Londons, heute die einzige Hauptstadt der westlichen Welt ohne gewählte Regierung. Der innenpolitische Hauptfeind der Neokonservativen, die Gewerkschaften, traditionell rechtliche Immunität genießend, wurden zwischen 1979 und 1990 gleich mit sieben Gesetzen an die Leine des Gesetzes gelegt. Die Regierung, die aus dem Individuum und der Freiheit einen ideologischen Fetisch machte, erließ Gesetze, die Homosexualität in der Öffentlichkeit unter Strafe stellt, und schränkte die Pressefreiheit ein, z.B. in der Berichterstattung über den

Krieg in Nordirland. Ihr war so ziemlich jedes Mittel recht, wenn es etwa darum ging, Sündenböcke für die innerstädtischen Unruhen 1981 und 1985 zu finden. So brauchte es sechs Jahre, bis die britische Justiz ihre schon damals offensichtlich politisch motivierten Fehlurteile korrigierte und drei für den Mord an einem Polizisten während der "Riots" 1985 unschuldig Verurteilte kürzlich rehabilitierte.

Es waren vor allem das britische Establishment und die herrschenden Klassen, als deren eiserner Fegebesen sie fungierte, die Thatcher Ende 1990 fallenließen, weil sie nicht mehr gebraucht wurde. Der Thatcherismus hatte seine Mission erfüllt. Der öffentliche Wirtschaftssektor und staatliche Dienstleistungen waren weitgehend privatisiert, finanzielle Umverteilungsmaßnahmen abgeschlossen und die Sozialstaats- sowie die Arbeitsbeziehungen dereguliert. Die noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte waren hochbrisanter Stoff und mit heftigen Widerständen innerhalb der Bevölkerung konfrontiert. So die Privatisierungsmaßnahmen im staatlichen Gesundheits- und Erziehungswesen, vor allem aber die Einführung der umstrittenen neuen kommunalen "Kopfsteuer", die in Schottland, wo sie 1989 ein Jahr früher als in England eingeführt wurde, zu millionenfachem Boykott und ein Jahr später in London zu den militantesten Massenprotesten in der neueren britischen Geschichte führte. Zudem geriet die Thatcher-Regierung auch international unter Druck - vor allem ihre Verweigerungshaltung gegenüber der EG war nicht mehr zeitgemäß.

John Major als Superman

John Major ist einer der wenigen Briten, die stolz darauf sind, in armen Verhältnissen groß geworden und einmal arbeitslos gewesen zu sein - im nachhinein. Seine bescheidene Herkunft, die in einem Wahlkampfspot rührselig vermarket wurde (Rückkehr nach Brixton - im sicheren Wagen mit Fahrer -, Suche nach dem Elternhaus, dann ein freudig-näselndes "It's still there! It's still there!") und sein Reden von der "Caring", ja "Classless Society", die er schaffen wolle, sind exakt das, was Großbritannien heute braucht: nach der rechten Klassenkämpferin und Spalterin nun der große Integrationist, immer lächelnd, immer freundlich, selbst wenn er ein Ei an den Kopf geworfen bekommt. Nur ein John Major ist in der Lage, gleichzeitig von klassenloser Gesellschaft zu reden und die Privatisierung des Schulwesens voranzutreiben oder von gesellschaftlicher Fürsorge, während der staatliche Gesundheitssektor weiter abgebaut wird.

Die mit großem Tamtam im vergangenen Jahr ins Leben gerufene "Citizen's Charter"- Initiative, eine Art Verbraucherschutz-Fibel, ist die Inkarnation der Philosophie des Majorismus: Auf der nur zu berechtigten Unzufriedenheit über den Zustand der öffentlichen und privaten Dienstleistungen aufbauend, verspricht sie eine Revolution in der Qualität dieser Dienste, ohne auch nur eine Mark zu investieren. Indem nämlich die Kunden in die Lage versetzt werden, z.B. von der Nahverkehrsgesellschaft bei verspäteter Beförderung Schadensersatz einzufordern oder von einem Krankenhaus, das jemanden, sagen wir länger als ein Jahr, auf eine Blinddarmoperation warten läßt. Konsequent folgte denn auch auf die ursprüngliche "Citizen's Charter" eine potentiell endlose Reihe spezieller "Sub Charters": so die der Rechte der Steuerzahler, die der Käufer, der Pendler, der Gas-, Strom- und Wasserverbraucher, etc. etc. Diese "Revolution des Verbraucherschutzes" beruht nach Auskunft Majors auf der Erfahrung, daß sich soziale Probleme nicht allein mit Geld lösen lassen, wie dies früher versucht worden sei. Statt dessen wird ernsthaft die These vertreten, daß soziale Probleme statt mit Geld mit Hochglanzbroschüren zu lösen seien.

John Major und die britischen Konservativen verfügen über keinerlei Rezept, das Land aus der ökonomischen, sozialen und politischen Krise herauszuführen, in die sie es selbst hineinmanövriert haben. Daß sie trotzdem die Wahl gewonnen haben und Major heute als Supermann dasteht, läßt sich allein auf die Schwäche der Opposition zurückführen, will man sich nicht mit der - ebenfalls naheliegenden - Erklärung herauswinden, die (wählenden) Briten seien eben ein Volk von Dummköpfen.

Warum es keinen Kinnockismus gibt

Wenn er im nächsten Monat seinen Posten als Partei- und Oppositionsführer wahrscheinlich an Labours finanzpolitischen Sprecher, John Smith, abgibt, wird Neil Kinnock - wenn schon nicht als Premierminister - so doch als Politiker in die britische Geschichte eingehen, der aus einer Partei, die aufgrund ihrer besonderen Beziehungen zur britischen Gewerkschaftsbewegung den Charakter einer linken Sammlungsbewegung mit durchaus radikalen Programmpunkten hatte, eine sich konsequent am politischen Zeitgeist ausrichtende sozialdemokratische "Volkspartei" gemacht hat. Seit dem Wahldesaster vor dem Hintergrund des Falklandkrieges 1983 (den auch Labour patriotisch befürwortete) hat Labour so ziemlich alles über Bord

geworfen, was ihrer Meinung nach der "Regierungsfähigkeit" im Wege stand: das Bekenntnis zu einem starken verstaatlichten Wirtschaftssektor, die Beteiligung der Gewerkschaften an der Regierung, die Oppositionshaltung zur EG, einseitige Abrüstung und auch die Offenheit der Partei für radikale Gruppen und Ideen. Statt dessen versucht "New Style Labour" - wie die Sozialdemokratie in anderen Ländern auch - sich als moderate Partei zu profilieren, die für eine ebenso "solide" Finanz- und Wirtschaftspolitik steht wie die Konservativen, zudem jedoch für ein wenig mehr an sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Erneuerung.

Wie in anderen vergleichbaren europäischen Ländern auch, hat sich die britische parlamentarische Linke von den Konservativen die politische Agenda diktieren lassen. Majors Reden von der "Caring Society" macht deutlich, daß die Konservativen zumindest rhetorisch radikale Kehrtwenden vollziehen können, wenn es den eigenen Zwecken dienlich erscheint. Diesem pragmatischen "Chalk and Cheese"-Konservatismus, mit dem die britischen Tories sich dem Typ der europäischen Christdemokraten annähern (die sie erst kürzlich in ihre Reihen aufnahmen), hatte Labour in der Wahl nichts entgegenzusetzen außer einem Flickenteppich zweiter Wahl. Kinnocks Programm eines "Fairer Britain" und sein Aufruf "Vote for a Change" ist alles und nichts zugleich, nur keine Vision und blieb deshalb ungehört. "Warum sollen die Leute für einen Wechsel stimmen, wenn die Regierenden ihn auch selbst herbeiführen können?", lautete im nachhinein die Lehre aus der Auswechselung Thatchers.

Perspektiven oppositioneller Politik

Von den Labour-Bänken im britischen Parlament ging in den vergangenen 13 Jahren noch am allerwenigsten oppositionelle Politik aus. Statt dessen sind es linke Kommunen, die schwarze Bürgerrechtsbewegung und außerparlamentarische Gruppen, die z.B. die Regierung dazu zwangen, die verhaßte "Poll Tax" zurückzuziehen. Auch die IRA, die auf das Wahlergebnis und auf den Verlust des einzigen Sinn-Fein-Sitzes im Westminster mit einem Bombenanschlag in der Londoner City reagierte, muß hierzu gerechnet werden. War doch z.B. die handfesteste Form des Protests gegen die britische Politik im Golfkrieg die der im vergangenen Jahr auf das Kriegskabinett abgefeuerten Mörsergranaten, die bis in den Garten von Downing Street vordrangen.

Ein aufschlußreiches Ergebnis der Wahl ist das Abschneiden von populären Repräsentanten der britischen Opposition, die trotz wachsender Widersprüche für die Labour Party kandidierten. Trotz eines äußerst niedrigen Profils, das die Parteilinke im Wahlkampf einnahm und vor dem Hintergrund massiver Pressekampagnen gegen die "Loony (verrückte) Left", verzeichneten jüngere Sozialisten wie Ken Livingstone (ehemaliger Vorsitzender des Londoner Stadtrats) mit über zehn Prozent, traditionelle Linke wie Dennis Skinner (8,3%) oder Vertreterinnen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung wie Dianne Abbott (9,1%) überproportionale Stimmenzuwächse, während ein Repräsentant des neuen sozialdemokratischen Images wie etwa der Kinnock-Zögling und ehemalige PR-Chef Labours, Peter Mandelson, lediglich magere 3,4% erreichte. Nicht dem Sozialismus wurde eine Absage erteilt, sondern der Sozialdemokratie.

Die sicherlich radikalste Form der Opposition, nämlich die Separation, vertritt heute die schottische "Scottish Nationalist Party" (SNP), die die Kündigung des auf 1707 zurückgehenden Unionsvertrages mit England und die Schaffung eines unabhängigen schottischen Staats auf ihre Fahnen geschrieben hat. Obwohl die SNP mit knapp 22 Prozent recht weit hinter allen Erwartungen zurückblieb, ist sie der Motor der aufgrund der konservativen "Two Nations"-Politik immer stärker werdenden schottischen Autonomiebewegung, die heute von den linksradikalen Fans von Celtic Glasgow ebenso unterstützt wird wie von der schottischen Kirche: über 75% der schottischen Wählerinnen und Wähler stimmten am 9. April gegen die auch in Schottland absolut regierenden Konservativen (obwohl sie lediglich 11 der 72 schottischen Parlamentssitze stellen). Keine 48 Stunden, nachdem das Wahlergebnis feststand, gründete ein breites Spektrum politischer Parteien und Gruppen "Scotland United" eine Initiative zur Durchführung einer Volksabstimmung über die Zukunft der Union.

Ob es die schottischen Nationalisten sind, die nach wie vor militärisch nicht besiegbare IRA, rebellische Kommunen, militante Jugendliche oder schwarze antirassistische Bewegungen - das Vereinigte Königreich zeigt Verfallserscheinungen an seinen Rändern. Auch das seit mehr als 400 Jahren bestehende Institutionengefüge scheint nicht mehr gekennzeichnet zu sein durch die schon sprichwörtliche Stabilität: Die auf Konventionen gebaute Verfassung, das Wahlrecht, die Situation der Menschenrechte, das Justiz- und Polizeisystem, ja selbst die Monarchie stecken heute in einer tiefen Legitimationskrise, die kaum durch die traditionelle Form britischer Krisenbewältigung zu lösen scheint: die Einsetzung einer "Royal Commission".

Bleibt abzuwarten, auf welchen herausgenommenen Stein hin das ganze marode britische Gebäude ins Wanken gerät.

17. Wahlen in Nordirland: Der Krieg geht weiter

Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:30

Für die Menschen in den Six Counties (1) hielt der Wahlkampf zum britischen Unterhaus und das Ergebnis selbst eine neue Perfidie bereit. (2) Sinn Féin Präsident Gerry Adams verlor seinen West-Belfaster Sitz im britischen Unterhaus nicht, weil sich sein stimmenmäßiger Anteil im Vergleich zu den letzten (Europa-) Wahlen verringerte. Adams unterlag scheinbar überraschend gegen seinen Konkurrenten Joe Hendron von der gemäßigt-nationalistischen SDLP (Social Democratic and Labour Party), weil der dritte Kandidat, ein Unionist, fast 40% seiner Stimmen direkt an die SDLP verlor. Joe Hendron gewann deshalb mit knapp 600 Stimmen, obwohl er im katholisch-nationalistischen Lager nichts hinzugewonnen hatte. Zu diesem direkten Stimmentransfer kam es, weil sich anderthalb Monate vor der Wahl ein erschreckendes Wahlbündnis abgezeichnet hatte.

Zum Unterhauswahlbezirk von West-Belfast gehört auch das militant-loyalistische Shankill-Viertel. Dort rief die tonangebende paramilitärische Organisation der Loyalisten, die Ulster Defence Association (UDA), mit dem Slogan, wer den eigenen unionistischen Kandidaten wählt, wählt die IRA, zur Wahl des SDLP-Kandidaten auf. Logischerweise betrieb deshalb auch Joe Hendron zum ersten Mal im Shankill-Viertel aktiv Wahlkampf. Die UDA ist seit den letzten zwei bis drei Jahren gerade in Belfast für die extreme Intensivierung einer Mordkampagne an katholischen Zivilisten verantwortlich. Joe Hendron ließ sich also von Leuten unterstützen, die aus terroristischen Erwägungen im eigentlichen Sinn morgen und übermorgen auch wieder seine WählerInnen erschießen werden.

Das gesamte Wahlergebnis von Sinn Féin in Nordirland liegt im Schnitt der bisherigen Wahlen, seitdem Sinn Féin vor zehn Jahren zu Wahlen in Nordirland angetreten ist. Andere Wahltrends zeigen aber auch in eine entgegengesetzte Richtung. Bei drei kürzlich abgehaltenen Nachwahlen zu den Stadtparlamenten von Belfast und Magherafelt gewann Sinn Féin gegen die Konkurrenten von der SDLP. Sinn Féin stellt deshalb heute die meisten katholisch-nationalistischen Abgeordneten im Belfaster Stadtrat und hat dort die zweitstärkste Fraktion überhaupt. Dem britischen Verhältniswahlrecht und der jeweiligen Wahlkreiszuschneidung ist es deshalb zu verdanken, daß Sinn Féin, obwohl sie in Belfast die zweitstärkste Partei ist, keinen der vier Belfaster Unterhausabgeordneten stellt und auf ganz Nordirland bezogen entsprechend ihrem prozentualen Stimmenanteil keinen anstelle von zwei Abgeordneten im britischen Unterhaus hat.

Im Gegensatz dazu, Unterhaussitze aus politischen Erwägungen nicht anzunehmen, stellt Sinn Féin im großen und ganzen die aktivsten Ratskandidaten in den Six Counties. Sinn Féin wird selbst von ihren politischen Gegnern Respekt für ihre Basisarbeit in den katholischen Ghettos bezeugt. In den Stadt- und Landräten der Six Counties, in denen Sinn Féin aktiv Politik macht, stellt sie deshalb eine wirkliche Alternative zu ihrer sozialdemokratischen Konkurrenz dar, die heute kaum mehr als eine bloße Wahlpartei ist.

Der WählerInnenanteil von Sinn Féin an der katholischen Bevölkerung kann auch nicht, wie es oft bürgerliche Kommentatoren darzustellen versuchen, mit einer direkten Zustimmung oder Ablehnung der IRA gleichgesetzt werden. Trotz längerer Anstrengungen hat es Sinn Féin nicht geschafft, in und um die Partei eine breite anti-imperialistische Bewegung aufzubauen, deren primäres Ziel, ohne sich auf die Mittel festzulegen, das Ende der britischen Herrschaft in Irland wäre. Sinn Féin blieb dagegen bis heute eine Partei, deren WählerInnenschaft in der überwiegenden Mehrheit dem Politikkonzept der IRA zustimmt. Auf der anderen Seite erfreuen sich Aktionen der IRA, die sich z.B. nur gegen die britische Armee richten, einer ziemlich breiten Zustimmung oder Billigung in der gesamten katholischen Bevölkerung; ganz abgesehen davon, daß die reale Legitimität der IRA als Beschützerin und Ordnungsmacht der katholischen Ghettos in den Six Counties von kaum jemandem ernsthaft in Frage gestellt wird.

Eine weitere Folge der Unterhauswahl ist die Ernennung des neuen Nordirland-Ministers Sir Patrick Mayhew (des britischen Direktherrschers) durch John Major. Seinem Vorgänger Peter Brooke konnte zumindest zugute gehalten werden, daß er sich redlich bemühte, den Gesprächsprozeß zwischen allen nordirischen Parteien unter Ausschluß von Sinn Féin wieder in Gang zu bringen. Um dann trotzdem zur Verbitterung der Unionisten durchblicken zu lassen, daß irgendwann, ohne die Vorbedingung eines einseitigen Waffenstillstandes seitens der IRA, mit der republikanischen Bewegung verhandelt werden müßte, um einen wirklichen Frieden zu erreichen.

Dieser Logik wird der neue Nordirland-Minister nicht folgen. Bis vor seiner Ernennung war Mayhew lange Jahre als Generalstaatsanwalt in Nordirland tätig. Dabei bewies er sich nicht nur als IRA-Fresser, sondern sorgte u.a. auch dafür, daß nach der sog. Stalker-Affäre die involvierten Polizeioffiziere, denen die illegale Anwendung der Todesschußpolitik gegenüber 6 unbewaffneten Katholiken nachgewiesen werden konnte, nicht verfolgt wurden. Mayhew gilt als klar pro-unionistisch.

Ob Major mit der Ernennung Mayhews selbst aus seiner Sicht nicht zu weit gegangen ist, wird sich in der näheren Zukunft zeigen. In der Vergangenheit hat eine zu enge Anbindung des englischen Establishments an die Unionisten dessen politischen Spielraum eher verringert und damit tendenziell die Krise verschärft. Vielleicht wollte oder konnte die britische Regierung aber auch nicht anders, als mit einer weiteren Eskalation zu antworten. Vor der Unterhauswahl sprachen sich die Armee, die Royal Ulster Constabulary (RUC) und die Unionisten immer vehementer für die Internierung von potentiellen IRA-Freiwilligen und der Führungskader von Sinn Féin aus. Der entschiedenste Widerstand gegen eine solche Politik kam damals von Brooke, der sie für inopportun hielt. Mit Mayhew allerdings sind nun alle Weichen für die Durchsetzung einer Internierungspolitik gestellt.

Vor den Unterhauswahlen sah es so aus, als ob sich das politische Kräfteverhältnis zu Gunsten der republikanischen Bewegung verschieben könnte: Die IRA intensivierte ihre Kampagne vor allem gegen ökonomische Ziele (z.B. Unternehmen oder städtische Infrastruktur) in Nordirland. Ende Januar legte Sinn Féin einen konkreten Friedensplan vor, der u.a. eine Einbeziehung der UNO oder der EG bei einem mit allen beteiligten Parteien koordinierten Rückzug der Briten aus Irland vorsieht. Es sah so aus, als ob die republikanische Bewegung mit einer Doppelstrategie in die Offensive ging.

Diese Friedensinitiative von Sinn Féin erfolgte nicht nur auf dem Hintergrund, daß diverse europäische Grenzen nach dem Ende des Kalten Krieges neu gezogen werden. Auch in Großbritannien selbst verändert sich einiges. Bei den Unterhauswahlen stimmten über 75% der Schottinnen und Schotten für eine Home Rule (Selbstregierung) oder die völlige Unabhängigkeit von Großbritannien. Politische KommentatorInnnen sind ziemlich unsicher, ob sich die regierenden Konservativen in London weiterhin gegenüber den SchottInnen durchsetzen können. Vor diesem Hintergrund war und ist klar, im Falle solcher Entwicklungen kann Nordirland nicht dahinter zurückbleiben. Allein ihrem Klientel gegenüber sind die unionistischen Politiker verpflichtet, eine weitgehende Unabhängigkeit durchzusetzen. Diese würde wahrscheinlich dem ehemaligen Stormont-System (3) ähneln.

Daß ein solches Parlament und die dazugehörigen Regierungen auf der Grundlage des sektiererischen nordirischen Staates nicht funktionieren, haben die frühen 70'er Jahre gezeigt. Deshalb wurde die britische Direktherrschaft eingeführt und bis heute aufrechterhalten. Wenn sich nun die Unionisten in den nächsten Jahren versucht sehen könnten, ein modifiziertes Stormont-System zu errichten, dann öffnet sich die Tür auch wieder für die republikanische Bewegung, weil die Absurdität eines solchen zum Scheitern verurteilten Ansatzes selbst ProtestantInnen klar werden könnte.

Diese mögliche Perspektive kann aber auch (wie oben schon angedeutet) durch die weitere Militarisierung des Konfliktes, bis hin zu Wiedereinführung der Internierung, zunichte werden. Dieser Frontalangriff auf die republikanische Bewegung bliebe für alle Seiten ein Vabanquespiel. Die IRA wäre einer Internierungspolitik wahrscheinlich gewachsen. Sie besitzt sicherlich nicht nur der Armee unbekannte, augenblicklich ruhende Zellenstrukturen, auch auf ihrer Führungs- und Logistikebene würde sie ausreichend flexibel reagieren können. Viel gefährlicher für Briten, Unionisten und die SDLP ist dagegen, ob eine solch massive Repression, die damit einhergehende Eskalation der Gewalt und das offensichtliche Scheitern konstitutioneller Politik, im katholischen Lager zu einem einschneidenden Einflußverlust der SDLP führen würde.

Alle diese Entwicklungen, auch die Fortschreibung des augenblicklichen Patts, sind möglich. Schwer zu verdauen ist jetzt nach der Wahl, daß eine Lösung noch weiter entfernt zu sein scheint als vorher. Die Menschen in den Six Counties werden deshalb auch übermorgen noch, abgestuft nach Klassen und Religionseinteilungen, weiter unter dem Konflikt leiden - und natürlich auch kämpfen. Jedes Mal, wenn ein weiterer Fünfzeiler in der Morgenzeitung von einer weiteren Toten, einem weiteren Toten berichtet, ist es wieder eine oder einer zu viel.

Dann sollten irgendwann auch die Letzten öffentlich erklären, daß dieser Krieg nur dann ein Ende finden wird, wenn die gesamte republikanische Bewegung an einem Friedensprozeß beteiligt wird.

rat., Hamburg.

Anmerkungen:

1) Synonym für die sechs irischen Grafschaften aus denen 1921/22 gewaltsam Nord-Irland gebildet wurde.

2) Die Wahlanalysen beziehen sich maßgeblich auf die Berichterstattung in den britischen Zeitungen Financial Times, Guardian, Independent, und Times. Auf irische Zeitungen oder republikanische Publikationen hatten wir leider wegen einer Aneinanderreihung unglücklicher Umstände keinen direkten Zugriff.

3) Bis 1972 wurden die Irinnen und Iren in den Six Counties von einem Parlament in Stormont regiert, dessen relativ weitgehende Rechte vielleicht am ehesten mit einer kolonialen Selbstverwaltung verglichen werden konnte.

18. Baden-Württemberg: Oppositionsmonopol für die Faschisten

Rubrik: Wahlen; DVU (Deutsche Volks-Union); Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:32

Den Auftakt für die große Hetzjagd machten Sozialdemokraten. Pünktlich einen Monat vor den Wahlen begann das große Trommeln, der "Aufstand" der sozialdemokratischen Kommunalpolitik gegen das Asylrecht. Am 2. März waren die Zeitungen voll von den Anti-Asyl-Attacken des Münchner Oberbürgermeisters Kronawitter (SPD): "Kronawitter: Raus mit den Scheinasylanten!" (Abendzeitung, München, 2.3.92) Bei der Aschermittwochsveranstaltung der REPs posaunte Schönhuber hinaus, Kronawitter habe die REPs "inzwischen rechts überholt". (Süddeutsche Zeitung, 5.3.92) Seine Frau Ingrid Schönhuber wird über Kronawitter in der SZ zitiert: "Das würden wir uns nicht trauen" (13.4.92).

Kanzler Kohl warf der SPD vor, "undeutsch" zu sein, weil sie angeblich die Abschaffung des Asylparagraphen 16 GG verweigere: "Das ist keine deutsche Politik!" (WamS, 15. März 92). Die Anti-Asyl-Hetze war das absolut dominierende Thema bei allen Wahlkampfveranstaltungen. Die BILD-Zeitung goß auch kräftig Öl ins Feuer und titelte zwei Tage vor den Wahlen: "Die Flut steigt - wann sinkt das Boot" (2.4.92). Der "Landeswahlleiter" der REPs, Leo Thenn aus Pforzheim (wo die REPs mit 18,8% ihren größten Wahlerfolg feierten), wußte sich für die Wahlkampfhilfe zu bedanken: "Geholfen habe ihm bei der Formulierung von Flugblättern und Anzeigen zu Kriminalität, Asyl oder Bedrohung der D-Mark durch ECU die BILD-Zeitung, sagt Thenn. ‚80% unserer Wähler sind BILD-Leser. Denen wird das eingehämmert ...` " (Süddeutsche Zeitung, 15.4.92)

Wie verhetzt nahezu die gesamte Gesellschaft inzwischen ist, belegt das vermutlich sogar wahrheitsgemäße Zitat der baden-württembergischen Nummer Eins der REPs, Rolf Schlierer: "Mittlerweile seien seine Nachbarn im Stuttgarter Guteleuteviertel Killesberg ‚viel radikaler` als er. ‚Die würden sich am liebsten eine Schrotflinte kaufen und damit auf die Asylanten losgehen!` " (taz, 8.4.92) Die Faschisten, dies ist nicht zu leugnen, bewegen sich "im Volk" wie ein Fisch im Wasser.

Inzwischen gilt für die Faschisten, was vor zehn Jahren über die Grünen gesagt wurde: Würden sie einen Besenstiel zur Wahl aufstellen, dann würde auch dieser gewählt. Obwohl die aus Abspaltungen der REPs und dem Großteil der früheren NPD gegründete "Deutsche Liga" den größten Teil der faschistischen Prominenz in ihren Reihen versammelt (darunter in Baden-Württemberg der ehemalige NPD-Vize Jürgen Schützinger und der ehemalige NPD-Boß Martin Mußgnug), erhielt sie mit 0,5% am wenigsten Stimmen unter allen flächendeckend kandidierenden rechtsextremen Parteien (zusammen mit der ÖDP 14,2%).

Die Faschisten im Speckgürtel

Wie schon bei früheren faschistischen Wahlerfolgen, wird auch diesmal sofort nach der Wahl mit dem Schlagwort "Protestwähler" verharmlost. Sofern damit gemeint ist, daß es sich um Protest aufgrund sozialer Benachteiligung handele, dann korrespondiert dies gerade in Baden-Württemberg überhaupt nicht mit der Realität. Baden-Württemberg ist nicht nur das reichste deutsche Bundesland, es waren auch innerhalb Baden-Württembergs die reichen Regionen und insbesondere der "Speck-" bzw. "Wohlstandsgürtel" rund um Stuttgart, wo die Faschisten besonders absahnten. Nun soll keine Ausschließlichkeit behauptet werden; zweifellos gibt es Personen, die ihre eigene, als benachteiligt empfundene soziale Situation mit der rassistischen Hetze verbinden und darausfolgend ihre Stimme für die Faschisten abgeben. Doch charakteristisch für diese Parteien ist, daß sie ihre Wähler quer zu den Klassen, Schichten und sozialen Milieus mobilisieren, eine richtige "Volkspartei" darstellen, die der gemeinsame Haß auf "die anderen" zusammenkittet.

Zum Beispiel Pforzheim: die "rechtsradikalste deutsche Großstadt" (Bild), REP-Anteil 18,8%. Originalton "Badische Zeitung": "Gut lebt sich's hier, gutbürgerlich. Ein gewisser Wohlstand ist auch zusammengekommen. Nichts, was aus dem Rahmen fiele. Nichts, was der Rede wert wäre." (7.4.92) Pforzheim wird auch die "Goldstadt" genannt, da es die Stadt mit dem höchsten Anteil an Millionären in Deutschland ist. "Selbst in Stadtteilen wie Hohenwart, wo laut (OB) Becker ‚alles vom Feinsten ist`, haben 21,4% ‚Republikaner` gewählt". (SZ, 15.4.92) In den letzten Jahren wurde das rechtsradikale Wählerpotential

mit ideologischen Kampagnen herangezüchtet. So die Hetze der CDU gegen eine Städtepartnerschaft mit Guernica, so die langdauernde Kampagne gegen den Bau einer Moschee in Pforzheim.

Neue deutsche "Normalität"

Die FR (7.4.92) schildert aus Stuttgart ein Stück neue deutsche Normalität: "Schlierer (REP-Boß in Baden-Württemberg) sitzt seit einigen Jahren im Gemeinderat der Landeshauptstadt und berichtet, seine Fraktion kooperiere längst aufs schönste mit der CDU und manchmal auch mit den anderen, und der Oberbürgermeister Manfred Rommel habe nach einem Jahr seine ‚Ausgrenzungsstrategie uns gegenüber aufgegeben`." Dazu OB Rommel persönlich: "Ich grüße den Herrn Schlierer und rede mit ihm ..." Und was die Tätigkeit der REPs im Stuttgarter Stadtrat betrifft: "grauslich findet er sie offenbar ebensowenig wie SPD-Stadtrat Matthias Hahn, der das Wirken der Rechten im Kommunalparlament überhaupt ‚nicht bedrohlich` nennt." Stuttgart stellt damit keineswegs die unrühmliche Ausnahme dar: "Aus Kontakten mit Kommunalpolitikern aus anderen Gegenden des Landes hat Hahn den Eindruck gewonnen, daß es dort ähnlich zugeht wie in Stuttgart."

Als ob nichts Ungewöhnliches dabei wäre und unter der unverfänglichen Überschrift "Main-Kinzig: SPD schickt Grünen die Kündigung" berichtet die FR in ihrem Hessen-Lokalteil (31. März 92): im Main-Kinzig-Kreistag war eine rot-grüne Koalition geplatzt, weil die GRÜNEN einem umweltschädigenden Projekt nicht zustimmten. Die Main-Kinzig-SPD stimmte dann ihren Kreis-Haushalt eiskalt mit den fünf Abgeordneten der NPD durch. Erst zehn Tage später bringt die "taz" die "rot-braune Koalition in Osthessen" als solche ans Tageslicht. (10.4.92)

In Hannover durfte die ÖDP im Rat Zünglein an der Waage spielen. Die ÖDP, die von vielen immer noch für eine "harmlose" bürgerlich-ökologische Partei gehalten wird, besitzt zumindest einen faschistischen Flügel. So ging nach dem wahlpolitischen Aufstieg der REPs im Jahr 1989 cirka die Hälfte des ÖDP-Bundesvorstands zu den REPs hinüber, dasselbe gilt für die größere Hälfte der ÖDP-Vorstände in Niedersachsen, Hessen und München. Zwei langjährige ÖDP-Bundesvorständler, Dr. Haverbeck und Dr. Illies, zählen zu den Unterzeichnern des rassistischen "Heidelberger Manifests" (gegen die "Überfremdung des deutschen Volkes") aus dem Jahr 1981. Dr.Haverbeck betreibt das "Collegium Humanum" in Vlotho, wo er des Öfteren Neonazis wie das "Komitee für die Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH) tagen ließ. Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" schreibt über die Sitzung im Rat der Stadt, auf der über die Bürgerbefragung zur umstrittenen Weltausstellung "Expo 2000" abgestimmt wurde: "Nur mit Hilfe des ÖDP-Ratsherrn (...) haben SPD und GABL (Grün-Alternative Bürger-Liste) am Donnerstag im Rat die Expo-Bürgerbefragung duchsetzen können." (20. März 92)

Auch die grüne Partei kennt anscheinend in manchen Städten keine größeren Hemmungen mehr, mit neofaschistischen Parteien in Kommunalparlamenten zusammenzuarbeiten. 1990 wählte eine grüne Stadträtin im bayerischen Starnberg den REP Ernst Röhm (Großneffe des gleichnamigen SA-Führers) mit zum Umweltreferenten. Im Herbst 1991 befand die grüne Fraktion im Stadtteilparlament München-Schwabing einen Abgeordneten der REPs für geeignet für das Amt des Ausländerreferenten (!). In Mühldorf am Inn schlossen die GRÜNEN mit den REPs eine Listengemeinschaft im Kreistag; Begründung: nur so könnten Sitze in Ausschüssen gewonnen werden. Die örtlichen REPs seien "gemäßigt", "die sitzen nur drin und sagen nichts". Der grüne Kreisverband hat den grünen KreisrätInnen inzwischen das Vertrauen ausgesprochen. (Beispiele aus: "ÖKOLINX" Nr. 5, April 92)

Im Bündnis 90 und in der grünen Partei, die z. Zt. über eine Fusion verhandeln, gibt es Bestrebungen um Wolfgang Templin, die in die künftige Vereinigung Bündnis 90/GRÜNE die ÖDP miteinbeziehen wollen. "Der Bundesvorsitzende der ÖDP, Hans Joachim Ritter, zeigte sich zuversichtlich, daß die ersten offiziellen Kontakte zwischen der ÖDP und dem Bündnis 90, die am Rosenmontag in Berlin stattfanden, in ein gemeinsames politisches Bündnis münden könnten." (Süddeutsche Zeitung, 5.3.92)

Die FAZ schreibt über die Situation in Bremen: "Parlamentspräsident Klink (SPD) spricht von einem Normalisierungsprozeß in der Bürgerschaft. Jeder der Deputationen, die von der Bürgerschaft gewählt werden, gehört ein Mitglied der DVU an. Die der grünen Kultursenatorin Trüpel an die Seite gestellte Deputation hat den DVU-Abgeordneten Vorsatz sogar zum Sprecher gemacht." (FAZ, 13.4.92)

Auch auf Landesebene in Baden-Württemberg entfalten sich unter der Decke durchaus schwarz-braune Neigungen in der CDU. Im Enz-Murr-Kreis im nördlichen Schwarzwald haben sich sieben der 23

CDU-Ortsvorsitzenden für Gespräche mit den Republikanern ausgesprochen; bei der CDU-"Telefonaktion" (15.4.-24.4.92: "Welche Partei soll Koalitionspartner der CDU in Baden-Württemberg werden?") sollen "erschreckend viele" CDU-Mitglieder schwarz-braune Koalitionsgespräche gefordert haben (Die Welt, 28.4.92). Doch momentan werden schwarz-braune Ambitionen selten laut geäußert; autoritäre und deutschnationale Positionen sind vorerst in einer Großen Koalition besser aufgehoben: a) kann nur mit Hilfe der SPD die nötige Zweidrittelmehrheit zur Abschaffung des Asyl-Artikels 16 im Grundgesetz erreicht werden; b) verspricht die Einbindung der SPD (und möglichst auch noch der Grünen über Koalitionsangebote) das Regieren ohne Opposition und den nationalen Schulterschluß in einer Phase, da "Blut, Schweiß und Tränen" zum nationalen "Aufbau im Osten" angesagt sind. So befürwortet der Publizist Thilo Koch, früher bekannter Fernsehjournalist (Südwestfunk), in seiner wöchentlichen Kolumne im Lokal-Monopolblatt "Südkurier" 1992 indirekt eine Große Koalition im Sinne des "Gemeinsinns" (Kolumne "Demokratie ohne Gemeinsinn", 16. 4. 92). 1989 wagte er sich noch vor mit der Unterstützung einer schwarz-braunen Koalition (u.a. Kolumne am 30. März 1989: "Experimente mit neuen Koalitionen"). Beide Male rechtfertigt er die Motive rechtsextremer "Protestwähler": 1989, weil mit "Vermummten, Hausbesetzern, Terroristen und Asylanten" zu lax umgegangen würde (23.6.89), und 1992, weil diese Wähler "das ewige Palaver der Koalitionen und Parlamente satt" hätten.

Schwarz-grün: auf zum nationalen Konsens

Beinahe noch schlimmer als die parlamentarische Präsenz der Neofaschisten ist das Wegbrechen jedweder noch so zaghaften parlamentarischen Opposition von "links". Die "taz" titelt zum vorläufigen Scheitern der schwarz-grünen Koalitionsanbahnung: "Mehr Widerstand bei der CDU als bei den Grünen gegen ein Zusammengehen" (28.4.92), um in derselben Ausgabe in ihrem Kommentarteil in die Offensive zu gehen: "Stuttgart war der Auftakt, nicht das Ende für Schwarz-Grün"; "Stuttgart war der Einstieg, der zielstrebiger und reibungsloser ablief als seinerzeit das Einfädeln rot-grüner Koalitionen." Die erklärten Befürworter eines Bündnisses mit der CDU in der grünen Bundespartei sind mittlerweile zahlreich: die niedersächsische Frauenministerin Waltraud Schoppe, der Bündnis 90-Bundestagsabgeordnete Konrad Weiß, das Bündnis 90 in Brandenburg, der Kreisvorstand der GRÜNEN Frankfurt/Main; offenbar größere Teile der grünen Parteibasis in Hessen (FR, 25/26.4.92: "Hessen: Grüne ziehen CDU ins Kalkül"), Teile der GAL Hamburg, u.a. Martin Schmidt, (die "taz"-Hamburg titelte: "GAL: Öffnung zur CDU"), der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Betriebsrat der oppositionellen "plakat"-Gruppe bei Daimler, Willi Hoss. Im baden-württembergischen Landesvorstand gab es keine Gegenstimme gegen die Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit der CDU. Selbst der grüne Bundesvorstandssprecher Ludger Volmer (vom "Linken Forum") bescheinigte im selben Atemzug, in dem er schwarz-grün in Baden-Württemberg ablehnte (weil die "Reformer" in der CDU noch zu schwach seien), dem Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel ausdrücklich, daß dieser "ehrenwert" sei. Rommel hatte am 3. März in der "Hamburger Morgenpost" den Kronzeugen gegen das Asylrecht gespielt: "Ich glaube, wir brauchen doch die Grundgesetzänderung. Ich war lange Zeit dagegen, aber ich bin nun zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht möglich sein wird, die lawinenartige Zunahme der Einwanderungsbewegung ohne Grundgesetzänderung zu bremsen." Ein anderer von den Grünen besonders gelobter CDU-Politiker und Befürworter einer schwarz-grünen Koalition hatte sich im Wahlkampf als Anti-Asyl-Hetzer hervorgetan. "Der CDU-Fraktionsvorsitzende Günter Oettinger rückte Asylanten in die Nähe internationaler Rauschgiftringe, die ‚ein gut funktionierendes Kleindealernetz aufbauen` wollten." (Spiegel, 6.4.92)

Ein besonders peinliches Zeugnis für die grüne Partei ist, daß Hans Filbinger - das personifizierte Symbol der Kontinuität des Faschismus - eine schwarz-grüne Koalition befürwortete. Aus Filbingers reaktionärer Denkfabrik, dem "Studienzentrum Weikersheim", entstammt übrigens auch der oberste REP im Ländle, Rolf Schlierer.

Die letzten zehn Jahre im Rückblick betrachtet, verlief die Entwicklung der grünen Partei rasant. Eine Generation von Akademikern ist für das System zurückgewonnen. Der große nationale Konsens ist hergestellt, der sich widerspiegelt in der "Volksgemeinschaft", die von rechts her zunehmend eingefordert wird. Es ist inzwischen möglich, daß die CSU ein rassistisches Programm präsentiert und die Multikultur verwirft ("da etliche fremde Kulturen weder die dem Christentum, dem Humanismus und der Aufklärung entsprungene Toleranz, noch die für Europa typische Weltoffenheit akzeptierten"; SZ, 24.3.92) und die SPD sie dafür von rechts kristisiert. ("Als ‚diffus` und ‚zahnlos` bezeichnete Glotz die Aussagen zur Ausländer- ... politik. In der Frage der Asylbewerber beschränke sich der Entwurf auf ‚vorsichtige, mit Repräsentanten der Kirchen

vermutlich abgesprochene Formeln` "; SZ, 26.3.92) Es ist möglich geworden, sich von der CDU bis zum grünen Multikultur-Dezernenten Dany Cohn-Bendit auf ein Einwanderer-Sortierungsgesetz bei gleichzeitiger Streichung des Asylgrundrechts zu einigen (taz, 8.4.92: "Cohn-Bendit: die CDU hat recht/Multikulturdezernent für Änderung des Asylrecht-Artikels 16 im europäischen Rahmen"; taz, 10.4.92: "CDU: Cohn-Bendit hat recht"); die Springerpresse fordert ein, daß die Sortierung bei der Einwanderer-Quotierung "im deutschen Interesse" erfolgen müsse ("Gegen Quotierung ist nichts einzuwenden, wenn ... die Interessen Deutschlands zugrundegelegt werden"; Die Welt, 20.3.92), und die CSU, die REPs und der rechtsradikale Mob machen von rechts her Druck auf die "Wahrung von deutschen Interessen". Die formierte Gesellschaft ist auf dem Weg zur Volksgemeinschaft.

Bernhard

19. Umbruch der Parteienlandschaft. Betrachtungen zu den Wahlen

Betrachtungen zu den Wahlen - Von Wolfgang Gehrcke

Autor: Wolfgang Gehrcke · Rubrik: Wahlen; DVU (Deutsche Volks-Union); Republikaner; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:17

Die Landtagswahlen sind gelaufen. Ihre Ergebnisse haben schockartige Reaktionen ausgelöst. Die etablierten Parteien sind ins Tagesgeschäft des Koalitionsgerangel zurückgekehrt. Gründliches Nachdenken über längerfristige Wirkungen eines neuerlichen Umbruches der Parteienlandschaft in Deutschland und Europa bleibt eher die Ausnahme. Und trotzdem - ein solcher ist eingeleitet und wird sich weiter vollziehen.

Anfang der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre vollzog sich ein Aufbrechen der Parteienlandschaft der BRD durch die Herausbildung alternativer Wählerlisten und später der GRÜNEN.

Ein ähnlicher Prozeß vollzieht sich heute durch die politischen Erfolge rechtspopulistischer und neofaschistischer Parteien und Gruppierungen. Es droht eine weitere Verschiebung der politischen Achse nach rechts. Doch bevor eine politische Bewertung vorzunehmen ist, ein Blick auf die Fakten.

In Baden-Württemberg haben rechtspopulistische bis neofaschistische Parteien insgesamt 606.707 Stimmen (=12,3%) erhalten: die Republikaner 538.866 (=10,9%), die NPD 44.399 (=0,9%), die Deutsche Liga 23.259 (0,5%) und die Nationale Offensive 183 (0,0%).

In Schleswig-Holstein erhielten die rechtspopulistischen bis neofaschistischen Parteien insgesamt 111.532 Stimmen (=7,5%): die Deutsche Volksunion 93.302 (6,3%) und die Republikaner 18.230 (1,2%).

Insgesamt stimmten in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg 717.239 WählerInnen für die extreme Rechte. Zum Vergleich: Bei den Landtagswahlen 1988 erhielten die Rechten insgesamt 147.466 Stimmen.

Mit Mythen aufräumen

Durchgehend wurde in ersten Kommentaren der durchschnittliche Rechtswähler als Protestwähler, sozial ausgegrenzt und mehr im ländlichen Milieu angesiedelt, angesehen. Diese Aussage läßt sich nicht oder nur sehr begrenzt aufrecht erhalten. Aus den vorliegenden Zahlen wird deutlich, daß der "typische Rechtswähler" vor allen in drei verschiedenen Sozialgruppen und in unterschiedlichen Milieus auszumachen ist:

- großstädtische Wähler in sozial schwachen Milieus

- WählerInnen in den "Speckgürteln der Großstädte"

- kleinstädtische und kleinbürgerliche Milieus.

Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, daß beide Bundesländer gemessen am Gesamtschnitt eher zu den sozial weniger gefährdeten Bundesländern gehören. Dazu einige nähere Betrachtungen.

In Baden-Württemberg erhielten die Republikaner im Landesdurchschnitt 10,9%: in Mannheim I 12,4 %, Mannheim II 9,8%, Pforzheim 4 18,5 %, Stuttgart I 9,1%, Stuttgart II 9,7%, Stuttgart III 15,2%, Stuttgart IV 13,6%. ("Im Wohlstandsgürtel um Stuttgart wuchs Schönhubers Ernte", FR vom 7.4.1992)

Ähnliche Ergebnisse - mit einer anderen sozialen Schichtung (auch hier liegt der Eindruck nahe, daß ein äußerlich unterschiedliches Auftreten der rechten Parteien unterschiedliche Wähler anzieht) - sind in Schleswig-Holstein für die DVU zu verzeichnen: landesweit erhielt sie 6,3%, in Lübeck Mitte 9,8%, Lübeck Nord 9,3%, Lübeck Süd 8,1%, Lübeck Ost 9,6%, Kiel Ost (Arbeiterviertel) 7,8%, Pinneberg 7,0%.

Ebensowenig läßt sich die These vom "Durchwachsen" rechter WählerInnen aufrechterhalten (SPD - CDU - Republikaner). Weitgehend in gleichen Größenordnungen verlieren SPD und CDU nach rechts. So verlor die CDU "unter dem Strich" 170.000 WählerInnen an die Republikaner. Die SPD 110.000 an Rechtsaußen. Infas kommt zur Beurteilung: "Das wichtigste Reservoir der DVU waren frühere CDU-Wähler in den einfachen städtischen Wohnquartieren."

Völlig unumstritten ist hingegen, daß die Akzeptanz und Bindewirkung von SPD und CDU abgenommen hat (bezogen auf die Wahlberechtigten wählten in Schleswig-Holstein von 100 Wahlberechtigten 57 SPD oder CDU und in Baden-Württemberg 48).

Es scheint für die großen Parteien immer schwieriger zu werden, traditionelles Arbeiter- und Angestelltenmilieu, moderne Schichten des Mittelstandes und Lohnabhängige sowie das "ausgegrenzte Drittel" u.a. unter ein Dach zu bringen.

Dieses Problem traf die SPD Anfang der 80er Jahre von "links" gegenüber den Grünen, die sich bundesweit etablierten, und trifft jetzt SPD und CDU von rechts.

Abzulehnen ist aus meiner Sicht auch die These von der "Denkzettelwahl", suggeriert sie doch, daß mit einer raschen Besserung zu rechnen sei, wenn die großen Bundestagsparteien nur rasch genug ihr Pensum lernen würden. Nur: darauf besteht wenig Hoffnung, und das Problem der neuen Rechten tritt europaweit auf. Für eine längerfristige Existenz dieser Tendenz sprechen die zu Grunde liegenden Problemlagen, die von Infas auf der Basis von Wahlbefragungen wie folgt beschrieben werden:

- Weitverbreitete Verunsicherung, ja Zukunftsängste angesichts drohender Wirtschaftsflaute und sozialer Belastungen; eine Projektion solcher Ängste auf Ausländer; die offen bekundete Bereitschaft, Rechtsparteien als politische Alternative zu sehen sowie Kritik am politischen Stil der etablierten Parteien.

Mit ziemlicher Sicherheit ist das für die Rechten erreichbare Wählerreservoir nicht ausgeschöpft. Dazu einige Gründe:

- Im hohen Anteil von NichtwählerInnen liegt ein Reservoir für rechte Gruppierungen. Dort sind in der Tat Übergänge fließend. Auf diesen Umstand deuten alle Untersuchungen über die Verankerung nationalistischen Ideengutes in der Bevölkerung hin.

- Den rechten Parteien ist ein tiefer Einbruch bei den Jungwählern gelungen. Der "typische Wähler der Republikaner" in Baden-Württemberg ist unter 25, Arbeiter und wohnt in einer Großstadt. Über 20% der unter 25jährigen Wähler in Baden-Württemberg und 15% in Schleswig-Holstein wählte rechts. Die Frauen unter 35 wählten deutlich überproportional grün.

- Noch zeichnet sich das Bild einer zersplitterten politischen Rechten, in konkurrierenden politischen Parteien und das Fehlen einer charismatischen Führerfigur à la Le Pen oder Haider ab. "Noch ..." schreibt die französische Zeitung "Le Monde".

Aufzuräumen ist auch mit der Mär von den "anständigen" und "unanständigen" Rechten. Dieses Bild, bezogen auf sich selbst, versuchen einerseits die Republikaner zu zeichnen, und andererseits wird es von Rechtspolitikern à la Lummer in der CDU aufgebaut.

Vor diesem Hintergrund ist die Feststellung des ND vom 7.4.92, "übereinstimmend wollen die Bonner Parteien weder mit Republikanern noch mit der DVU etwas zu tun haben", zumindest skeptisch zu beurteilen. Präziser dürfte da die FAZ vom 9.4.92 liegen: "Möglicherweise festigt sich rechts von der Union, aber noch im demokratischen Spektrum eine neue Partei, die jene politischen Positionen bündelt, welche in den etablierten Parteien keine Heimat mehr haben. Sie wäre dann im weitesten Sinne national-konservativ zu beschreiben."

Den deutlichsten Kommentar zu den politischen Veränderungen konnte man jedoch dem Handelsblatt vom 7.4.1992 entnehmen: "An den deutschen Wertpapierbörsen werden zum Wochenbeginn deutlich Kurssteigerungen registriert."

Tatsache ist:

- DVU wie Republikaner wollen die Oder-Neiße-Linie nicht als endgültige Grenze anerkennen und

- bauen ihre Hauptpropaganda um die Themenkomplexe "Asylanten, Zigeuner und Juden" auf. (Originalzitat Frey, Vorsitzender der DVU.)

Mit der Begrifflichkeit "ausländerfeindlich" wird das Problem beschönigt. Tatsächlich wird gezielter Haß auf Einwanderer und Asylbewerber bestimmte Nationalitäten entwickelt: Rassismus und Sozialängste.

Für die Linke wird es wichtig sein, zu erkennen, daß sich europaweit ein neuer Typ an Rechtsparteien durchzusetzen beginnt, der ideologisch wie politisch fließende Grenzen zu konservativen und neokonservativen Kräften aufweist. Zu deren Themenbreite gehören durchaus sogenannte "Antiimperalismus- und Antiamerikanismusfragen" (siehe Golfkrieg in der Unterstützung des Irak), Ökologiefragen sowie Industriealisierungskonzeptionen.

Die eigentlichen Wahlgewinner waren nicht die "klassischen" neonazistischen Parteien wie NPD oder MSI (Italien), sondern rechtspopulistische Bewegungen wie Republikaner der BRD, Le Pen in Frankreich, die FPÖ in Österreich und der Lega Lombarda in Italien. Sie werden zum größten Teil von PolitikerInnen geleitet, die aus konservativen Parteien stammen und sich z.T. von denen abgespalten haben.

Der Kampf gegen Rechtsentwicklungen muß diesen Umstand beachten.

Wurzeln der Rechtsentwicklung

Sicherlich gibt es nicht den einen Grund für diese Entwicklung, sondern eher komplexe Themenbündel, die ineinander greifen. Dieser Umstand muß für linke Gegenstrategien bedacht werden. Dazu gehört:

1. der um sich greifende Nationalismus infolge des Zusammenbruches der "realsozialistischen Länder" in Europa und der Auflösung von bislang bestehenden Staaten;

2. die neue "Großmachtrolle" Deutschlands und der deutsche Triumphalismus;

3. das Einsetzen des Ost-West-Konfliktes durch den Nord-Süd-Konflikt und der Versuch, die reichen Zonen Europas gegen die jeweils ärmeren Zonen abzuschotten;

4. das Verdrehen von Geschichte und in diesem Kontext besonders die Relativierung der Verbrechen des Faschismus und die Diffamierung von antifaschistischem Gedankengut.

Das korrespondiert mit:

1. wachsender Verunsicherung und einer real immer destabiler werdenden sozialen und politischen Lage;

2. mit einer Siegermentalität als spezifisch deutscher Variante, nicht nur weiter Teile der Herrschenden sondern auch der Bevölkerung West und einem weiteren Zusammenbruch des Werte- und Selbstbewußtseins der Bevölkerung im Osten.

3. Die Themen der Rechten (Nationalismus, Sozialängste, Asyldebatte, Geschichtslügen) sind durch die großen Bundestagsparteien - vor allem durch die CDU - gesellschaftlich salonfähig gemacht worden. Rechts ist enttabuisiert worden. Der Übergang ist fließend. Als Rechter gehört man gesellschaftlich dazu.

4. Und zu Recht traut man den Herrschenden keine Lösung zu. Aber es gibt auf den genannten Feldern auch keine linken Anknüpfungen, sondern nur linke Gegenpositionen. Es gibt kaum einen fließenden Übergang nach links, mit der Ausnahme vielleicht, daß eine starke Linke die sozialen Interessen vertreten und die herrschende Politik und Arroganz angreifen würde und so vielleicht Unentschlossene binden könnte.

5. Und sicher spielt eine Rolle, daß Erfolg auch Erfolg produziert. Der Wunsch, im Trend zu sein, ist eine spezielle Opportunismusvariante.

Der "neokonservative Block" büßt nach rechts an Führungsfähigkeit ein. Das liegt am "Dilemma" des Neokonservatismus. Er versucht, traditionelle Wertorientierungen - Religion, Familie, Nation - zu bewahren bzw. gegen die Erschütterungen der althergebrachten Ordnung zu restaurieren; sein Mittel dazu ist jedoch die Entfesselung kapitalistischer Dynamik, die ihrerseits die traditionellen Werte und Bindungen zerreißt. Dieses Dilemma zehrt am neokonservativen Konsens mit der fatalen Folge, daß die Neue Rechte erstarkt und die Gefahr einer dauerhaften und einflußreichen ultrarechten bis neofaschistischen Gefahr akut ist. Zum Erstarken einer neuen Rechten trägt auch bei, daß ausgegrenzte Teile der Bevölkerung dem Irrglauben unterliegen, ihren "Standort" gegen den "Ansturm der dritten Welt" verteidigen zu müssen.

Dieser Gedanke spiegelt sich in der FAZ vom 9.4.1992 in der nachstehenden Variante wieder: "Aus soziologischer Perspektive betrachtet, wäre sie wohl ein Sammelbecken für ‚Modernisierungsverlieren`, also für jene, die den Mainstream der politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung in Deutschland als Bedrohung empfinden. Man mag ein Nein zur politischen Union Europas, ein Nein zum Konzept der

‚multikulturellen Gesellschaft`, ein trotziges Beharren auf Familie und Vaterland gegen die mobilitätsbedingte Auflösung traditioneller Bedingungen für wirklichkeitsfern halten. Illegitim ist es nicht, solche Positionen politisch zu artikulieren."

Rückwirkungen

Der sicher noch sehr unzureichende Versuch, eine Analyse der Ursachen für die Wahlerfolge der Rechtsparteien vorzunehmen, macht schlagartig das Dilemma der großen Bundestagsparteien deutlich: Wenn sie tatsächlich und grundlegend die Rechtsgefahr bekämpfen wollten, würde dies eine grundlegende Wende in ihrer Politik erfordern. Dies ist nicht zu erwarten. So ist es schon deprimierend, im "Stern" zu lesen, daß "bei der Party in der Kieler ‚Räucherei` die SPD-Ober-Genossen um Mitternacht freudetrunken zu schunkeln anfingen, als sie erfuhren, daß die Grünen an der Fünfprozenthürde gescheitert waren."

Offensichtlich gehen die Überlegungen in die Richtung, nunmehr im Konsens zwischen CDU und SPD das Asylrecht zu beschneiden und eine entsprechende europäische Lösung zu erreichen, die Verträge von Maastricht gemeinsam zu tragen und, verbunden mit einem "Kassensturz", den sozialreaktionären Kurs zu verschärfen.

Dies erfordert eine starke Einbindung der SPD in die Regierungspolitik durch gemeinsame Gremien und stärkt die Tendenzen in Richtung einer großen Koalition. Wolfgang Thierse, stellvertretender SPD-Vorsitzender, führt dazu aus: "Helmut Kohl hat stets größten Wert darauf gelegt, daß seine Regierung allein die Verantwortung trägt. Wir haben wiederholt unsere Bereitschaft zu Mitverantwortung angeboten und tun es heute erneut. Ohne Gemeinsamkeit der Demokraten, ohne offenen Austausch der Ideen - unter Einschluß der Tarifparteien und anderer - machen wir das Boot nicht flott. Dies wollten uns auch die Wähler am vergangenen Sonntag klarmachen."

Die Installierung einer großen Koalition vor 1994 in Bonn wird aber unweigerlich mit einem Sturz Kohls als Kanzler verbunden sein müssen. (Kohl wird seinen historischen Sieg "Wiedervereinigung" nicht teilen wollen und können, und die SPD kann schwer mit Kohl.) Für einen solchen Kanzlersturz scheint in der CDU weit und breit keine Energie und Kraft vorhanden zu sein und nicht beglichene Rechnungen (Biedenkopf, Geißler, Späth u.a.) erschöpfen sich in "Rand-Unbotmäßigkeiten".

Eine größere Kooperation zwischen der Regierungskoalition und der SPD ist aber deutlich die Hauptlinie, die der Bevölkerung mit "Kassensturz" in "Schweiß" und "Tränen" (Engholm) schmackhafter gemacht wird.

Gleichzeitig geht die traditionelle Rolle der F.D.P als Mehrheitsbeschaffer für die Regierungsbildung teilweise verloren bzw. relativiert sich, auch ein Argument gegen eine rasche große Koalition. Dieser Umstand wird deutlich mit einem Blick auf die Koalition auf Landesebene. Thüringen: CDU/F.D.P, Sachsen: CDU, Sachsen-Anhalt: CDU/F.D.P, Brandenburg: Ampel, Berlin:große Koalition, Mecklenburg-Vorpommern: CDU/F.D.P, Schleswig-Holstein: SPD, Hamburg: SPD, Bremen: Ampel, Niedersachsen: Rot-Grün, Nordrhein-Westfalen: SPD, Rheinland-Pfalz: SPD/F.D.P, Hessen: Rot-Grün, Baden-Württemberg: offen, Saarland: SPD, Bayern: CSU.

Was in diesem Reigen fehlt, ist eine Koalition CDU-Grüne (wenn mensch die PDS in Koalitionsfragen auf Landesebene ausklammert). Allein der noch vor wenigen Monaten undenkbare Umstand, daß die CDU mit den Grünen Sondierungskoalitionsgespräche aufnimmt, und Grüne diese ohne nennenswerten Protest aus ihren Reihen annehmen, signalisiert sowohl Veränderungen in der CDU wie vor allem bei den Grünen.

Diesen Umstand kommentiert die "Welt" am 7.4. wie folgt: "Zum Wahlerfolg der Grünen hat sicherlich auch ihr verändertes Erscheinungsbild beigetragen. Nach Joschka Fischer in Hessen waren mit Rezzo Schlauch und Fritz Kuhn jetzt im Südwesten wieder die Realos erfolgreich. Eine gemäßigtere, pragmatische Haltung gewinnt in der Partei an Boden. Spektakuläre Richtungskämpfe - wie noch auf dem Parteitag in Neumünster im April 1991 - gehören seit dem Parteiaustritt der "Fundis" um Jutta Ditfurth der Vergangenheit an." Und von Konrad Weiß (MdB Bündnis 90) war in der FAZ vom 8.4.1992 zu lesen: "Die Grünen sollten den Mut zur Regierungsbeteiligung gemeinsam mit CDU und F.D.P haben, um somit alternative Politikansätze zu verwirklichen, und um die Republikaner in die Opposition zu zwingen."

Es darf der Umstand nicht unbeachtet bleiben, daß die Grünen ihr Stimmenergebnis in Schleswig-Holstein von 2,9% auf 4,97% und in Baden-Württemberg von 7,9% auf 9,5% verbesserten und dabei wie Infas analysierte, "viel Zulauf von der CDU, etwas weniger von der SPD" erhielten.

Die fast vollständige Koalitionsfähigkeit von Parlamentsparteien und die vollständig fehlende Kandidatur auch linker Kräfte (Ausnahme: Baden-Württemberg DKP = 794 Stimmen = 0,0 %, allerdings trat sie real nur in Mannheim-Heidenheim an) mag auch manchen (? = unbestimmte Größe) in die Nichtwählerschaft getrieben haben.

Resultat

1. Die Parteienlandschaft der BRD ist mit einem vorherrschenden Zug nach rechts in Bewegung gekommen.

2. Es wachsen Tendenzen zu einer engen Zusammenarbeit von CDU/CSU, F.D.P und SPD bis zu den Möglichkeiten einer großen Koalition.

3. Auf der Rechten etablieren sich Parteien auch parlamentarisch neben den Konservativen. Ein neuer Typ an Rechtsparteien entsteht europaweit.

4. Die Linke muß effektive Widerstandsformen herausbilden, die an den politischen, sozialen und sozialpsychologischen Wurzeln der Rechtsentwicklung ansetzen.

Wolfgang Gehrcke ist Bundesgeschäftsführer der PDS

20. REPs und DVU: Nazis und Neonazis

Rubrik: DVU (Deutsche Volks-Union); Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:16

Mit dem Sturz des SPD-Kanzlers Schmidt und dem Antritt Kohls 1983 wurde im rechtsradikalen Spektrum die Diskussion um eine neue rechtsradikale Sammlungspartei wieder intensiviert. Im Verlauf der Jahre kristallisierten sich dabei vor allem die Republikaner und die Deutsche Volksunion (DVU) als die beiden aussichtsreichsten Gruppierungen heraus.

1983 - etwa parallel zur Regierungsübernahme durch Helmut Kohl - gründeten die ehemaligen CSU-Abgeordneten Handlos und Voigt mit dem Journalisten Schönhuber (Verfasser des Waffen-SS-Bekennerbuches "Ich war dabei") die Partei der Republikaner, die in ihrer Anfangszeit eindeutig bayernlastig ausgerichtet war.

Erst seit 1985 aber, als Schönhuber seine Gründungspartner erfolgreich verdrängt hatte, war die Partei handlungsfähig. Der groß angelegte Triumph bei den bayrischen Landtagswahlen 1986 blieb ihr aber versagt. 3,0% reichten ihr nicht zum Einzug (auch wenn die Verhältnisse in Bayern aufgrund der separaten Auszählung in den Regierungsbezirken etwas komplizierter sind) in den Landtag. In der Folgezeit beteiligten sich die REPs an mehreren Wahlen, wobei sie in den meisten Fällen in Konkurrenz zum DVU/NPD-Bündnis antraten.

Dieses Bündnis DVU/NPD (in der Zwischenzeit wieder aufgelöst) stand ganz unter der Vorherrschaft des Gerhard Frey, der die gesamte Finanzkraft seines rechtsradikalen Pressekonzerns einbrachte. Das Bündnis sah vor, daß jeweils eine der beiden Gruppen kandidieren sollte und von der jeweils anderen unterstützt würde. De facto hat Frey den organisatorischen Apparat der NPD dort benutzt, wo die DVU antrat, während umgekehrt die Unterstützung der NPD durch die DVU sich sehr in Grenzen hielt. Basis für die Zusammenarbeit war die Tatsache, daß mit der "Nationalzeitung" und der "Deutschen Wochenzeitung" die beiden zentralen Blätter des organisierten traditionellen Rechtsradikalismus in Freys Besitz sind. Während die Erfolge der DVU in Bremen diesen Einfluß weiter festigten, zerfiel die NPD Ende der 80er Jahre nahezu zur Handlungsunfähigkeit. Abspaltungen zu den REPs, Bankrott und die Abspaltung der "Deutschen Liga" Anfang 1991 markieren diesen Weg in die Bedeutungslosigkeit.

Speziell für die Berliner Wahlen liegen detaillierte Analysen der REP-Wählerschaft vor. Überdurchschnittlich vertreten sind dabei Männer, Erstwähler und Personen über 50 Jahre; das Wählerpotential der REPs und der SPD deckten sich in vielen Punkten (überdurchschnittliche REP-Erfolge in klassischen SPD-Hochburgen wie Wedding, Neukölln und Reinickendorff. Beengte Wohnverhältnisse und relativ geringe Schulbildung korrellierten am stärksten mit den REP-Erfolgen. Dabei waren die Wähler der REPs selbst kaum von Arbeitslosigkeit bedroht oder lebten in Vierteln mit starkem Ausländeranteil.

Auch wenn im einzelnen die Propaganda der beiden Gruppierungen sich kaum unterscheidet, werden sie doch von den Behörden unterschiedlich beurteilt. So wird die DVU eindeutig als rechtsextremistisch eingestuft, während die Republikaner als die angeblich "gemäßigtere" Gruppierung lediglich der Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterliegt.

ES, Hamburg

1986:

Bayern

REPs 3,0%

NPD/DVU 0,5%

Keine Beteiligung der REPs in Hamburg

NPD/DVU 0,7%

1987:

Rückzug der REPs von den Bundestagswahlen

NPD 0,6%

Rückzug der REPs von den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

NPD 0,8%

Bremen

DVU 1,2%

in der Bürgerschaft mit einem Ergebnis unter 5% wegen des besonderen Wahlrechts in Bremen

Hamburg

NPD/HLA 0,4%

1988:

Baden-Württemberg

REPs 1,0%

NPD/DVU2,1%

Schleswig-Holstein

REPs (ohne Wahlkampf)0,6%

NPD/DVU 1,2%

1989:

Westberlin

REPs 7,5% (ohne Konkurrenz durch DVU/NPD)

Europawahl

REPs 7,1%

DVU/NPD 1,6%

(Bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg ziehen die REPs in fast alle Rathäuser ein)

1990:

Berlin (Gemeinsamer Senat für West- und Ost-Berlin)

REPs 3,5%

Bayern

REPs 4,8%

1991:

Bundestagswahl

REPs 2,1%

NPD 0,3%

21. Eintagsfliegen oder deutsche Normalität? Rechte Erfolge bei den Landtagswahlen

Rubrik: Wahlen; DVU (Deutsche Volks-Union); Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:18

10,9% (plus etwa 2% für sonstige rechtsradikale Parteien) für die Republikaner in Baden-Württemberg, 6,3% für die DVU (plus 1,2% für die REPs) in Schleswig-Holstein. Im Herbst 91 6,18% für die DVU in Bremen/Bremerhaven: Rechts ist in, wie seit Ende der 60er Jahre nicht mehr.

Wären heute Bundestagswahlen, so die berühmte Gretchenfrage der Meinungsforschungsinstitute, so erhielten lt. BILD vom 12.4.92 entsprechend einer FORSA-Umfrage die REPs etwa 6%; weitere 6% könnten sich vorstellen, ebenfalls rechtsradikal zu wählen. Interessant dabei: In der ehemaligen DDR würden heute nur etwa 2% der Wähler rechtsradikal wählen.

Jenseits allen Geschreis von der Denkzettelwahl, der noch nicht festen Bindung an die rechtsradikalen Parteien und der Protestwahl, zeigt eine Analyse der Wähler eine Fortsetzung der Linie, die vor der deutschen Vereinigung speziell bei den Wahlen in Westberlin und der Europawahl 1989 deutlich zutage getreten ist: Wähler der rechtsradikalen Parteien sind vor allem Männer, relativ wenig in der Altersgruppe zwischen 25 und 45, überdurchschnittlich viel unter 25 Jahre und über 45, vor allem auch Rentner. Bei den unter 25jährigen erzielten die REPs in Baden-Württemberg annähernd 20%, die DVU in Schleswig- Holstein etwa 15%. Speziell die Republikaner in Baden-Württemberg sprechen ganz unterschiedliche Milieus an: zum einen großstädtische Wähler im sozial schwachen Milieu, andererseits kleinstädtische und kleinbürgerliche Wähler im "Speckgürtel" der Eigenheimwüsten der Großstädte.

Gewonnen haben die Rechten (REPs wie DVU) nicht nur von der CDU, sondern auch von der SPD. In Schleswig-Holstein waren die Wanderungsbewegungen mit 30.000 von der SPD zur DVU sogar doppelt so hoch wie die von der CDU zur DVU. In Baden-Württemberg wanderten 110.000 Wähler von der SPD zu den REPS, etwa 140.000 von der CDU zu den REPs. Diese Wanderungsbilanz entspricht in etwa der von den Berliner Wahlen 1989, wo die Einbrüche der REPs ebenfalls in SPD-Hochburgen besonders hoch waren.

Vier Tendenzen, so INFAS, träfen aufeinander:

1. Eine weitverbreitete Verunsicherung, ja Zukunftsängste angesichts drohender Wirtschaftsflaute und sozialer Belastungen, die zu heftiger Konkurrenz um knappe Güter, um Arbeitsplätze und Wohnungen führen.

2. Eine Projektion solcher Ängste auf das Ausländer- und Asylproblem.

3. Die offen bekundete Bereitschaft, Rechtsparteien als politische Alternative zu sehen und

4. Kritik am politischen Stil der etablierten Parteien und ihrer Repräsentanten.

Wie der Verfassungsschutz-Präsident Werthebach der FR in einem Interview mitteilte (DFR, 8.4.92), sei die DVU seit mehreren Jahren "im Aufwind", und dieser Aufschwung sei durch die Vereinigung vorübergehend unterbrochen worden. Seitens des VS sei schon seit längerer Zeit darauf hingewiesen worden, daß sowohl mit der Asylfrage, aber auch mit der EG-Frage der DVU ein Politikfeld erwachse. In "simplifizierender Weise" sei von der DVU die Wohnungs-, Arbeitslosen-, Kriminalitäts- und Sozialprobleme mit der Zuwanderung von Asylbewerbern verquickt worden.

Auch die REPs haben nahezu gleichlautend diese Komplexe thematisiert. Neben der ausländerfeindlichen Propaganda versuchen sie, sich als "DM-Partei" (gegen ECU) zu profilieren, propagieren sie ein "blockfreies, bewaffnetes Deutschland" und fordern für die "ostdeutschen Provinzen Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen" eine Autonomie.

Nachdem es die letzten beiden Jahre so ausgesehen hatte, als sei ihnen durch den Prozeß des Zerfalls des RGW und die deutsche Vereinigung sozusagen das Wasser abgegraben worden, scheinen heute ihre Handlungsmöglichkeiten besser denn je. Ob dabei die REPs oder die DVU letzten Endes überleben werden, ist noch nicht ausgemacht. Mensch wird sich aber darauf einstellen müssen, daß auf der rechten Seite der Parteienlandschaft - ähnlich wie in den europäischen Nachbarländern - sich eine neue Kraft herausbildet, die

mit einer Mischung aus Rassismus/Ausländerfeindlichkeit, nationalem Wohlstandschauvinismus, Politikverdrossenheit und dem Ausnützen von sozialen Friktionen einen nicht unerheblichen Teil der Wählerschaft bis hin zu den 15% mit geschlossen rechtsradikalem Weltbild an sich binden könnte, wie schon Anfang der 80er Jahre die Sinusstudie feststellte.

ES, Hamburg

22. "Drahtzieher im Braunen Netz". Buchbesprechung

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:33

Bücher über faschistische und/oder rechtsextreme Organisationen und Entwicklungen sind nicht eben selten. Vor einigen Wochen ist ein weiteres hinzugekommen, daß sich in einigen Gesichtspunkten von der Mehrzahl der Angebote auf diesem Teilmarkt der Buchproduktion abhebt.

"Drahtzieher im Braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP", geschrieben nach mehrjähriger Recherche von autonomen Antifaschisten aus der BRD und der Ex-DDR (sicherlich eine Premiere), beschäftigt sich mit dem militanten Teil der vereinigten deutschen Faschisten und liegt damit etwas quer zu den Gewohnheiten der im allerweitesten Sinn antifaschistischen Publizistik: In der Regel hechelt diese den Trends der Tagesaktualität hinterher. 87 "Republikaner", 90/91 "Rechtsradikalismus in der ehemaligen DDR", Winter 91/Frühjahr 92 "Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit" - bei PolitologInnen, SoziologInnen, PädagogInnen, SozialpsychologInnen und anderen mehr oder weniger kenntnisreichen AutorInnen bleiben dabei oft Daten und Fakten auf der Strecke.

Daran mangelt es diesem Buch keineswegs. Auf 125 Seiten reiht es sich ein in die oft abschätzig "Fahndungs-Antifaschismus" genannte Tradition des "Wer-mit-wem in der Faschisten-Szene". Die Gründlichkeit, mit der das hier passiert ist, verleiht dem "Handbuch" (wie es sich selber nennt) durchaus den Charakter eines Standardwerks. SpezialistInnen - und solche, die es werden wollen - werden das zu schätzen wissen. Zu dem Ziel, durch Veröffentlichung die Bewegungsmöglichkeiten von Faschisten einzuengen, kann es - auch im Zusammenhang mit dem Film "Wahrheit macht frei" und der Publikation von Mitgliederlisten ("Kühnens Notizbuch") - sicherlich beitragen.

In den verschiedenen Kapiteln werden dabei Tendenzen und Veränderungen der jahrelang stark zersplitterten militanten Faschistenszene sichtbar, die wichtig für antifaschistische Strategiebildung sein können.

"Revisionismus" und faschistische Konsensbildung

Ausgangspunkt der Untersuchungen ist die Betrachtung der "revisionistischen" Bemühungen in den letzten Jahren. Die "Auschwitzlüge" hat, so die Autoren, für organisierte Nazis aller Strömungen mehrere wichtige Bedeutungen bekommen:

- "revisionistische Tagungen" dienen dazu, über die sich ehemals distanziert gegenüberstehenden Lager hinweg Kontakte zu knüpfen, sich auch international organisatorisch zusammenzufinden;

- sie bilden die Gelegenheit, ideologische Differenzen durch die Herausbildung inhaltlicher Gemeinsamkeiten zu verringern, sozusagen einen faschistischen Grundkonsens herzustellen;

- immer mehr ähnelt dieser Prozeß der Geschichts"aneignung" dem, was wir aus der "Historikerdebatte" für das bürgerliche Lager kennengelernt haben; mehr noch: das faschistische Leugnen der Vernichtung erscheint als konsequente, radikale Fortführung des bürgerlichen Relativierens der Shoah.

Nazis formieren sich

Gleichzeitig, so ein weiteres Kapitel des Buches, ist zu beobachten, daß die verschiedenen Fraktionen des organisierten Faschismus stärker zusammenrücken. Vor allem die "Großveranstaltungen" wie die Aufmärsche in Wunsiedel zum Grab von Rudolf Heß seit mehreren Jahren, der "Trauermarsch" für Rainer Sonntag im Juni 91 in Dresden, aber auch andere Nazi-Aufläufe v.a. in der Ex-DDR mit (mittlerweile) Teilnehmerzahlen, die regelmäßig in die Tausende gehen, bilden Gelegenheiten für gemeinsame Aktion. An solchen Beispielen wird deutlich, daß im Lager der militanten Nazis sich ein Trend zur "Arbeitsteilung" durchzusetzen scheint, der die langjährige Zerstrittenheit (zumindest oberflächlich) ablöst. Gleichzeitig sind diese Demonstrationen auch Gelegenheiten zu Treffen der verschiedenen Führungspersönlichkeiten. Ob in Wunsiedel, Dresden, Halle (oder auch beim Revisionistentreffen in München): die "Prominenz" ist versammelt.

Vor allem (der mittlerweile verstorbene) Michael Kühnen (an dessen offenem Bekenntnis zu "deutscher Homosexualität" sich die militante Fascho-Szene vor Jahren tief gespalten hatte) scheint es in den letzten Jahren geschafft zu haben, die verfeindeten Gruppen wieder zusammenzubringen. Nach den hier

wiedergegebenen Recherchen von Antifaschisten bildet die von ihm geschaffene "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" eine den Einzelgruppen übergeordnete, mehr oder weniger verdeckt arbeitende Kaderorganisation. Sie koordiniert - v.a. seit der deutschen Vereinigung - die Aktivitäten der unterschiedlichen Organisationen, mit einer Schwerpunktsetzung auf der Rekrutierung in der Ex-DDR. Bei der genaueren Untersuchung der Vielzahl von neuen Nazi-Gruppen, so wird im Buch deutlich, klärt sich die scheinbare Unübersichtlichkeit auf: die meisten ihrer Führungskader sind in der "GdNF" organisiert; angeleitet wurde ihre Gründung planmäßig von West-Nazis, die es auf Grundlage der Leitlinien von Kühnens "Arbeitsplan Ost" schnell geschafft haben, die Ex-DDR-Nazis in straffe Organisationen einzubinden.

Die halblegale "GdNF" aber hat darüberhinaus v.a. den Zweck, auf eine Aufhebung des NSDAP-Verbots hinzuarbeiten und in der Zwischenzeit Strukturen zu schaffen, die eine Wiedergründung vorbereiten: sie soll der künftige Kern einer faschistischen Massenpartei werden, die - im Unterschied zum Beispiel zu "Republikanern", DVU oder auch NPD - offen und direkt an die 1945 verbotene NSDAP anknüpft.

Kühnen hatte es dabei nicht nur geschickt verstanden, immer wieder in den Medien ins Gespräch zu kommen, er hatte es auch geschafft, an internationalen Netzen mitzuknüpfen, die Organisationen und Personen der verschiedenen faschistischen Strömungen - von den Schlägern der Nazi-Skin-Gruppen bis zu den Professoren der Auschwitzlüge - in "gute" Verbindungen miteinander brachten. Sollten diese Netze so stabil sein, wie es die Autoren beschreiben, dann dürfte es im übrigen auch egal sein, wer in der nächsten Zeit die Nachfolge Kühnens, als "Führer"figur im engeren Sinn, antritt, da Strukturen existieren, die unabhängig von einzelnen Personen funktionieren.

Militanter Faschismus hat Zulauf - und die bürgerliche Gesellschaft?

Deutlich wird, daß schon vor der Wiedervereinigung, vor allem aber danach - und nicht nur auf dem Gebiet der Ex-DDR - ein Mobilisierungsschub stattgefunden hat. Jung- und Altnazis, Nationalrevolutionäre, Neue Rechte, faschistische "Veteranen" und militante Gruppen rücken auch international nicht nur näher zusammen, es gelingt ihnen zunehmend, die vorhandenen Potentiale effektiver an sich zu binden und organisiert aktiv zu werden.

Unübersehbar und vom Autorenkollektiv des Buches auch immer wieder erwähnt ist, daß Kernbestandteile faschistischer Ideologie - Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus - in dieser Gesellschaft weit verbreitet sind (um es vorsichtig auszudrücken). Wie diese Tatsache jedoch mit dem Zulauf zu militantem Faschismus vermittelt ist, bzw. wie die Autoren von "Drahtzieher ..." sich dies erklären, darüber gibt der Recherche-Abschnitt wenig Auskunft. Auf den 30 Seiten von Nachwort und Resümee beschäftigen sie sich dafür ausschließlich mit dem "gesellschaftlichen Ruck nach Rechts" (S. 129) und seinen Gründen, sowie natürlich mit antifaschistischen Gegenstrategien.

An dieser Stelle zeigt sich, wie wenig die linksradikale antifaschistische Diskussion seit den ersten großen Wahlerfolgen rechtsradikaler Parteien 1987 weitergekommen ist. Einige Anmerkungen mögen dies verdeutlichen, auch wenn sie keineswegs die Debatte ersetzen können.

Völlig ungetrübt von den verschiedensten Ansätzen aus den letzten Jahren wird im Zusammenhang mit Rassismus davon gesprochen, daß "Medien" und "Bundesregierung" "die Gefahr der Invasion aus den armen Ländern" beschwören, "um so einen Blitzableiter für die soziale Unzufriedenheit vieler Menschen im zusammengeschlossenen Deutschland zu schaffen" (S. 130). Nachdem erst über 125 Seiten hinweg beschrieben wurde, wie bewußt Faschisten vorgehen und wie sie geschult werden - und womit -, taucht plötzlich wieder die These auf, daß Rassisten gar keine Rassisten seien, sondern "sozialer Unmut" sich einen "Sündenbock" (S. 131) gesucht hätte. Und selbst wenn die Autoren feststellen müssen, daß es mit der "sozialen Armut" im Westen noch nicht so weit ist, dort aber trotzdem 75% aller rassistischen Angriffe stattfinden, konstatieren sie, daß die Bevölkerung auf sich abzeichnende soziale Verschlechterungen mit verstärkt geäußertem Rassismus "reagiert" (S. 131). Mit diesen Thesen aber ist das autonome Kollektiv schon gefährlich nahe an einer Entschuldigung für Rassismus: wenn's den Leuten an den Geldbeutel geht, dann schlagen sie Fremde - etwas anderes scheint gar nicht drin. Auf diesem Hintergrund bekommen auch die genauen und informativen Recherchen einen seltsamen "Beigeschmack": hat mensch während des Lesens manchmal das Gefühl, das faschistische Netz sei schon allgegenwärtig und -mächtig, wird die Nazi-Mobilisierung jetzt völlig relativiert.

Konsequent passen auch die Vorschläge für Antifa-Strategien zu diesem Konzept der Bevölkerung, die nicht wirklich rassistisch usw. usf. ist, sondern viel eher als verführt erscheint. Wir, d.h. lokal, regional und bundesweit (S. 142) organisierte AntifaschistInnen, müssen zwar weiterhin bzw. wieder/neu antifaschistische Selbstschutzstrukturen aufbauen, aber gleichzeitig "mit den Menschen zusammen" "eine Alternative entwickeln" (S. 147). Wie diese aussehen könnte, welche Positionen dabei unabdingbar wären, wird nicht gesagt; bemängelt wird allerdings, daß "Menschen schnell in die vorbereitete Schublade gepackt" werden: "Fascho oder Sexist, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, sich mit der sozialen Wirklichkeit der Leute näher auseinanderzusetzen" (S. 148).

Sicherlich hat das antifaschistische Autorenkollektiv recht, daß linksradikaler, autonomer Antifaschismus mehr sein muß, als gelegentlich einigen Skins was auf die Rübe zu geben. Aber Auseinandersetzungen mit sozialen Wirklichkeiten haben da ihre Grenzen, wo faschistische Ideologiestrukturen zum Grundbestand einer Gesellschaft gehören, die wir bekämpfen.

kla./Gruppe K, Hamburg

Drahtzieher im Braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs Berlin. Berlin/Amsterdam (Edition ID-Archiv)

1992. 172 S., 20 DM

23. NPD-Erfolge 1965 bis 1969

Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:19

Da in der Diskussion um die jüngsten Wahlerfolge der Rechtradikalen immer wieder an die NPD-Erfolge der späten 60er Jahre erinnert wird, hier eine kurze Übersicht über diese Entwicklung.

In den Jahren 1965 bis 1969 erzielte die NPD die besten Wahlergebnisse des Rechtsextremismus seit Gründung der BRD. Kam sie 1965 mit 2,0% noch nicht in den Bundestag, so erzielte sie in den Jahren darauf in den Landtagswahlen aufsehenerregende Wahlergebnisse:

1966: Bayern 7,4%, Hamburg 3,9%, Hessen7,9%

1967: Bremen 8,8%, Niedersachsen 7,0%, Rheinland-Pfalz 6,9%, Schleswig-Holstein 5,8%

1968: Baden-Württemberg 9,8%

1969: Bundestag 4,3%

1970: Bayern 2,9%, Hamburg 2,7%, Hessen 3,0%, Niedersachsen 3,2%, NRW1,1%, Saarland 3,4%.

Für die Bundestagswahl 1969 waren von den Wahlforschungsinstituten der NPD anfänglich 10 bis 15% der Stimmen prognostiziert worden, eine Zahl, die vor der Wahl nach unten auf 6-8% korrigiert wurde. 1969 war der Wahlkampf der NPD starken antifaschistischen Protesten ausgesetzt und wurde von Seiten der NPD mit ihrem berüchtigten Ordnerdienst äußerst militant bis zum Schußwaffengebrauch geführt.

Wie die Aufstellung zeigt, verlor die NPD nach dem knappen Scheitern an der 5%-Hürde bei den Bundestagswahlen 1969 in allen darauffolgenden Landtagswahlen ihre Mandate. Der Niedergang der NPD als parlamentarischer Partei darf aber keineswegs nur auf ihr Scheitern 1969 zurückgeführt werden, sondern auf die Veränderung der politischen Landschaft in den 60er Jahren.

Ihre Erfolge erzielte die NPD in den Jahren der großen Koalition, der beginnenden sogenannten Entspannungspolitik (in den Augen der NPD der "nationale Verrat" der CDU an den "deutschen Ostgebieten" etc.). Ihre Wähler waren zumeist Männer, mit deutlichem Übergewicht in den älteren Altersschichten, überwiegend protestantisch, Vertriebene, der sogenannte Besitzmittelstand und die neuen Mittelschichten. In der Arbeiterschaft waren es zumeist gewerkschaftlich nicht gebundene Teile. Die regionalen Schwerpunkte in Mittelfranken, Oberhessen, im östlichen Niedersachsen und in Schleswig-Holstein zeigten deutliche Parallelen zur NSDAP vor 1933 auf.

In dem Moment als die sozialliberale Koalition 1969 zustande kam und die CDU/CSU - wie Strauß es formulierte - die "nationale Fahne wieder höher trug", wurden die der CDU verloren gegangenen Wählerschichten wieder in das Unionslager integriert.

In den Jahren nach 1971 konnte die NPD nie wieder an diese Mobilisierungen anknüpfen. Ihre Mitgliederzahl sank immer weiter ab, während gleichzeitig die aktivsten Neonazis zum großen Teil in das rechtsterroristische Lager abwanderten. Ihre Wahlergebnisse lagen fast immer unter 1%, meist nicht höher als 0,3%. Erst Mitte der 80er Jahre, im - mittlerweile wieder aufgelösten - Bündnis mit der DVU des Gerhard Frey schien es für die NPD wieder eine politische Perspektive zu geben. Doch die Erwartungen erfüllten sich für die NPD nicht. Durch Abwanderungen zu den Republikanern geschwächt und durch innere Querelen nahezu handlungsunfähig, kam es 1991 zum offenen Bruch: Wesentliche Teile um den ehemaligen Vorsitzenden Mußgnug bildeten die "Deutsche Liga für Volk und Vaterland" (Der Name "Deutsche Allianz" war ihr von der gleichnamigen Versicherung verboten worden), der Rest sammelte sich um den Weinheimer Günther Deckert (ehemals Studienrat). Beide Teile - Liga wie Rest-NPD - scheinen zur Zeit auf Wahlebene keine Rolle zu spielen. Um den offenen Platz am rechten Rand des Parteienspektrums schlagen sich zur Zeit DVU und die Republikaner.

ES, Hamburg

24. Auf dem rechten Auge blind. Wie geht die Justiz mit rechten Gewalttätern um?

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechtsradikale, Neonazis; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:08

Nach den gehäuften Anschlägen auf ImmigrantInnen und Flüchtlingsunterkünfte war von offizieller Seite seit 1990 immer wieder ein energisches Durchgreifen angekündigt worden. Betrachtet mensch die Urteile, die in diesem Zusammenhang gefällt wurden, so fällt auf, daß die Richter mal eine harte und mal eine weiche Linie verfolgen und sich dies dementsprechend in den Urteilen widerspiegelt. So wurden z.B. Brandanschläge auf Flüchtlingsheime bestenfalls noch als versuchte schwere Körperverletzung abgeurteilt.

Mehrheitlich wurde der oft vorhandene rechtsradikale Hintergrund der Angeklagten während der Verhandlungen ausgeblendet und so die Tatsache, daß die Bereitschaft Gewalt anzuwenden, häufig eben einen organisierten Hintergrund hat, ignoriert. Statt dessen wurden die Gewalttätigkeiten als spontane Äußerung frustrierter oder alkoholisierter Jugendlicher gewertet.

Zu Haftstrafen bis zu 15 Monaten wurden acht Neonazis verurteilt, die im Mai 1991 in Zittau ein Heim mit Ferienkindern aus Tschernobyl überfallen hatten. Die Angeklagten wurden der gefährlichen Körperverletzung, des schweren Landfriedensbruchs, der Volksverhetzung und des Tragens verfassungsfeindlicher Symbole für schuldig gesprochen. Das Gericht blieb unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft. Zwei Männer waren zur Tatzeit Mitglieder der Republikaner. Das Gericht begründete das Urteil u.a. so: "dies sei kein politischer Prozeß gewesen", "die Gruppe sei stark alkoholisiert gewesen und wollte Gewalt gegen Sachen und nicht gegen Personen ausüben". (taz, 12.11.91)

Das Amtsgericht Euskirchen verurteilte drei Männer wegen Landfriedensbruch zu Geldstrafen (anderthalb Monatsgehälter). Die Männer hatten im Juli 1990 das Flüchtlingsheim in Metternich mit Raketen und Knallern beworfen und eine Flüssigkeit vor den Eingang geschüttet mit den Worten: "Ich zünd euch jetzt die Bude an". (taz, 9.11.91)

Das Recklinghausener Landgericht verurteilte sechs Skinheads wegen versuchter schwerer Brandstiftung in Tateinheit mit versuchter schwerer Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen ein und vier Jahren. Zwei Angeklagte wurden sofort verhaftet, bei vier Mittätern wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Drei hatten Steine und einen Molotowcocktail in eine Moschee geworden.

Alle zusammen hatten am 1.12.90 in ein Hertener Flüchtlingsheim Steine und Molotowcocktails geworfen. Mindestens ein Angeklagter war seit Jahren in der rechtsradikalen Szene in Recklinghausen aktiv. Skins, Reps, FAPler und diverse andere Nazis verfolgten im Zuschauerraum den Prozeß. Aus der Urteilsbegründung: "Passiert ist zum Glück der Angeklagten nicht viel", die "Antriebsfeder sie der Ausländerhaß" gewesen, eine "äußerst verwerfliche Motivation" - ansonsten glaubte die Kammer, daß die Verurteilten "keine Gewalttaten gegen Ausländer mehr begehen werden". (taz, 4.12.91)

Das Trierer Jugendschöffengericht verurteilte fünf rechtsradikale Skinheads wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen zehn Monaten und einem Jahr und neun Monaten. Bei drei Angeklagten wurden die Strafen zur Bewährung ausgesetzt. Die Skinheads hatten zwei Fahrgäste, die sich schützend vor zwei Schwarze gestellt hatten, brutal zusammengeschlagen. (taz, 4.12.91)

Im ersten Prozeß wegen der Pogrome von Hoyerswerda im September 1991 wurde ein DVU-Anhänger vom Kreisgericht in Bautzen zu 15 Monaten Jugendhaft verurteilt. Ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird, soll in den nächsten sechs Monaten geprüft werden. Der Angeklagte wurde des Landfriedensbruchs in einem schweren Fall, der Volksverhetzung und des Widerstands gegen Vollzugsbeamte für schuldig befunden. Der Richter wies in der Urteilsbegründung darauf hin, daß der Angeklagte nicht wegen seiner politischen Einstellung vor Gericht stehe. (FR, 5.12.91)

Das Münchener Amtsgericht verurteilte den in Kanada lebenden Neonazi Ernst Zündel wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 12.600 DM. Zündel bestritt in Videos die Ermordung von Millionen jüdischer Menschen während des Dritten Reiches. Strafmildernd kam Zündel zugute, daß der Richter die

Deutschen in ihrer "überwältigenden Mehrheit" für "so gefestigt" hielt, daß von dem Angeklagten und seinen "Mitstreitern" keine ernste Gefahr ausgehe. (FR, 17.12.91)

Die Jugendkammer des Göttinger Landgerichts verurteilte den Neonazi Oliver Simon wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu sechs Jahren Gefängnis. Der Mitangeklagte Sven Scharf bekam vier Wochen Dauerarrest. Simon hatte in der Neujahrsnacht 1990/91 im Beisein von Scharf einen Wehrpflichtigen niedergestochen und tödlich verletzt. Beide hatten eine Silvester-Feier von Rosdorfer Neonazis verlassen, um "herumschwirrende Linke durchzuklopfen". Beide sind Mitglieder der FAP. (FAZ, 20.12.91)

Der britische Historiker David Irving wurde vom Amtsgericht München zu einer Geldstrafe von 7.000 DM verurteilt. Er hatte bei mehreren Auftritten in Bierzelten den planmäßigen Massenmord an Juden bestritten. (Welt, 13.1.92)

Das Schöffengericht Tiergarten stellte ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung gegen eine Geldbuße von 400 DM ein. Zwei rechtsradikale Jugendliche hatten die Gäste eines Lokals mit einer Gaspistole bedroht. (Berliner Zeitung, 18.1.92)

In Frankfurt/Oder griffen am Tag der Aufnahme des visafreien Verkehrs mit Polen (8.4.91) am Grenzübergang Gruppen von Jugendlichen polnische Busse an und verletzten Reisende. 25 Anklagen wurden erhoben. Das Bezirksgericht fällte 16 Urteile, die alle zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die Urteile begründete der Präsident des Frankfurter Bezirksgerichts mit dem geringen Alter der Angeklagten und: "Meistens sind das Spontantaten, ausgelöst durch Alkohol, Gruppenzwang, fehlende Freizeitmöglichkeiten und die allgemeine Perspektivlosigkeit der Jugendlichen in der ehemaligen DDR". (Berliner Zeitung, 23.1.92)

Das Landgericht Stuttgart verurteilte drei Männer wegen Volksverhetzung, Störung der Totenruhe, Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und Sachbeschädigung zu drei Jahren Haft bzw. zwei Jahren Haft mit Bewährung. Die drei Männer hatten auf fünf jüdischen Friedhöfen Grabsteine umgeworfen, Gedenkplatten zerstört und Parolen wie "Juden raus" und "Israel muß sterben" hinterlassen. Die Skinheads hatten engen Kontakt zu Lothar Zaulich, der schon bei der alten ANS/NA mitmischte und immer dann mit im Gerichtssaal sitzt, wenn es gilt, rechtsextremistische Angeklagte zu unterstützen (wie z.B. Ernst Zündel). (Blick nach rechts, Nr. 4/92)

Das Bezirksgericht Frankfurt/Oder verurteilte vier Männer zu je drei Jahren Jugendstrafe wegen schweren Raubes, Körperverletzung und Sachbeschädigung. Im September 1991 hatten sie auf der Autobahn Berlin-Frankfurt/Oder Ausländer überfallen und beraubt. Aus der Urteilsbegründung: "Die ausländischen Bürger seien erniedrigt und mißachtet worden". (Berliner Zeitung, 30.1.92)

Die Beschwerde gegen die Abschiebung von Karl Polacek, des Landesvorsitzenden der FAP, wurde vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg zurückgewiesen. Begründung: Seine Straftaten ließen die Bereitschaft erkennen, "in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern Gewalt anzuwenden". (FR, 30.1.92)

Das Amtsgericht in Siegburg verurteilte Micha Springwald, einen der führenden Köpfe der rechtsextremen Szene im Rhein-Sieg-Kreis, wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Waffengesetz zu einem Jahr Haft. Zusammen mit vier weiteren Männern überfiel er im Oktober 1990 eine Gruppe von Männern. Es wurde die Parole gerufen: "Da kommen linke Schweine". Im Juli 1991 schlug er brutal einen 18jährigen zusammen, der von einem Kulturfest gegen Gewalt und Rechtsextremismus kam. Auch als im September 1991 eine Gruppe Skinheads eine Schlägerei mit einer Gruppe ausländischer Bierzeltbesucher anfing, war er mit von der Partie. Obwohl fast immer Alkohol im Spiel war, bescheinigt ein Gutachter, "daß das Steuerungsvermögen bei er zu den Tatzeiten intakt gewesen sei". (GA, 5.2.92)

Das Landgericht Ravensburg verurteilte einen 19jährigen DVU-Anhänger zu fünf Jahren Haft wegen Totschlags mit bedingtem Vorsatz. Der Angeklagte hatte im Juni 1991 einen Angolaner in Friedrichshafen erstochen. Während der Verhandlung wurde die Gerichtstoilette mit Nazisymbolen beschmiert. Der Trauerzug für den erstochenen Angolaner wurde mit "Sieg-Heil"-Rufen gestört. Aus der Urteilsbegründung: "Wir mußten davon ausgehen, daß die Hautfarbe des Opfers wesentlich zu der Tat beigetragen hat." (taz, 13.2.92)

Das Landgericht Koblenz verurteilte den "ehemaligen" Skinhead Alexander Tieze wegen Totschlags in Tatzusammenhang mit einer Schlägerei zu sechs Jahren Jugendstrafe. Er hatte am 28.12.90 einen 17jährigen

Kurden erstochen. Obwohl er zeitweilig Mitglied der rechtsradikalen "Taunusfront" gewesen ist und dies auch bereitwillig bei der Polizei angegeben hatte, heißt es in der Urteilsbegründung, die Tat sei "aus einer seit längerem bestehenden Fehdesituation zwischen deutschen und kurdischen Jugendlichen" entstanden und es sei ihm nicht zweifelsfrei nachgewiesen worden, daß er zum "Zeitpunkt des Messerstichs rassistische Motive verinnerlicht hätte". (FR, 26.2.92, taz, 26.2.92)

Das Kreisgericht Bautzen hat im zweiten Prozeß gegen die Beteiligten an den Pogromen von Hoyerswerda drei Skinheads wegen schweren Landfriedensbruch zu je 18 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Außerdem müssen die Verurteilten jeweils 120 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Der Richter sagte in der Urteilsbegründung: "Übles, von der brutalsten Art, sei da passiert. Trotzdem haben wir nicht die politische Dimension des Verfahrens zu beurteilen." Zugute wird den Skinheads gehalten, "daß sie zur Tatzeit ziemlich viel Alkohol im Blut gehabt haben müssen." (Blick nach rechts, 3.3.92, taz, 27.2.92)

Das Landgericht in Darmstadt verurteilte einen NPD-Sympathisanten wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten. Der Mann hatte im Juni 1989 bei einer Attacke auf einen SPD-Infostand in Klein-Krotzenburg einen SPDler so schwer verletzt, daß dieser seitdem arbeitsunfähig ist. (FR, 18.3.92)

Das Gericht in Kassel verurteilte sieben Männer (18-20 Jahre) wegen Landfriedensbruch. Sechs Lehrlinge müssen jeweils eine Geldstrafe zwischen 500 und 1200 DM zahlen, ein Schüler muß 40 Stunden in einer sozialen Einrichtung arbeiten. Die Männer waren dabeigewesen, als am 2.10.91 eine Gruppe von bewaffneten Männern zu einem Flüchtlingsheim in Ahnatal-Weimar zog und es überfiel. Aus "Neugier" und "Schaulust" seien sie mitgegangen, aber wieder weggelaufen, als die ersten Scheiben zu Bruch gingen. Der Richter meinte bei der Urteilsbegründung, daß es "keine Anhaltspunkte" für eine rechtsradikale Gesinnung bei den Jugendlichen gebe, aber "gewisse unterschwellige Vorbehalte müssen dagewesen sein, sonst wären sie nicht mitgegangen". (FR, 20.3.92)

Das Landgericht ins Ansbach verurteilte zwei Skinheads zu Jugendstrafen von viereinhalb Jahren und zwei Jahren und neun Monaten. Die zwei hatten mehrere Passanten in Weißenburg mit einem Baseballschläger krankenhausreif geschlagen. Den Angeklagten wurden "erhebliche Reiferückstände" zugute gehalten. (GA 3/92)

Das Jugendschöffengericht in Bonn verurteilte drei Männer (18-20 Jahre) wegen Brandanschlägen zu Bewährungsstrafen von einem bis zu zwei Jahren, zusätzlich müssen sie 50 bis 200 Sozialstunden ableisten. Die Männer waren für die Brandanschläge auf die Flüchtlingswohnheime in Unkel und Bad Honnef im September und November 1991 verantwortlich. Die Angeklagten gaben an, daß sie, um den Verdacht auf rechtsradikale Kreise zu lenken, NS-Parolen zurückgelassen hätten. Die milden Urteile begründete der Richter mit dem Umstand, daß die "Folgen der Anschläge glimpflich geblieben seien". (GA, 24.3.92)

Das Landgericht im Kempten verurteilte drei Männer (17-24 Jahre) wegen schwerer Brandstiftung und gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen fünf und dreieinhalb Jahren. Die drei hatten im Oktober 1991 Feuer im Flüchtlingsheim von Immenstadt gelegt. Vier Flüchtlinge wurden verletzt. Außerdem waren die drei, die mit der rechtsradikalen Szene sympathisierten, nachts mehrfach in das Heim eingedrungen, riefen ausländerfeindliche Parolen und richteten Verwüstungen an. (GA, 27.3.92)

Das Bezirksgericht in Dresden verurteilte neun Neonazis (16-21 Jahre) zu Haftstrafen bis zu 18 Monaten. Sie hatten ein Café überfallen, die Gäste beraubt und die Einrichtung demoliert. (GA, 4.4.92)

Das Gericht in Kappeln (Schleswig) verurteilte einen Skinhead wegen Körperverletzung und Tragen von "Kennzeichen einer verbotenen nationalsozialistischen Partei" zu einer achteinhalbmonatigen Bewährungsstrafe. Zusätzlich zu einer Geldstrafe von 1000 DM an amnesty international. Am 30.3.91 hatte der Skinhead einen Libanesen mit einem Messer bedroht und geschlagen. 1990 hatte er einen Türken mit einer Schreckschußpistole angegriffen. Der Mann war einschlägig vorbestraft. Strafmildernd kam ihm zugute, daß er die Taten unter Alkoholeinfluß verübt hatte. (Atze, Nr. 14)

Das Gericht in Celle verurteilte den FAP-Funktionär Detlef Brüel zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe von 1.200 DM. Der FAP-Funktionär, der sich als Sympathisant der militanten "Wiking-Jugend" bezeichnet, hatte an Pfingsten 1990 auf einem Wehrsportlager der Wiking-Jugend ein

Kamerateam angegriffen und war auf einen Fotografen mit dem Messer losgegangen. Dem Gericht erklärte er, daß Journalisten "linke Hetzer" seien und "uns Nationale" bloßstellten. (Blick nach rechts, 20.1.92)

Das Landgericht in Hamburg verurteilte einen 19jährigen Rechtsradikalen wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren und drei Monaten Haft. Im April 1991 pöbelte er in der U-Bahn mehrere Menschen an und gröhlte "Sieg-Heil". Als es einem 60jährigen zuviel wurde, versuchte er den Rechtsradikalen aus der Bahn zu drängen, dabei zog dieser ein Messer und fügte im lebensgefährliche Stichverletzungen zu. Die Tat verwundere ihn selber, "da er normalerweise auf die Beine seiner Opfer steche". "Es gab immer mal wieder Auseinandersetzungen mit Scheinasylanten aus Persien". Der Richter belehrte ihn während der Verhandlung: "Man sollte im Leben immer etwas mehr nachdenken." "Es gibt Ausländer, mit denen man auf sehr gutem Fuß stehen kann." (taz, 21.1.92 und Antifa Nachrichten, 14.2.92)

Das Gericht in Essen verurteilte fünf Männer zu Bewährungsstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr. Die Männer hatten am 9.3.90 ein Flüchtlingsheim in Essen-Stelle überfallen. Insgesamt waren es mindestens 30-40 Skinheads, nur fünf wurden von der Polizei verhaftet. Eine schwangere Frau mußte im Krankenhaus behandelt werden, ein Kind bekam einen epileptischen Anfall. (Antifa Nachrichten, 17.1.92)

Das Gericht in Essen verurteilte einen 24jährigen wegen Brandstiftung zu 18 Monaten ohne Bewährung. Er hatte in der Nacht zum 26.9.91 eine Flüchtlingsunterkunft mit einem Molotow-Cocktail in Brand stecken wollen. Sein Anwalt bezeichnete die Tat als "menschlich verständliche Reaktion" auf "Versäumnisse der Politik". Der Prozeß wurde von vielen Skinheads im Zuschauerraum verfolgt. Das Gericht begründete das Urteil mit der Notwendigkeit, die "Rechtsordnung" zu verteidigen, "Ausländern Schutz zu gewähren" und Nachahmer abzuschrecken. (Antifa Nachrichten, 17.1.92)

Lo, Nürnberg

25. Abtreibungspille nur unter staatlicher Kontrolle?

Wirkungsweise und Anwendung von RU 486

Rubrik: Gesundheitspolitik; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:34

Kommt die Abtreibungspille RU 486 nun auch nach Deutschland? Die französische Firma Roussel-Uclaf, eine Tochterfirma der Hoechst-AG, sagte letzte Woche gegenüber der hessischen Gesundheitsministerin Iris Blaul (Grüne) zu, die klinische Erprobung von Mifepreston (RU 486) beim Bundesgesundheitsamt zu beantragen. Dagegen soll ein Sprecher der Firma Hoechst gegenüber der Frankfurter Rundschau erklärt haben, daß es bisher keinen entsprechenden Beschluß des Unternehmens gebe (FR, 25.4.92).

In den letzten Monaten war die Debatte um die sogenannte Abtreibungspille von Bonner PolitikerInnen verstärkt aufgegriffen worden. Jetzt, da die Entscheidung um ein neues Abtreibungs(un)recht näher rückt, kann man sich gegenüber einer Pille, die eh schwerlich vom Markt zu halten sein wird, großzügig zeigen. Daß damit aber den Frauen mehr Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung zugestanden wird, wie in den Medien behauptet wird, ist unwahrscheinlich.

Bisher ist die Einnahme von RU 486 z.B. in Frankreich nur unter strengster Kontrolle möglich und das soll nach dem Willen des Pharmakonzerns Hoechst sowie nach Meinung von Politikern und rechter Ärzteschaft bei uns nicht anders werden. Dennoch dürfte für die öffentliche Auseinandersetzung nicht ganz unwesentlich sein, wie fortschrittliche Kreise sich zur RU 486 verhalten.

Daß die RU 486 international auf den Markt kommen wird, wird inzwischen von kaum jemandem mehr bezweifelt. Dennoch versuchen die Abtreibungsgegner Stimmung gegen die Abtreibungspille zu machen. Für sie ist die Pille Teufelswerk: "Todespille" (Kardinal Joseph Ratzinger auf der Kardinalskonferenz im Vatikan im Frühjahr 1991). In Italien lief die Kirche gegen die Pille Sturm. Der vatikanische "Osservatore Romano" sprach von einer weiteren "Gewaltoffensive gegen das Leben" und von einem "Akt chemischer Kriegsführung" (HA, 8.11.91). Und in den USA kündigten Abtreibungsgegner einen Boykott sämtlicher Hoechst-Erzeugnisse an, sollte der Konzern die Pille dort auf den Markt bringen. Auch in Frankreich, wo das Präparat von Professor Etienne-Emile Baulieu entwickelt wurde, kam es mit den Abtreibungsgegnern zu scharfen Auseinandersetzungen. 1988 beantragte Roussel-Uclaf die Marktzulassung für RU 486, nachdem Baulieu sein Präparat seit 1982 bei rund 3.000 Frauen getestet hatte. Als die französische Regierung daraufhin die Pille in einigen Kliniken zur Anwendung frei gab, ging die katholische Kirche zum Angriff über. Nach Demonstrationen und Bombendrohungen nahm Roussel-Uclaf das Präparat nach vier Wochen vom Markt. Die Begründung der Firmenleitung: "Wir wollen nicht in eine moralische Debatte gezogen werden." Zwei Tage darauf befahl allerdings Frankreichs Gesundheitsminister Evin die RU 486 in die Kliniken zurück. In Frankreich gibt es ein Gesetz, das die Regierung ermächtigt, in Notfällen die Lizenz zur Herstellung eines Medikaments von einer Firma auf eine andere zu übertragen (lt. Spiegel 39/1991). Allerdings kann der Abbruch mit RU 486 nach französischem Gesetz nur in Kliniken vorgenommen werden.

Mittlerweile ist die Pille nun auch in Großbritannien zugelassen. In weiteren Ländern, darunter Schweden, Dänemark und der Schweiz wird RU 486 erprobt. Die Volkrepublik China verhandelt mit der Weltgesundheitsorganisation WHO und dem französischen Hersteller Roussel-Uclaf über die Modalitäten eines Imports (lt. Spiegel 39/1991).

In Deutschland versuchten die sogenannten "Lebensschutzorganisationen" RU 486 zu verhindern. Die "Aktion Lebensrecht für alle", die "Juristen-Vereinigung für das Lebensrecht" sowie die "Vereinigung Christdemokraten für das Leben" forderten die Bundesregierung auf, RU 486 in der Bundesrepublik nicht zuzulassen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Claus Jäger sprach sich strikt gegen die "Todespille" aus, weil damit einer "Vereinfachung und Verbilligung der Massentötung ungeborener Kinder Tür und Tor geöffnet" würde. Und Herbert Werner (CSU) ist natürlich auch gegen die Pille: "Ein paar Pillen nimmt man leichter ein, als daß man sich einer Operation unterzieht" weiß der Mann (FAZ, 4.11.91).

Es ist aber nur ein Frage der Zeit, wann die Pille auch hierzulande zugelassen wird. Das Zögern der Hoechst-AG, in Deutschland die Zulassung zu beantragen, hat nichts mit moralischen Skrupeln zu tun. Es geht dem Unternehmen "um die Vermeidung von unnötigen Verhärtungen in der polarisierten öffentlichen Auseinandersetzung, die zudem schon unter dem Druck des Einigungsvertrages steht, wonach bis Ende 1992

eine einheitliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden soll", heißt es in einer achtseitigen "Information" vom September letzten Jahres (SZ, 5.09.91). Man will sich also Zeit lassen, bis die in Bonn soweit sind.

Als erstes sprach sich im Oktober 1991 die Konferenz der Gesundheitsminister aller Bundesländer für die Erprobung von RU 486 in Deutschland aus. Die Dienstherrin des Gesundheitsamtes Gerda Hasselfeldt (CSU) "will die letzte sein, die sich gegen die Pille stellt" (Zeit, 15.11.91). Und als der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Lehmann, sich öffentlich gegen die Einführung von RU 486 wandte, weil, so Lehmann "die Tötung ungeborenen Lebens bagatellisiert werde", konterten Rita Süßmuth und Frauenministerin Merkel, daß das Hormonpräparat erprobt werden müsse, denn es gebe keinen Grund, sich einem Fortschritt im medizinischen Bereich entgegenzustellen (taz, 8.11.91).

Wer allerdings glaubt, daß man in Bonn nun zu einer "Wende" in der Abtreibungsfrage gekommen ist, täuscht sich gewaltig. "Aber dies darf uns nicht von der ethischen Diskussion über den Schwangerschaftsabbruch entbinden" meinen Süßmuth und Merkel (taz, 8.11.91). Und nach Ansicht der Familienministerin Hannelore Rönsch (CDU) soll die Abtreibungspille in Deutschland nur nach Festschreibung der Indikationsregelung zugelassen werden. Der Vorsitzende der CDU-Grundsatzkommission, Reinhard Göhner, forderte, der Gesetzgeber müsse einem "Mißbrauch" des Mittels zur Geburtenregelung vorbeugen (HA, 9./10.11.91). In der Tat gibt es für den Gesetzgeber eine Schwierigkeit, denn nach dem geltenden Gesetz wäre die Anwendung der RU 486 bis zwei Wochen nach Beginn der Schwangerschaft nicht nach dem § 218 strafbar. Darum will man die RU 486 auch erst bei klaren Rechtsverhältnissen und unter streng kontrollierter Anwendung zulassen. Der Präsident der Bundesärztekammer Karsten Vilmar warnte ebenfalls vor einem "Mißbrauch". So müsse gewährleistet sein, daß RU 486 ausschließlich in Kliniken und nur "unter ärztlicher Überwachung" angewandt werden darf (FR 31.10.91). Auf eine Anfrage von SPD-PolitikerInnen an die Bundesregierung, ob diese die Auffassung teile, daß RU 486 die "gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs nicht berührt und insofern als medizinische und nicht als juristische Frage zu bewerten ist", antwortete diese: "Die Bundesregierung stimmt darin zu, daß sich die rechtliche Beurteilung eines Schwangerschaftsabbruchs mit medikamentösen Mitteln aus den Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch im allgemeinen ergibt. Im Hinblick auf die Anwendungssicherheit und Verhütung des Mißbrauchs eines Mittels, das einen nichtoperativ durchgeführten Schwangerschaftsabbruch zuläßt, sind weitere Sicherheitsmaßnahmen, ggf. auch gesetzliche Vorkehrungen, zu treffen" (Aus Bundestags-Drucksache 12/1716, 5.12.91).

Der hiesigen Einführung der RU 486 steht also fast nichts mehr im Wege. Entscheidend wird aber sein, unter welchen Bedingungen die RU 486 zugelassen wird. Die Konservativen wollen die Vergabe der RU 486 auf jeden Fall nur unter strenger staatlicher Kontrolle.

Leider wird in der Diskussion um RU 486 in der Frauenbewegung und in anderen fortschrittlichen Kreisen hierüber zu wenig nachgedacht. So wird fast nur über die Vor- und Nachteil der Abtreibungspille diskutiert und dies nur mit Blick auf die gegenwärtige Anwendungsmethode in Frankreich und die hiesige Gesetzeslage (§ 218). Es wird sogar davor gewarnt, die derzeitige Debatte um eine Neuregelung des § 218 nicht mit einer Debatte um die RU zu belasten. Abgesehen von berechtigten Einwänden gegen RU 486, weil deren Langzeitfolgen und Nebenwirkungen noch zu wenig erforscht sind, wird aber ansonsten leider nur systemimmanent diskutiert. Z.B. wird kritisiert, daß die Frauen weiterhin von den Ärzten abhängig sind, daß der Abbruch mit RU 486 zeitaufwendiger ist (Vorgespräch, Schlucken der Pille, Prostaglandinvergabe, Nachsorge mit eventueller chirurgischem Eingriff). Klar, unter den gegenwärtigen Umständen würde auch eine Abtreibungspille für die Frauen keine Selbstbestimmung bedeuten. Aber ließe sich nicht mal alternativ zur bisherigen Praxis denken? Auf der anderen Seite wird die "Eigenverantwortlichkeit" durch die RU 486 kritisiert und behauptet, daß diese für die Frau nicht nur Vorteile brächte, sondern auch "zur Last" werden könne. Dazu werden einzelne Äußerungen von Frauen zitiert, die nach der Behandlung mit RU 486 die Sache doch lieber in die Hände eines/r Arztes/in gelegt hätten. Kritisiert wird außerdem, daß RU 486 wegen der langen Hürden durch den § 218 für viele Frauen nicht mehr in Frage kommt (in Frankreich bis zum 58. Tag). Dagegen wird der chirurgische Eingriff als bessere Methode "verteidigt" (s. z.B. Stellungnahme des Familienplanungszentrums Hamburg vom Februar 1990). Nach Meinung von Sylvia Groth, Mitarbeiterin im Feministischen Frauengesundheitszentrum in Berlin, komme die RU 486 im Vergleich zur Absaugmethode schlechter weg. (s. taz vom 1.11.91).

Dies ist aber noch nicht wirklich ausgemacht. Nach bisherigen Untersuchungen sind die Vorteile beim chirurgischen Eingriff die, daß es schnell geht, daß er schmerzarm vorgenommen werden kann (Narkose). Nachteile sind aber auch, daß es zu möglichen Komplikationen bei der Anästhesie oder beim chirurgischen Eingriff kommen kann, auch wenn diese bei richtiger Behandlung sehr gering sind. Die Vorteile des Abbruchs mit der Abtreibungspille sind, daß es zu keinem Eingriff in den Uterus kommt, keine Komplikationen durch Anästhesie. Von Nachteil ist, daß der Abbruch länger dauern kann (bis zu drei Tagen zwischen Einnahme der Tablette und dem Ausstoßen der Fruchtanlage) und daß es - vor allem bei der Vergabe von Prostaglandin - zu starken Nebenwirkungen kommen kann (nach dem Gesundheitspolitischem Bericht der Pro Familia, Februar 1990). Es sollte aber vor allem nicht darüber spekuliert werden, welche Methode für die Frauen psychisch besser zu verkraften ist, "denn was für die eine belastender ist, kann für die andere erleichternder sein" (Gesundheitspolitischer Bericht der Pro Familia, Febr.1990). Die Wahl der Methode, ob medikamentös oder chirurgisch, sollte mensch den Frauen selbst überlassen.

Vorausgesetzt RU 486 hat keine gesundheitlichen Langzeitfolgen - was tatsächlich noch zu klären wäre -, könnte frau sich die Anwendung mit RU 486 doch aber auch mal alternativ zur französischen Praxis so vorstellen: Nach Ausbleiben der Menstruation könnte frau vorsorglich die Pille nehmen, die sie zu Hause im Schrank liegen hat. Durch eine Untersuchung bei dem/der Frauenarzt/Ärztin könnte festgestellt werden, ob der Abbruch auch tatsächlich erfolgreich war. Immerhin in 80 Prozent der Fälle soll es - ohne die Vergabe von Prostaglandin - zum Abbruch kommen. In Fällen, wo eine Frau die RU 486 aus gesundheitlichen Gründen nicht verträgt, nicht nehmen will, die Zeit schon zu spät ist oder der medikamentöse Abbruch nicht geklappt hat, müßte dann auf den chirurgischer Eingriff zurückgegriffen werden.

In dem Gesundheitspolitischen Bericht der Pro Familia wird darauf hingewiesen, daß die erfolgreiche einmalige ‚notfallmäßige` Einnahme der RU 486 (z.B. 600 mg am 27. Tag) im Falle eines ungeschützten Geschlechtsverkehrs oder beim Ausbleiben der Regel eine Erweiterung der "Pille danach" sein könnte. In der DDR wurden schon Ende der 80er Jahre in der Universitätsklinik Greifswald in diese Richtung Forschungen angestellt, die nach der ‚Wende` aber wieder abgebrochen wurden. So ging es u.a. um die Einleitung eines Abbruchs bis zum 42. Tag (siebte Woche) nach der Menstruation. Dieser wurde ambulant bei 50 Frauen durchgeführt. Und anders als in Frankreich, wurden keine kontraktionsfördernden Prostaglandine verabreicht. Die aus Frankreich bekannten Nebenwirkungen, starke Schmerzen und/oder übermäßige Blutungen traten nicht so stark auf. Als einzige Komplikation seien drei Dauerblutungen aufgetreten (lt. taz vom 23.11.91). Der Leiter der Greifswalder Klinik Professor Dr. Gunther Göretzlehner kam somit im Sommer 1990 in einem Interview mit dem SFB-Frauenfunk "Zeitpunkt" zu dem Schluß: "Die entsprechend gebildete Frau, die regelmäßig sonst beim Gynäkologen ist und über ihren Körper bescheid weiß, über eine Schwangerschaft informiert ist, könnte bei dem derzeitigen Kenntnisstand über das Mifepristone diesen Abbruch ohne Gynäkologen durchführen". Die Frau könne sich, nach Meinung des Professors, in der Apotheke einen Schwangerschaftstest holen und ohne Gynäkologen feststellen, ob eine Schwangerschaft vorliegt. Und innerhalb der ersten sechs Wochen nach der letzten Regel könnte die Frau "völlig anonym, also inoffiziell, ohne psychischen Druck" den Abbruch machen (taz vom 23.11.91).

Also wäre es nicht vorstellbar - auch wenn wegen möglicher Langzeitfolgen bei der RU 486 noch zur Vorsicht geraten werden muß -, daß in der politischen Auseinandersetzung um die "Abtreibungspille" die Forderung denkbar wäre: Weg mit dem § 218, Wahlfreiheit der Abbruchmethoden und die Pille in die Handtasche jeder Frau.

Sy.

Wirkungsweise und Anwendung von RU 486

"RU 486" ist ein Anti-Hormon. Es blockiert das für die Erhaltung der Schwangerschaft notwendige Hormon Progesteron (Gelbkörperhormon), mit dessen Hilfe sich das befruchtete Ei in der Gebärmutter einnistet. Die Gebärmutterschleimhaut, in die sich das befruchtete Ei unter Einfluß des Progesterons eingenistet hatte, wird bei Blockierung dieses Hormons abgestoßen. Mit RU 486 allein - also ohne die zusätzliche Vergabe künstlicher Prostaglandine - können ungewollte Schwangerschaften in 80 Prozent der Fälle abgebrochen werden. Unterstützt werden kann die Wirkung der körpereigenen Prostaglandine noch durch synthetische Prostaglandin-Tabletten oder Zäpfchen. Dann steigt die Wirksamkeit auf 96 bis 98 Prozent. Die Vergabe von Prostaglandin ist aber nicht unproblematisch, denn dabei kann es zu starken Nebenwirkungen kommen, wie

längere und stärkere Blutung, Übelkeit, Erbrechen und krampfartige Unterbauchbeschwerden. So sollen in Frankreich bei 2.000 ausgewerteten Fällen bei zwei Prozent der Frauen Nebenwirkungen aufgetreten sein, die auf die Wirkung des Prostaglandins zurückzuführen waren. Bei einer von 2.000 Patientinnen war eine Bluttransfusion notwendig. Ebenso Herzanfälle bei der Vergabe von Prostaglandine in drei Fällen in der Pariser Klinik Broussais, die die Pille seit 1984 erprobt. In Frankreich ist die Pille seither für Raucherinnen und Frauen ab 35 tabu. Es soll aber noch weiter an einer Optimierung der Dosis sowohl bei der RU 486 als auch des Prostaglandins gearbeitet werden. Bei beiden soll es angeblich noch deutliche Reduktionsmöglichkeiten in der Dosierung geben. Insbesondere mögliche Langzeitwirkungen bei der Vergabe von RU 486 sind bisher allerdings noch zu wenig erforscht, denn RU 486 wird in Frankreich erst seit 1988 getestet.

Andere Nachteile von RU 486 ergeben sich aus der Anwendungspraxis. So darf RU 486 in Frankreich nur in den Kliniken vergeben werden. Außerdem müssen die Frauen insgesamt viermal zur Untersuchung bzw. zur Behandlung ins Krankenhaus kommen. Beim ersten Besuch wird das Stadium der Schwangerschaft ermittelt und über die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch informiert. Dann wird die Frau wieder nach Hause geschickt. Erst nach einer Woche wird ihr beim zweiten Klinikbesuch die Mifepriston gegeben. Bei den meisten Frauen beginnt dann bereits nach Einnahme von RU 486 eine längere Blutung. Bei einigen Frauen kommt es jetzt schon zum Abbruch. Am Tag darauf wird dann Sulproston (Prostaglandine) gegeben, daß die Gebärmutter-Kontraktionen unterstützen soll. Normalerweise wird dann innerhalb der folgenden drei Stunden die Leibesfrucht abgestoßen, manchmal dauert es aber auch länger, dann erfolgt der Abgang der Fruchtanlage (kleiner Blutklumpen) zu Hause. Zehn bis zwanzig Tage später wird die Beendigung der Schwangerschaft durch eine gynäkologische Untersuchung, ggf. ergänzt durch eine Ultraschallkontrolle, bestätigt. Bei unvollständigem Abort wird eine anschließende Vakuumaspiration (Absaugmethode) durchgeführt.

Aus den Untersuchungen der französischen Mediziner geht hervor, daß kaum eine Patientin, die sich für RU 486 entschieden hatte, ihre Wahl später bereute. "Weniger traumatisch", "sanft", "fast natürlich" beschreiben viele Frauen den Schwangerschaftsabbruch mit RU. Manche betonen die größere "Selbstkontrolle" und "Eigenverantwortung". Sie fühlen sich den Ärzten weniger ausgeliefert. Nicht wenige allerdings sollen das Gefühl gesteigerter Selbstbestimmung als seelische Belastung empfinden. Auch die Dauer des Vorgangs stört manche Patientinnen, die den kürzeren unter Narkose absolvierten chirurgischen Eingriff vorziehen. Aber immerhin in mehr als 30 Prozent aller Abtreibungsfälle votieren französische Frauen inzwischen für die Abtreibungspille.

Die regelmäßige Einnahme von RU 486 im Sinne einer Ein-Monats-Pille ist aufgrund des heutigen Wissenstandes noch nicht möglich, da der Monatszyklus der Frau durch die RU 486 verändert wird. Eine Forschung in diese Richtung müßte unbedingt gefordert werden.

Sy.

Quellen:

Gesundheitspolitischer Bericht der Pro Familia vom Februar 1990 und "Spiegel" 39/1991.

26. Korrektur zu "Bremer Drogenpolitik", ak 341

Rubrik: Gesundheitspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:05

Berichtigung

Zum Artikel "Bremer Drogenpolitik: Das Viertel schlägt zurück" aus ak 341

In diesem Artikel ist leider eine Null abhanden gekommen: Die Bremer Grünen haben in ihren Hochburgen im Viertel nicht 3% der Stimmen, sondern 30% bekommen - das mag insgesamt für das behandelte Problem unwichtig sein, an der betreffenden Stelle verwirrt dieser Fehler jedoch etwas.

27. Haschisch vor der Freigabe? Ein Gericht stellt sich der Realität massenhaften Cannabiskonsums

Rubrik: Gesundheitspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:36

Vor kurzem stellten Lübecker Richter fest, was Millionen von KifferInnen lange wußten: Cannabis macht weder dumm noch gewalttätig und der Besitz der Droge sollte nicht bestraft werden.

Die Lübecker Strafkammer mit dem Vorsitzenden Richter Neskovic kleidete diese Erkenntnis in einen Vorlagebeschluß an das Bundesverfassungsgericht, das nun darüber zu entscheiden hat, ob Cannabis weiterhin ein kriminalisiertes Rauschmittel bleibt.

Das Lübecker Verfahren

Ausgangspunkt der Entscheidung in Lübeck war die Berufungsverhandlung gegen eine Frau, die in 1. Instanz zu einer Haftstrafe von zwei Monaten ohne Bewährung verurteilt worden war. Ihr war vorgeworfen worden, sie habe ihrem Ehemann bei einem Besuch im Gefängnis 1,12 (!) Gramm Haschisch zugesteckt.

Ein typischer Fall. Zwar betonen Justizministerien, Gerichtspräsidenten und Innenpolitiker seit längerem regelmäßig in der Öffentlichkeit, daß "Bagatelldelikte" im Betäubungsmittelbereich nicht mehr bestraft werden sollten, oder z.T. bereits auf deren Verfolgung verzichtet werde, doch ist im Justizalltag das glatte Gegenteil der Fall. Jährlich werden allein 10.000 Haschischbesitzer von den Gerichten im Schnelldurchlauf bestraft. Verurteilt wird, so die hohe juristische Schule, wegen des Besitzes von Haschisch, nicht wegen des Konsums, denn der ist nach dem Betäubungsmittelgesetz straffrei. Da aber niemand Haschisch konsumieren kann, ohne gleichzeitig welches zu besitzen, nicken Strafrichter gelegentlich weise und bestrafen härter, wenn Angeklagte auf den Widerspruch im Gesetz hinweisen. Die den Verurteilungen zugrunde liegenden Cannabismengen reichen von "nicht meßbaren Anhaftungen" (Amtsgericht Hamburg) über "weniger als 0,2 Gramm" (Amtsgericht Pinneberg) und 1 Gramm wie im Lübecker Fall bis zu hochgerechneten aber tatsächlich höchst selten vorhandenen Doppelzentnern. Die großen Cannabismengen kommen zumeist nur auf dem Papier zusammen, wenn nämlich Kronzeugen von den Staatsanwaltschaften präsentiert werden, die in dem Maße mit höherem Strafnachlaß rechnen können, wie sie selbst andere mit immer größeren Mengen in Verbindung bringen. Auf diese Weise sind in einer Strafverhandlung schnell 50 kg Haschisch beieinander und 6 Jahre Knast fällig, ohne daß tatsächlich auch nur ein Bruchteil der behaupteten Haschischberge sichergestellt oder tatsächlich vorhanden gewesen wäre.

Zwei Monate Haft ohne Bewährung für knapp über ein Gramm wie im Lübecker Fall sind nicht gerade ungewöhnlich und als Bagatelldelikt eignete sich die Sache für die Berufungskammer mit Richter Neskovic, um die Ansicht des Gerichts zu verdeutlichen, solches gehöre nicht mehr bestraft.

Ein schlichter Freispruch für die aufmerksame Ehefrau, war für die Berufungskammer nicht möglich. Der Vorwurf, dem Ehemann im Knast das gute Gramm zugesteckt zu haben, wurde von der Angeklagten bestätigt. Der Straftatbestand der unerlaubten Abgabe war damit erfüllt und die Bindung der Gerichte an die bestehenden Strafvorschriften hätte eine Verurteilung - wenn auch möglicherweise mit geringerem Strafmaß - erforderlich gemacht. An diesem Punkt des Verfahrens wurde es in Lübeck dann interessant.

Die Möglichkeit für ein Gericht, ein einschlägiges Gesetz nicht anzuwenden besteht allein darin, zu begründen, daß die betreffende Vorschrift gegen die Verfassung verstoße. Das laufende Verfahren muß ausgesetzt und eine Entscheidung des Bunderverfassungsgerichts eingeholt werden. Es läßt sich denken, daß dieser Weg der sogenannten Vorlagebeschlüsse von Gerichten an das Verfassungsgericht seltener ist, als in Hamburg die Sonne scheint. Voraussetzung wäre nämlich, daß RichterInnen der vielerorts bestehenden Sonderstrafkammern für Drogensachen, ihren nur verschämt und höchst vereinzelt geäußerten Unmut mit der herrschenden Drogenpolitik zum Ausdruck brächten und den justiziellen Anteil am wachsenden Drogenelend akzeptierten. Tatsächlich sieht sich die übergroße Mehrzahl der handverlesenen DrogenrichterInnen als letzte standhafte Bastion vor der "Pest des Rauschgiftkonsums" (MdB Gerster, CDU) im täglichen "Krieg gegen Drogen" (Bundesregierung sowie Anti-Drogenwerber Lothar Matthäus und Stefanie Graf). Sich dieser Moral und Haltung verweigert und die offizielle Drogenpolitik aus der Stellung eines Gerichts angezweifelt zu haben, ist der eigentliche Verdienst der Lübecker Berufungskammer.

Der Vorlagebeschluß

an das Verfassungsgericht

Der Lübecker Beschluß enthält eine Aufstellung von Argumenten, die seit Jahren von KritikerInnen der Haschischkriminalisierung vorgebracht werden. Im praktischen Teil ist der Beschluß die schlichte Beschreibung der Realität, zu der trotz des mit Strafe versehenen Verbots des Besitzes von Cannabis drei bis fünf Millionen regelmäßige oder gelegentliche HaschischkonsumentInnen im Lande gehören.

Haschisch, das als Cannabisharz im Betäubungsmittelgesetz aufgeführt ist, gilt inzwischen selbst dem Bundesgesundheitsamt nicht mehr als "Einstiegsdroge" für suchtbildende Stoffe. Das propagandistische Schreckensbild der zunächst nur kiffenden und wenig später Heroin spritzenden Sprößlinge aus behütetem Elternhause war von Anfang an eine Lüge. Mit der ganz überwiegenden medizinischen Forschung stuft das Amt die Gesundheitsgefährdung durch Konsum von Haschisch selbst bei exzessivem und langdauerndem Umgang zwischen die von Alkohol als dem gefährlicherem Rauschmittel und die von Tabak ein. Das Haschischverbot, so das Bundesgesundheitsamt, hat statt der Begrenzung eher die Ausbreitung von Haschisch gefördert ("was uns verboten ist, macht uns gerade scharf"). Außerdem können die Kosten aus gesundheitlichen Folgen von Haschisch nicht beziffert werden, weil es eine isolierte medizinische Behandlung nicht gibt, während die Kostenfolge des Alkoholismus auf 30 Milliarden DM pro Jahr geschätzt wird. Selbst bei exzessivem Konsum gibt es keinen Entzug, folglich keine sogenannte Entgiftung. Das zeitweilige Unbehagen bei Abstinenz entspricht dem des gewohnt starken Rauchers und der starken Kaffeetrinkerin.

Es hat noch nie(!) einen Haschischtoten gegeben, d.h. keine noch so große, aufnehmbare Menge Haschisch ist für einen Kreislaufzusammenbruch oder Atemversagen mit tödlicher Folge vorstellbar. Anders als bei Alkohol kann auch der größte vorstellbare aktuelle Konsum nicht den Rausch zu solcher Intoxikation mit Bewußtlosigkeit steigern, daß das Leben gefährdet wäre oder irreparable Hirnschädigungen folgen könnten.

Es ist auch kaum vorstellbar, daß beispielsweise jemand 200 Gramm am Tag oder mehr `wegkiffen' könnte. Keine MedizinerIn fordert etwa eine therapeutische Einrichtung für HaschischkonsumentInnen. Es gibt auch ebensowenig eine wie etwa eine spezielle Haschischtherapie. NichtraucherInnen, die ihre Bronchien durch Jointrauchen nicht belasten wollen, können einen Haschischrausch unvermindert z.B. durch Haschischgebäck oder durch Eingabe in Tee erzielen.

Die Wirkung des Haschischkonsums wird je nach körperlicher Disposition und sozialer Umgebung unterschiedlich erlebt. Während manchen schlecht wird, was freilich auch bei dem Verzehr von Schweinebraten mit Rotkohl und Salzkartoffeln auftreten kann, scheint für andere die Zeit langsamer zu vergehen. Farben, Töne und Gerüche werden intensiver wahrgenommen, der Hunger nimmt zu und alle Speisen schmecken köstlich. Durch mäßigen Genuß riskieren HaschischkonsumentInnen anders als RaucherInnen oder AlkoholtrinkerInnen nicht den geringsten gesundheitlichen Schaden.

Die große Mehrzahl der HaschischkonsumentInnen zeigt anders als RaucherInnen und AlkoholtrinkerInnen keine psychische Abhängigkeit. Anders als bei Alkohol und Tabak werden beim Haschischkonsum Dritte sei gut wie nicht beeinträchtigt und nicht einmal belästigt. Die Entladung des Aggressionspotentials und das Herabsetzen der Hemmschwelle und der inneren Kontrolle ist z.B., bei Alkoholisierung so groß, daß jede zweite Tötung eines Menschen unter Alkoholeinfluß geschieht. Die Haschischbeteiligung ist der Kriminalitätsstatistik zufolge null.

Bekanntlich hat die Belästigung von NichtraucherInnen durch RaucherInnen zu partiellen Rauchverboten in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Ämtern und am Arbeitsplatz geführt, ohne daß freilich ein Verstoß gegen solche Verbote mit Strafe geahndet wird. Es ist nicht vorstellbar, daß ein unbeabsichtigtes Krümmeln beim Verzehr von Haschischgebäck in öffentlichen Verkehrsmittel, in Ämtern und am Arbeitsplatz einen ähnlichen Belästigungsrad für NichthascherInnen wie beim Rauchen für NichtraucherInnen schaffen könnte.

Das Recht auf Rausch

Der Lübecker Beschluß führt dann theoretisch aus, daß es dem verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz widerspreche, das dem Alkohol gegenüber weniger schädliche Rauschmittel Haschisch zu kriminalisieren. Während Wirkung und Folgen des Alkoholkonsums ungleich größer sind, Alkoholwerbung erlaubt und Trinken

im allgemeinen gesellschaftlich akzeptiert und vor allem nicht bestraft wird, gilt dies für den Gebrauch der milderen Droge Cannabis nicht.

Übertragen auf eine andere Strafvorschrift bedeutet dies eine Ungleichbehandlung in der Weise, daß beispielsweise die einfache Körperverletzung bestraft wird, eine Körperverletzung mittels einer Waffe ausgeführt, jedoch unbestraft bleibt.

Neben diesem Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz führt der Lübecker Beschluß noch eine andere Argumentationslinie an. Es sei aus der Verfassung, so die Lübecker Richter, ein Recht auf Rausch abzuleiten und gegen das Haschischverbot anzuführen. Es liege im staatlich unantastbaren Schutzbereich des Art. 2 Grundgesetz (allgemeine Handlungsfreiheit) in Verbindung mit Art.1 GG (Menschenwürde) das Recht der Menschen auf Rausch und mithin das Recht auf Verfügbarkeit eines Rauschstoffes. Jede/r dürfe sich gelegentlich berauschen und dabei habe der Staat nicht hereinzureden. Gebe es aber ein Recht auf Rausch, dann dürfe der Staat den BürgerInnen den Zugang zum Rauschmittel nicht abschneiden. Eingriffe dürfe es nur in der Weise geben, daß durch staatliche Bestimmungen geregelt werde, was erlaubt und was verboten sei. Kriterium solcher Einschränkungen der Rauschmittel könne jedoch allein der Grad der Gesundheitsgefährdung der Rauschmittel und ihres Rauschpotentials sein. Ein Verbot des gegenüber Alkohol weniger schädlichen Haschisch lasse sich daher verfassungsrechtlich nicht begründen.

Das Verfassungsgericht hat jetzt über den Lübecker Vorlagebeschluß zu entscheiden und es steht zu vermuten, daß demnächst ersteinmal eine Anhörung in Karlsruhe durchgeführt werden wird. Der Ausgang des Verfahrens ist völlig offen, aber mensch darf gespannt sein, wie von den Verfassungsrichtern das gegenüber Alkohol geringere Schädigungspotential aus der Welt geschafft wird, wollen sie an der Haschischkriminalisierung festhalten. Einziger Schwachpunkt der Lübecker Entscheidung ist die Tatsache, daß es im zugrunde liegenden Fall nur um 1,12 Gramm Haschisch geht. Das Betäubungsmittelgesetz sieht in einer - allerdings von den Gerichten so gut wie nie angewandten - Vorschrift vor, daß eine Bestrafung wegen geringer Mengen von Betäubungsmitteln, die zum Eigenverbrauch bestimmt sind, nicht erfolgen muß. Wenn diese Begrenzung auf den Eigenverbrauch bei geringen Mengen wegfiele und damit die bisher bestrafte Weitergabe geringer Mengen zukünftig straffrei bliebe, ginge die aufmerksame Ehefrau in Lübeck straffrei aus. An dem grundsätzlichen Haschischverbot würde sich dann allerdings nichts ändern.

Reaktionen

Auf die Bekanntgabe der Lübecker Entscheidung folgte ein Schwall öffentlicher Stellungnahmen. Bundesregierung, CDU/ CSU, Bundesärztekammer und insbesondere das Bundeskriminalamt machten Stimmung gegen die Haschischfreigabe. Es sei ein "exorbitanter Anstieg" von Rauschgiftopfern zu erwarten und ein "Rauschgiftboom auf breiter Basis bei sinkenden Preisen." (BKA-Vizepräsident Köhler) Die gegenteiligen Erfahrungen in den Niederlanden, wo Haschisch zwar nicht erlaubt ist, der Besitz einer Monatsration jedoch nicht bestraft wird, werden schlicht geleugnet. Auch "Spiegel" und "FAZ" warnten vor der Legalisierung. Der Spiegel kreidete Neskovic die SPD-Mitgliedschaft an und die FAZ trug das Argument vor, die wirkliche Selbstbestimmung des Menschen liege im Verzicht auf Rauschmittel. Besonders eindrucksvoll waren die Stellungnahmen jener Kolonnen von rotnasigen Bundestagsabgeordneten, die Bier und Schnaps bei ihrer schweren gesetzgeberischen Arbeit als Grundnahrungsmittel für sich in Anspruch nehmen. In ihren zumeist glasigen Augen sind KifferInnen notorische Aussteiger, denen Anpassung, Gehorsam, Untertanengeist und die Liebe zum Stammtisch abgehen. Tatsächlich wird heute jedoch nicht mehr, wie z.T. noch vor 20 Jahren, gekifft, um das Bewußtsein zu erweitern - was sich ja bekanntlich als krasse Fehleinschätzung erwies -, sondern die Motivationen zum Haschischkonsum sind höchst unterschiedlich wie die KonsumentInnen selber. Gemeinsames Merkmal ist heute allein, daß individuell Haschisch konsumiert und dies nicht mehr als Ausdruck einer bestimmten Lebenshaltung gesehen wird. Die einen kompensieren ihren Frust, andere mögen nicht mehr in engen Städten leben, dritte tun es aus Tradition, manchen schmeckt es und viele wollen sich nicht Johnny Walker oder Nordhäuser Doppelkorn zumuten.

Günther Amendt wies in der taz (18.3.92) zurecht darauf hin, daß zum Thema Haschisch von Regierungsseite, mit Zeitungsanzeigen flankiert, eine regelrechte Desinformationskampagne betrieben werde. Haschisch habe, im Gegensatz zu den Behauptungen aus CDU und CSU, keine Todesfolgen, fördere nicht die Prostitution und die Beschaffungskriminalität. Besonders das BKA betreibt in öffentlichen Stellungnahmen eine Gleichsetzung zwischen Haschisch, Kokain, Heroin und synthetischen Drogen. Es wird ständig die Gefahr wachsender

Rauschgiftkartelle an die Wand gemalt und jedes kritische Argument zur Drogenpolitik damit abgetan. Es gäbe zur Kriminalisierung laut BKA keine Alternative.

Dem gegenüber reagierten Teile von SPD, FDP und Grünen auf den Lübecker Beschluß zustimmend, ohne allerdings in irgendeiner Weise praktisch tätig zu werden. Inzwischen haben sich Gerichte in Hildesheim und Düsseldorf dem Vorlagebeschluß angeschlossen. Selbst das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf setzte ein Haschischverfahren mit Hinweis auf die anstehende Verfassungsgerichtsentscheidung aus.

Die verbliebenen Bürgerrechtsinitiativen waren ebenfalls voll des Lobes für Richter Neskovic und seine Kammer, doch ist bisher ein Aufruf für ein öffentliches "Smoke-In" oder ähnliches ausgeblieben. Die Damen und Herren sind offenbar alle gesetzter geworden und mögen sich nicht mehr so recht als HaschischkonsumentInnen präsentieren. Bestes Beispiel hierfür ist der NDR-Redakteur Ortwin Löwa, seinerzeit für kritische Gorleben-Reportagen gelobt und bis heute Kritiker der Sicherheitsapparate. Als Schöffe am Hamburger Amtsgericht war Herr Löwa bereits vor einem Jahr in einem Haschischverfahren mit einem Antrag der Verteidigung konfrontiert, dessen wesentliche Teile jetzt von Richter Neskovic für seine Entscheidung übernommen wurden. Gemeinsam mit dem zweiten Schöffen, der seinerzeit im Hamburger Kessel eingepfercht und zwischenzeitlich durch kritische Fragen zur Haschischkriminalisierung aufgefallen war, hätte der als linksliberal geltende Löwa den (einen) Berufsrichter überstimmen und einen Vorlagebeschluß an das Verfassungsgericht herbeiführen können. Es kam nicht dazu. Herr Löwa vermied jede Entscheidung und meldete sich krank, was ihm allerdings keiner so recht glauben mochte. So kann es gehen, wenn die Leute in die Jahre kommen.

Ein marginales Problem

Den treffendsten Beitrag zur Diskussion um die Freigabe von Haschisch leisteten allerdings HeroinkonsumentInnen. Befragt, was sie davon hielten, entgegneten sie: "Hasch zählt doch gar nicht mehr." Im Vergleich zu harten Drogen ist Cannabis ein sowohl sozialpolitisch wie ökonomisch marginales Problem. Die Lübecker Entscheidung ist ein kleiner Lichtblick. An dem durch Kriminalisierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung verursachten täglichen Drogenelend wird sie nichts ändern.

"Die Drogendebatte wird sich in den nächsten Jahren zuspitzen. Irgendwann wird der Zeitpunkt erreicht sein, wo die mit dem Handel von harten Drogen verbundene, drastisch zunehmende Beschaffungskriminalität gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert wird und der Staat nicht mehr genügend rechtsstaatlich vertretbare Mittel hat, gegen diese Variante der Kriminalität vorzugehen. Dann kommt die Legalisierung - und zwar von oben." (Amendt)

mar., Hamburg

28. Zweite Weltmenschenrechtskonferenz der UN

In Berlin? In Bonn? Oder anderswo?

Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:01

Sie reden nicht von Menschenrechten, sie reden nur von Geld und vom Ansehen der BRD in der Welt. Genscher, Außenminister, sagt vor der UN die Weltmenschenrechtskonferenz für 1993 in Berlin ab: Sie wird zu teuer! Die entstehenden Kosten würden keine "Infrastruktur" für Berlin schaffen, sondern nur für den 14-tägigen Kongreß aufgebracht werden müssen. Der Kongreß bringt keinen Gewinn, sondern nur Verluste. SPD und GRÜNE schämen sich für Deutschland. SPD und die Stadt Bonn schlagen Bonn als Konferenzort vor, "damit Bonns Bewerbung um UN-Einrichtungen unterstützt" wird.

Helmut Kohl, Bundeskanzler, erklärt, daß Ausgaben in Höhe von l00 Millionen Mark für eine Menschenrechtskonferenz in Berlin der "Öffentlichkeit nicht zu verkaufen sei". Und, was noch wichtiger ist: Er ist sich nicht sicher, daß die - von der BRD-Regierung - vorgesehene Propagandaschau gelingt: "Eine ergebnislose Konferenz wäre für die Regierung noch blamabler".

Von den Inhalten dieser 2. Weltmenschenrechtskonferenz der UN spricht keiner. Mit Sicherheit hat die Absage am wenigsten finanzielle Gründe - vermutlich steht die BRD mit ihrem Menschenrechtsverständnis weltweit nicht ganz so günstig da, wie die Bundesregierung glauben machen will.

1992 Weltumweltschutzkonferenz der UN in Rio, Weltausstellung (Expo) in Sevilla, Olympische Spiele in Barcelona, Weltwirtschaftsgipfel in München. Da paßte es gut, die 2. Weltmenschenrechtskonferenz der UN 1993 in Berlin abzuhalten.

Deutschland - als Garant des Menschenrechts - als Gastgeber für die ganze Welt. Ungarn und Argentinien hatten sich ebenfalls als Gastgeber beworben. Argentinien zog, wie es hieß, zu Gunsten Deutschlands zurück.

Warum Berlin?

Die Europäische Gemeinschaft unterstützte gegenüber den UN den Antrag Deutschlands, Berlin zum Konferenzort zu wählen, mit der Begründung: "Angesichts des tiefgreifenden historischen Wandels, der in den wenigen letzten Jahren in Europa eingesetzt hat, Veränderungen, die vor allem die Menschenrechte und Freiheiten begünstigten, begrüßt die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten das Angebot der Regierung Deutschlands, die Konferenz in der ehemals geteilten Stadt Berlin abzuhalten."

Die ehemals geteilte Stadt - die Grenze zwischen zwei verschiedenen Staatensystemen - Berlin: In ihrem Sinne das Sinnbild für Freiheit und die Niederlage des Kommunismus.

Die Durchführung der 2. Weltmenschenrechtskonferenz der UN wurde erstmals am 15. Dezember 1989 von der UN-Generalversammlung vorgeschlagen - kurz nachdem alle Grenzen der realsozialistischen Staaten offen waren. Ein Jahr später, als die Auflösung der realsozialistischen Staaten offensichtlich war, beschloß die Generalversammlung der UN am 18. Dezember 1990 die 2. Weltmenschenrechtskonferenz der UN 1993 durchzuführen.

Es sollen die "Erfahrungen der Menschenrechtsrevolution der 90er Jahre" thematisiert werden. Im September 1991 wurde für Berlin entschieden. Berlin, das Symbol für "die Menschenrechtsrevolution".

Wer kommt zur Konferenz?

Zu der Konferenz sind alle UN-Mitgliedsstaaten eingeladen, 175 Staatenvertreter mit ihren Delegationen. Ob wirklich alle kommen können, ist noch ungewiß: Ärmere Länder des Trikont, wie z.B. Ruanda, beantragen bei der UN, daß die Kosten von ihr übernommen werden. Sie selbst haben nicht genug Geld. Noch ist darüber nicht entschieden. Im Dezember 1991 fehlten den UN fast 1 Milliarde Dollar. Die Hälfte der geschuldeten Mitgliedsbeiträge ging auf das Konto der USA.

Außerdem werden von den UN ausgewählte Nicht-Regierungs-Organisationen (non-governmental-organizations = NGOs) eingeladen. Am bekanntesten ist hierzulande amnesty international. Sie dürfen als Beobachter an den öffentlichen Sitzungen teilnehmen, von nicht öffentlichen sind

sie ausgeschlossen. In Ausnahmefällen kann ihnen ein Rederecht eingeräumt werden. Sie haben also nur einen minderen Status, obwohl sich international die Erfahrung durchsetzt, daß nicht Staaten, sondern mehrheitlich nichtstaatliche Menschenrechtsorganisationen sich wirklich für Menschenrechte einsetzen.

Der Schwede Jan Martensen, Generalsekretär des Genfer Büros der UN, wurde im Frühjahr 1991 noch von Perez de Cuéllar zum Generalsekretär der Weltkonferenz ernannt. Er bereitet sie vor und wird sie leiten.

Aufgaben und Ziele der 2. Weltmenschenrechtskonferenz der UN 1993

Sie ergeben sich aus uns vorliegenden vorbereitenden Dokumenten:

- Die Konferenz soll "ein mächtiges Werkzeug" sein, Menschenrechte zu sichern. Wir fragen: Welche Menschenrechte und für wen?

- Es soll herausgearbeitet werden, welche Mittel und Wege erforderlich sind, damit die Menschenrechte durch die UN weltweit gesichert werden können.

- "Länderspezifische" Debatten und damit auch Kritik an einzelnen Ländern sollen vermieden werden. Das klingt unglaubwürdig: Wollen die USA ernsthaft auf ihre Kritik an Cuba, Libyen, China u.a. Länder verzichten? Oder wollen sie verhindern, daß sie selbst kritisiert werden?

- Die "Politisierung" der Menschenrechtsdebatten innerhalb der UN soll beendet werden. Dahinter steht die unterschiedliche Auffassung von Menschenrechten in verschiedenen Ländern und bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen.

Angesichts dieser Zielsetzungen drängt sich die Frage auf, was von der Konferenz zu halten ist. Um dies zu beantworten, ist es sinnvoll, auf die 1. Weltmenschenrechtskonferenz der UN zurückzublicken, die im Jahre 1968 in Teheran abgehalten wurde, und dabei auch die weltpolitische Situation ins Auge zu fassen, in der diese Konferenz stattfand.

1. Weltmenschenrechtskonferenz in Teheran

Damals bildeten die Staaten des Trikont zusammen mit den Staaten des ehemaligen Ostblocks erstmals die Mehrheit in den UN und hatten eine dementsprechende Position. Dies war eine Folge des Prozesses der Dekolonisierung, in dem zahlreiche neue Staaten, zum Teil auf Grund von Befreiungskriegen, gegründet wurden. Beispiele: Algerien, Cuba. Dieser Kampf war damals von aktueller Bedeutung. Eine weltweite Öffentlichkeit sympathisierte z.B. mit dem Kampf der FLN in Vietnam gegen die USA und prangerte die von den USA begangenen Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung und an Kriegsgefangenen an. Für viele Menschen war es einleuchtend, daß (auch bewaffneter) Kampf gegen den Imperialismus legitim ist, es, mit anderen Worten, ein Widerstandsrecht gegen den Imperialismus gibt.

Die Staaten aus dem Trikont versuchten, mit Unterstützung der Ostblockstaaten, ihre nationalen Interessen und auch die Interessen von Befreiungsbewegungen in den UN durchzusetzen. Sie entwickelten in diesem Zusammenhang ein neues Menschenrechtsverständnis und setzten es der traditionellen westlich bürgerlichen Menschenrechtsinterpretation entgegen:

- Das bürgerliche Menschenrechtsverständnis reduziert die Menschenrechte auf die sog. bürgerlichen und politischen Rechte, also z.B. auf das Recht auf Privateigentum, auf Meinungs- und Glaubensfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Recht auf freie Wahlen, das Recht auf einen fairen Prozeß und den Schutz vor Folter.

Demgegenüber legten die Staaten des Trikont und des ehemaligen Ostblocks den Schwerpunkt auf die sog. wirtschaftlichen und sozialen Rechte wie z.B. das Recht auf Nahrung, auf Wohnung, auf Bildung, auf Arbeit und medizinische Versorgung.

- Die westlichen Staaten sehen die Menschenrechte als rein individuelle Angelegenheit, während die Staaten des Trikont eine Verbindung zwischen den Menschenrechten und dem nationalen Selbstbestimmungsrecht herstellten und deutlich machten, daß Menschenrechte nur verwirklicht werden können, wenn ein Volk frei (von kolonialer Abhängigkeit) ist.

Unterschiedliche Positionen bestanden schließlich auch im Hinblick auf die Frage, wie die Menschenrechte zu schützen und durchzusetzen sind. Die westlichen Staaten gingen davon aus, in einer bürgerlichen Demokratie seien die Menschenrechte grundsätzlich bereits verwirklicht, und, sollte es dennoch einmal zu "Übergriffen" und "Mißständen" kommen, Justiz und der Gesetzgeber dem abhelfen würden. Demgegenüber betonten die Staaten des Trikont und des Ostblocks ein Recht auf auch gewaltsam geführten Kampf gegen Staaten, die die Menschenrechte verletzen. Sie propagierten ein Widerstandsrecht gegen koloniale Abhängigkeit.

Die westlichen Staaten hingegen bezeichneten diesen Kampf als "Terrorismus".

Die Staaten des Trikont und des Ostblocks konnten ihre Menschenrechtsauffassung auf der Teheraner Konferenz weitgehend durchsetzen. Dies wird schon an Themen der Empfehlungen deutlich, die auf der Konferenz beschlossen wurden:

- Wirtschaftliche und soziale Rechte

- nationales Selbstbestimmungsrecht

- Menschenrechte in besetzten Gebieten

- Kampf gegen Nazismus und Rassismus

- Schutz von Gefangenen, insbesondere solcher, die gegen die Apartheid gekämpft hatten

- Menschenrechte in bewaffneten Konflikten.

Unter dem Titel "Menschenrechte in bewaffneten Konflikten" behandelte die Konferenz Erfahrungen aus nationalen Befreiungskriegen. Sie beauftragte die UN, sich weiter mit diesem Thema zu befassen. Ergebnis war die Verabschiedung der beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen im Jahre 1977. Im 1. Zusatzprotokoll wurde u.a. festgelegt, daß gefangene Guerilla-Kämpfer aus nationalen Befreiungsbewegungen als Kriegsgefangene anzuerkennen sind und (z.B. vor Folter und "Umerziehung") zu schützen sind.

2. Weltmenschenrechtskonferenz

Die weltpolitische Situation, wie sie im Jahre 1968 bestand, hat sich heute grundlegend verändert. Die Ostblockstaaten sind zusammengebrochen, die Sowjetunion und Jugoslawien haben sich aufgelöst. Deutschland ist "wieder"vereinigt. Die kapitalistischen Staaten versuchen, die Welt alleine zu beherrschen und hoffen, damit das Ziel erreicht zu haben, das sie, unter Führung der USA, seit 1945 anstreben: die "eine Welt", oder, wie es heute heißt, die "neue Weltordnung". Zu dieser neuen Ordnung gehört auch das "Recht" der kapitalistischen Staaten, in Ländern des Trikont und anderswo militärisch zu intervenieren, wenn es ihnen opportun erscheint.

Die westlichen Staaten, unterstützt von den Vertretern der ehemaligen Ostblockstaaten, versuchen auch, die dargestellte Entwicklung des Menschenrechtsverständnisses rückgängig zu machen. Dies zeigt sich in den Debatten der UN während der letzten Jahre und dürfte die hauptsächliche Zielsetzung sein, der die 2. Weltmenschenrechtskonferenz der UN 1993 dienen soll.

Dies wird bestätigt in den Vorbereitungspapieren vom September 1991. Nur noch wenige Staaten, aber viele NGOs, vor allem aus Ländern aus dem Trikont, fordern

- daß ein Minimum von ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten als Grundbedingung sichergestellt werden muß, damit die Menschen in den Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte kommen können (Cuba, Jamaika, Namibia, Senegal). "Zivile und politische Rechte und Teilnahme an der Gemeinschaft sind ein totes Blatt Papier, wenn ökonomische und soziale Rechte und Freiheiten nicht existieren" (International Movement ATD fourth world). Folgerichtig fordert Neuseeland die Einbeziehung des IWF und der Weltbank, und das "Regional Council on Human Rights in Asia" verlangt, daß die Auslandsschulden und Strukturprobleme der Länder im Sinne der Menschenrechte überprüft werden.

- Die Forderungen, Folter abzuschaffen und die Suche nach den Verschwundenen zu unterstützen, wird nur noch von Senegal und von NGOs erhoben. 65 NGOs einigten sich unter anderem auf die Forderung, die Todesstrafe abzuschaffen.

- Die "Lateinamerikanische Organisation des Zusammenschlusses der Angehörigen verschwundener Personen" (FEDEFAM) verlangt, daß die Frage von dauernden und systematischen Verletzungen der bürgerlichen Rechte ebenso wie die zunehmende Verschlechterung/Entartung der ökonomischen, kulturellen und sozialen Rechte in Nord-, Zentral und Lateinamerika und in der Karibik - dem Ort, in dem sie umfassend tätig sind - auf der Konferenz diskutiert werden müssen. "FEDEFAM stellt fest, daß es unschicklich ist" (oh, diese höfliche Sprache in diesen offiziellen Papieren!) "von jedem Standpunkt aus, die Weltmenschenrechtskonferenz in einem Land abzuhalten, in dem Menschenrechte verletzt werden."

- Die USA setzen sich für die individuellen Menschenrechte "rund um die Erde" ein. Die EG betont, daß die "Verbindung von Demokratie, Menschenrechten und Unterstützung der Entwicklung zunehmend klar und wichtig sind als Grundlage internationaler Zusammenarbeit". Das heißt, der Begriff der Menschenrechte soll wieder auf die bürgerlichen und politischen Rechte reduziert werden.

- Aus den bisherigen Debatten ist ferner abzulesen, daß es auf der Konferenz um erweiterte Rechte der Staaten, d.h. der kapitalistischen Staaten gehen wird, bei behaupteten Menschenrechtsverletzungen auch militärisch zu intervenieren, um so die Aufgabe einer Weltpolizei übernehmen zu können.

Ziel der Weltmenschenrechtskonferenz wird also sein:

1. die westlich kapitalistischen Staaten als Hort der Menschenrechte zu preisen

2. ein Recht auf militärische Intervention dieser Staaten zu begründen.

Es wird ein Festival der Heuchelei und des Zynismus werden.

Die Einhaltung der Menschenrechte in Europa und der BRD

Die "Menschenrechtsrevolution der 90er Jahre" gilt insbesondere den bürgerlichen und politischen Menschenrechten, nicht aber den wirtschaftlichen und sozialen. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist, daß Graf Lambsdorff (in der Diskussion um eine neue deutsche Verfassung und im Hinblick auf den Vorschlag, auch wirtschaftliche und soziale Rechte in die Verfassung aufzunehmen, insbesondere das Recht auf Arbeit) dem Spiegel gegenüber erklärt, dann könne man ja auch ein Recht auf Sonnenschein an hohen kirchlichen Feiertagen in die Verfassung schreiben.

- Die neuen Freiheiten bedeuten z.B. für alte Menschen in Moskau, daß sie, wie in westlichen Metropolen, verhungern und erfrieren. Bettelnde alte Menschen waren in der Presse abgebildet.

- Schweden zahlte bislang seine Entwicklungshilfe insbesondere an arme Länder immerhin mit der Auflage, daß die Gelder der armen Bevölkerung zugute kommen. Die neue, konservative Regierung zahlt nur noch an Länder, deren Regierungen sich zu Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechten bekennen. Das bedeutet konkret ein Aus für Cuba, Vietnam und vor allem für afrikanische Ein-Parteien-Staaten. Der Entwicklungsminister betonte, daß Schweden "politisch-moralische Forderungen" stellen werde und nicht mehr mit schwedischen Steuergeldern "sozialistische Experimente in der Dritten Welt" finanziere.

- In der BRD wird über Sterbehilfe für Alte, Kranke und Behinderte diskutiert statt für ein menschenwürdiges Leben. Menschen, die nicht verwertbar sind, sind lebensunwertes Leben.

- Die Armutsschwelle in der BRD liegt bei DM 530,- monatlich. 4,2 Millionen Menschen in der BRD leben unterhalb der Armutsschwelle.

- Asyl soll, wenn überhaupt, nur erhalten, wer politisch verfolgt wird (d.i. ein bürgerliches Menschenrecht). Asylsuchende aus Ländern, die vorgeben, sich der westlichen Demokratie anzunähern, erhalten kein Asyl. Asyl wegen Krieg und Hunger, das sind die Wirtschaftsflüchtlinge (Anspruch auf soziale Menschenrechte), darf es nach BRD-Menschenrechtsverständnis nicht geben. Dies gilt allerdings nicht nur für die BRD sondern für die gesamte EG.

- Die BRD stimmte im März 1992 in der UN-Menschenrechtskommission gegen einen Minderheitenschutz für Roma in der BRD.

- Die Annexion der DDR schafft Wohlstand für wenige - vor allem für Wessis - und Arbeitslosigkeit (z.Z. 15%), soziale Unsicherheit bis zur Obdachlosigkeit in den neuen Bundesländern.

Diejenigen, die sich hier nicht mehr nur an der parlamentarischen Demokratie orientieren, sondern ihr Leben selbst in die Hand nehmen, sich autonom, in eigenständigen Kollektiven organisieren, um menschliche Entfaltungsmöglichkeiten, Bedürfnisse und Fähigkeiten mit anderen zusammen zu entwickeln, die, die für ein anderes Leben kämpfen

- in autonomen Frauen-/Lesbenzusamenhängen (z.B. gegen Gen und Repro)

- in Wackersdorf, Brokdorf, Kalkar

- an der Startbahn-West

- in Mutlangen

- in der Hafenstraße

- in Flüchtlings- und Asylantenunterkünften

- die Angehörigen der politischen Gefangenen und viele Menschen, die sich für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen einsetzen (Berlin, Bielefeld, Essen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Münster, Oldenburg, Passau, Recklinghausen, Schwabach - hier sind noch längst nicht alle aufgezählt), werden kriminalisiert und verfolgt. Die bürgerlichen Menschenrechte sollen für sie nur eingeschränkt gelten, bzw. werden mit dem 129a StGB (Mitgliedschaft, Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung)" außer Kraft gesetzt.

Die politischen Gefangenen aus Guerilla und Widerstand werden seit über 20 Jahren menschenrechtsverletzenden Haftbedingungen ausgesetzt mit der Absicht, daß sie ihre politischen Ziele, ihre politische Identität aufgeben, daß sie abschwören. Diese Praxis der BRD wurde vom UN-Menschenrechtsausschuß, der die Einhaltung des UN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte kontrolliert, mehrfach kritisiert (1978, 1986, 1990).

Der Staat hat dieses Ziel gegenüber der Mehrheit der Gefangenen nicht erreicht, obwohl die Haftbedingungen die Gesundheit der Gefangenen zerstören. Das Ziel, daß die Gefangenen ihre politische Geschichte aufgeben, daß sie abschwören, ist menschenrechtswidrig. Kein Staat darf die politische Identität und Gesundheit von Gefangenen zerstören.

Ein Staat wie die BRD, der eine so menschenverachtende Politik betreibt, hat allen Grund, keine solche Menschenrechtskonferenz abzuhalten - weder in Berlin noch in Bonn.

UNO-Gruppe gegen Isolationshaft in der BRD

29. Es gab nicht nur den bewaffneten Kampf. Antwort auf "Unser Kampf für das Leben" von Norbert Hofmeier, Knast Bochum

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:03

"Wir müssen uns einlassen auf den Raum der Ironie, auf den Scherbenhaufen der Geschichte, in dem wir uns mit intelligentem Lachen bewegen sollten. Gelingt uns das nicht, ist das Ausdruck dafür, daß die Schwere, das Gewicht und die heroische Ernsthaftigkeit der Politik uns den langen Atem nimmt und so verhindert, die notwendige Distanz zu ergreifen, um nachdenken zu können und uns als mißgebildet, verunstaltet, zerstört in einem zerbrochenen Spiegel der Kultur zu erkennen."

Joaquin Brunner, zitiert von Haydée Birgin in "Frauendebatte in Lateinamerika")

Hallo, liebe Frauen,

ich habe Euren Brief mit dem Aufruf: "Unser Kampf für das Leben - Freiheit für die politischen Gefangenen" erhalten, und auch den Begleitbrief, in dem Ihr schreibt: "... wir denken, daß der Aufruf eine gute Grundlage sein kann, mit allen möglichen Menschen in die Diskussion zu kommen. Wir wollen offene Diskussionen, bei uns werden alle Fragen, Gedanken zugelassen sein, wir erwarten von Euch, daß sich alle in diese Auseinandersetzung einschalten, ohne Scheuklappen, Berührungsängste und ohne ‚Wahrheiten` zu produzieren ...".

Eure Initiative finde ich gut, aber leider ist der Aufruf nicht so, wie Ihr es im Brief versprochen habt. Ich finde den Aufruf nicht offen, sondern er drückt eine "Schmalspurwiderstandsgeschichte" aus. (Ich kann mich darin jedenfalls nicht/kaum wiederfinden.) Eine Grundlage, auf der die gesamte linke, fortschrittliche Bewegung die Freiheit für die politischen Gefangenen erkämpfen will, die muß erst noch entstehen ... Im Grunde ist es ein Aufruf aus der Sicht des ai-Widerstands für die Freiheit der Gefangenen aus der RAF - dagegen spricht ja nichts als Vorschlag zur Diskussion.

Der jetzige Aufruf hat die Tendenz, die eigene Geschichte, Politik und Einschätzungen zur allgemeinen Grundlage zu erklären. Ich finde, irgendwann müßte ja dann auch wirklich ein radikal neuer Anfang gemacht werden und nicht nur die Offenheit vorgeschlagen werden. (Überhaupt ist es ein Ding, daß die Offenheit betont werden muß - gab es bisher kein offenes "Zusammen-Kämpfen"?) Unter Offenheit stelle ich mir vor allem vor, daß die verschiedenen politischen Bewegungen und Ansätze trotz unterschiedlicher Einschätzungen und politischer Praxis sich gegenseitig akzeptieren, sich verstehen wollen und die Bereitschaft haben, auch voneinander zu lernen.

Wenn wir ernsthaft die Perspektive ins Auge fassen, die Freiheit für die politischen Gefangenen zu erkämpfen, und Erfolg haben wollen, brauchen wir mehr als eine kurzfristige, oberflächliche Einheit (wie es im Hungerstreik 1989 war). Es müßte also eine tiefergehende Einheit der fortschrittlichen, linken, revolutionären Bewegung sich entwickeln. Ich kann mir das so vorstellen, daß die verschiedenen Bewegungen etc. aus ihrem eigenen Verständnis zur Widerstandsgeschichte der BRD, zu bewaffnetem Kampf, politischen Gefangenen etc. Position beziehen "für die Freiheit ...".

Damit verbunden ist die solidarische Diskussion/Selbstkritik dieser Jahre, sowie die Diskussion über die Einschätzung der Ausgangsbedingungen heute und die verschiedenen Ansätze/Vorstellungen: "wie weiter". Nicht als eine losgelöste Einheitsdiskussion, sondern im Zusammenhang mit den konkreten Initiativen - wie u.a. Antirassismus/Antifa; der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel/"500-Jahre". Soweit ich mich erinnern kann, gab es so eine Einheit der linken Bewegung noch bei den Kampagnen für die Freilassung von Katharina Hammerschmidt, zum Hungerstreik 1974, als Holger Meins umgebracht wurde. Damals waren die politischen Gefangenen noch die Gefangenen (aus) der Linken (abgesehen von diversen ML-Gruppen) - da müßten wir wieder hinkommen. Das geht aber nicht mit "Schmalspurwiderstandsgeschichte".

Beim Lesen Eures Aufrufs ist mir aufgefallen, daß Euer Blick auf andere Bewegungen/Kämpfe doch recht seltsam ist. Ihr stellt die Geschichte so dar, als hätte es 1970 im Grunde nichts anderes gegeben als den bewaffneten Kampf der RAF, als "Teil der weltweiten Offensive aller möglichen Befreiungskräfte ..., dem das

imperialistische System, seiner Zentralpotenz beraubt, nicht würde standhalten können" (zitiert Ihr den Brief von Lutz Taufer). Wir anderen alle, wir hätten uns lediglich an den "staatlichen Vorgaben orientiert statt an unseren eigenen Lebensvorstellungen", und es seien "fast alle Kämpfe Abwehrkämpfe" gewesen.

So stimmt das nicht. Dem Imperialismus die Zentralpotenz rauben - wie denn? Durch revolutionäre Veränderung im "Herzen der Bestie" - also hier -, genau das war damals das gemeinsame Ziel der linken Bewegung. Daß die beste Solidarität mit den Befreiungskämpfen (konkret Vietnam) vor allem bedeutet, hier gegen den BRD-Staat/Kapital von unten eine eigenständige sozialrevolutionäre und antiimperialistische Bewegung zu entwickeln. Es gab unterschiedliche Ansätze - in Fabriken, Stadtteilen, besetzten Häusern, Zentren etc., und es gab eine breite Diskussion auch mit den bewaffneten Gruppen (RAF, 2. Juni, RZ) - trotz der Widersprüche eine solidarische Einheit.

Versteht Ihr, was ich sagen will? Unsere - bzw. meine - "Hoffnung" war doch damals nicht der bewaffnete Kampf oder die Befreiungskämpfe, sondern unsere Hoffnung war, daß wir hier im Vertrauen auf unsere eigene Kraft selber anpacken, um "zusammen" eine revolutionäre Bewegung aufzubauen. So wie Ihr das schreibt, stecken von vornherein die leidige Abgrenzung, Konkurrenz und Hierarchiedenken wieder drin, wie sie dann entstanden sind und sich bis heute durchschleppen: hier, wir, die einzig wahre revolutionäre Politik, mit einem entsprechenden Führungsanspruch - und dort eben der mehr oder weniger defensive, reformistische Kleinkram.

Ich halte auch überhaupt gar nichts davon, jetzt aus einer gewissen Rat- und Orientierungslosigkeit mal wieder auf die "Szene" einzuschlagen. Ist das denn nicht überhaupt die zentrale Aufgabe und Hoffung für Befreiung und revolutionäre Veränderung, daß wir heute die Ansätze für eine andere, freie Gesellschaft entwickeln? Ob das nun "Szene" oder sonstwie genannt wird - im Guten wie im Schlechten: Sie ist das Produkt der politischen Praxis, wir alle sind für sie verantwortlich, einschließlich wir Gefangenen. Wie wir aus den Fehlern/Erfahrungen lernen wollen, wenn wir uns abschätzig abwenden, bleibt mir ein Rätsel.

Ich finde, wir müßten mal dahin kommen, zu kapieren und auch ernst zu nehmen, daß alle: Basisbewegungen, militante Kämpfe, der bewaffnete Kampf u.a. mit beitragen zu dem Reichtum an Erfahrungen, an politischen Vorstellungen und Utopien, den es ja durchaus gibt hier. Wenn es nichts weiter gäbe als die Erfahrung von 20 Jahren bewaffnetem Kampf und Widerstand politischer Gefangener ... na ja, da würden wir heute aber wirklich noch ein ganzes Stück schlechter dastehen, als es ohnehin der Fall ist.

In Schlaglichtern meine ich folgendes: 1977 gab es nicht nur die Aktionen der RAF, die erhängten, erschossenen Gefangenen in Stammheim/Stadelheim, den "deutschen Herbst" und die Linke, die sich als staatstragende Linke entpuppte (ähnlich wie jetzt im Golfkrieg übrigens auch), sondern 1976/77 gab es auch durch die kämpferische/militante Anti-AKW-Bewegung einen ganz neuen Aufbruch für die linke Bewegung insgesamt, nach Jahren der Flaute wurden die Straßen wieder erobert. Diese Bewegung war radikal, autonom von unten her demokratisch organisiert; in dieser Bewegung wurde versucht umzusetzen, was die Frauenbewegung die Jahre zuvor auf die Tagesordnung gesetzt hatte: gegen die Scheißstrukturen, eigene Organisierung, "das Persönliche ist politisch", die Trennung zwischen Politik und Privatem woll(t)en wir aufheben.

Aus dieser Bewegung kamen wichtige Anstöße (bzw. es wurden Anstöße der RZ aufgegriffen): die Atom-Rüstungs-Banken-Baufirmen-Regierenden-Mafia wurde in den Städten sich vorgenommen, daraus entstanden die Kerne für die militanten Häuserkämpfe und Antikriegsbewegung Anfang der 80er Jahre.

"... keine eigene Lebensvorstellungen", sagt Ihr?

Im Gegenteil finde ich, gerade die eigenen Lebensvorstellungen sind doch aus diesen verschiedenen radikalen Bewegungen heraus mit entwickelt worden, und von sehr vielen genau mit dem Bewußtsein und Ziel, so zur revolutionären Veränderung beizutragen - von unten, sich möglichst ganz einzubringen.

Von was macht Ihr denn das abhängig, "eigene Lebensvorstellungen" - lediglich von bestimmten Mitteln und Formen des Kampfes? Ich finde, Ihr habt ein ziemlich schematisches Verständnis von revolutionärer Veränderung - Ihr seht gar nicht die Emanzipation/die Schritte zur Veränderung und ordnet sie in eine Strategie ein. (Ich kann mich noch sehr gut an die Diskussionen erinnern, ob z.B. jetzt die "Hafenstraße"-Barrikadentage etc. "revolutionäre Front" sei - oder nicht.)

Woher kommen denn die Anstöße und greifbaren Erfahrungen von kollektivem Leben und Kämpfen, wenn nicht besonders aus besetzten Häusern, Zentren ...? (Angefangen vom Georg-von-Rauch-Haus bis ...) Oder die Militanz? Doch durch die Startbahnbewegung, gegen die WAA, Brokdorf, durch den antifaschistischen Widerstand ... Wer hat denn die Frauenbefreiung und -organisierung angepackt, den Widerstand gegen Sexismus, Gentechnologie etc.?

Mitte der 80er Jahre wurde die Vorstellung einer revolutionären Front, als ein "Zusammen-Kämpfen", von den Bewegungen diskutiert, aufgegriffen. Es ging um eine Einheit von sozialrevolutionärem, antikapitalistischem, antiimperialistischem Widerstand zusammen mit der Guerilla. (Zumindest war das die Diskussion und Vorstellung. Als 1986 Gefangengenommener begreife ich mich als Gefangener aus diesem Ansatz von "Zusammen-Kämpfen" - und nicht als Gefangener aus einer Phase der RAF.)

Oder zum IWF 1988 (Berlin): Wer hat denn Monate/Jahre die ganze Vorarbeit und den "Kleinkram" gemacht und die Basis gelegt für den breiten und solidarischen Widerstand? Das waren doch wohl alle beteiligten Gruppen, internationalistische, Frauen, Stadtteil, Jobber, Studenten/Schüler, AusländerInnen, AntiimperialistInnen, Autonome.

Und woher kam die Breite im Hungerstreik 1989? Sie war doch auch ein Ergebnis von Hunderten kleinerer Treffen, Veranstaltungen etc., die stattfanden seit den 129a-Verfolgungen und Verhaftungen 1986/87 (zu kapieren, daß Knast nicht das Ende ist), die von FreundInnen, Angehörigen, GenossInnen organisiert wurden. Und woher kommt die breite Bewegung gegen den Golfkrieg, woher kommt die Diskussion/Mobilisierung gegen Rassismus-Patriarchat-Kapital?

Ich finde es unverständlich, daß sich diese ganze Widerstandsgeschichte bei Euch gar nicht ausdrückt. Hat sie für Euch nicht stattgefunden? Ich finde, alle diese Bewegungen und Kämpfe haben ihre Berechtigung, und sie tragen insgesamt zu einer revolutionären politischen Bewegung/Veränderung bei - es ist falsch, 20 Jahre Widerstandsgeschichte auf die Beiträge des bewaffneten Kampfes der RAF und den antiimperialistischen Widerstand zu verkürzen.

"... unter keinen Umständen solltet Ihr unwahr oder unwissenschaftlich argumentieren. Eure Aktionen sollten auf richtiger Information und sorgfältiger Analyse beruhen. Alle oberflächlichen und propagandistischen oder gar verfälschten Aktivitäten werden früher oder später als Bumerang auf Euch zurückkommen, wenn Ihr es am wenigsten erwartet, und Euch als Leute bloßstellen, die man nicht ernst nehmen kann, denen man nicht glauben kann.

Zum zweiten solltet Ihr niemals sektiererisch sein. Es liegt in der Natur komplexer Strukturen, wie es Gesellschaften nun einmal sind, daß es unterschiedliche Ansichten darüber gibt, was die beste Strategie ist.

Euer Kampf geht um Befreiung und Demokratie. Innerhalb des Rahmens der Politik der Befreiung und ihrer Ideen müßt Ihr in der Lage sein, viele unterschiedliche Ansichten zu dulden. Solange eine besondere Position nicht eindeutig ein feindlicher Standpunkt ist, sollten wir Differenzen soweit wie möglich ertragen, ‚hundert Blumen blühen und tausend Schulen des Denkens wettstreiten lassen`, denn darin liegt das Wesen des demokratischen Ideals ..." (von Neville Alexander: "Wer Wind sät, wird Sturm ernten" - südafrikanischer Befreiungskampf - mit interessanten Aufsätzen/Reden über Rassismus, Kapitalismus, Frauenbefreiung, nationale Befreiung ... und "Einheit im Kampf")

Nun aber zu hier und heute: wie soll es weitergehen?

Ihr sagt: "heute sehen wir uns mit Bedingungen konfrontiert, unter denen wir nicht wie bisher weitermachen können und wollen", und begründet das mit der fortschreitenden Zerstörung und unmenschlichen Barbarei durch das kapitalistische Weltherrschaftssystem: "es gibt die Orientierung nicht mehr, wir sind auf uns selbst zurückgeworfen. Überall suchen die Menschen nach einem neuen Anfang ... Immer mehr Menschen wird bewußt, daß sie nur selbst Antworten finden und ihr Anliegen in die eigenen Hände nehmen müssen"

Mir ist schleierhaft, was Ihr damit jetzt eigentlich sagen wollt, was daran denn nun "neu" (nicht wie bisher) ist? Kämpfen und arbeiten denn nicht die vielen Leute und Gruppen genau aus diesem Verständnis schon die ganzen 80er Jahre, auch schon die 70er? War denn die Vorstellung "Zusammen-Kämpfen", revolutionäre Front, nicht genau das?

Meiner Meinung nach ist da was ganz schief. Daß eine Neubestimmung der eigenen Politik und Praxis gemacht werden muß, wenn sich die politischen, gesellschaftlichen Verhältnisse und die internationale Situation dermaßen ändern - also das muß doch nun wirklich die allerselbstverständlichste Sache der Welt sein für eine linke, revolutionäre Bewegung! Das braucht doch überhaupt nicht betont zu werden!

Es gibt keine revolutionäre Bewegung, Gruppe, Zeitschrift weltweit, die nicht dabei ist, kritische Auswertungen der Revolutionsgeschichte zu machen (der eigenen, und zurück bis zur Oktoberrevolution), die nicht dabei ist zu analysieren und neu Strategien zu diskutieren. Das wäre ja wirklich ein Ding, wenn ausgerechnet die BRD-Linke das nicht notwendig hätte!

Der Schwerpunkt liegt aber falsch, wenn wir allein bei der Beschreibung und Analyse der äußeren Verhältnisse, also der Politik des Imperialismus, der Rolle der BRD, dem internationalen Kräfteverhältnis usw. stehen bleiben.

Rosa Luxemburg hat 1914 im Knast, als die II. Internationale zusammenklappte und als die Arbeiterparteien, statt gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen, sich von den Herrschenden in den Krieg hetzen ließen, eine radikale Selbstkritik verfaßt, "Die Krise der Sozialdemokratie". Sie schreibt u.a.: "Die Befreiung des modernen Proletariats hängt davon ab, ob es versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik, rücksichtslose, grausame bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist die Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung. ... Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst. Das Proletariat ist in seiner Aktion von dem jeweiligen Reifegrad der gesellschaftlichen Entwicklung abhängig, aber die gesellschaftliche Entwicklung geht nicht jenseits des Proletariats vor sich, es ist in gleichem Maße ihre Triebfeder und Ursache, wie es ihr Produkt und ihre Folge ist. Seine Aktion ist mitbestimmender Teil der Geschichte. ... Aber wir sind nicht verloren und wir werden siegen, wenn wir lernen nicht verlernt haben."

D. h. wir müssen uns eben auch vor allem fragen, welche Fehler haben wir gemacht, welche Schwächen gibt es in unserer Politik? Was sind die Ursachen? Was können wir daraus lernen? Es ist falsch, wenn wir unsere Energie dafür verschwenden, die eigene Politik und Praxis zu rechtfertigen, indem wir beschreiben, daß ja sowieso alles so gekommen ist, und kommen mußte, wie es kam.

Das stimmt eben nicht! (Die Entwicklung der Oktoberrevolution-Stalin hätte auch anders laufen können, der Sieg des Nazifaschismus Lagers 1933 hatte Ursachen. Genausowenig reicht es zu sagen, der Imperialismus ist eben so stark.) Die Situation heute ist nicht logisch, zwingend, historisch folgerichtig und ausrechenbar so gekommen -, sondern unsere Praxis war mitbestimmender Teil - es könnte also auch anders aussehen. Wenn wir auf die kritische Auswertung verzichten, dann bestätigen wir dem System die Überlegenheit und Unbesiegbarkeit.

Ein Ausdruck unserer mangelnden Souveränität ist die spürbare Angst vor Kritik - es könnte alles "falsch und sinnlos" gewesen sein, wird befürchtet (so stand es sinngemäß in dem Brief der Tübinger GenossInnen an die drei Celler Gefangenen). Ja, angenommen, es wäre so, sollten wir denn dann Unhaltbares rechtfertigen?

Rosa Luxemburg war anders: "Was jetzt in Frage steht, ist der ganze letzte fünfundvierzigjährige Abschnitt in der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung. Was wir erleben, ist die Kritik, der Strich und die Summe unter den Posten unserer Arbeit seit einem halben Jahrhundert."

Wir müssen das Falsche und Sinnlose herausfinden, ändern - wenn nicht, verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit. Versteht Ihr, was ich meine? Ihr umgeht das, Ihr redet nur von neuen Bedingungen und neuem Anfang.

Wir können ja nicht hingehen und z.B. einfach die Selbstkritik und Analyse der Tupamaros übernehmen! Wir müssen sie für unsere Geschichte selber machen!

Die Tupamaros sind allerdings ein gutes Beispiel, wie eine radikale Kritik aussieht. Mein Eindruck ist der, wir zitieren bisher lediglich die Tupamaros! Die Fragen: "Distanzieren - Abschwören - bewaffneter Kampf, ja oder nein; revolutionäre Gewalt ...?! etc.", wie sie vom Staat und staatstragenden Linken immer kommen, die stellen sich doch gar nicht so.

Es geht um eine Diskussion innerhalb der linken, revolutionären Bewegung und nicht um Dialoge oder Deals mit der Macht, und der Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen heißt ja nicht: "Der Befreiungskampf ist aus, wir ziehen uns mit unseren Wunden zurück!" Diese Diskussionen müssen heute stattfinden, als Revolutionäre, Linke müssen wir immer wieder von neuen die geeigneten Mittel, Formen und Wege herausfinden. Ich glaube nicht, daß es um die "Durchsetzung von bewaffnetem Kampf/revolutionärer Gewalt im Prinzip" geht, und auch nicht um die "Durchsetzung von revolutionärer Front als Modell/Konzept" - genausowenig, wie es den Aufbau einer revolutionären Bewegung/Partei losgelöst von den Kämpfen von unten geben kann (das ist jetzt nur angeschnitten). Jedenfalls: Ich denke, daß revolutionäre Prozesse komplizierter sind, als wir bisher alle gedacht haben.

Darum ist es wichtig, daß es eine Offenheit und Bereitschaft gibt, aus den unterschiedlichen Erfahrungen und Vorstellungen zu lernen - die unterschiedlichen Erfahrungen und Vorstellungen zu lernen - die sozialrevolutionären und internationalistischen Gruppen, z.B. Frauenbewegung, bewaffnete Gruppen, die Gefangenen, Widerstandsgruppen - alle können dazu beitragen. In den 80er Jahren sind viele Erfahrungen gemacht worden.

Wenn wir jetzt mit der Allerweltsweisheit ankommen: "die Menschen müssen selber ihre Sache in die Hand nehmen", dürfen wir uns nicht in die Tasche lügen - denn nichts anderes wurde doch in den vergangenen 25 Jahren versucht! Oder was sonst?

Zurück zum Aufruf: "Freiheit für die politischen Gefangenen ..." Ich denke, das Produktivste wäre, es würden wirklich die verschiedenen Bewegungen, Gruppen etc. aus ihrem eigenen Verhältnis zur Widerstandsgeschichte und Gefangenen etc. Stellung beziehen. So wie ich es ja schon am Anfang geschrieben hatte.

Als Anmerkung:

- Ich finde, daß die ausländischen politischen Gefangenen mit einbezogen werden müssen, zumindest allgemein auf der politischen Ebene. (Es kann ja sein, daß sie es so direkt nicht wollen.)

- Die Forderung "Freilassung ... insbesondere auch aller HIV-Infizierten und Aidskranken" finde ich richtig.

Ich finde, darüberhinaus muß in so einem Aufruf auch die Solidarität mit den Gefangenen zum Ausdruck kommen, die sich gegen den Knast wehren, die sich solidarisch verhalten so wie im Streik 1989 und bei vielen Anlässen (z.B. wird jetzt Gefangenen aus Rheinbach die Anklage geschickt wegen "Meuterei, Widerstand" wegen der Dachbesteigungsaktion).

Es gab im Streik ja auch in den Knästen eine gewisse Breite, die Forderung nach "Kommunikation" bezieht sich auch auf die Knäste. So wie der Streik 1989 mit dazu beigetragen hat, daß es vom Staat aus diese "Kinkel-Initiative" gibt, fände ich es unsolidarisch, wenn jetzt in der Situation dieser Ansatz von "Zusammen-Kämpfen" herausfallen würde. (Daß ich, wahrscheinlich wir alle, zuwenig daran geblieben bin/sind seither, kann das nicht rechtfertigen.) Kämpfen wir nicht "für eine Gesellschaft ohne Knäste"?!

"Wir kamen aus den Gefängnissen und dem Exil mit unseren alten Wahrheiten, mit unserem Paternalismus, den allwissenden und omnipotenten Kenntnissen. Wir behandelten diese jungen Führungspersönlichkeiten wie kleine Kinder, die von uns lernen müßten. Wir waren hochmütig, arbeiteten mit unseren alten Schemas und verwarfen sogar viele Einsichten der Jungen, die der neuen Realität viel mehr angepaßt waren als unsere" (Erfahrung des Tupamaro Huidobro).

30. "Es gibt in den RZ verschiedene Tendenzen." Stellungnahme eines Teils der RZ zum Papier zum Tod von Gerd Albartus

Rubrik: Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:09

Wir sind eine Gruppe aus dem Organisationszusammenhang der Revolutionären Zellen. Die Veröffentlichung einer weiteren Gruppe der RZ zum Tod von Gerd Albartus zwingt uns, öffentlich etwas dazu zu sagen, obwohl wir das wegen der unzureichenden Informationen nicht beabsichtigten.

Darüber hinaus werden wir kurz auf das Papier einer anderen RZ-Gruppe eingehen, die den bewaffneten Kampf aufgeben will.

Inzwischen dürfte deutlich geworden sein, daß es innerhalb der RZ verschiedene Tendenzen gibt. In dieser und anderen Veröffentlichungen werden wir uns deshalb durch einen Namenszusatz kenntlich machen.

Das Papier zum Tod von Gerd wurde gegen unseren Willen mit dem Gesamtnamen RZ unterzeichnet. In vorausgehenden Diskussionen hatten wir deutlich gemacht, daß dieses Papier nicht unserer Haltung und unserer Praxis zum internationalen Befreiungskampf entspricht. Der Nachruf auf Gerd wird mißbraucht zu einem selbstherrlichen Rundumschlag auf Kosten der kämpfenden Völker im Trikont. Mit der gleichen fehlenden Gewissenhaftigkeit werden die Umstände seines Todes angedeutet. Die verantwortliche Organisation wird nicht genauer charakterisiert; das leistet Spekulationen Vorschub, die dem palästinensischen Widerstand nur schaden können. Es handelt sich um eine sehr kleine Organisation, die auf der rein militärischen Ebene kämpft und die sich selber dem internationalen antiimperialistischen Befreiungskampf zurechnet.

Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit dieser Organisation ab, da die Stoßrichtung ihrer Aktionen oftmals zu ungezielt oder falsch ist und der Kampf auf der politischen Ebene vernachlässigt wird. Wir haben nur vage Andeutungen darüber, weshalb die betreffende Organisation an der Zuverlässigkeit von Gerd zweifelte, aber Gerd wußte, worauf er sich einließ. Er kannte die Erfordernisse des zugespitzten militärischen Kampfes. Die Zusammenarbeit mit dieser Organisation verstand er als seinen Beitrag zum Kampf der unterdrückten Völker gegen ihr Elend und ihre politische Unterdrückung. Für ihn war es eine Alternative zu der Selbstzufriedenheit vieler Menschen - und auch vieler Linken - in den Metropolen.

In diesem Sinne teilen wir die Kritik von Gerd, die der politischen Haltung der Nachrufschreiber widerspricht. Internationale Solidarität bedeutet aktives und kritisches Miteinander der Kämpfenden - und nicht arrogante Besserwisserei, die die konkreten und historisch gewachsenen Kampfbedingungen der Befreiungsbewegungen und der unterdrückten Klassen gar nicht mehr zur Kenntnis nimmt.

In der öffentlichen Diskussion über den Nachruf gab es einige Beiträge, die wichtige Kritikpunkte aufgriffen, auf die wir uns beziehen: im Arbeiterkampf vom 13.1.92die Stellungnahme "Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier" und das Papier "Ich geh weg, ich geh weg, ... und such was Neues", unterschrieben mit "3. Februar 92``.

Die revolutionären Befreiungskämpfe in den Drei Kontinenten, - die immer auch Kämpfe um soziale Befreiung sind, die wir besonders unterstützen - finden in den verschiedenen Ländern unter spezifischen Bedingungen statt. Unsere Analyse dieser Kämpfe und die Solidarität mit ihnen berücksichtigt die objektiven Bedingungen sowohl in Hinsicht auf die jahrhundertelange koloniale Ausplünderung und Zerstörung, als auch in Hinsicht auf die aktuelle Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrategie des Imperialismus. Die beschränkte Orientierung ausschließlich auf den "hiesigen Sozialprozeß" in den Metropolen, ohne ihn in seinen internationalen Zusammenhang zu stellen, fördert neokoloniale Denk- und Handlungsweisen.

Wer sich von den Kämpfen in den Drei Kontinenten entsolidarisiert, steht damit auf der gleichen Seite der Barrikade wie jene Kräfte, die sowohl offen wie verdeckt ökonomisch, militärisch und nicht zuletzt psychologisch Krieg gegen alle Völker des Trikonts führen, die sich den unmittelbarsten Formen der der imperialistischen Zerstörungsgewalt widersetzen. Solidarität bedeutet auch immer kritische Solidarität

untereinander. Nur so wird ein gemeinsamer revolutionärer Entwicklungsprozeß der internationalistischen Kräfte ermöglicht.

Mit der Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe (1976) auf dem Flug Tel Aviv - Paris sollten 53 gefangene Genossinnen und Genossen aus Knästen in Israel, der BRD, Kenia, der Schweiz und Frankreich durch den Austausch von Geiseln befreit werden. Von diesen fünf Staaten waren nur Passagiere aus Israel und Frankreich an Bord. Diese Passagiere mit israelischer sowie französischer Staatsbürgerschaft und die französische Crew wurden als Geiseln festgehalten, alle anderen aus ganz anderen Ländern entlassen. Eine Auswahl von Jüdinnen und Juden hat es nicht gegeben. Indem die Verfasser des Nachrufs in völlig unkritischer Weise die bürgerliche Medienpropaganda ("Selektion von Juden" ...) zur Wahrheit erklären, zeigt sich nicht nur ihre politische Unreife, sondern auch ein unsägliches Mißtrauen gegenüber den eigenen beteiligten GenossInnen.

In einer politischen Bewertung der Aktion - einer auch in unseren Augen problematischen Flugzeugentführung - müssen die Existenzbedingungen des palästinensischen Volkes berücksichtigt werden. In Stichworten: Leben unter israelischer Besatzung oder als Flüchtlinge, Erfahrung von Massakern (in Palästina, Libanon) bis zum Völkermord (Jordanien 1970). Vor der Entführungsaktion wurden etwa 6.000 EinwohnerInnen des Flüchtlingslagers Tel-Al-Zaatar in Beirut von christlichen, faschistischen Milizen mit Unterstützung der syrischen Armee ermordet; Israel verstärkte dabei seine ständigen Luft- und Raketenangriffe gegen die palästinensischen Flüchtlingslager. Die "Weitöffentlichkeit" schwieg. Der palästinensische Widerstand befand sich in Kriegszustand mit Israel. Die Entführung des aus Israel kommenden Flugzeugs und das Festhalten der Geiseln sollte als Druckmittel gegen die israelische und französische Regierung benutzt werden.

Die Aufkündigung der Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand aufgrund der Kritik an dieser Aktion, ohne Berücksichtigung der damaligen Bedingungen, steht in einem schiefen Licht, denn im palästinensischen Widerstand fand anschließend eine Selbstkritik der Aktionsform Flugzeugentführung statt. Militärische Aktionsformen dieser Art wurden allgemein von den politischen Organisationen nicht mehr angewandt, weil die Entführung beliebiger Menschen aus den imperialistischen Staaten verwischt, daß der Befreiungskampf gegen die herrschenden Klassen und Militärapparate dieser Länder gerichtet ist.

Die Existenz eines rassistischen Staates Israel bedeutet die Verweigerung des Existenzrechtes für die PalästinenserInnen. Die Aufrechterhaltung eines solchen Systems, das mit den reaktionärsten Diktaturen auf der ganzen Welt zusammenarbeitet, kann keine Lösung sein. Eine Lösung kann nur eine Revolution herbeiführen, die allen Menschen eine gleichwertige Existenz erkämpft. Der palästinensische Widerstand hat dieses Ziel schon vor Jahrzehnten formuliert.

Zum Papier einer anderen Gruppe der RZ, die die Aufgabe des bewaffneten Kampfes befürwortet: Die Ursache für die Krise der RZ und die Krise bewaffneter Politik sehen wir in entscheidenden Punkten anders als ihr.

1. Die Frage der Macht und revolutionärer Gegenmacht: Die bewaffnete Propaganda, die als Opposition bestimmte Mißstände aufzeigt, bestimmte zu sehr die Politik der RZ. Um die Frage, wie revolutionäre Gegenmacht entwickelt werden kann, wurde sich stets herumgedrückt. Diese Position ist anscheinend unangreifbar: Schlaglichter werden auf bestimmte Probleme geworfen und es der so benannten "Öffentlichkeit" überlassen, sie aufzugreifen oder nicht. Das kann zu einem Ritual erstarren, an dem sich nichts mehr bewegt, weder persönlich noch gesellschaftlich. Es wird keine Verantwortung übernommen für die Weiterentwicklung eines politischen Prozesses, bei dem es darum geht, die Macht der Unterdrücker zunächst einzuschränken, später in entwickelteren Kämpfen vieler sie zu zerschlagen, um eine klassenlose und antipatriarchale Gesellschaft zu ermöglichen. Wer dieses wirklich zum Ziel hat, sich aber nicht die Kernfrage stellt, wie die Macht erobert werden kann, ist ein(e) Träumer(in), der (die) an den entstehenden Verhältnissen kleben bleibt. Wichtig ist doch die Auseinandersetzung darüber, wie Gegenmacht positiv entwickelt werden kann, wie dem Machtmißbrauch entgegengewirkt werden kann. Das erreichen wir nicht, wenn die Frage der Macht überhaupt zum Tabu gemacht wird. Wie sollen wir - wie ihr schreibt - "Entwicklung von mehr Selbstbestimmung" erreichen, wenn nicht durch die Entwicklung von Gegenmacht? Geschenkt wird uns nichts außer den Spielwiesen, den Nischen - die uns korrumpieren sollen. Gerade die Erfahrungen aus Chile 1973 und Spanien 1936-39 sollten uns lehren, wie die internationale Bourgeoisie mit unseren Träumen und unserer

"Selbstbestimmung" umspringt, wenn wir den Herrschenden keine Grenzen setzen und das heißt: politisch und militärisch.

2. Das Wechselverhältnis zwischen Guerilla und Bewegung: Ihr beschreibt das Koordinatensystem, in dem sich die RZ bewegt haben, als sehr geradlinigen Weg: Bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermessung. Das ist ein enormer Anspruch, denn gesellschaftliche Prozesse laufen nicht so in einer geraden Reihe ab. Ihr legt dies als Meßlatte an und konstatiert dann das Scheitern bewaffneter Politik. D.h. die Bestätigung der Richtigkeit wäre eine massenhafte Aufnahme der politischen Anregung der RZ gewesen. Das ist eine starke Vereinfachung.

Entgegen eurer ausdrücklichen Willenserklärung formuliert ihr hier einen klaren pädagogischen Avantgardeanspruch. Ihr erhebt den bewaffneten Zeigefinger und erwartet, daß das Thema von der Öffentlichkeit aufgegriffen wird. Wir meinen, daß das die Menschen jeweils selber entscheiden müssen und andersherum die Guerilla an den Reaktionen überprüfen kann, ob ihre Erwartungen realistisch waren oder nicht. Sich von der Reaktion der Öffentlichkeit derart abhängig zu machen, ist ein Kennzeichen reformistischer bewaffneter Politik, die selbst nicht strategisch politisch eingreifen will. Ebenso wichtig ist natürlich, daß dies auf der anderen Seite nicht zum abgehobenen "Privatkrieg" zwischen Guerilla und Staat führen darf. Es gibt auch gesellschaftliche Situationen, wo die Guerilla nicht tiefer in die unterdrückten Klassen wirken kann, weil der politische Prozeß stagniert. Hierfür sind viele Faktoren verantwortlich. Es bedeutet für uns jedoch keineswegs, daß bewaffnete Politik überflüssig wird, sondern sie kann verstärkt Aufgaben übernehmen, die nicht auf unmittelbare Aufmerksamkeit zielen, sondern in Hinblick auf eine langfristige Entwicklung und zukünftige Kämpfe andere Schwerpunkte setzen. Die revolutionären bewaffneten Kräfte aufzugeben heißt, den revolutionären Kampf abzuschreiben, weil dieser - mal mehr, mal weniger - auf diese Kraft angewiesen ist. Die Guerilla sichert und erweitert das politische Terrain.

Anstatt als Konsequenz aus der wenig aufrüttelnden Flüchtlings-Kampagne zu schließen, Guerilla sei gescheitert, sollten die einzelnen Gesichtspunkte genauer unter die Lupe genommen werden. Die Forderung nach "offenen Grenzen" setzt nicht an der Ursache des Problems an, sondern an den Auswirkungen, nämlich die Migrationsbewegung in die Metropolen. Sie muß daher mit einer gleichzeitigen konsequenten antiimperialistischen Politik des Angriffs auf die Urheber des Elends der Völker der Drei Kontinente verknüpft werden. Sonst kann die Forderung hier gesellschaftlich gar nicht greifen oder geht in die falsche Richtung. Die Vorstellung von Millionen von EinwanderInnen löst bei vielen Menschen hier zumindest Besorgnis aus und bietet sozialen Sprengstoff in Richtung Ausgrenzung und Ausländerhaß. Diese Forderung muß mit einer realistischen Vorstellung verbunden werden, wie der Imperialismus zu bekämpfen ist und wie die Existenzbedingungen der Menschen in den Drei Kontinenten verändert werden können. Nur an Humanismus und Mitleid zu appellieren ist keine revolutionäre Politik, zeigt keine Lösung gesellschaftlicher Probleme auf. Was den Anspruch betrifft, dieses Thema mit sozialen Problemen hier zu verknüpfen: Gerade dieses Thema ist nur sehr schwer mit sozialen Problemen im Herzen der Bestie zu verknüpfen. Natürlich setzt es trotzdem an einem richtigen Punkt an, nämlich der Hunger- und Ausrottungspolitik der Imperialisten im Trikont, dem wir nicht tatenlos zusehen dürfen, sollten wir nicht jegliche moralische und revolutionäre Legitimation verlieren. Die Flüchtlings-Kampagne blieb ohne breiteren revolutionären Rahmen und -Einbettung doch eine EinPunkt-Politik, trotz anderer Absicht. Der Unterschied, der die Sache nicht gerade vereinfachte, war lediglich, daß sich diesmal nicht auf eine vorhandene Bewegung bezogen wurde, sondern die Erwartung da war, daß sie entstehen würde. Ein weiterer Fehler unserer gesamten Politik in Bezug auf die Bewegungen war unserer Meinung nach außerdem der ausschließliche Bezug auf die linksradikale Szenerie. Diese war in den letzten 10 Jahren jedoch gesellschaftlich kaum relevant, sondern fristete ein - großenteils selbstgewähltes - Ghettodasein, von dem keine soziale Außenwirkung ausging. Dies aufzuarbeiten und zu verändern ist eine wesentliche Aufgabe.

3. Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auswirkungen auf die Linke hier: Der Zusammenbruch ist doch nicht der Punkt, an dem die Linke niederging. Sie war doch schon längst vorher an ihre Grenzen angelangt, auf die zwangsläufig erst einmal ein Rückzug erfolgt, um die Fehler und Mängel aufzuarbeiten und um den neuen Anlauf entwickeln zu können. Es ist besonders bitter, daß das alles zugleich mit dem vorläufigen triumphierenden Siegeszug des Imperialismus über Trikont und Osteuropa zusammenfällt; aber was nützt es, darüber zu klagen.

Die "neue Weltordnung" ist rissig und die Zukunft stellt an uns neue Anforderungen. Strategie und Taktik bewaffneter Politik weiterzuentwickeln steht auf der Tagesordnung, nicht das Aufgeben.

Die persönliche Entscheidung Einzelner oder einzelner Gruppen, bewaffnete Politik aufzugeben und sich im offenen Rahmen zu betätigen, akzeptieren wir selbstverständlich. Diese Politik aber aus strategischen Überlegungen zu verwerfen halten wir für falsch.

Revolutionäre Zellen

Tendenz für die internationale soziale Revolution

31. "Das hier ist nur ein Anfang ..." Dokumentation der RAF-Erklärung vom 10.4.92

Die RAF will bewaffneten Kampf einstellen, wenn die Gefangenen entlassen werden

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:06

an alle, die auf der suche nach wegen sind,

wie menschenwürdiges leben hier und

weltweit

an ganz konkreten fragen organisiert

und durchgesetzt werden kann.

das ist auch unsere suche.

es gibt tausende probleme, die auf dem tisch liegen und nach lösungen schreien und die, wenn sie nicht bald angepackt und gelöst werden, die ganze menschheit in die katastrophe führen.

sie alle sind entstanden durch das kapitalistische prinzip, daß nur profit und macht zählen und die menschen und die natur dem untergeordnet sind.

wir, die raf, haben seit 89 angefangen, verstärkt darüber nachzudenken und zu reden, daß es für uns wie für alle, die in der brd eine geschichte im widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. wir haben überlegt, daß es darum geht, neue bestimmungen für eine politik herauszufinden, die tatsächliche veränderungen für das leben der menschen heute durchsetzen kann und die längerfristig den herrschenden die bestimmung über die lebensrealität ganz entreißt. dafür ist es notwendig, sich die eigene bzw. gemeinsame geschichte aller im widerstand anzusehen, darüber nachzudenken, was wir falsch gemacht haben und was wichtige erfahrungen waren, die wir oder andere gemacht haben, und welche bedeutung sie für die zukunft haben können.

ausgangspunkt war:

1. die tatsache, daß wir alle vor einer völlig veränderten situation im weltweiten kräfteverhältnis standen - die auflösung des sozialistischen staatensystems, das ende des kalten krieges.

wir waren damit konfrontiert, daß die vorstellung, im gemeinsamen internationalen kampf einen durchbruch für befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist. die befreiungskämpfe waren insgesamt zu schwach, um gegen die auf allen ebenen ausgeweitete kriegsführung des imperialismus durchzukommen.

der zusammenbruch der sozialistischen staaten, der seine ursache wesentlich in den im innern ungelösten widersprüchen hatte, hat katastrophale auswirkungen für millionen menschen weltweit und hat alle, die rund um den globus um befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen.

aber dadurch hat sich für alle die notwendigkeit nochmal deutlicher gezeigt, daß die kämpfe um befreiung nur aus dem selbstbewußtsein der eigenen, speziellen geschichte der völker, den authentischen bedingungen und zielen entwickelt werden können. und nur daraus kann eine neue internationale kraft entstehen.

das haben viele genossInnen aus dem trikont in die diskussionen eingebracht, und sie haben dort anfänge einer ganz neuen politik gefunden und umgesetzt - das werden wir hier auch. darin sind wir mit ihnen verbunden.

2. wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den jahren vor 89 politik gemacht haben, politisch nicht stärker, sondern schwächer geworden sind. wir haben aus verschiedensten gründen keine anziehungskraft mehr für die menschen hier entwickelt, die gemeinsames handeln möglich macht.

als einen zentralen fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht.

uns ist klar geworden, daß wir die leute suchen müssen und daß es so nicht weitergeht, daß wir als guerilla alle entscheidungen allein treffen und erwarten, daß die anderen sich an uns orientieren. wir haben das zwar oft anders formuliert, aber die realität war so.

wir hatten unsere politik ganz stark auf angriffe gegen die strategien der imperialisten reduziert, und gefehlt hat die suche nach unmittelbaren positiven zielen und danach, wie eine gesellschaftliche alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren. daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt.

die verhältnisse zu den leuten, mit denen wir am meisten zu tun hatten, waren aber in erster linie darüber bestimmt, gemeinsam zum angriff zu kommen. deshalb gab es in der bestimmung gar nicht den raum, daß sie eigene soziale werte in ihrem alltag und mit vielen zusammen entwickeln und leben konnten. nur daraus hätten wir zusammen zu einer politik kommen können, die für mehr menschen, auch für welche, die außerhalb der verschiedenen scene-ghettos leben, erfahrbar macht, daß die kälte und ohnmacht im imperialismus nicht schicksal wie naturgewalt ist, sondern da aufhört, wo menschen ihre bedürfnisse, ihre solidarität gemeinsam umsetzen und das hier und heute anfangen zu leben.

daraus hatten wir die konsequenzen gezogen und zwei jahre lang einen parallelen prozeß von neubestimmung und praktischen interventionen versucht.

wir dachten, wir könnten dadurch, wie wir unsere aktionen bestimmen und wie wir reden, von uns aus ein neues verhältnis schaffen und dadurch die notwendigen voraussetzungen für eine gemeinsame diskussion und daraus eine gemeinsame perspektive mit viel mehr menschen und gruppen möglich machen.

daß wir unseren prozeß nicht nachvollziehbar, sondern nur bruchstückhaft als ergebnis unserer diskussion in den erklärungen und briefen vermittelt haben, war ein fehler.

und das hier ist auch nur ein anfang, und wir werden demnächst über alles genauer reden.

nach diesen zwei jahren ist uns klar geworden, daß es so nicht ausgereicht hat, daß wir so nicht den raum aufmachen können für alles das, was wir jetzt und für die nächste zeit am wichtigsten finden:

die seit langem notwendigen gemeinsamen diskussionen und den aufbau von zusammenhängen unter den verschiedensten gruppen und menschen; da, wo sie leben, ausgehend vom alltag der menschen in dieser gesellschaft, aus dem für viele die notwendigkeit drängt, ihre eigene lage in die hand zu nehmen und gemeinsam mit anderen nach lösungen zu suchen.

wir denken, solche zusammenhänge können die basis werden von der kraft, die wir gegenmacht von unten genannt haben und die so noch nicht lebt. solange eine solche gesellschaftliche alternative zur zerstörung und verzweiflung im system nicht spürbar und greifbar existiert, werden es immer mehr werden, die ausgegrenzt und ohne perspektive alleine bleiben, immer mehr, die an der nadel verrecken oder in den selbstmord getrieben werden usw. und es wird dabei bleiben, daß immer mehr leute den faschisten hinterherlaufen.

aus unseren erfahrungen und aus den diskussionen mit genossInnen über alle diese fragen steht für uns heute fest, daß die guerilla in diesem prozeß von aufbau nicht im mittelpunkt stehen kann.

gezielt tödliche aktionen von uns gegen spitzen aus staat und wirtschaft können den jetzt notwendigen prozeß im moment nicht voranbringen, weil sie die gesamte situation für alles, was in anfängen da ist, und für alle, die auf der suche sind, eskalieren.

die qualität solcher angriffe setzt eine klarheit darüber voraus, was sie an veränderungen konkret in gang setzen können. diese klarheit kann es jetzt, in einer zeit, in der es für alle um ein sich-finden auf neuer grundlage geht, nicht geben. so verstehen wir das auch, wenn uns welche sagen, mit solchen aktionen nehmen wir das ergebnis doch schon vorweg.

wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die eskalation zurücknehmen. das heißt, wir werden angriffe auf führende repräsentanten aus wirtschaft und staat für den jetzt notwendigen prozeß einstellen.

dieser prozeß von diskussionen und aufbau einer gegenmacht von unten schließt für uns als einen ganz wesentlichen bestandteil den kampf für die freiheit der politischen gefangenen mit ein.

aus 20 jahren ausnahmezustand gegen die gefangenen, folter und vernichtung, geht es jetzt darum, ihr recht auf leben durchzusetzen - ihre freiheit erkämpfen!

justizminister kinkel hat mit seiner ankündigung im januar, einige haftunfähige gefangene und einige von denen, die am längsten im knast sind, freizulassen, das erste mal von staatlicher seite offen gemacht, daß es fraktionen im apparat gibt, die begriffen haben, daß sie widerstand und gesellschaftliche widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen mitteln in den griff kriegen.

gegen die gefangenen haben sie seit 20 jahren auf vernichtung gesetzt.

die kinkel-ankündigung wirft die frage auf, ob der staat dazu bereit ist, aus dem ausmerz-verhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes leben kämpfen, die sich nicht der macht des geldes beugen, die eigene interessen und ziele entgegen den profitinteressen formulieren und umsetzen.

also ob er raum für politische lösungen zuläßt (und wenn auch vertreter aus der wirtschaft dahingehend druck auf die regierung machen, kann das nur gut sein).

wir werden uns genau ansehen, wie ernst der kinkel-vorstoß ist.

bis jetzt ist nicht viel davon zu sehen, außer daß claudia wannersdorfer nur einige monate, bevor sie sowieso entlassen worden wäre, rausgekommen ist. alle anderen haftunfähigen - günter sonnenberg, bernd rößner, isabel jacob, ali jansen - sind noch immer drin. und irmgard möller nach 20 jahren immer noch im knast.

an den haftbedingungen hat sich bis heute nichts verbessert.

die 2/3-anhörungen bei norbert hofmeier, bärbel perau und thomas thoene glichen inquisitionen. angelika goder wird trotz ihrer krankheit mit knast bedroht. in der ankündigung neuer prozesse gegen gefangene aufgrund der kronzeugenaussagen drückt sich weiter das eiskalte rachebedürfnis des staates aus und das ziel, gefangene für ewig im knast einzumauern.

in der "welt" wird mit bezug auf das stuttgarter justizministerium der ungebrochene vernichtungswille formuliert: wenn es nach denen ginge, wäre bei günter, der schon seit 15 jahren haftunfähig gefangen gehalten wird, nur dann an seine freilassung zu denken, wenn er sich widerstandslos den repressiven knastschikanen unterwirft. "renitenter gefangener", weil er solidarisch ist und mit seinen freunden weiterhin zu tun hat. so hetzen sie gegen seine freilassung.

das alles steht im krassen widerspruch dazu, daß sich auf seiten des staates wirklich eine andere haltung durchzusetzen beginnt.

die haftunfähigen und die gefangenen, die am längsten sitzen, müssen sofort raus und alle anderen bis zu ihrer freilassung zusammenkommen!

es ist eine wichtige weichenstellung, ob sich in nächster zeit was in diese richtung bewegt: daran kann jede/r sehen, in welche richtung der zug fahren soll; setzt sich im apparat die fraktion durch, die einsieht, daß sie anfangen müssen, zugeständnisse für politische lösungen zu machen, oder setzen sich die scharfmacher und eisenfresser durch.

das wird sich nicht nur am staatlichen verhalten gegenüber den politischen gefangenen zeigen. es gibt auch andere brennpunkte, an denen diese weichenstellung ganz unmittelbar sichtbar wird. da, wo die kämpfe schon so weit sind, daß sie einen raum durchgesetzt haben, wird es sich schnell zeigen, wie weit sie politische lösungen zulassen oder auf krieg setzen.

zum beispiel, ob sie den leuten in der hafenstraße nach 10 jahren kampf weiterhin ihre existenzberechtigung streitig machen.

aber langfristig geht es ja um viel mehr:

- es gibt kämpfe der sozialen gefangenen gegen sonderhaft und überhaupt gegen unmenschliche bedingungen in den knästen. es darf nicht so laufen, daß die politischen gefangenen aus den vernichtungstrakten kommen und danach andere hinein.

- alle isolationstrakte müssen geschlossen werden!

- es gibt kämpfe um zentren, um lebens- und wohnraum von vielen, die das heute hier nicht haben.

- es wird sich zeigen, inwieweit die menschen in der ex-ddr weiterhin im schnellverfahren zu willenlosen objekten in das kapitalistische system gepreßt werden sollen oder sie raum erobern können, die entwicklung selbst zu bestimmen.

- es ist eine wichtige frage, wie lange noch der staat den rassismus gegen die flüchtlinge schüren und sie als "untermenschen" behandeln kann, um sich und die wirtschaft damit aus der verantwortung für arbeitslosigkeit, wohnungsnot, altersarmut usw. zu ziehen. und wie lange er noch diese menschen wieder ins elend zurückschicken kann, das er ständig mit produziert.

- es ist seit langem realität, daß die bullen faschisten schützen und antifaschisten niederknüppeln, daß sie demonstrantInnen in den tod hetzen, wie conny wissmann, daß sie auf sie schießen, wie vor ein paar monaten in frankfurt, und flüchtlinge mit elektroschocks foltern usw.

- es ist die frage, ob deutsche soldaten wieder gegen andere völker marschieren und wie lange denn noch faschistische regimes mit waffen und unterstützung von hier die bevölkerungen massakrieren können.

vor allem daran, wie an allen diesen fragen - und logisch ist das nicht vollständig hier - kämpfe in der gesellschaft entwickelt werden, wird sich entscheiden, wie weit hier ein politischer raum für lösungen erkämpft werden kann.

von allein werden sie an keinem punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher druck und kämpfe für unsere forderungen notwendig sein.

wir haben von uns aus jetzt mit der rücknahme der eskalation aus der auseinandersetzung einen schritt gemacht, um diesen politischen raum aufzumachen.

jetzt ist die staatliche seite gefragt, wie sie sich verhält;

und weil das heute noch niemand weiß, wollen wir den prozeß von diskussion und aufbau schützen.

wenn sie diejenigen, die diesen prozeß für sich in die hand nehmen, mit ihrer walze aus repression und vernichtung plattmachen, also weiter auf krieg gegen unten setzen, dann ist für uns die phase des zurück-nehmens der eskalation vorbei - wir werden uns das nicht tatenlos anschauen.

wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre eliten auch nicht leben können.

auch wenn es nicht unser interesse ist: krieg kann nur mit krieg beantwortet werden.

rote armee fraktion, 10.4.1992

Dieser Text enthält gegenüber den Erstveröffentlichungen eine Korrektur, die von der RAF selbst vorgenommen wurde. Es betrifft die Passage in der zweiten Spalten, zweiter Absatz: "...und erwarten, daß die anderen sich an uns orientieren."

Erklärung von Irmgard Möller

wir wollen gleich kurz folgendes sagen: die entscheidung unserer genossen ist richtig, sie entspricht dem, worauf auch wir gefangene für den politischen prozeß aus sind.

wir wollen - seit 89 ja schon - eine zäsur im gesamten politischen zusammenhang. ein solcher schritt kann von allen beteiligten nicht nur am bereich der gefangenen angepackt werden.

wir sehen auch heute noch um vieles deutlicher, als es schon mitte der 80er zu erkennen war und im hungerstreik 89 von uns das erste mal politisch angepackt und in eine praxis umgesetzt wurde, daß die globalen und innergesellschaftlichen umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich machen.

wer weiter an der notwendigkeit revolutionärer umwälzung der bestehenden weltweiten und innergesellschaftlichen ungerechten und zerstörerischen verhältnisse festhält, muß diese umbrüche begreifen

und zu einer neubestimmung von inhalten und formen der eigenen politik kommen, auch im verhältnis zu den jeweils anderen linken erfahrungen und lebensweisen.

wir gefangene begreifen das als direkte politische zielsetzung für jetzt und "nach dem knast": neuorientierung in der gesellschaft und den internationalen zusammenhängen und beziehungen, ein offener lernprozeß.

das muß als erstes für die vier haftunfähigen realität werden.

bernd und günter müssen sofort raus.

erst mit ihrer freilassung gibt es wieder ein rationales moment in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat. dabei geht es um einen gründlicheren schritt für alle beteiligten. einen einschnitt gegenüber der geschichte von 22 jahren.

wir spinnen uns nicht an dem, was real möglich ist, vorbei, wenn wir sagen: wir wollen eine perspektive der freiheit für alle von uns in einem absehbaren nächsten zeitraum. auch in unserer vorstellung geht das nicht sofort und nicht auf einmal für alle von uns.

wir sagen aber ganz deutlich: was 22 jahre lang nach politischen erwägungen und kriterien der bekämpfung und vernichtung auch gegenüber den gefangenen entschieden wurde (von den sondergesetzen über die staatsschutzgerichte bis zu den details der isolation) - wogegen wir uns als kollektiv durchgekämpft haben, neun von uns gefangenen sind in diesem kampf gestorben, aber in seinen zielen haben wir es zum scheitern gebracht -, kann nicht nach diesen jahrzehnten als scheinnormales verfahren einer "lösung" zugeführt werden.

das ginge an der wirklichkeit vorbei und wäre eine verhöhnung aller, die einen anderen begriff der politischen geschichte der letzten 25 jahre der brd haben als die sicherheitsapparate und die staatsschutzjustiz und die sich ihre politische geschichte nicht rauben lassen wollen.

geschichte ist kein staatsbesitz, die staatsoffizielle version ist nicht unsere.

es geht nur so, daß mit gesellschaftlichen widersprüchen politisch umgegangen wird.

wir, die gefangenen aus raf und widerstand, und die raf haben dafür den raum aufgemacht.

mit "taktieren" hat das nichts zu tun.

irmgard möller

für die gefangenen aus raf und widerstand, lübeck, 15.4.92

32. "Es kann nicht mehr so weitergehen wie bisher." Einige Anmerkungen zum RAF-Papier vom 10.4.92

Einige Anmerkungen zur RAF-Erklärung vom 10.4.1992

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:31

"An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann" richtet sich Schreiben der RAF, in dem sie erklärt, Angriffe auf führende Repräsentanten des Staates (vorläufig) einzustellen. Gleichzeitig mit dieser Zäsur in ihre Geschichte, erklärt die RAF das totale Scheitern ihrer bisherigen Politik. Ihre Aktionen wären nicht dazu angetan gewesen, Menschen zu gewinnen, sondern hätten ihre Isolation - auch innerhalb der radikalen Linken - immer größer werden lassen, schreibt sie. Das Wesentliche, was diese Erklärung bewirken soll - und vielleicht auch könnte - ist, den Hardlinern im Staatsapparat das Argument aus den Händen zu schlagen, daß wegen der Aktionen der Militanten draußen eine Zusammenlegung der politischen Gefangenen nicht möglich sei oder daß eine Freilassung von Gefangenen nur die Reihen der Militanten auffülle. Anstatt das aber auch so offen in den Vordergrund zu stellen, wird versucht, das Einstellen der Angriffe mit der Weltlage im allgemeinen und einer notwendigen Neubestimmung der Politik im besonderen zu begründen und zu vermischen - was dann auch gekonnt mißlingt.

Der Vorstoß, den die RAF mit dieser Erklärung in einer Situation macht, in der die "Kinkel-Initiative" im Staatsapparat kontrovers diskutiert wird, ist sicherlich absolut vernünftig und legitim. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Daß die Gefangenen rausmüssen, ist klar und dazu sollte jedes Mittel recht sein. Aber nach zwei Jahren Diskussion über die eigene Politik, dem Feststellen des Scheiterns des eigenen Ansatzes - wie dem vieler anderer Gruppen - ist das Papier ein mageres Ergebnis. Böswillig interpretiert ist es ein Antrag an die Hafenstraße, dort einzuziehen, Imperialismus Imperialismus sein zu lassen - dazu sind wir jetzt zu schwach - um hier und jetzt die eigenen Bedürfnisse zu leben, zusammen mit "den Menschen".

Die etwas polemische Kritik sei erlaubt, sie soll keine Besserwisserei ausdrücken, sie soll auch kein Aufruf sein, den bewaffneten Kampf doch bitte fortzusetzen, damit es in der BRD wenigstens noch eine militante Gruppe gibt. Aber beim Lesen der Erklärung kann mensch sich des Eindrucks nicht erwehren, daß inhaltlich wieder nur ein Papier auf dem Tisch liegt, das einerseits dem Mainstream in der sich immer mehr privatisierenden Linken entspricht und andererseits von der politischen Analyse der heutigen Situation hinter vielen anderen solcher Papiere weit zurückbleibt. Die Ungenauigkeiten und Unklarheiten in dem Papier lassen schlicht zu viele Interpretationen zu.

Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes

Die RAF-Analyse des BRD-Systems in den Anfängen: Die BRD ist faschistisch. Das war auch ihre Begründung, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Zu dieser Einschätzung von damals und der offensichtlich anderen Bewertung heute - wie sonst kann eine wie auch immer geartete Verhandlung mit dem Staat um die politischen Gefangenen zustandekommen - findet sich kein Wort. Wenn mensch die damalige Begründung, die bis heute in keiner Erklärung revidiert worden ist, ernst nimmt, dann ist doch die Analyse der BRD-Staat ist faschistisch der Dreh- und Angelpunkt für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und eine Auseinandersetzung damit ein Muß in so einem Schreiben, wie die RAF es jetzt vorlegt.

Ein weiteres wesentliches Moment der RAF ist immer die internationale Solidarität gewesen. Daraus folgte für sie die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus hier, um das imperialistische Machtstreben, die Vernichtung der Befreiungsbewegungen zu behindern. Das war auch der Grund, warum es eine so starke Orientierung an den Befreiungsbewegungen gegeben hat. "Das Konzept Stadtguerilla stammt aus Lateinamerika. Es ist dort, was es auch hier nur sein kann: Die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften" (aus Konzept Stadtguerilla) Diese Gleichsetzung der Kämpfe und -formen z.B. der Tupamaros mit den Kämpfen hier, war in der politischen Auseinandersetzung in der Studentenbewegung entscheidend. "wir waren damit konfrontiert, daß die Vorstellung, im gemeinsamen internationalen kampf einen durchbruch für befreiung zu schaffen, nicht aufgegangen ist." schreibt die RAF heute. Das ist - weltweit - leider wahr. Trotzdem bleibt ein ganz entscheidender Unterschied. Die Kämpfe der Befreiungsbewegungen haben trotz der Rückschläge und Niederlagen, die sie unstrittig erlitten haben,

einerseits eine wesentlich breitere Unterstützung und Verankerung in der jeweiligen Bevölkerung gefunden und andererseits unterm Strich zumindest eine soziale und politische Verbesserung für große Teile der Bevölkerung erreicht. Wir hier sind z.Zt. - trotz (nicht wegen!) bewaffneter Aktionen - was die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungen angeht, eher hinter - zumindest in Teilen der Bevölkerung schon dagewesenen gesellschaftlichen Positionen zurückgeworfen.

Und auf die Situation im Trikont bezogen heißt es:"... sie haben dort ansätze einer ganz neuen politik gefunden und umgesetzt, das werden wir hier auch. darin sind wir mit ihnen verbunden". Aber ansonsten lassen wir sie alleine oder was soll mensch daraus schlußfolgern? Gilt es nicht mehr, daß die imperialistischen Länder schuld sind an der Unterdrückung und Ausbeutung des Trikonts? Aber wenn es doch noch so sein sollte, heißt das dann nicht, gerade hier gegen dieses imperialistische Machtstreben zu kämpfen, das rücksichtslos die eigenen Interessen zu Lasten u.a. des Trikont durchzusetzen versucht und nicht nur um die eigenen kleinen Freiräume intellektueller westdeutscher Linker? Entspringen solche Ideen nicht gerade der privilegierten Situation in der wir hier leben und enden sie nicht genau in dem von dem (noch) radikaleren Teil der Linken immer wieder kritisierten und bespöttelten ökologischem Wohnprojekt oder der verkehrsberuhigten Straße für unsere lieben Kleinen?

"antiimperialistischer Kampf, wenn das nicht nur eine hohle phrase sein soll, zielt darauf, das imperialistische herrschaftsystem zu vernichten, zu zerstören, zu zerschlagen - politisch, ökonomisch, militärisch; die kulturellen institutionen, durch die der imperialismus die homogenität der herrschenden eliten herstellt und die kommunikationssysteme, mit denen er sich ideologisch behauptet" (Ulrike Meinhof 1974). Von solchen ideologischen Positionen findet sich in dem Papier absolut nichts, ganz zu schweigen von Überlegungen, wie dieser Kampf heute geführt werden kann. Der zukünftige Kampf wird reduziert auf die Verbesserung der persönlichen Bedingungen, der Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse. Oder sollen wir jetzt das Konzept "SozialarbeiterInnen" von Anfang der 70er wieder aufnehmen, um dagegen zu steuern, daß "es immer mehr werden, die ausgegrenzt und ohne perspektive alleine bleiben, immer mehr, die an der nadel verrecken oder in den selbstmord getrieben werden". Diese Probleme gesellschaftlich überwinden - und nicht nur einzugrenzen oder an Brennpunkten zu befrieden - kann doch nur über einen radikalen Umsturz dieser Gesellschaftsordnung Erfolg haben. Ich dachte, das hätten wir in den letzten 25 Jahren gelernt. Um auch hier keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich ist es auch hier und jetzt notwendig, auch konkrete Kämpfe zu führen, sie werden aber unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen immer Abwehrkämpfe und Eingrenzungskämpfe sein und bleiben, eine Veränderung dieser Gesellschaft werden sie ebensowenig bringen, wie das ökologische Wohnprojekt.

"Neubestimmung unserer Politik"

Neubestimmung setzt voraus, daß das Alte analysiert wird. Das fehlt in dem Papier vollständig. Allein das Konstatieren des Scheiterns ergibt keine neue Strategie. Wenn die RAF schreibt, daß ihre Politik vor '89 sie politisch nicht stärker, sondern schwächer gemacht habe, wird damit implizit behauptet, es hätte irgendwann eine Stärke dieser Politik gegeben. Wann? Vor 1985, vor 1980, vor 1975 und worin war sie erkennbar? Dazu findet sich kein Wort. Völlig unklar bleibt die zeitliche Bestimmung des Bruchs in "vor 1989" und "nach 1989" in Bezug auf die praktische RAF-Politik. Daß die weltweiten gesellschaftlichen Umbrüche entscheidend für die Veränderung der Linke war, ist für alle spürbar. Allerdings spiegelt sich davon in der RAF-Politik - nehmen wir das Stillhalten während des Hungerstreiks '89 einmal raus - nach '89 nichts wider. Es sei denn mensch subsumiert Rohwedder unter "erster Versuch des Aufgreifens von vermeintlichen Interessen der Bevölkerung". Woher kommt eigentlich Eure Hoffnung auf die Bevölkerung der EX-DDR, die doch sichtbar und mit großem Eifer den Weg zur DM-Gesellschaft gewählt hat? Wenn schon der wiederholte Versuch, sich mit dem eigenen Handeln auf soziale oder politische Bewegungen (AKW-Bewegung, Friedensbewegung, etc.) zu beziehen und dort hinein zu wirken, gescheitert ist, kann mensch doch nicht ernsthaft glauben, in politisch noch diffuseren Zusammenhängen auf Zustimmung zu stoßen.

Zwischen Omnipotenz und Kinderglauben

"wir haben von uns aus jetzt mit der rücknahme der eskalation aus der auseinandersetzung einen schritt gemacht, um diesen politischen raum aufzumachen", schreibt die RAF. Wenn sich dieser Satz allein auf die Diskussion um die Freilassung der Gefangenen beziehen würde, dann wäre dies als taktisch kluger und allemal legitimer Schritt zu werten. Aber in alter Tradition wird das konkrete Anliegen, Herausholen der eigenen

GenossInnen, durch kraftmeierische Sprüche, was alles gleich noch mit dem Staat zu verhandeln sei, ins Unernste gezogen: die Isolationstrakte, so oder in abgewandelter Form für sich wehrende Gefangene; das Verhindern von menschenwürdigem Wohn- und Lebensraum für alle; das Pressen der Menschen in der EX-DDR in das kapitalistische System; der Rassismus; das Schützen der Faschisten, wenn es ins politische Konzept paßt und auch der Einsatz von Militär gegen andere Völker.

Eine politische Lösung für die Gefangenen zu finden, kann dieser Staat nicht nur verkraften, es kann ihm auch durchaus nützlich sein. (Auch wenn sich der Staat unterm Strich damit profiliert, sollte nichts unversucht bleiben, die Freilassung der Gefangenen nicht nur zu fordern, sondern über solche Schritte auch den Versuch zu machen "Verhandlungsmasse" zu geben.) Für die Gefangenen ist die Forderung nach einer politischen Lösung nicht nur sinnvoll, sondern hat auch eine - möglicherweise - reale Grundlage.

Dagegen ist es nahezu absurd, die für den kapitalistischen Staat - zu seiner eigenen Erhaltung - notwendige Behandlung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen als politisch verhandelbar aufzuzählen. Was für eine Einschätzung von diesem Staat liegt zugrunde, wenn mensch es in den Bereich des Möglichen rückt, der Staat könnte seine politischen Grundfeste als politisch verhandelbar überhaupt nur erwägen. Oder liegt dem ernsthaft die Einschätzung zugrunde, die Drohung, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, würde derart furchterregend sein, daß sich der Staat aus Angst davor lieber selber abschafft.

Abgesehen davon verbietet sich eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes nach der vorliegenden Erklärung von selbst, wenn mensch sich politisch nicht völlig unglaubwürdig machen will. Es geht doch nicht an, die bisherige Politik als völlig gescheitert zu erklären und gleichzeitig mit der Aufnahme eben dieser Politik zu drohen.

Was bleibt

Die Zusicherung allein, die bewaffneten Aktionen einzustellen, wird nicht ausreichen, die Gefangenen herauszubekommen. Gerade in der neuen Situation ist es notwendig, öffentlichen Druck herzustellen. Wieder auf die Suche nach UnterstützerInnen zu gehen, und darum zu kämpfen, daß sich die Situation der Gefangenen nicht nur im Knast verändert, sondern daß sie endlich rauskommen. Die haftunfähigen Gefangenen sofort!

ga.

33. Dem Volke dienen. Der ideologische Gau der RAF

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:23

Nach 22 Jahren bewaffnetem Kampf erklärt die RAF in einem Schreiben vom 10.4. den einseitigen Waffenstillstand für die Dauer eines politischen Prozesses, in dem sich erweisen soll, ob sich die Kinkel-Linie durchsetzen wird und einige der am längsten sitzenden bzw. die haftunfähigen Gefangenen freikommen werden. Das aktuelle Papier bleibt aber bei diesem Vorschlag nicht stehen, sondern unterzieht die RAF-Politik der letzten Jahre einer vernichtenden Kritik. Das Ausmaß der geleisteten Selbstkritik dürfte selbst dann, wenn die RAF den Kampf wieder aufnehmen sollte, als Kapitulation zu verstehen sein. Kapitulation nicht im militärischen und strategischen Sinne, die war überfällig, sondern als fast vollständige politische Bankrotterklärung. Mit dem April-Papier im Hintergrund den Kampf wieder aufnehmen zu wollen, käme einer Farce gleich.

Mit der RAF wird im Unterschied zu anderen revolutionären Gruppen, die in den letzten zwei Jahren den Betrieb einstellten (Teile der RZ, MG, KB) gleichzeitig die Option auf unmittelbaren, tödlichen Widerstand gegen das System bestattet. Damit scheint auch der alte Streit, wie denn in der Metropole Revolution zu veranstalten sei, was revolutionäre Praxis sei, zuungunsten der RAF entschieden.

1992 - ein willkürliches Ende

Es ist der Mühe wert, zu untersuchen, warum die RAF im Frühjahr 1992 kapituliert hat und vor allem wie. Zeitpunkte, aufzugeben gab es in der Geschichte der RAF mehrere: nach der fast vollständigen Zerschlagung der 1. Generation 1972, nach Mogadischu/Stammheim 1977, nach der Zerschlagung der action directe und damit des wichtigsten Verbündeten Ende der 80er Jahre. Drei schwere Niederlagen, von denen jede nachvollziehbarer Anlaß hätte sein können, den Kampf einzustellen, ohne das Ziel aufzugeben oder dem bewaffneten Kampf als Form revolutionärer Befreiung abzuschwören.

Der Zeitpunkt 1992 erscheint dagegen willkürlich gewählt. Die RAF operierte seit Jahren mehr oder weniger ziellos, brachte es aber mit durchschnittlich zwei Aktionen pro Jahr auf ihr Plansoll und sich selbst ins Gespräch. Sie war zwar schon längst auf den kleinsten politischen Nenner bewaffneter Politik heruntergewirtschaft, die bloße Aussage nämlich, daß es jederzeit möglich sei, hohe Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik "anzugreifen", militärisch am Ende war sie nicht.

Die Welt als Wille

Die Frage, ob die RAF politisch am Ende war, läßt sich seit ca. 10 Jahren nicht mehr an Hand ihrer ursprünglichen strategischen Optionen, wie sie im Konzept Stadtguerilla dargelegt sind, beantworten. Damals hatte die RAF den bewaffneten Ansatz als konsequente Fortsetzung der radikalen Politisierung von Studenten, Lehrlingen und Jugendlichen seit Ende der 60er Jahre begründet und ihn gegen die Hinwendung zu intellektueller Papierproduktion einerseits und dem Aufbau legaler proletarischer Organisationen andererseits als "die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften" propagiert. In Ablehnung des Legalismus der neuen revolutionären Parteien (K-Gruppen), der - jedenfalls in der BRD - zu keinem Vereinheitlichungsprozeß zwischen sozialistischen Arbeitern und Intellektuellen führen könne, empfahl sie den konkreten antiimperialistischen Kampf als Primat der Praxis. Vorausgesetzt war also zweierlei. Das Vorhandensein eines zwar minoritären, aber eher anwachsenden revolutionären Potentials, das von vorwiegend jungen Arbeitern über Intellektuelle aus der APO bis zu den Marginalisierten in Fürsorgeheimen und Knästen reichen sollte. Zum zweiten der ganz reale Klassenkrieg in der Dritten Welt, mit dem sich praktisch zu solidarisieren revolutionäre Verpflichtung in der Metropole sei, darüber hinaus aber auch Chance, die nationale Beengtheit der Kämpfe im eigenen Land zu sprengen. Das praktische Konzept war ein sich Aufeinanderbeziehen von legalen und illegalen Strukturen, wobei die Ausweitung des legalen Raums von Kommunisten dazu zu nutzen sei, "die Illegalität zu organisieren", statt den Widerspruch zwischen Legalität und Illegalität in fetischistischer Weise für die eine oder andere Variante zu entscheiden. "Die Rote Armee Fraktion stellt die Verbindung her zwischen legalem und illegalem Kampf, zwischen nationalem und internationalem Kampf, zwischen politischem und bewaffneten Kampf, zwischen der strategischen und der taktischen Bestimmung der internationalen kommunistischen Bewegung." Ob das Konzept Stadtguerilla aufgehen werde, sei nicht durch Vorab-Klärung bestimmbar, sondern müsse sich praktisch erweisen.

Ab wann diese Avantgarde-Funktion des bewaffneten Kampfes in der BRD als gescheitert anzusehen ist, braucht nicht genau festgelegt zu werden. Das fast völlige Wegbrechen eines im legalen Raum arbeitenden politischen Bezugspunktes ist jedenfalls evident und damit auch das Scheitern des Stadtguerilla-Ansatzes.

Die politische Begründung fürs hartnäckige Weiterwursteln unter veränderten Vorzeichen hat die RAF im Januar 1986 in einer Erklärung zur innerlinken Diskussion nach der Pimental-Ermordung ("An die, die mit uns kämpfen") exemplarisch auf den Punkt gebracht. Unmittelbares Ziel sei es, "daß mehr Menschen, die sich gegen einzelne Projekte des Staates wehren, im revolutionären Kampf die Perspektive für sich sehen und selbst anfangen. Darin entwickelt sich ein politisches, praktisch-kritisches Verhältnis zu allen, die, egal wo, anfangen, Widerstand zu leisten. Das ist was anderes als die Vorstellung ‚die Massen` von oben zu belehren - was immer heißt, sich das Volk zum Objekt zu machen, anstatt selbst Subjekt, d.h. Antagonist des Systems zu sein und durch den eigenen Kampf Politisierungsprozesse in Gang zu setzen." Es gehe um den "Prozeß des Aufbaus proletarischer Gegenmacht", militärisch gesprochen um die "Eröffnung der revolutionären Front in Westeuropa". Mitmachen kann jeder, es gilt sich zu entscheiden: "Dieser Prozeß ist nur möglich und lebt durch die Entscheidung und Anstrengung jedes Einzelnen, der sich über das gemeinsame Ziel: die Zerschlagung des Systems und die revolutionäre Umwälzung - in den Zusammenhang der Front stellt, in der ganzen Konsequenz, als ganzer Mensch.

Dieser subjektive Sprung ist das Entscheidende von dem abhängt, wie weit die Front hier kommt. ... Es geht immer um subjektive Aktion. Wille, Politisierung, bewußte Entscheidung - Politik." (Hervorhebung im Orginal, jw)

Bereits 1971 spielte das subjektive Moment für den bewaffneten Kampf eine gewichtige Rolle: Die Entscheidung für den bewaffneten Kampf könne nur geschehen, "ohne den Rückzug in bürgerliche Berufe offen zu halten, ohne die Revolution nochmal an den Nagel im Reihenhaus zu hängen". In der Erklärung von 1986 verselbständigte sich dieses Moment zum politischen Credo des reinen Willens, das aus jedem militanten Aktivisten wegen seines bloßen Tuns bereits den Protagonisten der Klasse, das selbstbestimmte revolutionäre Subjekt macht. Von den vorgefundenen bzw. prognostizierten gesellschaftlichen Voraussetzungen, zum Beispiel der Einbettung des illegalen Kampfes in legale Kämpfe, ist kaum mehr die Rede. Mit der 86er Erklärung im Hintergrund hätte die RAF politisch unendlich durchhalten können. Leute, die sich gegen einzelne Projekte des Staates wehren (das ist alles, was von den "Kämpfen in der Legalität" ins Jahr 1986 hinübergerettet worden war) gibt es heute auch noch - wenn auch weniger als Mitte der 80er Jahre -, warum sich nicht weiter auf sie beziehen? Und Gründe zum bewaffneten Angriff auf die "imperialistische Metropole" gibt es 1992 eher mehr als 1986. Die vernünftige Begründung für den subjektiven revolutionären Sprung des Jahres 1971, als eines Experiments dessen Erfolg nur praktisch erprobt werden könne, war 1986 bereits verschwunden. Es blieb der abstrakte Verweis auf die Kämpfe im Trikont und die Notwendigkeit, sich auf sie zu beziehen. Zum alleinigen Motor des Kampfes wurde die persönliche Entscheidung, bewaffneter "Antagonist des Systems" sein zu wollen.

1992 - positive Ziele nicht gefunden

1992 stellt sich die RAF im Ton eines bankrotten "Töpfer-Kollektivs für den Frieden" grundsätzlich zur Diskussion. Die Wissenden befinden sich auf der "Suche", die deutsche Linke hat das Angebot der RAF nicht angenommen, die gescheiterten Anbieter bejammern ihre mangelnde Attraktivität: "Wir haben aus verschiedensten Gründen keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht. Als einen zentralen Fehler haben wir gesehen, daß wir viel zu wenig auf andere, die hier auch aufgestanden waren, zugegangen sind; und auf die, die noch nicht aufgestanden waren, gar nicht." Die RAF-eigene Unversöhnlichkeit gegenüber dem Staat wie gegenüber RAF-kritischen Linken verkehrt sich in den späten Schulterschluß mit jenen, die zuerst im Töpferkollektiv ihren selbstbestimmten Lebensraum erkämpft haben und danach die Gesellschaft, in der sie leben, ganz anders zu sehen begannen. "Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten reduziert und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren."

Seit über zwanzig Jahren wird die Linke heimgesucht von alternativen Existenzgründern und Schöner-Wohnen-Freunden mit Nutzungsvertrag und Besetzer-Vergangenheit. Seit über zwanzig Jahren wird für mehr Positivität geworben, vom hier und jetzt geschwafelt, in dem Strukturen aufzubauen seien,

Kulturrevolutionäres auf den Weg gebracht und vor Abstraktion, reiner Negativität, Dogmatismus eben, gewarnt. Ob sich das nun Projekt A schimpft und ein ganze Kleinstadt mit anarchistischen Schreinerkollektiven überziehen will, oder als Ökotopia den Vertrieb von Bio-Waren befördern hilft, in einem Stadtteilladen mit ABM-Stellen endet oder als kommunalgefördertes Frauenprojekt jährlich Adventsbasare veranstaltet: "Ihnen geht es allein darum, den Widerstand in den Staat zurückzuholen und die Menschen in der ohnmächtigen Erfahrung festzupressen, daß man einfach nichts machen kann, ... gegen den totalen Machtanspruch des Systems, das die Fragen, die ihm an die Substanz seiner Macht gehen, zur gemeinsamen Staatsräson erheben muß". Diese Erkenntnis der RAF über die "Alternativen" von "grün, rot-grün oder der Sumpf der Links-Alternativen" aus der Erklärung vom Januar 1986 gilt ihr heute nichts mehr. Statt dessen wird sich vorwurfsvoll gegen die engsten UnterstützerInnen von früher, die Antiimpis gewandt, denen vorgeworfen wird, daß sie deshalb, weil sie mit der RAF dauernd darüber diskutiert hätten, wie man "gemeinsam zum Angriff kommen" könne, "nicht den Raum" gehabt hätten, "daß sie eigene soziale Werte in ihrem Alltag und mit vielen zusammen entwickeln und leben konnten." Als ob da nicht genug entwickelt wurde an eigenen Werten im Alltag, besser im Kiez-Alltag. Erinnert sei an den autonom-antiimperialistisch gefärbten Volksgemeinschaftsansatz, der sich von der Volxküche bis zur Volxkultur Lebensräume zurückholte und Selbstbestimmung veranstaltete, die im konsequenten Kiezkampf gegen Spekulanten und Yuppies, für das Kleingewerbe und gewachsene Strukturen, geeignet ist, eine authentische Republikanerhochburg aufs Selbstbestimmteste aufzubauen.

Die Erniedrigten und Beleidigten

Daß die RAF genau diesen Ansatz in den letzten Jahren in ihrem Ringen um "Anziehungskraft für die Menschen hier" in einer Mischung aus PDS-Programmatik, dem Jargon des Werte-Soziologen Heitmeyer und autonomen Kiezgemeinschaftlern betreibt, dokumentierte sie bereits in ihrer unsäglich anbiedernden Erklärung zum Rohwedder-Attentat vom April 1991. Darin wird gegen die Moderniesierungsgewinner und nach RAF-Lesart wohl auch Wiedervereinigungsprofiteure polemisiert, die "Yuppies": "Das sind diese Maden im Speck, die wir Yuppies nennen und deren Lebensinhalt sich weitgehend auf ‚born to shop` reduziert. Nach ihren Bedürfnissen läuft die Umstrukturierung der Städte mit all den Schicki-Micki-Läden, Yuppie-Kneipen und unbezahlbaren luxussanierten Wohnungen - diese korrumpierte Yuppieschicht und die Bonzen sind die Einzigen, die von dieser angestylten Scheiße, die überall entsteht und entstehen soll, profitieren.

Für die Masse der Erniedrigten und Beleidigten bedeutet diese Entwicklung die Zerstörung ihrer Lebenszusammenhänge. Sie sollen abgeschoben werden in Beton-Ghettos, die nach dem Prinzip gebaut worden sind, die Menschen zu isolieren.

Hier läuft die Zerstörung von kommunikativen Lebenszusammenhängen schon lange und kommt jetzt zur Isolierung und Vereinzelung auch auf die Menschen der Ex-DDR verschärft zu." Ein halbes Jahr später hat nach den pogromähnlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda die FAZ diesen Ansatz übernommen und in den Beton-Ghettos von Hoyerswerda den Terrorismus der Plattenbauweise, der irgendwie zur Gewalt führen muß, erkannt und gegeißelt. Und wieder ein halbes Jahr später zeigt die RAF, daß sie ihre Lektion gelernt hat: "Solange eine solche gesellschaftliche Alternative zur Zerstörung und Verzweiflung im System nicht spürbar und greifbar existiert, werden es immer mehr werden, die ausgegrenzt und ohne Perspektive alleine bleiben, immer mehr, die an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben werden usw. und es wird dabei bleiben, daß immer mehr Leute den Faschisten hinterherlaufen." Genau die gleiche Leier mit der Ende der 70er Jahre Alternative und andere ums Gemeinwohl bemühte Linke an den Staat herangetreten sind, "Alternativen" einfordernd und mit Schaden für die Gemeinschaft drohend, wenn ihre guten Ratschläge nicht angenommen würden. Fixer, Selbstmörder und Faschos erscheinen unterschiedslos als verzweifelte, ausgegrenzte und perspektivlose Menschen. In ihrer existentiellen Not beschädigen sie entweder sich selbst und damit die Volksgesundheit oder gehen vor lauter Verzweiflung "Fidschis klatschen" und Asylunterkünfte anzünden, womit sie jedenfalls das "Ansehen der Bundesrepublik Deutschland beschädigen". All dies reduziert sich für die demokratische Öffentlichkeit, die jetzt durch die RAF erweitert zu sein scheint, auf den Hilferuf des existentiell Vereinsamten: "Wohin denn ich?"

Lösungsvorschläge

Das Angebot der RAF zur Lösung dieser Probleme unterscheidet sich kaum von dem, was die staatstragende Linke schon vor zwanzig Jahren auf den Weg gebracht hatte. Die offizielle Politik soll "Raum für politische

Lösungen" zulassen. Und man ist optimistisch: Der Kinkel-Vorstoß vom Januar hätte deutlich gemacht, "daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen." Dies dürfe nicht nur gegenüber den Gefangenen gelten, sondern müsse die Abkehr von dem "Ausmerz-Verhältnis" gegenüber allen einbeziehen, die "für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen". Die Frage der RAF an die Herrschenden, "wie weit sie politische Lösungen zulassen oder auf Krieg setzen", ist keine Herausforderung, sondern das Angebot von Kapitulanten, zu Niedrigstpreisen den Kampf einzustellen. Es geht ihnen um die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen, der Langzeit-Gefangenen (die mehr als zwei Drittel ihrer Haftzeit verbüßt haben) und eine nicht näher umrissene Verbesserung der Haftbedingungen für die anderen. Forderungen also, die mit dem Kinkel-Vorschlag konform gehen. Außerdem wird ausdrücklich die Anerkennung der "Existenzberechtigung" der Hafenstraße gefordert, was sich angesichts der konstruktiven Ansätze der Leute vom Hafen, die sich seit einiger Zeit positiv auf ihre Heimatstadt beziehen und sogar bei der Hafenrandsanierung mit ganz tollen Vorschlägen aufwarten, wohl verwirklichen lassen wird. Darüber hinaus wird nichts gefordert, aber allerlei bemängelt und befürchtet, etwa der staatliche geschürte Rassismus, der Umstand, daß Bullen Faschisten schützen und Antifas jagen, daß deutsche Truppen im Ausland eingesetzt werden könnten, daß die Bürger der Ex-DDR sich womöglich nicht selbst bestimmen könnten. Davon, ob an diesen Fragen "Kämpfe in der Gesellschaft entwickelt werden" können, ob ein "Prozeß von Diskussion und Aufbau" staatlicherseits zugelassen wird, oder ob er kriminalisiert wird, macht die RAF die Endgültigkeit des einseitig von ihr verkündeten Waffenstillstands abhängig.

Gegen die Organisierung von Diskussionsprozessen - und was sonst kann die RAF gemeint haben - hat in der BRD schon lange keiner mehr etwas. Im Gegenteil, das System ist bestrebt, gerade Fragen, die geeignet sein könnten, an die "Substanz seiner Macht" zu rühren, "zur gemeinsamen Staatsräson" zu erheben (RAF, 1986). Menschheitsfragen, wie man so etwas heutzutage nennt, also "Probleme" wie Umwelt, Hunger, Kriege, Rechtsradikalismus dürfen zwischen Tutzing und Bad Boll, im Gespräch zwischen Bürgern und Politikern, Experten und Konsumenten ausführlich erörtert werden und unter Umständen sogar Verfassungsrang für sich beanspruchen. Politischen Raum gewährt die BRD gern und ein Stück Selbstbestimmung gibt`s gratis dazu. Der Preis ist bekannt: die Verstaatlichung der Kritik und die Domestizierung der Kritiker. Daß die RAF diese Entwicklung nicht will, sei ihr zugestanden, doch aus der fatalen Logik, in der sich das Gerede von politischen Räumen etc. bewegt, kann sie nicht entlassen werden. Schließlich hat sich auch ein Joschka Fischer Ende der 70er Jahre, als er die Steine weggelegt hatte, die Zukunft anders vorgestellt. Wer so argumentiert, muß sich an den Staat wenden, also sein staatsbürgerliches Mitmachen und das heißt, sich an die Spielregeln halten zu wollen, gleich miterklären. Wer in der Argumentation fast identisch etwas wiederholt, was andere vor ihm mit einschlägigen Resultaten schon praktiziert haben, muß sich an diesen Resultaten beurteilen lassen. Wer solche Vorschläge mit dem Angebot auf Beendigung offensiv praktizierter Staatsfeindlichkeit verknüpft, macht deutlich, daß seine politische Zukunft nicht mal mehr "anschlagsrelevant" sein wird. Wer so positiv argumentiert, vergißt nicht zufällig seine ganze Geschichte, die ausdrücklich nicht auf die Reformierung der BRD sich bezog, sondern auf die Bekämpfung der weltweiten Konsequenzen von Systemen wie die BRD eines ist. Antiimperialismus nannten sie diese Haltung damals. So ist es auch kein Zufall, daß die RAF ihren geliebten Trikont gleich mitverabschiedet, indem sie, statt von Weltrevolution und Antikapitalismus zu reden, Phrasen drischt von "der eigenen, speziellen Geschichte der Völker" und ihren "authentischen Bedingungen und Zielen", was dort zu "Anfängen einer ganz neuen Politik" geführt habe, die - und das ist die schändliche Nutzanwendung - man ihnen in der BRD nachtun werde. "Darin sind wir mit ihnen (den GenossInnen aus dem Trikont, jw) verbunden." Das ist der Abschied vom Internationalismus und der Bezug aufs authentische eigene Volk.

Nach dem Antiimperialismus das Volk

Das beste was als Ergebnis des jüngsten RAF-Papiers herausgekommen könnte, wäre die Verwirklichung von Teilen des Kinkel-Vorschlags. Für den gar nicht so unwahrscheinlichen Fall, daß der Staat hart bleiben sollte, wäre die RAF gezwungen - nun völlig nackt -, den Kampf um die einzige Forderung: Freilassung der Haftunfähigen und Langzeitgefangenen, weiterzuführen. Ein Anliegen, daß sich zwar schon seit Anfang der 70er-Jahre - aus naheliegenden Gründen - immer mehr zur Hauptforderung der Gruppe gemausert hat, aber doch stets verbunden blieb mit einer Theorie des antiimperialistischen Kampfes um Befreiung. Der Kampf sollte sowohl in den Knästen als auch draußen für die Freilassung der Gefangenen bzw. im Angriff gegen imperialistische Projekte seinen Niederschlag finden und war als Verlängerung der Aufstände im "Trikont" in

die Metropole hinein gedacht. Diese "Front", so verwaschen sie auch immer formuliert war, verflüchtigte sich schon vor dem Zusammenbruch des Realsozialismus immer mehr in den guten "Willen" auf Veränderung seitens irgendwelcher Häuserkämpfer in der BRD, die nach dem Ende der SU als Bezugspunkt und Front an Stelle der Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt allein herhalten müssen. Der Wegfall der SU und ihrer Außenpolitik zugunsten fortschrittlicherer Optionen in der Dritten Welt hat in der RAF-Ideologie einen zwar immer schon angelegten, aber nicht notwendig dominierendem Element zum Sieg verholfen: Der Hinwendung zum Volk.

In den Anfangszeiten der RAF führte eine Mischung aus der damals verbreiteten ML-Ideologie und einem subjektivistischem Praxisverständnis zu Parolen wie "dem Volke dienen" oder "alle Macht dem Volk" - ohne daß das BRD-Volk wirklich gemeint war. Es schlummerte damals einzig in seiner revolutionären, proletarischen Potentialität, dessen Durchbruch die RAF wie die meisten der jungen K-Gruppen allerdings für wahrscheinlich hielt. Das "Volk" von früher waren eher die ganz real kämpfenden Massen in Vietnam und anderswo, die in RAF-Erklärungen als Beweis dafür, daß die Revolution doch machbar sei, aufgeführt wurden und deren praktische Unterstützung Hauptanliegen der RAF war. In Deutschland befand sie sich sowohl gegenüber der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung als auch zunehmend gegenüber der Linken in der Defensive. Hier galt es freizusetzen, was nur im Keim vorhanden war, hier war der RAF-Kämpfer und später auch der militante Antiimpi durch exemplarisches Tun Surrogat fürs Ganze. Das Volk (wie es sein sollte) war die RAF.

Seit der 1977-Katastrophe und dem Aufkommen des Modells "Zusammen Kämpfen" verlängerte die RAF peu à peu die "Front" in verschiedene widerständlerische Milieus in der BRD hinein. "Die Front wird nur darüber real werden, daß jeder, egal an welcher Stelle, es zu seiner Sache macht, die Momente und Formen der Einheit des bewaffneten Kampfes aus der Illegalität und des politisch-militanten Kampfes aus der Legalität ... praktisch herauszufinden und sie bewußt im strategischen Prozeß selbst weiterzubringen." (Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Mai 1982) Für Lebens- und Staatsreformer gab es damals entschieden noch keinen Platz in der "Front". Für die "Suche nach unmittelbaren positiven Zielen" war kein Raum: "Fundamentalopposition ist mit diesem System wie nie zuvor grundsätzlich fertig. Kalt, illusionslos, vom Staat nicht mehr zu erreichen.

Da ist nichts mehr von ‚Systemveränderung` und ‚alternativen Modellen` im Staat. Sie sind nur noch skurril.

Da ist einfach Schluß - und erst hinter dem Ende des Systems wird eine Lebensperspektive sichtbar." (Mai 1982)

Doch schon im gleichen Papier wird ein Zusammenhang hergestellt, der heute jedem evangelischen Pfarrer zur Begründung für die Einrichtung gewaltfreier Projekte mit Skinheads dienen könnte. "Selbstmorde, Flucht in Krankheit, Sucht, Pillen, Drogen, das ist die Reaktion auf die Wirklichkeit von Niederlagen, Ertragen und Leiden, aus der Entpolitisierung, in der die äußere Gewalt nicht mehr als die Ursache gesehen werden kann." Ein Pfarrer würde nicht von äußerer Gewalt sprechen, sondern von Modernisierungsschock, Perspektivlosigkeit und dem Versagen von sozialen Strukturen, ganz so wie die RAF seit 1991. "Aber aus dieser Dimension des Elends kommt jetzt auch die existentielle Tiefe der Kämpfe und der Haß", folgerte die RAF 1982. 1992 konstatiert sie mit den Pfarrern zusammen aus den gleichen "Dimensionen des Elends" die Zunahme von Neofaschisten ...

Seit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen bezieht sich die RAF zögernd und meist in Abgrenzung auf sie und versucht in sie hinein Politik zu machen. Im 82er Papier ist es die Friedensbewegung oder besser ihr antiimperialistischer Flügel. Das Opfer des Zimmermann-Attentats Anfang 1985 war nicht zufällig ein Rüstungsmanager, im Juli 1986 traf es mit Beckurts, wenige Wochen nach den militanten Auseinandersetzungen am Wackersdorfer Bauzaun einen führenden Atommanager, 1989 war es ein Wiedervereinigungsstratege aus der Hochfinanz und 1991 der Treuhandchef. Die symbolischen Angriffe (mit freilich tödlichem Ausgang) stehen seit sieben Jahren in engem Zusammenhang mit den Interessen großer und dann immer größerer Bevölkerungsgruppen im eigenen Land. Erst waren es Teile der Friedensbewegung, dann die beachtliche klammheimliche Freude bei großen Teilen der gerade geschlagenen Anti-WAA-Bewegung, schließlich der deutliche Bezug auf Nie-Wieder-Deutschland bzw. die soziale Not großer Teile der DDR-Bevölkerung.

Auffällig an diesem Prozeß ist die Veränderung im Stil. Waren die Bekennerschreiben zu Zimmermann und Beckurts trotz überdeutlicher Bezugnahme auf soziale Bewegungen durch die Auswahl der Opfer noch im klassischen RAF-Stil abgefaßt, so paßte sich ab Herrhausen auch der Ton der Erklärungen dem Bewußtsein der umworbenen Massen an. Die Zimmermann- bzw. Beckurts-Erklärungen beschäftigten sich noch fast ausschließlich mit den weltweiten antiimperialistischen Kämpfen und den konterrevolutionären Interessen für die die Ermordeten bzw. ihre Konzerne standen. Beide Texte wollten noch in die antimilitaristische und ökologische Linke hinein agitieren, ohne sich deren Konsens bzw. Lebensgefühl zu eigen zu machen. Bei Herrhausen und Rohwedder wird schon im Jargon ganz auf die Lebensrealität der potentiellen Gegner der Getöteten abgestellt und dieser Kreis sehr weit gezogen. Wo früher (1982) nur die sich angesprochen fühlen durften, die wirklich in militanter Aktion mit ihrer Systemopposition Ernst machen wollten, sind es seit dem Herbst 1989 alle, die sich irgendwie wehren, z.B. sich einen Freiraum erkämpfen wollen (Hafenstraße und Mainzerstraße werden ausdrücklich erwähnt) und darüber hinaus noch all diejenigen, die fertig gemacht werden. Die Ideologie von Kiezreformern autonomer Prägung, die immer schon danach geschielt haben, sich den ganz normalen Leuten von nebenan zu vermitteln, wobei sie den "Erfolg" regelmäßig mit ihrer eigenen Entpolitisierung bezahlen, hat Eingang in die Ideologie der RAF gefunden. "Die Masse der Erniedrigten und Beleidigten" (Rohwedder-Erklärung) und ihre Lebenszusammenhänge, denen "Zerstörung" droht, sind je nach Interpretation schon die Bevölkerungsmehrheit. Daß es seit zwei Jahren schon keine Rolle mehr spielt, ob sie für ihre Interessen kämpfen und welcher Art diese Interessen überhaupt sind, ist die fatale neue Qualität in der RAF-Ideologie. Riesige Teile der Bevölkerung werden zur Opfergemeinschaft zusammengefaßt, weil sie arbeitslos sind, die Miete zu hoch ist, der Tante Emma-Laden an der Ecke durch Kaisers ersetzt wird, weil sie hemmungslos saufen oder fixen. Daran ist gerade noch so viel wahr, daß die aufgezählten Umstände und Verhaltensweisen so selbstbestimmt nicht sind, sondern ein Licht auf die Verfaßtheit der Gesellschaft, in der sie massenhaft auftreten, werfen. Mit der individuellen Verfaßtheit dieser Opfer hat das freilich wenig zu tun. Daß sie im Zweifel nach dem Fußballspiel "Deutschland über alles" grölen und Ausländer attackieren und nicht über den Angriff aufs deutsche Vaterland nachdenken, müßte den Genossen von der RAF eigentlich auch bekannt sein.

Politik als individuelle Willensbekundung

Das fatale Ende von 22 Jahren RAF-Politik im Ruf nach mehr Sozialpolitik (selbstbestimmt und von unten versteht sich) ist nur vordergründig dem Wegfall der antiimperialistischen Alternative weltweit geschuldet. Der hemmungslose Glaube (der spätestens seit 1982 in den Schriften der RAF nachweisbar ist) an ein authentisches Individuum, das hier und jetzt alle Fesseln von sich streifen kann, um zum revolutionären Sprung anzusetzen, einem Sprung, dessen Machbarkeit nur mit der "Kälte im Imperialismus" begründet wurde, die schließlich jeder erfahre, legte schon sehr bald den Schluß nahe, statt die Kälte via Weltrevolution aufzuheben, einfach im hier und jetzt mehr Wärme zu stiften - viele Autonome sind der RAF darin vorausgegangen. Das Unverständnis darüber, daß der gute Wille noch lange nichts mit Erkenntnis und Erkenntnis noch nichts mit ihrer Umsetzbarkeit zu tun hat, führt zu einem Erfolgszwang, den die exemplarischen Aktionen der RAF nicht einlösen konnten. Wenn die RAF jetzt die notwendig falschen (aber nicht weniger realen) linken Bedürfnisse im Spätkapitalismus als "die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen" anpreist und die bescheidenen Ergebnisse als selbstbestimmte Räume ausgibt, "wo Menschen ihre Bedürfnisse, ihre Solidarität gemeinsam umsetzen" und vor allgemeiner Perspektivlosigkeit warnt, meint sie zwar etwas anderes als Solidarabgaben für den Aufbau-Ost, betreibt aber objektiv urdeutsche Sinnstiftung. Das Ziel, die Weltrevolution durch den existentiellen Kraftakt eines illegal handelnden Kollektivs befördern zu helfen, hat sich nicht durchsetzen können, der seines Ziels beraubte reine Wille hat sich statt dessen aufs abstrakte Subjekt des Ausgangspunkts, das Volk, dem zu dienen man angetreten war, zurückbesonnen: Hatte man sich jahrelang an die Stelle des Volkes gesetzt und an seiner statt ersatzweise revolutionär gehandelt, so kämpft man jetzt mit dem Volk für die Sache des Volkes.

Zwar meinen deutsche Gemeinschaftsfreunde nicht die "Kälte und Ohnmacht im Imperialismus", wie die RAF noch in ihrer jüngsten Erklärung, sondern die "Vereinsamung des Individuums in der modernen, hochtechnisierten Industriegesellschaft", der Appell richtet sich aber in beiden Fällen an ein umfassendes Kollektiv von existentiell Geängstigten, die neuen Sinn in der Gemeinschaft suchen.

Kleiner Epilog

Der erbärmliche Abgang der RAF soll keinem Grund zur Schadenfreude sein und schon gar keine Bestätigung dafür, daß man es ja immer schon besser gewußt habe und damit gut gefahren sei - zum Beispiel zum grünen Umweltminister avanciert ist. Über Sinn oder Unsinn des bewaffneten Kampfes in der Metropole gibt das Ende der RAF keine Auskunft und der ideologische Gau der Kombattanten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie oder ihre Vorgänger es schon einmal besser gewußt haben: "Erst hinter dem Ende des Systems wird eine Lebensperspektive vorstellbar." (Mai 1982).

Die sich aussöhnende Linke sei auf die Unversöhnlichkeit der RAF verwiesen und die - derzeit leider notwendig praxislose - radikale Linke an die Bedeutung der revolutionären Praxis erinnert. "Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab ob es möglich ist; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln", heißt es im Konzept Stadtguerrilla von 1971. Die Unmöglichkeit ist seit Jahren evident. Sich dieser Erkenntnis viele lange Jahre verweigert zu haben und die Einstellung des Kampfes als praktische Konsequenz nicht vollzogen zu haben, war ein Fehler der RAF, der nicht unwesentlich zu ihrem armseligen Ende 1992 beigetragen hat.

Im übrigen gilt, was Wolfgang Pohrt 1987 geschrieben hat: "Der Fehler der RAF war weder die Anwendung von Gewalt noch waren es Kriminaldelikte, sondern ihr Fehler war die Niederlage im antiimperialistischen Kampf." (Alte Straßenverkehrsordnung, S.19)

Es bleibt die uralte Forderung: Freiheit für alle politischen Gefangen aus der RAF.

jw./Westberlin, Gruppe K

34. "Wir brauchen die Mythen nicht, die uns nur verkleinern wollen ..." Betrachtungen zu "Die Ästhetik des Widerstands" (Teil 1)

Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:07

Am 10. Mai 1982 - vor 10 Jahren - starb in Stockholm der deutschsprachige Schriftsteller Peter Weiss. Ein Jahr zuvor, im Mai 1981, war nach fast zehnjähriger Schreibarbeit der dritte Band seines insgesamt 950seitigen Romans "Die Ästhetik des Widerstands" (ÄdW) veröffentlicht worden. Der Titel verweist sowohl auf einen Kunst- und Kulturbegriff, den "der Widerstand" zu entwickeln hat, wie andererseits auf die durch das Buch vorgenommene Darstellung und Würdigung antifaschistischer Untergrundtätigkeit. Der Text handelt in der Zeit von 1936 bis 1945 im faschistischen Berlin, im Spanien des Bürgerkriegs und in Stockholm. Hauptakteure sind KommunistInnen, u.a. Mitglieder der deutschen Gruppe der sogenannten "Roten Kapelle" (1). Zur Sprache kommt die Geschichte der Arbeiterbewegung, kommt geschichtliche Diskussion, die bis ins antike Pergamon zurückführt; zum anderen sind immer wieder Kunstwerke Thema, sei es Géricaults Gemälde "Das Floß der Medusa", sei es Gaudis Kathedrale "Sagrada Familia" in Barcelona, Picassos "Guernica" oder Kafkas Roman "Das Schloß".

Der Roman ist von Peter Weiss akribisch entlang recherchierter Fakten entwickelt, keine der zahlreichen Figuren ist erfunden. Auch den Ortsbeschreibungen liegen detaillierte Nachforschungen zugrunde. Diese Fakten aber sollen keinesfalls für sich sprechen. Weiss braucht die kleinen, exakten Wirklichkeitsfragmente vielmehr, um sie zu einer sehr subjektiv geprägten Romanwelt ganz neu zusammenzusetzen. Die dazu notwendige Brechung wird über ein Erzähl-Ich erreicht: "beschrieben wird, was das Ich des Buchs über diese Gestalten denkt, was es von ihnen hält, wie es sie einschätzt - sie werden gesehn von einer anonymen Figur - gehn also ein in eine Anonymität -". (2)

Die folgenden Betrachtungen sollen entlang der Diskussion um den mythischen Herakles einen zur Lektüre einladenden Überblick geben. Ein weiterer Beitrag im nächsten AK wird sich mit der Romanfigur Richard Stahlmann beschäftigen. Durch "Stahlmann" ist das Thema des mythischen Herakles mit konkreter Historie, mit dem Thema "Stalinismus" verknüpft.

Blöcke

Die Konfrontation mit den ersten Textblöcken der "Ästhetik des Widerstands" wirkt erschlagend. In ihrer Verdichtung setzen sie der LeserIn Widerstand entgegen. In einer geballten, umfassenden Satzreihe wird ein unbeweglicher Steinblock beschrieben: der Pergamon-Altar, ausgestellt auf der Ostberliner Museumsinsel. Die fast durchgängige Partizipform der Verben ("ausweichend", "zurückschnellend") enthebt die Vorgänge der Zeitlichkeit. Doch bleibt die Darstellung gleichzeitig anschaulich, lebendig, zieht in Bann. Stillstand und Dynamik sind eigentümlich ineinander verwoben, wenn die mythische Schlacht der Götter gegen die Giganten beschrieben wird: "eingespannt in eine einzige Bewegung ... rangen sie miteinander, ... träumend, reglos in wahnsinniger Heftigkeit." (ÄdW I, S.8)

Wirkt die Darstellung zunächst zeitlos, erschließt sich der LeserIn nach und nach

die Ausgangssituation des Romans: Mitten im faschistischen Berlin, im Jahre 1936, betrachten drei junge Kommunisten, Coppi, Heilmann, und das Erzähl-Ich, das steinerne Monument. Es überwältigt sie, wie die faschistische Wirklichkeit ihre Widerstandsversuche zu überwältigen droht. Der steinerne Fries, in Auftrag gegeben durch die Oberen Pergamons, soll ewige, unüberwindbare Herrschaft symbolisieren. Der Fries vom Sieg der Götter gegen die Giganten, erkennen die Jugendlichen nach und nach, ist ein absichtsvoll geschaffenes Werk antiken Klassenkampfs. Das Erbe der Könige von Pergamon haben die Nazis angetreten - für eine Hoffnung der Unterdrückten bietet das Kunstwerk zunächst keinen Angriffspunkt. Die Götter sind siegreich und mächtig, weil nur sie über den Raum zur vernichtenden Bewegung verfügen. Den Giganten haften alle Eigenschaften des Steines an: Sie sinken ermattet, geschlagen, hinunter zur Erde, zusammengepreßt durch die überlegene Gewalt; stumm, und schon erkaltend, sehen sie dem sicheren Tod entgegen. Die Jugendlichen identifizieren sich mit diesen Giganten, die dem Mythos nach den Erdgeborenen verwandt sind. Die abgebildete bedrängte Lage entspricht ihrer verzweifelten Situation.

Aus den Eigenschaften des Steins läßt sich eine Art Grammatik ableiten, die weit in den Roman "Die Ästhetik des Widerstands" hinein die Lage der Aufständischen kennzeichnet. Jene können sich nur in - immer wieder dargestellten - engen, niedren Arbeiterküchen besprechen, während der Feind die Plätze und Anhöhen bevölkert. Die leise Konspiration, das lautlos hinterlassene Flugblatt prägen ihren Kampf, wo der Faschismus dröhnend seine Stärke beweist. Der Steinfries mit seinem Götterhimmel scheint ähnlich unangreifbar zu sein wie die bedrohliche, vernichtende nationalsozialistische Macht. Der Mythos präsentiert sich als Instrument der Herrschenden, unbrauchbar für den Befreiungskampf: "Coppi wies darauf hin, daß demnach die ganze Götterordnung längst nur noch ein Bestandteil des Überbaus war, von den Regenten zur Einschüchterung verwendet, gleich der Religion, mit der die Aufgeklärten die Unwissenden einschläferten." (ÄdW I, S. 37)

Bewegung

Doch damit finden sich die Jugendlichen, findet sich insbesondere Heilmann nicht ab. Vielmehr suchen sie, sich den Mythos verfügbar zu machen. Zwar repräsentiert der ursprüngliche Steinblock ein Geschichtsbild, das alle Vergangenheit als in sich aufgehoben und in ihre endgültige Form gebracht betrachtet. Doch die Geschichte des Altars, die sich die Jugendlichen nach und nach erarbeiten, repräsentiert nicht solche Stillstellung. In ihr sind Momente der Veränderung aufzufinden. Die Figuren waren, erfahren Coppi, Heilmann und Erzähl-Ich, ursprünglich "farbig bemalt und mit gehämmerten Metallen ausgelegt", der Altar wurde zu den Weltwundern gezählt - versank dann aber "im Schutt eines Jahrtausends". Die Zerstörungen am Altar deuten auf dessen Vergänglichkeit hin und machen es Coppi möglich, ihn als "freistehenden Wert" zu begreifen, "jedem angehörend, der davor hintritt." (ÄdW I, S. 12) Doch nicht nur durch Verschüttung wurde der auf ewig konzipierte Fries zerstört - Erdgeborene hatten daran aktiven Anteil. Arbeiter auf dem Burgberg nutzten die Quadern "als Baumaterial, sie vermauerten diese mit der glatten Rückseite nach außen und schlugen zuvor noch Köpfe und Glieder ab, weil alles Hervorragende das Einfügen behinderte." (ÄdW I, S. 36)

Eine der Beschädigungen am steinernen Fries wird Heilmann ganz besonders zum Angriffspunkt, das mythische Geschehen so umzudeuten, daß nicht die Götter, sondern die Erdgeborenen siegreich werden sollen. Am Hauptfries, zwischen den Figuren des Zeus und der Hera, ist eine Leerstelle. Es fehlt der Halbgott Herakles, der der Überlieferung nach zum Sieg der Götter gegen die Giganten Entscheidendes beitrug. Nur ein Erdgeborener, hatte den Göttern ein zum Kampf um Rat befragtes Orakel verkündet, könne den endgültigen Tod der Giganten herbeiführen. Herakles verriet seine menschlichen Anteile, seine erdgeborene Verwandtschaft, und verhalf den Göttern zum Sieg, was jene ihm nach seinem Tod durch die Apotheose, die Erhöhung in den Olymp, dankten. Im Fries ist allein die Pranke von Herakles' Löwenfell erhalten, das Symbol seiner Tatkraft. Sie scheint nun jedem verfügbar zu sein, der sie zu ergreifen vermag.

Daß nun "grade er, der unseresgleichen war, fehlte, und daß wir uns nun selbst ein Bild dieses Fürsprechers des Handeln zu machen hatten", nennt Coppi "ein Omen" (ÄdW I, S. 11). Kommt Herakles den Unterdrückten zur Hilfe, so können die Götter nicht siegen. Es entsteht die Chance, der ewigen Stillstellung im Gestein zu entgehen, vielmehr die darin stillgestellte Bewegung freizusetzen. Der Mythos soll nicht mehr die Geschichte der Sieger feiern, sondern als uneingelöste Forderung an die Zukunft gelesen werden.

Heilmann macht sich an die Arbeit einer Umdeutung, die ihn bis zu seinem Tod, der Hinrichtung in Plötzensee, immer wieder beschäftigen wird. Stellt der Mythos dar, wie der Halbgott zum Gott avanciert, sucht Heilmann nun umgekehrt, ihn zum Menschen werden zu lassen. Seine Göttlichkeit soll zum Ausgangs- statt zum Endpunkt werden. Die mythische Heldensage wird so verwandelt in den Versuch, die jüdisch-christliche Vorstellung vom Messias ihres religiösen Inhalts zu entheben, sie in profanisierter Form linkem Denken anzueignen.

Abschied vom Heldenmythos

So macht sich Heilmann daran, den Erzählungen über den antiken Herakles einen ganz neuen Sinn zu geben (vgl. ÄdW I, S. 18ff). Ist dort die Rede davon, daß Herakles in geistiger Umnachtung Frau und Kinder erschlug, so unterstellt er dieser Handlung nun ein ganz anderes Motiv. Die Tat gilt ihm als Befreiung von Verstrickung in das Leben der herrschenden Klasse, in der sich Herakles zuvor befunden habe. In der mythischen Erzählung werden Herakles zur Buße seiner Tat zwölf Aufgaben gestellt, die er willig erfüllt. Heilmann aber betrachtet Herakles' Demut nun als Verstellung, als Teil eines ausgeklügelten Planes. Nur zum Schein unterwerfe er sich dem Diktat des Königs Eurystheus, beabsichtige dabei, über ansteckende Tatkraft und Naturbeherrschung den

Unterdrückten zur Aktivität gegen jenen zu verhelfen. Das Konzept der mythischen Erzählweise, das die Einheit von Innerem und Äußerem, von Motiven und Handlungen voraussetzt, ist so zwar noch nicht aufgehoben, aber doch in Frage gestellt.

Dennoch scheitert der erste Versuch einer Umdeutung schließlich. Herakles wirft sich in der Sage, nachdem ihm seine Frau Deianeira ein mit dem Blut des Kentauren Nessos vergiftetes Hemd übergab, auf den brennenden Scheiterhaufen; ihn ereilt die Todesart aller Querulanten. Im Mythos ist sein Mißlingen durch die Apotheose, die Himmelfahrt, unwirksam. Indem sich Herakles dem Opfertod in den Flammen übergibt, ermöglicht er Zeus, ihn in den Olymp aufsteigen zu lassen. Die Apotheose aber ist das Gegenteil der von Heilmann angestrebten Bewegung eines säkularen Messianismus. Würde er Herakles in den Olymp aufsteigen lassen, wäre jener als Verräter entlarvt, so daß die Befreiungspotenz den Unterdrückten nicht zukommen könnte. Herakles wird also durch die Flammen vernichtet. Er kann sich selbst davor nicht retten, geschweige denn, daß er zum Retter der Unterdrückten taugte. In der Suche nach einer Lösung erwägt Heilmann für einen Moment, umgekehrt die Unterdrückten zu den Rettern des Herakles werden zu lassen. Die Möglichkeit blitzt auf, daß statt dem Helden ein Kollektiv handlungsfähig werden könnte. Doch das überlieferte Material läßt eine solche Lösung nicht zu, "... niemandem gelang es, ihm das mit dem vergifteten Blut des Nessos getränkte Hemd von der Haut zu reißen ..." (ÄdW I, S.25). Der erste Versuch, sich den Mythos anzueignen, ist gescheitert.

In der Folge des Romans trennen sich die Wege der Jugendlichen. Während Heilmann und Coppi in Berlin die Untergrundtätigkeit fortsetzen, meldet sich das Erzähl-Ich als Freiwilliger der Internationalen Brigaden des spanischen Bürgerkriegs. In einem Lazarett hinter der Front, der "Villa Candida", erreicht ihn ein Brief Heilmanns, der erneut sucht, den mythischen Herakles dem Widerstand zuzuschlagen (ÄdW I, S.314 ff). Darin wird das Konzept des eindeutigen Helden nun aufgegeben. Was wäre, fragt Heilmann, wenn Herakles nicht uneingeschränkt tatkräftig, er vielmehr "von Furcht und Schrecken geplagt war und seine Handlungen nur dazu dienten, die eigene Schwäche und Vereinsamung zu überwinden." (ÄdW I, S.314) Die durch Herakles besiegten Feinde und Bestien werden unter Zugriff auf psychoanalytische Theorie als Traumungeheuer, die Kämpfe als Traumerlebnisse identifiziert. Als zentrales Merkmal des Traums erscheint dabei die Schmerzunempfindlichkeit, die Anästhesie: "... und ich erwache erst, wenn ich schon zerrissen sein müßte, aber keine Wunde, kein Schmerz ist vorhanden." (ÄdW I, S.315) Solche Eigenschaften des Traumes kommen auch dem Kunstbegriff zu, dem sich Heilmann nun anzunähern beginnt - unter Verabschiedung des mythischen Konzepts: "Was ich jetzt über Herakles lese, kommt nicht mehr aus dem Mythos, hat zwar noch epische Züge, ist aber geprägt von der Unvollkommenheit". (ÄdW I, S.316)

Er nähert sich mit neuem Blick, mit neuen Maßstäben dem Herakles, nicht mehr den eindeutigen Helden suchend und nicht mehr die Eindeutigkeit in der Form. Und an einem unerwarteten Punkt findet sich ein Schlüssel zum Verständnis der Heldensaga: an der Frage des Männlichkeitsdünkels, des Geschlechterkampfs. Brillant stellt die Romanfigur Heilmann in ihrem Brief nun dar, wie die Mythengeschichte vom heldenhaften Herakles sich aus "größter panischer Angst" und "Abscheu vor der Frau" erklären läßt. Seine Beziehungen zu Frauen sind geprägt von Gewalttätigkeit. Als auf seinen Reisen die Herrscherin Omphale das Geschlechterverhältnis verkehrt, und der Sklave Herakles Frauengewänder zu tragen hat, ist er in seinem männlichen Dünkel tief verunsichert: "... mußte ... den Pantoffelhelden abgeben, ... verspottet, wenn er nicht fähig war, ihren Gelüsten nachzukommen." Auch das Ende des Helden erfährt eine völlig neue Deutung. Seine Frau Deianeira (heißt: die "Töterin des Mannes") pflegt eine Liebschaft mit dem Kentaur Nessos. Sie beseitigt den herrischen Herakles, indem sie ihm "alle vorderasiatischen Geschlechtskrankheiten" weitergibt, die "der brünstige Pferdemann, nach jahrelangen Umtrieben mit Herden von Getier, in sie hineingestoßen hatte." (ÄdW I, S.318) Herakles aber sucht, um für die Nachwelt seinen Ruf zu retten, dieses schändliche Ende zu vertuschen. Sein "Heldentod" erweist sich als der krönende Höhepunkt seiner Lebenslüge, in Verdeckung großer Angst die Selbststilisierung zum Heroen zu betreiben.

Doch versucht Heilmann nun nochmals, ausgerechnet am soeben diskreditierten Tod des Herakles, eine Rettung des Vorbildes zu erreichen. "Größe, fast Erhabenheit" sieht er darin, daß "kein Gegner stark genug" sei, wie jener im Todeskampf, "da die Pein ins Unermessliche steigt", sich selbst in die Flammen zu legen, und dabei noch in "verzücktes Lächeln" zu verfallen (ÄdW I, S. 319). Unvermittelt wird Herakles hier als Märtyrer, als ein Heiliger wieder zum Leitbild erhoben.

Die geheime Hauptfigur: Marcauer

Daß der junge Kommunist Heilmann dem Märtyrertod des Herakles verpflichtet bleibt, zeigt einerseits an, daß er die Beschäftigung mit dem Mythos nicht aufgeben will, ohne an seine Stelle eine fortschrittliche Kunstkonzeption setzen zu können. Vor allem aber ist hier eine Verknüpfung zur Auseinandersetzung um Stalinismus hergestellt. Im Romankontext steht Heilmanns Brief im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Themenkomplex Moskauer Prozesse. In die Villa Candida dringen durch die Übertragungen Radio Moskaus die Schauprozesse zu den mitten im Bürgerkrieg befindlichen InternationalistInnen vor. In Diskussionsrunden versuchen sie, diese Nachrichten zu verarbeiten und zu bewerten. Dabei stehen diese Diskussionsrunden selbst, trotz der Liberalität des dem Lazarett vorstehenden Arztes Max Hodann, unter der Drohung möglicher Repression. Eine Figur, die Kommunistin Marcauer, durchbricht furchtlos solche Selbstzensur. Sie kritisiert im Kontext der Moskauer Prozesse nicht nur massiv die Richter und Verurteilungen, sondern kennzeichnet als Ursache der Unterwerfung ein patriarchales System, an dem selbst die Angeklagten in ihrem scheinbar selbstlosen Opfertod für Familie, Partei und Staat noch teilhätten. Den Atavismus solcher Verhaltensweisen erklärt sie aus einer Analyse, die stalinistische Strukturen auf fortexistierende patriarchale Herrschaftsstrukturen zurückführt. Dieser Atavismus entspricht der Haltung des Herakles, wie sie über den unmittelbar angefügten Heilmannbrief danebenmontiert ist.

Marcauer fällt, wie der Roman nahelegt, wegen dieser Äußerungen der stalinistischen Repression zum Opfer. Hodann und das Erzähl-Ich wagen nicht, dieser Repression etwas entgegenzusetzen. Das Erzähl-Ich verdrängt das Ereignis, zieht auch nicht im Stillen, für sich selbst, zumindest theoretische Schlußfolgerungen aus dem Tod der Genossin. Hodann und das Erzähl-Ich vermögen sich so wenig den sie umgebenden Systemmechanismen zu entziehen, wie Heilmann zur eigentlich logischen Konsequenz eines Abschieds vom Leitbild Herakles fähig ist.

Die Textstelle zur Kommunistin Marcauer ist kurz, jene Figur findet im Roman "Die Ästhetik des Widerstands" nicht eigentlich einen Ort. Die ÄdW ist ein realistischer Roman, und für eine feministische Position, der auch noch anarchistische Denkelemente innewohnen, ist in jener Etappe realkommunistischer Bewegung keine Entfaltungsmöglichkeit auszumachen, nicht einmal ein Raum für ihre Existenz. Umso bedeutsamer ist es, festzuhalten, daß die Herakles-Sage, welche die drei Bände der ÄdW strukturiert, an ihrem entscheidenden Wendepunkt Marcauers Inhalte spiegelt, daß jenem dadurch ein Resonanzboden unterlegt ist, der den Versuch solch feministischer Stalinismuskritik zu einem ganz wesentlichen Textinhalt der ÄdW verstärkt. Die Genossin Marcauer wird solcherart zu einer geheimen Hauptfigur des Romans "Die Ästhetik des Widerstands".

Überhaupt muß die ÄdW, in der, wie in der Realität, männliche Figuren überwiegenden Raum beanspruchen, gegen den Strich auf die besondere Bedeutung hin gelesen werden, die in ihr dargestellte Frauenfiguren gewinnen. Das gilt für Karin Boye, die schwedische Schriftstellerin des utopischen Romans "Kallocain", die Suizid begeht, wie für Rosalinde von Ossietzky, die als Frau ebenfalls doppeltem Exil ausgesetzt ist, da die "Männerwelt" ihren Werten, ihrer Existenz keinen Ort zuerkennt. Es gilt besonders für Lotte Bischoff, die aus dem schwedischen Exil in den Berliner Untergrund zurückkehrt, und dort als Einzige der Verhaftung und Hinrichtung zu entkommen vermag. Eine weitere Zentralfigur der ÄdW ist die Mutter des Erzähl-Ichs, die, in einer jüdischen Gruppe einem Akt der Massenvernichtung schon zugedacht, schon mit bloßen Händen das eigene Grab schaufelnd, doch überlebt, und in einen Stupor, einen Zustand nach innen gekehrter Umnachtung verfällt. Sie wird, den Toten zugewandt, zur stummen Zeugin unsagbarer Vernichtung.

In einigen Textstellen ist die Mutter-Figur in Zügen der Ge gezeichnet, der Dämonin der Erde, die Heilmann, Coppi und Erzähl-Ich am Pergamon-Fries wahrgenommen, aber nicht ins Zentrum ihres Interesses gerückt hatten. Dabei hatte sie, die Erdgöttin, in mehrfacher Weise die ansonsten vorherrschenden Gesetze des Frieses aufgesprengt. Die Figur, heißt es in den Eingangspassagen, durchbricht den Rahmen der Darstellung, den "Sims", der "den Kämpfenden der Boden ... war ..."; "nur an einer einzigen Stelle", durch sie, "war der Grund durchbrochen" (ÄdW I, S.8), da sie, aus der Erde kommend, tief in diese ragend dargestellt ist. Weiter befindet gerade sie, die Erdverbundendste, die Erdgöttin selbst, sich nicht, wie die Erdgeborenen, in Bewegung nach unten, aus dem Bild, sondern als einzige ihrer Art "stieg die Dämonin der Erde auf". Obwohl auch sie verletzt ist, "eine Wunde klaffte vom Kinn bis zum Kehlkopf" (ÄdW I, S.10), und sie für ihren Sohn Alkyoneus um Gnade fleht, verfügt sie noch über Raum, anstatt schon der Zerstörung anheimzufallen. Der Held Herakles wird in der "Ästhetik des Widerstands" kritisch überwunden, und wie auf einen Fluchtpunkt verweist der Roman auf die Hoffnungsträgerin Ge.

Vom Stein- zum "Lebensfries"

Vor Heilmann vollzieht Coppi die Konsequenz, den antiken Helden Herakles explizit aus der Rolle eines Vorbilds zu entlassen. In einem letzten Streitgespräch, unmittelbar vor der Entdeckung und Verhaftung der Konspirateure, vor dem Ende der deutschen Spionage- und Widerstandsgruppe der "Roten Kapelle", betont er: "Wir brauchen die Mythen nicht, die uns nur verkleinern wollen, wir genügen uns selbst." (ÄdW III, S.169)

Heilmann antwortet auf dieses Problem ein letztes Mal in der Todeszelle. In der Nacht vor der Hinrichtung verfaßt er einen Abschiedsbrief an das Erzähl-Ich, an die RomanleserIn - "Heilmann an Unbekannt" (ÄdW III, S.199 ff). Darin beschreibt er an sich selbst einen idealistischen Zug: "Ihr hattet recht, wenn ihr mich für einen Schwärmer hieltet, denn, das sehe ich erst jetzt ein, es war an dem Sonntagmorgen, dem dreißigsten August, etwas von einem Heiligen in mir, ich hätte mich opfern wollen, für Harro, für Libertas, für all die andern..." (ÄdW III, S.205) Die endgültige Abkehr vom Heroismus des Herakles leitet sich in diesem Brief ab aus der Annäherung an Libertas Schulze Boysen, eine Angehörige der Widerstandsgruppe, die in der Verhaftung, um vielleicht Folter und Hinrichtung zu entgehen, Aussagen gemacht hatte. Heilmann akzeptiert nun dieses Gegenbild zum Märtyrertod: "War mir der Verrat von allen Schändlichkeiten die ärgste gewesen, und galt mir strengste Verläßlichkeit als Voraussetzung für die Erfüllung unserer Absichten, so entband ich sie von allen ethischen Geboten, es gab ja genug andre unter uns, die sich daran hielten..." (ÄdW III, S.206)

Das Verhalten der Libertas wird nicht seinerseits idealisiert, aber sie bleibt eingereiht in das Spektrum des Widerstands. Ihr Lebenskonzept kann, in seiner Mangelhaftigkeit, ebenso Gültigkeit beanspruchen, wie andere; ihm wohnen, neben den Mängeln, auch Stärken inne: "Und es mag sein, daß Libertas in vielem unserm Anliegen am nächsten kam, denn bei unsern Gesprächen über das künftige Staatswesen hatte sie immer wieder aus Rosas Schriften vorgelesen, mit der Freude dessen, der etwas zum ersten Mal sieht und seine Entdeckung verkündet, und vielleicht hätten wir in ihr eine jener erkennen müssen, für die gilt, daß es Freiheit nicht gebe ohne die Freiheit des Andersdenkenden." (ÄdW III, S.210) Libertas wie Herakles erliegen nur auf verschiedene Weise der Gefahr, den Herrschenden zu erliegen. An die Stelle der EinzelheldIn tritt in der "Ästhetik des Widerstands" das Kollektiv, in dem die verschiedenen Stärken und Schwächen ineinanderwirken und sich positiv ergänzen können.

In seiner Todeszelle ist Heilmann eingeschlossen von mächtigen Mauern, er ist wie in die Verdichtung eines mächtigen Steinblocks hineingezogen. In seinem Abschiedsbrief beschreibt er Versuche, die Gefangenschaft aufzulösen, sich gedanklich, in seinen Visionen, über die Mauern hinauszulehnen - er schreibt über "den Stein, den wir schmecken, und der durch unsre gedankliche Anstrengung manchmal schon porös zu werden scheint, wie Teig, in den die Finger sich hineinwühlen könnten, und fühlen die Hände dann doch die Härte ..." (ÄdW III, S.204). Ihm bleibt bewußt, daß solche Vision die Veränderung der Realitäten nicht ersetzen kann - "Das Leben aber, in welche Kerker auch immer geworfen, ist kein Traum. Ich bin kein Christ, ich lebe im Diesseits." Dennoch gewinnt ihm die Dimension des Traums entscheidende Bedeutung, in Anlehnung an Hölderlin und Rimbaud sieht er in dessen Gesetzmäßigkeiten ganz entscheidende Merkmale der Kunst (vgl. ÄdW III, S. 208). Die Umrisse einer Kulturdefinition entstehen, die dem Traum zugehörige Wahrnehmungsmechanismen mit dem Bewußtsein und dem Handeln in der äußeren Realität verbinden will.

Ist der "steinerne" Mythos nun also aufgelöst in den "Lebensfries" (ÄdW III, S.200), so ist der Arbeitsprozeß am Mythos doch nicht einfach negiert, sondern in ein neues Kunstkonzept aufgehoben. Und es kann davon ausgegangen werden, daß die durch Heilmann angesprochenen Züge eines solchen Kunstbegriff auch dem vom Surrealismus kommenden Autoren Peter Weiss eignen - in der letzten bekanntgewordenen Äußerung Peter Weiss' zur "Ästhetik des Widerstands" betonte jener, der Roman müsse "vom Element des Traums" her verstanden werden (3).

Das Ineinandergreifen fiktiver und realer künstlerischer Arbeitsprozesse wird am Romanende noch weiter vorangetrieben. Im vorletzten Satz des Textes heißt es: "... würde meine Hand auf dem Papier lahm werden. Ich würde mich vor den Fries begeben ..." (ÄdW III, S.267) Damit ist das Erzähl-Ich nicht mehr der Autor der nun folgenden Friesdarstellung, Peter Weiss selbst tritt nun der LeserIn als Autor gegenüber. Der Roman sucht, sich über die eigenen Grenzen, die eigene Stillstellung in das reale Leben hinauszulehnen. Der Fries, um den es nun geht, ist nicht mehr steinern, stillgestellt, vielmehr bunt, laut und bewegt. Die Versteinerung ist zerbrochen, pulverisiert, und die Reste dieses zersetzenden Arbeitsprozesses sollen mit der so unheroischen, aber schwungvollen Bewegung des Hinwegfegens beseitigt werden.

Freilich kann das Buch in die Lebensrealität der LeserIn nicht wirklich eindringen - "Der Leser muß sich eben selber da herausziehen, muß sehen, wie er aus eigener Kraft weitermachen kann, nicht?" (4) Tatsächlich aber löste der Text "Die Ästhetik des Widerstands" seit seinem Erscheinen viele Diskussionen und Arbeitsprozesse aus, nicht zuletzt in zahlreichen Lesegruppen. Nichts ist jedenfalls falscher, als die vom bürgerlichen Feuilleton kurz nach Erscheinen vorgenommene Charakterisierung als "linkem Heimatroman". Schrieb Weiss seinen Text auch aus sozialistischer Grundhaltung, geht es dem Kunstwerk doch gerade darum, solche Erfahrung zu überliefern, die in die politische Theoriebildung (noch) nicht eingeflossen ist. Linksdogmatischen KritikerInnen eines solchen künstlerischen Projekts hielt Wolfgang Kehn einmal die Frage entgegen, "ob die marxistische Theorie und die sozialistische Praxis der Gegenwart für die von Weiss ... aufgeworfenen Probleme überhaupt Lösungen bereithält, an denen Weiss aus Unkenntnis oder Unverständnis vorbeigeht, oder ob Weiss nicht vielmehr - unbeschadet seiner Theorieschwäche - gerade an ungelöste Fragen dieser Theorie und Praxis mit jenem ‚fremden Blick` rührt, der den bestallten Hütern des Marxismus abhanden gekommen ist." Mit Kehn wäre daran festzuhalten, daß "Dichtung als revolutionäre Praxis ... da wieder in ihr Recht" tritt, "wo die andere Möglichkeit, die revolutionäre Aktion, in Ermangelung revolutionärer Theorie blind bleiben müßte." (5) Peter Weiss war Literat, nicht Theoretiker, die "Ästhetik des Widerstands" ist ein Roman, kein unterhaltsameres Geschichtsbuch. Und doch, und gerade deshalb könnte es Beleg dafür sein, welche Bedeutung die Auseinandersetzung mit Literatur für eine um erneuerte Theorie ringende radikale Linke gewinnen kann. (6)

Solche Ressourcen des Romans drohen verlorenzugehen, wo Weiss, wie durchaus droht, zum Klassiker kanonisiert wird. Anzeichen für eine solche Entwicklung waren in den letzten Monaten gegeben: Der 75jährige Geburtstag Weiss' wurde in einer Feierstunde durch den brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe begangen, im Gespräch war gar, ausgerechnet eine Art Schlößchen im feudalen Potsdam (als Literaturstiftung) dem Gedenken an Weiss zuzueignen. Die aktuellste Rechtsentwicklung dürfte nun eher zur weitgehenden Mißachtung dieses linken Autors durch das bürgerliche Feuilleton führen. Wie auch immer: Nur, wem diese Gesellschaft mit den ihr innewohnenden Tendenzen zur Barbarei so zuwider ist, wie sie es Peter Weiss zeitlebens geblieben ist, wird den Roman "Die Ästhetik des Widerstands" bis in seine Tiefenstrukturen hinein wirklich erfassen, und wird solches Erarbeiten in seine Praxis aufnehmen können.

be./Gruppe K, Hamburg

Anmerkungen:

1) In AK 338, S.17 f, veröffentlichte B./Westberlin ein Interview mit Hans Coppi über die Geschichtschreibung über diese Gruppe. Der Interviewte ist Sohn der in Plötzensee hingerichteten Hilde und Hans Coppi; jener Hans Coppi ist Vorbild der "Coppi"-Figur der ÄdW.

2) Peter Weiss in einer Eintragung in sein Notizbuch, September 1980; "Notizbücher 1971-1980", Frankfurt am Main 1981, S.927.

3) In "gleichlautenden Briefen an die Universitäten von Marburg und Rostock" vom 2.5.1982, nach: Robert Cohen, "Bio-Biographisches Handbuch zu Peter Weiss' 'Ästhetik des Widerstands'", Hamburg 1989, S.164.

4) Peter Weiss im Interview mit Burkhardt Lindner, in: Karl-Heinz Götze, Klaus R. Scherpe, "Die Ästhetik des Widerstands lesen", Westberlin 1981, S. 287.

5) Bezog sich bei Kehn auf Hölderlin; Kehn S. 53 und 109.

6) Ein Text, an dem das Verhältnis literarischer zur historisch-materialistischer Geschichtskonstruktion vertieft diskutiert werden könnte, sind Walter Benjamins Thesen "Über den Begriff der Geschichte", verfaßt 1940. Ein Auszug, der vielleicht die denkerische Nähe zur Konstruktion der ÄdW aufscheinen läßt: "Vergangenes historisch artikulieren heißt nicht, es erkennen ‚wie es denn eigentlich gewesen ist`. Es heißt, sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt. Dem historischen Materialismus geht es darum, ein Bild der Vergangenheit festzuhalten, wie es sich im Augenblick der Gefahr dem historischen Subjekt unversehens einstellt. Die Gefahr droht sowohl dem Bestand der Tradition wie ihren Empfängern. Für beide ist sie ein und dieselbe: sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse herzugeben. In jeder Epoche muß versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen. Der Messias kommt ja nicht nur als der Erlöser; er kommt als der Überwinder des Antichrist. Nur dem Geschichtsschreiber wohnt die Gabe bei, dem Vergangenen den Funken der Hoffnung anzufachen, der

davon durchdrungen ist: auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört." (These VI; Walter Benjamin, Gesammelte Schriften, Band I, S. 695)

"Rings um uns erhoben sich die Leiber aus dem Stein, zusammengedrängt zu Gruppen, ineinanderverschlungen oder zu Fragmenten zersprengt, mit einem Torso, einem aufgestützten Arm, einer geborstnen Hüfte, einem verschorften Brocken ihre Gestalt andeutend, immer in den Gebärden des Kampfs, ausweichend, zurückschnellend, angreifend, sich deckend, hochgestreckt oder gekrümmt, hier und da ausgelöscht, doch noch mit einem freistehenden Fuß, einem gedrehten Rücken, der Kontur einer Wade eingespannt in eine einzige gemeinsame Bewegung. Ein riesiges Ringen, auftauchend aus der großen Wand, sich erinnernd an seine Vollendung, zurücksinkend zur Formlosigkeit...." (Beginn der ÄdW)

"Die Giganten, die Söhne der klagenden Ge, vor deren Oberkörper wir standen, hatten sich frevelnd gegen die Götter erhoben, andre Kämpfe aber, die über Pergamons Reich hingegangen waren, lagen unter dieser Darstellung verborgen. Die Regenten aus der Dynastie der Attaliden ließen sich von ihren Bildhauermeistern das schnell Vergehende, von tausenden mit ihrem Leben bezahlte, auf die Ebene des zeitlos Bestehenden übertragen und damit ein Denkmal ihrer eignen Größe und Unsterblichkeit errichten." (ÄdW I, S.9)

"Vor seinem Ende, sagte Heilmann, verfiel Herakles noch einmal der größten panischen Angst, die er bereits in der Wiege erfahren und für die er sich zeitlebens zu rächen versucht hatte, dem Schrecken, dem Abscheu von der Frau. Die Sinnlichkeit, die ihm angedichtet wurde, kann nur der Vorstellung derer entsprechen, die Liebeskraft mit Besitzergreifung verwechseln, nicht ein einziges Mal läßt sich den zahlreich eingegangenen Verbindungen entnehmen, daß er seiner Partnerin zugetan gewesen war, immer hatte er entrissen, gezüchtigt, gemordet oder wurde gepeinigt." (ÄdW I, S.318)

"Und doch, sagte Heilmann, nimmt Herakles in diesem Augenblick, als der Ring seines Lebens sich schließt, wieder Größe an, fast Erhabenheit. Nicht etwa ins Wasser wirft er sich, um dort seinen Wundbrand zu löschen und sang- und klanglos zu verschwinden, sondern er ruft alles Volk herbei, daß es zuschaue, wie kein Gegner ihm stark genug ist, wie sich auch höchstes Leiden noch steigern läßt, und er kriecht, schreiend vor Schmerzen, bergauf zum Scheiterhaufen und legt sich in die Flammen. Jetzt, da die Pein ins Unermeßliche steigt, nimmt sein Gesicht das verzückte Lächeln an, mit dem er, zerfallend, in die Unsterblichkeit eingeht." (ÄdW I, S.319)

"... Nur aus der Bindung an diese Ordnung ließe es sich auch erklären, daß die vor Gericht Gestellten die vom Kollektiv ausgesprochnen Verurteilungen akzeptierten. Und das vertrittst du, sagte Marcauer, solche Exaltation nennst du kommunistisch, nur die Folter, die zur Vollzugsgewalt eurer Welt gehört, kann einen Menschen so entäußern, daß er seine Vernichtung mit Dank empfängt. An Radek erinnerte sie, diesen Speichellecker, der zuerst falsche Zeugnisse abgab, um seine eigene Haut zu retten, um wieder klettern zu können, dann die Verherrlichung des großen Patriarchen betrieb, des Allwissenden, Allsehenden, Weisesten der Weisen, bis auch er weggefegt wurde und unterging in Selbstbezichtungen. Was wir hier sehn, sagte sie, ist nur eine Auswahl aus der Garnitur der Oberen, es sind nur die, die das Spiel bis ins letzte mitmachen, viele, die ihr Gesicht wahrten, die sich nicht zur Verleugnung ihrer selbst zwingen ließen, die niedern, die wahren Kommunisten, wurden im Verborgnen abgeknallt, in Krestinski glühte noch ein Funke auf, dann wars auch mit seiner Überzeugung zu Ende. Seht doch, auf welche Weise sich die Angeklagten erpressen lassen. Sie geben nie begangne Untaten zu, um ihre Kinder, ihre Frauen zu retten. Zunächst wirkt dies edel, doch es kommt nur dem Weiterbestand ihres Systems zugute. ... Die Männerwelt, rief sie noch einmal, tobt sich hier aus." (ÄdW I, S.293 f)

Marcauer über die vermutete Hinrichtung Nins von der linksradikalen POUM: "Ich bin dort gewesen, sagte sie. Ich habe die Sandgrube gesehen, in der er hingerichtet wurde. Goya hat diese Böschung gemalt und den Blick in die Gewehrmündungen, dieser Blick läßt mich nicht los. Niemand mehr konnte Marcauer beistehn, als ihre Arrestierung angeordnet war. Wir wollten die Bedeutung der Vernehmungen, die sie zu erwarten hatte, verringern. Gewiß würde Hodanns ärztliches Gutachten sie vor einer schweren Bestrafung verschonen. Ihre Leistungen würden anerkannt, ihre Aussagen auf Überanstrengung zurückgeführt werden. Doch dabei wußten wir schon, daß wir den Gedanken an sie, die aus Hamburg, aus einer großbürgerlichen jüdischen Familie stammte, verdrängen würden. Und bald schon verwischte sich die Stunde am frühen Morgen, als sie von der Militärpolizei abgeholt wurde, und nur der Eindruck hielt sich noch, wie sie unten in der Halle der Villa Candida

den Sand beschrieb, zu fahlem Gelb beleuchtet von der abgestellten Laterne, das Weiße in den aufgerißnen Augen, die dicht aneinandergereihten Rücken des Exekutionskommandos..." (ÄdW I, S.313 f)

"Und wenn ich dann Kunde von Heilmann und Coppi erhielte, würde meine Hand auf dem Papier lahm werden. Ich würde mich vor den Fries begeben, auf dem die Söhne und Töchter der Erde sich gegen die Gewalten erhoben, die ihnen immer wieder nehmen wollten, was sie sich erkämpft hatten, Coppis Eltern und meine Eltern würde ich sehn im Geröll, es würde pfeifen und dröhnen von den Fabriken, Werften und Bergwerken, Tresortüren würden schlagen, Gefängnistüren poltern, ein immerwährendes Lärmen von eisenbeschlagnen Stiefeln würde um sie sein, ein Knattern von Salven aus Maschinenpistolen, Steine würden durch die Luft fliegen, Feuer und Blut würde aufschießen, bärtige Gesichter, zerfurchte Gesichter, mit kleinen Lampen über der Stirn, schwarze Gesichter, mit glitzernden Zähnen, gelbliche Gesichter unterm Helm aus geflochtnem Bast, junge Gesichter, fast kindlich noch, würden anstürmen und wieder untertauchen im Dampf, und blind geworden vom langen Kampf würden sie, die sich auflehnten nach oben, auch herfallen übereinander, einander würgen und zerstampfen, wie sie oben, die schweren Waffen schleppend, einander überrollten und zerfleischten, und Heilmann würde Rimbaud zitieren, und Coppi das Manifest sprechen, und ein Platz im Gemenge würde frei sein, die Löwenpranke würde dort hängen, greifbar für jeden, und solange sie unten nicht abließen voneinander, würden sie die Pranke des Löwenfells nicht sehn, und es würde kein Kenntlicher kommen, den leeren Platz zu füllen, sie müßten selber mächtig werden dieses einzigen Griffs, dieser weit ausholenden und schwingenden Bewegung, mit der sie den furchtbaren Druck, der auf ihnen lastete, endlich hinwegfegen könnten." (Schluß der ÄdW)

Peter Weiss

wurde am 8. November in Novaves bei Berlin geboren. Der Vater, Ungar jüdischer Herkunft, war Textilfabrikant, die Mutter ehemals Schauspielerin. 1934 emigrierte die Familie zunächst nach England, dann nach Böhmen, schließlich nach Schweden. Peter Weiss begann die künstlerische Tätigkeit als Maler, später Experimentalfilmer. Erst spät wurden erste, meist surrealistisch geprägte Stücke und Prosatexte veröffentlicht. Nach "Marat - de Sade" folgten Dokumentarstücke (u.a. "Die Ermittlung", "Vietnam-Diskurs"). "Trotzki im Exil" führte zu schweren Konflikten des in Stockholm lebenden Künstlers mit der DDR-Kulturpolitik (die Theaterzusammenarbeit wurde unterbrochen), aber (bei der Uraufführung in Düsseldorf) auch mit der APO. Es folgten das erst kürzlich veröffentlichte Romanfragment "Rekonvaleszenz", das Stück "Hölderlin" und die Arbeit an der "Ästhetik des Widerstands". (Ausführlich zum Gesamtwerk Peter Weiss' und zur ÄdW vgl. auch in AK 300, S.37 f)

35. Wir fordern ein Existenzgeld und garantiertes Mindesteinkommen für alle Menschen!

Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut:

Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:02

Es geht um

- eine existentielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne den Zwang zur Arbeit,

- eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können,

- eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Menschen; Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung.

Darauf haben sich die Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut auf ihrem letzten Bundestreffen im Februar 1992 in Bremen geeinigt. Im folgenden werden wir diese Forderung begründen.

13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und gegen das Schweigen der Ausgegrenzten

1. Die globale Lage

Der Zusammenbruch der staatlich-autoritären Planungssysteme läßt das kapitalistische System heute weltweit als "Sieger" und einzig sinnvolle Form gesellschaftlicher Reproduktion erscheinen. Doch eine Tatsache ist, daß dem relativen Wohlstand weniger kapitalistischer Industrienationen Hunger und zunehmende Verelendung in den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika gegenüberstehen. Die Anhäufung unermeßlichen Reichtums für wenige basiert auf jahrhundertelanger Ausplünderung der ehemaligen Kolonien und der heutigen "3. Welt", der Ausbeutung der Lohnarbeiter, unbezahlter Reproduktionsarbeit der Frauen und roher Gewalt bis zur Vernichtung - seine notwendige andere Seite bilden Millionen von Verelendeten. Ausbeutung und entfremdete Arbeit sind deshalb auch heute wesentlicher Bestandteil des kapitalistischen Systems.

Doch der Kapitalismus als Weltsystem ist nicht nur unfähig, den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum gerecht zu verteilen, er zerstört darüberhinaus die natürlichen Grundlagen der gesellschaftlichen Reproduktion durch seine notwendige ökologische Blindheit: die Teilrationalität einzelwirtschaftlicher Profitmaximierung entwickelt keine Rationalität für eine vernünftige Reproduktion der ganzen Gesellschaft bzw. Welt, sie zerstört blind Mensch und Natur.

2. Der Veränderungsprozeß in den westlichen Industrienationen

In den westlichen europäischen Nationen haben wir im letzten Jahrzehnt einen Prozeß gesellschaftlicher Spaltung erlebt: Politisch flankiert durch Maßnahmen neokonservativer Regierungspolitik - Rücknahme öffentlicher Investitionen, massiver Abbau sozialer Leistungen - produzierte das Kapital mit dem Einsatz neuer Technologien in Produktion und Verwaltung (Rationalisierung) eine Massenarbeitslosigkeit, die als Instrumentarium für eine Neuzusammensetzung gesellschaftlicher Arbeit und Reproduktion dient. Während die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt wurde, die Reallöhne sanken, die Krankheitsstände auf Kosten der Gesundheit gedrückt wurden, Mobilität und Flexibilität der Ware Arbeitskraft forciert und insbesondere die Frauen entweder in schlechtbezahlte Arbeit oder die traditionelle Rolle unbezahlter Haus- und Erziehungsarbeit gezwungen wurden, stiegen die Unternehmer- und Bankengewinne auf Rekordhöhen. Gleichzeitig wurden wir - die industrielle Reservearmee der Erwerbslosen - mit öffentlichen Maßnahmen (Qualifizierung, staatlicher Arbeitsmarkt) selektiert in einen verwertbaren Rand (für die rasant zunehmenden prekären und ungeschützten Arbeitsverhältnisse) und den überflüssigen Rest. Gesellschaftliche Ausgrenzung und Verarmung sind mittlerweile für immer weitere Kreise (bis zu einem Drittel) der Bevölkerung in den westlich-europäischen Industrienationen zur bitteren Realität und gegen die Beschäftigten zum effektiven Druckmittel geworden, um noch mehr Leistung, Mehrarbeit und Überstunden abzupressen.

3. Der Europäische Binnenmarkt

Auf diesem so präparierten Terrain wird uns der "Europäische Binnenmarkt 1992" als verheißungsvolle Zukunft angepriesen, "Freiheit" heißt ihr zentraler Inhalt: Freiheit für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräfte. Die Europäische Einigung verspricht uns wirtschaftlichen Aufschwung, ein noch "besseres" und "größeres" Warenangebot und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Der Europäische Binnenmarkt ist die Vision der wirtschaftlich und politisch Mächtigen vom Aufstieg zum führenden Wirtschaftsimperium der Welt, noch vor den USA und Japan, und die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren.

Aber die schrägen Töne in dieser harmonischen Zukunftsmelodie schrillen uns bereits in den Ohren: eine rasante Zentralisation und Konzentration von Kapital, möglichst weitgehende "Deregulation" sämtlicher Arbeitsverhältnisse, die Spaltung des Arbeitsmarktes durch selektive Massenarbeitslosigkeit und die Dynamisierung sozialstaatlicher Leistungen durch die Koppelung an die untersten Einkommensgruppen (Beispiel: Statistikmodell) bestimmen schon heute die gesellschaftliche Realität nicht nur der Bewohner der EG; der Zusammenbruch der autoritären Planungs-Systeme befreit zudem die westlichen "Frontstaaten" von ihrer ideologischen Verpflichtung, mittels sozialer Leistungen den Kapitalismus als "besseres System" zu legitimieren. Unabhängig von nationalen Grenzen und regional sehr unterschiedlich verteilt wird die Zunahme ungeschützter und mieser Arbeitsverhältnisse auf der einen Seite und die Massenarbeitslosigkeit für alle als nicht verwertbar geltenden Gruppen auf der anderen Seite zum Alltag des neuen Europa.

4. Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland

In diesem globalen Zusammenhang erleben wir seit Jahren die allmähliche Zerstörung des sozialen Sicherungssystems auch in Deutschland. Die Verarmung großer Teile der in der BRD lebenden Menschen beschleunigt und verfestigt sich. In den alten Bundesländern hat sich eine Zwei-Drittel-Gesellschaft etabliert, bedingt durch Erwerbslosigkeit und die Zunahme von ungeschützten und Teilzeit-Arbeitsverhältnissen. In den neuen Bundesländern ist durch den Kahlschlag der dort bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge mit wachsender Erwerbslosigkeit und massenhafter Verarmung zu rechnen.

Die soziale Sicherung für alle, die ihren Lebensunterhalt nicht durch Erwerbsarbeit sichern können, beruht auf unterschiedlichen Systemen und Bedingungen. Das System der Arbeitslosenversicherung mußte in dem Moment versagen, in dem es gebraucht wurde und immer mehr Menschen es in Anspruch nehmen mußten. Seit Ende der 70er Jahre wurden die Anspruchsvoraussetzungen systematisch verschärft und die Leistungen drastisch verschlechtert.

Mit den "arbeitsmarktpolitischen Instrumenten" (z.B. "Qualifizierungsoffensive") der Bundesanstalt für Arbeit wird darüberhinaus der Schein erzeugt, als wäre Ursache für die Erwerbslosigkeit eine mangelnde Qualifizierung; die Schuld an der Erwerbslosigkeit liegt plötzlich an unserer "falschen" Qualifikation und unseren individuellen "handicaps" und nicht an der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. Selbst wenn ein kleiner Teil tatsächlich aufgrund dieser Maßnahmen wieder dauerhaft "verwertbar" wird, so bedeuten sie für viele faktisch die weitere Abwertung ihrer Arbeitskraft und damit weitere Verarmung.

So ist der Weg in die Verelendung als eine hierarchische Rutsche aufgebaut: über Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in die gesellschaftliche Ausgrenzung. Die verschiedenen Bürokratien wie Arbeitsamt, Sozialamt, Wohngeldstelle, Kindergeldstellen etc. spalten auch die "Letzten" der Gesellschaft noch in unterschiedliche Gruppen, die aufeinander herabsehen und um die armseligen Almosen konkurrieren sollen. So werden wir fein unter Kontrolle gehalten und sollen uns gegenseitig disziplinieren. Dabei ist nahezu allen diesen Formen der "Absicherung" gemeinsam, daß sie viel zu wenig gewähren, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Und sie greifen erst nach der sog. "Bedürftigkeitsprüfung" - einer entwürdigenden Beschnüffelung, mit der die Betroffenen und ihre Familienangehörigen vorher zur Kasse gebeten werden. Dieses Verfahren hat auch zur Folge, daß Frauen (wieder) in die finanzielle und damit persönliche Abhängigkeit von Ehemännern bzw. Lebensgefährten geraten und damit viel mehr verlieren als "nur" ihre Arbeit und ihr Erwerbseinkommen.

Wir fordern die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung!

5. Die Sozialhilfe

Über vier Millionen Menschen leben derzeit in der BRD von Sozialhilfe. Obwohl im Bundessozialhilfegesetz der Anspruch formuliert ist, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, erfüllt die Sozialhilfe diese Anforderung

durch zu geringe Höhe und willkürliche Vergabepraxis bei weitem nicht. Das Recht auf Sozialhilfe gilt in der Regel nur bei Nachweis der Arbeitswilligkeit und nach geprüfter Bedürftigkeit. Die Angst, das oft geringe Einkommen der Kinder oder Eltern in Anspruch nehmen zu müssen, die Scham, zu den Letzten zu gehören, die systematische Desinformation, bürokratische Hemmschwellen und oft entwürdigende Praktiken der Ämter führen dazu, daß Sozialhilfe nur von der Hälfte der Menschen in Anspruch genommen wird, die eigentlich ein Recht auf sie hätten.

Mit der Einführung des "Statistikmodells" als Berechnungsgrundlage der Sozialhilfe hat man sich vom Bedarfsprinzip verabschiedet; das Modell orientiert sich am Verbraucherverhalten der untersten Einkommensgruppen. Ohne eine Höhe zu garantieren, die tatsächlich ein menschenwürdiges Leben garantieren würde, hat die deutsche Sozialpolitik einen Schritt zur Vereinheitlichung der europäischen "Grundsicherungs"systeme geleistet. Dieses System hat durch seine Flexibilität Modellcharakter für die "soziale Sicherung" im modernen Kapitalismus, denn sein Niveau liegt "automatisch" immer unter den untersten Lohngruppen, ohne diese nach unten zu begrenzen. Im Gegenteil: es sorgt so dafür, daß für die wachsende Masse deregulierter, schlechtbezahlter Arbeitsverhältnisse immer genügend erzwungene Nachfrage existiert.

6. Unsere Forderung - und "Wer soll das bezahlen?"

Gegen diesen Prozeß der Neuorganisation des Arbeitsmarktes, der Deregulierung und Zerstörung sozialer Garantien und der Verarmung und gesellschaftlichen Ausgrenzung stellen wir unsere Forderung nach einem Existenzgeld und Mindesteinkommen - in Höhe von mindestens DM 1.200,- plus Miete, Mietnebenkosten und Urlaubsgeld,

- weil wir über die Sicherung der rein physischen Existenz hinaus teilhaben wollen an Kultur, Bildung, Sport und sozialer Kommunikation,

- damit uns Armut nicht weiter an der Organisierung unserer Interessen hindern kann,

- damit wir frei sind von dem Zwang, prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingehen zu müssen.

Mit dieser Forderung befinden wir uns im Einklang mit den Sozialhilfeinitiativen, die diesen Betrag auf der Basis des Warenkorbes der Sozialhilfe und nach dem tatsächlichen Bedarf errechnet haben. Dieser Betrag muß laufend nicht nur an die Kostensteigerungen, sondern auch an das reale Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums angepaßt werden. Der Betrag darf nicht pfändbar sein.

Niemand soll uns erzählen, daß dafür kein Geld vorhanden ist! Mit ungläubigem Staunen haben wir zur Kenntnis genommen, wie für die "Wiedervereinigung" in nullkommanichts Milliarden aus dem Boden gestampft wurden, nachdem uns vorher in den gesamten achtziger Jahren erzählt wurde, daß für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und die soziale Sicherung kein Geld da wäre; auf einmal war die Staatsverschuldung kein Problem mehr. Für Unsinnsprojekte wie die Hauptstadtverlegung werden mal eben 50 Milliarden locker gemacht.

Weiterhin wird das Geld in Milliardenhöhe für eine Rüstung verpulvert, die heute nur noch ihren Sinn darin haben kann, die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und ihre strategischen Rohstoffquellen gegen die "Dritte Welt" und die weltweite Armuts- und Flüchtlingsbewegung zu verteidigen.

Auf fast 800 Milliarden beläuft sich die Summe, die von den Unternehmen nicht wieder in ihre Betriebe investiert, sondern für weltweite Finanzspekulationen verwendet worden ist.

Aber wir wollen nicht nur vom Geld reden. Wieviel Reichtum verschwendet diese Gesellschaft in der Produktion von völlig überflüssigen Gütern, Verpackungen und vergänglichem Ramsch, die dazu noch unnötig die Umwelt belasten? Wieviel durch eine unvernünftige Arbeitsorganisation, die zudem die Menschen noch körperlich und geistig krank macht, wo schon heute alle Erwerbsfähigen nur noch die Hälfte der Zeit zu arbeiten bräuchten, um den gleichen Standard zu halten?

Wir wollen ein Existenzgeld und Mindesteinkommen auch nicht nur als Geldleistung; uns geht es auch um weitere Voraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens. Dazu gehören: selbstbestimmtes Wohnen in gesunder Umwelt, eine vernünftige, kostenfreie Gesundheitsversorgung, kulturelle Betätigung und Bildung,

Nulltarif in allen öffentlichen Einrichtungen, kostenlose und umfassende Kinderbetreuung, gesundes und kostenloses Essen in öffentlichen Mensen, Werkstattbörsen usw.

7. Die gesellschaftliche Organisation der Arbeit

Das Existenzrecht eines jeden Menschen aufgrund seines Daseins, unabhängig von seiner Verwertbarkeit auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt, ist eine zentrale Begründung für die Forderung nach Existenzgeld und Mindesteinkommen. Aber die Auszahlung soll keine "Frühverrentung" der Überflüssigen bedeuten und nicht etwa unsere gesellschaftliche Ausgrenzung sogar noch bestätigen und verfestigen. Zudem würde ein "reines" Existenzgeld den Anspruch auf Veränderung der Arbeit durch den Verzicht auf die strategischen Orte ihrer Organisation - die Fabriken und Büros - aufgeben: alle Menschen, die noch Kritik an ihr hätten, wären eben dort nicht mehr anwesend.

Wir wollen vielmehr die Art und Weise, wie die Arbeit organisiert ist und was für wen produziert wird, verändern, denn daran hängen neben der Erwerbslosigkeit auch alle anderen Probleme wie das Verhältnis zur sog. 3. Welt, die Umweltzerstörung, die Sinnentleerung im Konsum, etc. Weil im Grunde klar ist, daß in jeder Gesellschaft gearbeitet werden muß (das gilt auch für alle konkreten Utopien), um die materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse aller Menschen befriedigen zu können, geben wir auch den Anspruch nicht auf, diese Arbeit gemeinsam mit allen Menschen selbst zu organisieren. In unserer Forderung nach Existenzgeld ist deshalb die nach gesellschaftlicher Aneignung der Arbeit enthalten.

8. Das Bedürfnis nach Arbeit und das Recht auf Arbeit

In der gegenwärtigen Gesellschaft läuft in der Tat die Vergesellschaftung der Menschen fast ausschließlich über die Erwerbsarbeit; wir haben die Erfahrung machen müssen, wie stark das "Bedürfnis" nach Arbeit bei erzwungener Erwerbslosigkeit werden kann und wie weit nicht nur der soziale und ökonomische Wert des Menschen allein über Lohnarbeit bestimmt wird.

Wir fordern aber eine Existenzberechtigung jenseits des Leistungsprinzips und der Verwertung auf dem Arbeitsmarkt. Unsere Antwort kann deshalb nicht die Forderung nach einem "Recht auf Arbeit" sein, denn in dieser Forderung können wir unsere Kritik an der herrschenden Arbeits

organisation nicht wiederfinden. Das Existenzgeld darf deshalb aber keine reine "Geldforderung" bleiben, die die herrschende Aufteilung zwischen "Arbeit = Streß, Quälerei, Entsagung" und "Freizeit = Konsum mit allen negativen Folgen" nur noch bekräftigt. Existenzgeld bedeutet für uns - mit seinem Anspruch auf Veränderung der Arbeit - auch eine konkrete Utopie, die eine individuelle Lebensplanung ohne Gelddruck, Bürokratie und Arbeitszwang verspricht und damit "Selbstverwirklichung" in allen verschiedenen Lebensphasen: in gesellschaftlich notwendiger Arbeit, bei Erholung und schöpferischer Tätigkeit sowie durch eine Bildung, die die Voraussetzung schafft, damit alle gleichberechtigt und kompetent an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse teilnehmen können.

9. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit

Zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit gehört die Erziehungs- und Hausarbeit, die Arbeit in Initiativen, Nachbarschaftshilfe, kulturelle Arbeit, gegenseitige Hilfe, Unterstützung und Beratung - zur Vergesellschaftung von unten gegen Ausgrenzung. All dies ist für uns gesellschaftlich notwendige, politische und kulturelle Tätigkeit. Existenzgeld bedeutet für uns die Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung und Bezahlung all dieser Arbeiten. Wir wollen diese Arbeiten aber nicht auch noch in "Lohnarbeitsverhältnisse" zwingen und womöglich damit ihre geschlechtsspezifische Verteilung festschreiben. Ein Existenzgeld soll im Gegenteil erst die materielle Voraussetzung und damit die praktische Möglichkeit schaffen, ihre Verteilung gerecht zu organisieren, d.h. vor allem die Frauen aus ihrer Unterdrückung und Ausbeutung in der unbezahlten Haus- und Erziehungsarbeit zu befreien. Doch deshalb gehört zur Existenzgeldforderung für diese beiden Seiten der gesellschaftlichen Arbeit - a) der "normale" Produktions- und Dienstleistungsbetrieb und b) die gesamte "private" Reproduktionsarbeit - die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung untrennbar dazu, damit der Anspruch auf gerechte Verteilung für alle gelten kann.

10. Die Situation der Frauen

Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen ist älter als die moderne kapitalistische Gesellschaft. Diese konnte vielmehr das historisch bestehende patriarchalische Verhältnis zwischen Männern und Frauen "dankbar" aufgreifen (wenn sie sich nicht sogar ihm verdankt) und für ihre Zwecke der Profitmaximierung jeweils anpassen und regulieren: je nach konjunktureller Erfordernis werden wir in den Arbeitsmarkt integriert oder ausgestoßen (Kriegsproduktion, Arbeitskräfte"mangel" oder Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeit, spezifisch "weibliche Qualifikationen"...), wobei wir immer die schlechteren Arbeiten und die niedrigeren Löhne für die gleiche Arbeit bekommen. Diese Ungleichbehandlung hat weitreichende Konsequenzen für den Bezug von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Renten: für die Frauen sind die Beträge entsprechend niedriger. Zugleich müssen viele Frauen die gesamte Reproduktionsarbeit (Haus- und Erziehungsarbeit) tragen.

Ein Existenzgeld, öffentliche Kinderbetreuung und Pflege, aber auch das Angebot von qualifizierten, vernünftig bezahlten Teilzeit-Stellen - und zwar in allen Berufsgruppen - erspart uns nicht den Kampf für eine gerechte Verteilung aller Arbeiten und gegen die täglichen Herabsetzungen. Aber es würde für uns die Voraussetzungen schaffen, ungerechte Bedingungen zurückweisen zu können. Und für die zunehmende Zahl der Alleinerziehenden unter uns würde es ein dauerhaftes Abgleiten in die Sozialhilfe und Ausgrenzung verhindern.

Die Forderung nach einem Existenzgeld ist für uns zwar nicht die allein-glücklichmachende, aber ein erster Schritt, unsere Lebensentwürfe eigenständig - und ohne auf das Geld der Männer angewiesen zu sein - verwirklichen zu können.

11. Das Verhältnis zu den Beschäftigten

Unsere Forderung nach Existenzgeld und Mindesteinkommen verstehen wir auch als ein solidarisches Angebot für ein gemeinsames Projekt mit allen Beschäftigten, die schließlich tatsächlich diejenigen sind, die mit ihrer Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, von dem das Existenzgeld bezahlt werden muß. Dafür schützt ein ausreichendes Mindesteinkommen die Beschäftigten und die Gewerkschaften davor, daß wir als Lohndrücker und Streikbrecher gegen ihre Kämpfe eingesetzt werden - im Gegenteil: so können wir sie aktiv unterstützen. Wir können uns gemeinsam für eine vernünftigere Organisation der Arbeit einsetzen und schaffen die Möglichkeit, "Nein" zu sagen gegenüber miesen Beschäftigungsverhältnissen, umweltzerstörender Arbeit und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen. Denn der scheinbare Gegensatz zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten ist durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt praktisch längst zur Fiktion geworden: so wie sehr viele Erwerbslose, Sozialhilfeempfänger und Frauen gezwungen sind, nebenbei in schlechtbezahlten (Teilzeit-) Jobs zu malochen, damit es zum Leben langt, erleben viele Angestellte und Arbeiter die Wechselbäder zwischen zeitweiliger Erwerbslosigkeit und Überstundenklopperei als ständige Bedrohung. Obwohl wir gleiche Interessen haben, werden wir so gegeneinander ausgespielt. Mit dem Existenzgeld wäre den Unternehmern dieses disziplinierende Instrument aus der Hand genommen, das Wertesystem von anerkannter Lohnarbeit und nicht anerkannten anderen Tätigkeiten wäre in Frage gestellt und die Spaltung in Beschäftigte und Erwerbslose ebenso wie die innerhalb des unteren Drittels aufgehoben.

Aber deshalb spielt die Höhe des Existenzgeldes auch eine entscheidende Rolle: nur wenn es hoch genug ist, kann es diese Funktion eines effektiven Mindestlohns auch übernehmen.

12. Das Verhältnis zu den unterentwickelt gehaltenen Ländern

Als ausgezahlte Geldleistung aus dem in den Metropolen aufgehäuften Reichtum hat das Existenzgeld die bestehende Weltwirtschaftsordnung mit ihrer Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder zur Voraussetzung. Doch wenn wir deshalb die Forderung nicht erheben, verändert sich an diesem Verhältnis gar nichts. Kein Mensch würde dadurch einen Pfennig mehr bekommen als vorher, weil wir gar nicht die Macht über die herrschenden Produktions- und Verteilungsmechanismen dieser Gesellschaft besitzen. Dieser Widerspruch - nämlich die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren und gleichzeitig Forderungen auf ihrer Grundlage zu formulieren - ist uns bewußt. Die Forderung nach Existenzgeld will aber gleichzeitig darüberhinausweisen, nämlich auf einen Entwurf einer politischen und sozialen Utopie von Emanzipation und Befreiung von Herrschaft.

Wir sehen, daß die relative ökonomische Stabilität und der Reichtum der europäischen Nationen immer mehr zur Anziehungskraft für die verarmten und verfolgten Massen Osteuropas, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas

wird. Schon beschwören die Medien das Bild einer gewaltigen Flüchtlings- und Migrationswelle herauf, die über Europa zu schwappen droht. Auch die ehemaligen Auswanderungsländer wie Italien, Spanien, Griechenland sind mittlerweile zu Einwandererländern für Afrika und den Nahen und Mittleren Osten geworden. Daran wird deutlich, daß Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung ein weltweites Problem darstellen, gleichzeitig aber immer relative Verhältnisse sind, d.h. sie sind immer auf den Reichtum und den Lebensstandard der jeweiligen Gesellschaft bezogen. Doch selbst "bei uns" in den Metropolen sind sie deshalb das Phänomen, das eine unmittelbare Beziehung zu den Problemen der "3. Welt" hat. Denn Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung stellen die herrschende Art und Weise der Produktion und Verteilung des Reichtums weltweit in Frage. Und so muß es uns hier darum gehen, diese Verhältnisse anzuklagen - als dieselbe Ursache für sehr unterschiedliche Auswirkungen in den verschiedenen Teilen der Welt.

13. Die Flüchtlings- und Migrationsbewegung nach Europa

In diesem Zusammenhang begreifen wir die internationale Flüchtlings- und Migrationsbewegung aber auch als eine praktische Bewegung für das Recht auf Einkommen und eine menschenwürdige Existenz. Deshalb gilt die Forderung nach Existenzgeld für alle hier lebenden Menschen, egal welcher Nationalität sie angehören und unabhängig vom Aufenthaltsstatus - und sie sollte in allen Ländern erhoben werden. Ein Existenzgeld und Mindesteinkommen bietet eine materielle Voraussetzung dafür, daß Ausländer und Einheimische solidarisch miteinander leben können; es baut in die Gesellschaft einen Schutz gegen Konkurrenz um schlechtbezahlte Arbeit und geringes Einkommen ein und schafft so zumindest die materiellen Gründe dafür aus der Welt, daß die Schuld für Existenzängste den Ausländern in die Schuhe geschoben werden kann.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß es damit keineswegs getan ist. Denn es sind offensichtlich gar nicht hauptsächlich die Armen und Ausgegrenzten selbst, die rassistisch argumentieren oder handeln. Aber ihre Situation dient als Aufhänger für derartige Denk- und Handlungsmuster. Vielmehr haben die jüngsten Ausschreitungen gezeigt, daß die aktiven Schläger/Mitglieder der rassistischen Gruppen eher aus "geordneten Verhältnissen" stammen und vor allem die "Zuschauer" und "Beifallklatscher" ganz "normale Bürger" sind. Nicht unbedingt die eigene unmittelbare Verarmung und Ausgrenzung, sondern diffuse Bedrohungsgefühle und die Bereitschaft zur "Verteidigung des Besitzstands" prägen offenbar das aktuelle rassistische Potential. Die "Rechtfertigungen" und damit auch auslösende Gründe für die Angriffe auf Ausländer und die Beifallskundgebungen lieferten der Staat und seine Politiker im Voraus: selbst angesichts andauernder Pogrome überbieten sie sich im Wetteifern um immer neue Initiativen gegen den angeblichen Asylmißbrauch und schüren damit weiterhin das rassistische Potential. Sie brauchen es als Legitimation für ihre zukünftige europäische Politik der kontrollierten und flexiblen Öffnung der Grenzen: "überflüssige Esser" werden abgewiesen, Arbeitskräfte, die den jeweiligen Anforderungen des europäischen Arbeitsmarktes entsprechen, werden hereingelassen.

Unsere Forderungen gehen vor diesem Hintergrund über eine einfache "Auszahlung" und die Aufwertung von Tätigkeiten außerhalb von Lohnarbeit hinaus. Unsere Forderung nach einem Existenzgeld begründet sich auch aus unserer Kritik an den herrschenden Lohnarbeitsbedingungen und verweist zugleich auf die konkrete Utopie eines menschenwürdigen Daseins.

Bremen, im Februar 1992

36. "Inszenierter Anti-Antizionismus"? Eine Antwort (auf "Modischer Anti-Antizionismus", ak 341)

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:12

Einen "inszenierten Anti-Antizionismus" macht Ulrich, Gruppe K, aus, der nichts "mit linker, geschweige denn mit radikal linker Politik zu tun" habe (Überschrift: "Modischer Anti-Antizionismus in der radikalen Linken", AK 341, S. 34). Wofür solch starke Worte? In AK 339 hatten jw. und ich anhand eines AK-Artikels von 1976 eine Kritik bestimmter Strukturen des linken Antizionismus formuliert (1). Ulrich geht es um die Zurückweisung jenes Beitrags.

In seiner Gegenkritik behauptet Ulrich, wir hätten "Antizionisten, die sich nicht gegen den Staat Israel insgesamt, sondern lediglich gegen dessen Expansionismus und gegen die Repression der Palästinenser wenden, flugs zum Antisemiten erklärt." Das Problem für eine Auseinandersetzung ist nun: diese Prämisse Ulrichs, die Achse seiner Argumentation, entspricht nicht der Realität. Kern unserer Kritik am "Antizionismus" der deutschen Neuen Linken war vielmehr gerade, daß jener zum Zentrum hat, Israel das Existenzrecht abzuerkennen, und Juden die Fähigkeit abzusprechen, eine Nation zu bilden. Unsere Kritik galt jenem Antizionismus, dem "nicht die Definition und Kritik des ‚Zionismus` als Nationalbewegung zugrunde liegt, der stattdessen die jüdische Unfähigkeit zur Nationenbildung betont, bzw. Juden ein Recht dazu bestreitet und einen ganz besonders gefährlichen weltweiten Einfluß ‚der Zionisten` behauptet." (vgl. AK 339, S. 36). Wir haben in unserem Resumee betont, daß ein "so besetzter" Antizionismus "aus linken Zusammenhängen verschwinden" müsse.

Setzen wir uns da - modischerweise - mit einem Phantom auseinander? Wenden sich reale "antizionistische" Texte, wie Ulrich unterstellt, gar nicht gegen den Staat Israel als solchen? Schauen wir uns einmal die beiden aktuellsten Beispiele etwas näher an.

Aktuelle Beispiele "antizionistischer" Texte

Es gibt verschiedene Methoden, das Herausfallen Israels aus der ansonsten unkritisch benutzten Kategorie "Nation" anzuzeigen. Neben expliziten Aussagen gehört dazu das Setzen in Gänsefüßchen ("Israel"), die Definition Israels als "Siedlerstaat", sowie die Definition als ein "Kolonialregime". Der Text "Ich geh weg" vereinigt jene Methoden geradezu zu einem idealtypischen Muster. (Vollständiger Titel: "Zum RZ-Papier: ‚Ich geh weg, ich geh weg, ich geh weg und such was Neues` (Ton, Steine, Scherben)" (2), unterschrieben mit "3.2.92", anonym; die AK-Redakteurin ga. (Mehrheit) veröffentlichte in AK 340, S. 35 f, längere Auszüge aus diesem Papier, die Passagen zu Israel sind dabei herausgekürzt. Israel wird darin ausschließlich als "Israel" bezeichnet, und eindeutigst wird klargestellt, daß ",Israel` bekämpft werden muß" - ",Israel` muß weg!" Zum Charakter des Staates wird ausgeführt: ",Israel` ist ein Staat mit einer kolonialen Siedlerstruktur, die die Vertreibung und Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung zum Ziel hat." Hier ist - wohlgemerkt - nicht die aktuelle Siedlungspolitik kritisiert, sondern der Staat wird insgesamt als provisorische Siedlung definiert. Das Leben von Juden in Tel Aviv oder Haifa wird als Siedlerdasein, als vorläufig und folglich reversibel, gekennzeichnet.

Weiter im Text: "... Der Kampf des palästinensischen Volkes ist vergleichbar mit dem der afrikanischen und asiatischen Völker gegen ihre Kolonialherren. Es ist das Recht der kolonialisierten Völker, gegen ihre Kolonialherren zu kämpfen; das kann auch die untere Klasse des kolonialisierenden Volkes einschließen, wenn diese nicht bereit ist, gemeinsam mit dem unterdrückten Volk gegen die Kolonialisierung zu kämpfen. Jeder, der Land besetzt und raubt, muß mit dem Widerstand und Haß derer rechnen, die bestohlen wurden." Die Definition Israels als Kolonialregime bedeutet, daß die Juden Israels als "kolonialisierendes Volk" begriffen werden, dessen Existenz allein auf Ausplünderung des fremden Bodens und seiner natürlichen Bewohner basiert. Was ist hier gedanklich nähergelegt, als die "Kolonialherren" in den kolonisierenden Heimatstaat davonzujagen? Wo aber ist dieser Heimatstaat der Juden zu finden? Im Text tritt an dessen Stelle ein ideeller Gesamtimperialismus. Die AutorInnen schreiben: " ... ‚Israel` ist Agent und Vorposten der Imperialisten in der arabischen Welt (daß es in den arabischen Regimes auch noch andere Verbündete der Imperialisten gibt,

schwächt dies nicht ab)!" Mögen arabische Staaten mit dem Imperialismus verbündet sein, ihr Agent und Kolonialvertreter bleibt allein "Israel".

Israel ist in diesem Gedankengebäude verdichteter Ausdruck weltweiten imperialistischen Agierens. Auch die Beschäftigung mit einem "anderen" schlimmen Ereignis, der in Auschwitz gemündeten antisemitischen Verfolgung, kann daher kein Grund sein, seine Existenz als "Zuflucht" zu akzeptieren. Im Gegenteil schließe, so der Text, die Folgerung aus Auschwitz, der Kampf gegen "Rassismus, Antisemitismus, Verfolgung und Faschismus", gerade "den Kampf gegen den Staat ‚Israel` und für Palästina mit ein."

Den gedanklichen Strukturen dieses "antizionistischen" Textes - und um deren Analyse muß es gehen - ist also die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung immer wieder der Fluchtpunkt. Diese Konsequenz wird allerdings im Text nicht explizit formuliert. Als Ziel wird ein Palästina gesetzt, "in dem Juden und Palästinenser gleichberechtigt leben können (und natürlich nur die, die das so wollen)." Ob hier nonchalant vorausgesetzt wird, die "Kolonialherren" würden im Ernstfall schon nicht wollen, oder ob den AutorInnen die Konsequenzen ihrer Analysen tatsächlich verborgen bleiben, ist vielleicht nicht unwichtig für die Frage ihrer menschlichen Beurteilung. Davon unberührt bleibt aber die politisch scharf zu führende Kritik an ihren Grundaussagen.

Ähnlich wie der besprochene argumentiert ein anderer "antizionistischer" Text - der in Kritik an unserem Artikel formulierte Leserbrief "Zionismus, die elfte Klappe" (AK 340, S. 39). Darin heißt es (3): "selbstverständlich bejahen wir als internationalistInnen, das existenzrecht von menschen jeglicher nationalität auf jedem flecken erde. nur militant-rassistische besiedlungen sowie das existenzrecht von kolonialstaaten wie israel und südafrika, können wir nur aus denselben gründen entschieden verneinen." Wieder ist Israel (diesmal ohne Tüttelchen) als Kolonialstaat definiert, wieder ist es eine vorübergehende "Besiedlung", deren Existenz nicht anerkannt wird. Dennoch kritisiert der Leserbrief an anderer Stelle die Nahostgruppe Hamburg, die "Israelis lediglich die Assimilation im Staate Palästina ‚gewähren wollte`", und die damit dem Existenzrecht der Juden als Juden in der Region nicht Rechnung getragen habe. Daß beide Argumentationen realiter nicht zusammengehen, scheint den AutorInnen verborgen zu bleiben.

Auch in diesem Leserbrief wird der Gedanke weit von sich gewiesen, für Linke könne die Entstehung Israels als Schutz vor antisemitischer Verfolgung eine Rolle spielen: "Die behauptete Weltantisemitismus-Verschwörung ... reflektiert ... die antisemitische Verschwörungstheorie eines Weltzionismus", geht der Text in die Gegenoffensive. Die AutorInnen setzen also voraus, daß heute von in verschiedensten Ländern verbreitetem Antisemitismus keine Rede sein könne. Die Analyse, daß weltweit Antisemitismus virulent sei, wird sogar mit antisemitischen Weltverschwörungstheorien in eins gesetzt! "So leben", soll als Beleg gelten, "ja auch ca 90% aller JüdInnen bis heute nicht in Israel." Ein Großteil der JüdInnen außerhalb Israels lebt heute in den USA. Wollen die AutorInnen ernsthaft behaupten, z.B. in den USA gebe es keinen relevanten Antisemitismus? Offenkundig wäre nach ihren Maßstäben erst relevant, wenn von einer der NS-Vernichtung "vergleichbaren" Verfolgung gesprochen werden müßte ...

Gibt es den "anderen" Antizionismus?

Die beiden aktuellen Texte weisen exakt jene Strukturmerkmale auf, von denen unser Beitrag in AK 339 handelte. Dort hatten wir sie aus einem Text aus unserem eigenen Traditionszusammenhang, dem AK des KB, abgeleitet. In AK 84 von 1976 war die Rede gewesen vom "Gangster-Staat" Israel, der auf "Massenmord" spezialisiert sei. Auch dort wurde Zionismus nicht im Kern als Nationalbewegung begriffen, und Israel nicht als Staat anerkannt. Der KB definierte sich damals als antizionistisch. Als der KB Ende der 70er Jahre seine Positionen in Bezug auf Nahost nach und nach änderte, und das Existenzrecht nicht nur der jüdischen Bürger, sondern auch des Staates Israel anerkannte, wurde zugleich stillschweigend die Selbstbezeichnung als antizionistisch fallengelassen.

Ulrich behauptet, wir hätten "flugs", das heißt ohne die notwendige Sorgfalt gehandelt, als wir den hier ersichtlichen Zusammenhang - Verknüpfung von völkischer Ablehnung Israels mit der Bezeichnung "Antizionismus" - nicht als Einzelfall behandelten. Tatsächlich haben wir in verschiedenen aktuellen deutschen "antizionistischen" Texten gesucht, um dort Ausführungen zu finden, die von den durch uns kritisierten Denkelementen frei gewesen wären. Wir sind nicht fündig geworden. Lassen sich für jene Verknüpfung zahlreiche Beispiele beibringen, so kann sich "tatsächlich", wie wir geschrieben haben, "auf eine lange erfolglose Suche begeben, wer ‚antizionistische` Texte zu finden sucht, die frei davon wären". Die von Ulrich

eingeforderte Sorgfaltspflicht, die Orientierung an den Fakten, ist als Forderung an ihn selbst zu richten. Wir wären gar nicht unglücklich, könnte er nun in relevanter Zahl Beispiele für solchen "Antizionismus" anführen, der sich wirklich lediglich gegen expansive Tendenzen in Israel und gegen Repression der Palästinenser richtete. Wir glauben es aber nicht.

Natürlich ist auch uns bekannt, daß auch jüdische Linke in Israel sich als "antizionistisch" bezeichnen, wenn sie eine antinationale Haltung einnehmen wollen. Das Spektrum, das so agiert, ist, wie anderswo auch, allerdings sehr klein. Und natürlich wäre unsinnig, gegenüber deutschen Linken allein wegen der Selbstbezeichnung als "antizionistisch" ein Verdikt aussprechen, wenn der Begriff differenziert argumentierend auf Zionismus als Nationalbewegung bezogen würde (was einen kritischen Begriff von "Nation" voraussetzt). Wenn wir aber die Einschätzung nahegelegt haben, daß sich die Linke in Deutschland besser "insgesamt vom Begriff ‚Antizionismus` verabschieden sollte", dann steht dahinter die Erkenntnis, daß dem Begriff hier durch die Geschichte seiner Verwendung die oben kritisierten Positionen als Bedeutung anhaften. Es fällt ja auch auf, daß der Begriff "Antizionismus" als Kategorie in der Geschichte linker Solidaritätsarbeit in Deutschland ziemlich allein dasteht. In allen anderen uns bekannten Fällen wird die Unterstützung einer Befreiungsbewegung im positiven Bezug auf sie definiert, und nicht in Abgrenzung zur Ideologie des Unterdrückernationalismus. Keine Gruppe der Kurdistan-Solidarität käme etwa auf die Idee, das Emblem "antikemalistisch" besonders hervorzuheben. Warum diese Differenz bei Gruppen der Palästina-Solibewegung?

Zur Diskussion des Begriffes "Zionismus"

Ulrich wirft uns in seinem Beitrag vor, wir hätten zu definieren versäumt, "was denn überhaupt unter Zionismus verstanden wird", hätten eine "Begriffsklärung" voranstellen sollen; andererseits zitiert er selbst - in Kürze - den von uns vorgestellten Definitionsversuch: "Zionismus ist die israelische Nationalbewegung, die Legitimationsideologie des Staates." Haken wir seinen Vorwurf also als überflüssige Polemik ab, und gehen dazu über, die Differenzen Ulrichs zu diesem Definitionsversuch zu diskutieren.

Ulrich gesteht zunächst einmal zu, "wenn man unter ‚Zionismus` lediglich das Streben nach Bildung des Staates Israels" verstehe, sei "dieser in der Tat als ‚normaler` Nationalismus zu bewerten." Eben das wird gängigerweise nun einmal unter "Zionismus" verstanden. Auch antizionistische Texte machen da, wie wir gesehen haben, in der Regel keine Ausnahme - "antizionistisch" meint bei ihnen: gegen die Existenz Israels gerichtet. Auch Ulrich stellt keine alternative Definition vor; er will dem Begriff stattdessen ideologische "Besonderheiten" des israelischen Nationalismus eingeschrieben sehen. Also wäre zu untersuchen, wie "besonders" diese Besonderheiten sind. Ulrich nennt: Die Verquickung von Politik und Religion, die Ideologisierung der Einwanderung als "Rückkehr ins Land der Väter", und die expansionistische Argumentation mit "historischen Grenzen".

Alle diese Elemente aber teilt der israelische mit anderen Nationalismen. Die Verquickung von Politik und Religion ist alles andere als spezifisch für den israelischen Staat. Natürlich gibt es sie, und sie ist auch erheblich. Doch gegenüber einigen arabischen Staaten der Region ist Israel eine geradezu säkulare Gesellschaft. Übrigens existiert kaum irgendwo ein Staat, der die Möglichkeiten zur Homogenisierung des Staatsvolkes über religiöse Orientierungen gänzlich mißachtete.

Auch die Orientierung auf die "Rückkehr ins Land der Väter" ist kein nur auf die israelische Nation zutreffendes ideologisches Element. Für weitere Beispiele braucht nicht lange Ausschau gehalten zu werden: Auch die Bundesrepublik ideologisiert die Einwanderung von Auslands"deutschen" als "Heimkehr". Sie definiert diese Menschen auch im Ausland als "Deutsche", beansprucht daraus gar Mitsprache in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Allerdings gründet im deutschen Fall die "Rückkehr" auf rein völkische Kategorien, von irgendwelcher "antideutscher Verfolgung" kann nirgendwo eine Rede sein, während - neben Religion samt Mythen, Traditionen etc. - im Fall Israel durchaus antisemitische Verfolgung eine real Gemeinsamkeit herstellende Dimension ist.

Schließlich trifft auch nicht nur auf Israel zu, daß Gebietsansprüche expansionistischen Charakters gestellt werden, die mit der Berufung auf "historische Grenzen" untermauert werden. In Bezug auf die Türkei werden wir - immer existente - Ansprüche bald laut genug zu hören bekommen. Sollte Kurdistan eines Tages ein unabhängiger Staat werden, könnte die Argumentation bezüglich Gebietsansprüchen gegenüber Armenien

sehr problematisch werden ... Serbien, Kroatien - die aktuellen Beispiele für die Berufung auf "historische Grenzen" liegen auf der Hand. Darüberhinaus gibt es in Israel durchaus Kräfte, die nicht antinational agieren - also sich als Zionisten bezeichnen - die aber dennoch offensiv gegen expansive Tendenzen und für Friedenslösungen eintreten. Würden wir Ulrichs Definitionserweiterung folgen, müßten wir diese Kräfte (z.B. in der "Peace Now"-Bewegung) entgegen ihrer Selbstdefinition, und gegen den Sprachgebrauch in aller Welt, als nicht- oder antizionistisch bezeichnen.

Die expansionistische Komponente bei wichtigen Teilen der israelischen Nationalbewegung ist ganz wesentliches Hindernis bei der Lösung des Nahost-Problems. Jede Analyse von Kräfteverhältnissen und Friedenschancen im Nahen Osten hat sich mit diesem Faktor auseinanderzusetzen. Doch darum geht es hier nicht. Zentrales Thema des von Ulrich kritisierten Artikels war ein Antizionismus, der Juden die Fähigkeit zur Nationenbildung schlechterdings abspricht, der Israel zum exquisiten Sonderfall der Staatenwelt zu stilisieren sucht. Diese Position geht nicht bloß davon aus, daß Haltungen in Israel und Handlungen Israels Frieden torpedieren, sondern daß die Existenz des "Siedlerstaates Israel" das Problem des Nahen Ostens ist. Gegen diese Ideologie haben wir geschrieben: "Die politisch herbeigeführte Staatsgründung Israels ist ... auch eine Geschichte der Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser. Die Dramatik des Palästina-Konflikts kann aber nicht einfach aus einer besonderen Aggressivität Israels erklärt werden, sondern ist wirklich aus dem sehr realen Problem gespeist, daß tatsächlich zwei sich als Völker definierende Gruppen ein und dasselbe Territorium als Staatsgebiet definieren."

Die PLO akzeptiert in ihrer politischen Praxis heute die Notwendigkeiten, die sich aus dieser Realität ergeben. Deutsche Antizionisten akzeptieren sie im Kern nicht, argumentieren vielmehr weiterhin auf einer - völkischen - Grundlage, die aus der PLO-Charta abgeleitet wird (für die PLO-Politik spielt jene Charta dagegen keine Rolle mehr!). Indem Ulrich das übersieht, verteidigt er in seinem Beitrag solche Positionen indirekt. Wer, ist zu fragen, wenn überhaupt diese Metaphorik Verwendung finden soll, "windet" sich da "liberal-schlängelnd durch den Konfliktfall durch"? (4)

Antizionismus und Antisemitismus

Indem Ulrich unsere Kritik falsch wiedergibt, ist es ihm möglich, die ganze Fragestellung "Antizionismus und Antisemitismus" zu umgehen - er nimmt in seinem Text zu dieser Problematik selbst nicht Stellung. Wenn er von modischer Inszenierung spricht, bringt er sogar zum Ausdruck, daß eine solche Problematik schlechterdings nicht existiere.

Nun haben wir aber, am konkreten KB-Text von 1976, unmäßige, aus sachlichen Beurteilungen nicht ableitbare Beschimpfungen Israels aufgezeigt. Alles kein Thema? Über die damalige Gleichsetzung israelischer Repression mit NS-Verbrechen und die Charakterisierung Israels als einer "Mörderzentrale" in dieser Zeitung wäre besser stillschweigend hinweggegangen worden? Das kann Ulrich nicht allen Ernstes meinen.

Es geht nicht an, Erarbeitungen zum Thema Antisemitismus durchaus zu begrüßen, wie es Ulrich getan hat (5), und auf der anderen Seite jede Debatte um einen Zusammenhang von Antisemitismus und von Haltungen zu Israel strikt abzulehnen. Antisemitismus, der in der BRD immer Massenphänomen geblieben ist, und der nun verstärkten offenen Ausdruck findet, macht sich heute natürlich nicht zuletzt am "Judenstaat" Israel fest. Wir wollen nicht behaupten, und haben auch nicht behauptet, daß Antisemitismus ein Spezifikum der Linken sei. Aber die Beschäftigung damit, ob antisemitische Bilder selbst in das eigene linke Denken Eingang gefunden haben, muß doch als eine wichtige Fragestellung gelten. Wo unmäßiger Haß speziell gegen Israel auftritt, bedarf dies nun einmal sozialpsychologischer Erklärungen. Wo Zionismus wie eine Steigerungsform für Imperialismus gebraucht wird, wo reale Interessen in Israel nicht mehr wahrgenommen werden, und solche "Analysen" im Affekt "weg damit" enden, muß die Frage nach den Beweggründen gestellt werden. Daß die Juden als ewig heimatlos, als bindungsunfähig gelten, ist ein wichtiges antisemitisches Stereotyp: Sie repräsentieren darin das gehaßte Gegenprinzip zur völkisch-nationalen Selbstdefinition. Wenn Linke in völkischen Kategorien argumentieren, wenn sie vor solchem Hintergrund die Entstehung einer (sich jüdisch definierenden) israelischen Nation für unmöglich erklären, und wenn sie ein solches Konstrukt zu einem "antizionistischen" Theoriegebäude verdichten, dann ist die Nähe zum antisemitischen Stereotyp zu deutlich, um übersehen zu werden.

Ulrich unterstellt, der von ihm kritisierte Artikel verhalte sich unsolidarisch gegenüber der palästinensischen Nationalbewegung, negiere deren Berechtigung als Kraft gegen soziale und kulturelle Unterdrückung. Er schreibt, als hätten wir uns gegen einen palästinensischen Nationalstaat ausgesprochen, gegen jw. gewandt: "Daß die Palästinenser sich selbst ... als Nation definieren, kann nicht der Grund sein, ihnen die Solidarität zu verwehren." Natürlich nicht. Palästinensischen Kampf gegen Repression, und ihren Kampf für Eigenstaatlichkeit zu unterstützen ist selbstverständlich notwendiger Inhalt linker Politik. Das Problem ist bloß: Ulrich hält sich nicht an den Artikel, stattdessen an die eigene Konstruktion. Seine "Kritik" ist aus der unsinnigen Behauptung abgeleitet und begründet, in unserem Beitrag seien alle zu Antisemiten gestempelt worden, die sich gegen israelische Expansion und gegen die Repression der Palästinenser wenden.

"Warum", schreibt Ulrich dann, "ist es eigentlich für einige radikale Linke so schwierig, sich auch im Konfliktfalle Israel/Palästina zu dem schlichten marxistischen Grundsatz durchzuringen für die Unterdrückten Partei zu ergreifen?" Ulrich macht es sich zu einfach. Es gibt keinen marxistischen Grundsatz: egal wie, Hauptsache mit den Unterdrückten. Dem Marxismus kommt es schon ganz entscheidend darauf an, aus welchen Motiven ein Kampf sich speist, und welche Perspektiven er bietet. Es kommt nicht einfach nur darauf an, daß Menschen für die Palästinenser Partei ergreifen, sondern ganz wesentlich darauf, vor welchem Hintergrund und mit welchen Argumentationen sie es tun. Eine völkisch begründete Unterstützung der Palästinenser, eine ebenso völkische Ablehnung der Existenz Israels korrespondiert oftmals mit Antisemitismus - das war unsere Kernthese. Eine solche Haltung kann doch aber keinesfalls als "Parteinahme für Unterdrückte" einem abstrakten "richtigen Lager" zugeordnet werden.

Daß Israelis die Palästinenser unterdrücken, ist natürlich Fakt. Trotzdem bleibt die Frage der Unterdrückten-Unterdrücker im Fall Israel verzwickter, als Ulrich erörtern möchte. Über Israel zu sprechen, heißt nun einmal, auch über die Geschichte antisemitischer Verfolgungen zu sprechen. Wir folgerten daraus: "Tatsächlich darf auch der Zionismus nicht nur über die Unterdrückungspraxis, sondern muß andererseits auch als eine nationale Befreiungsbewegung interpretiert werden." (Hervorhebung im Original) Ein solcher Gedanke mag in der Linken zunächst einmal Befremden auslösen. Betrachten wir aber z.B. das Faktum, daß etwa der Aufstand im Warschauer Ghetto u.a. von zionistischen Organisationen getragen wurde, wird der Zusammenhang einsichtig. Der Kampf um Befreiung von antisemitischer Verfolgung wurde von verschiedenen Kräften gemeinsam geführt. Eine Fraktion, die sich zionistisch definierte, verknüpfte den Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland, den Kampf gegen die antisemitische Verfolgung mit einer nationalen Perspektive, die dauerhaften Schutz vor Verfolgung bieten sollte. - Ein großer Teil der zionistischen Bewegung verstand sich übrigens als sozialistisch.

Die Tragik, daß die Verwirklichung dieses Ziels - ein jüdischer Staat als Schutz vor antisemitischer Verfolgung - nicht (nur) gegen antisemitische Verfolger, sondern auf Kosten der Palästinenser verwirklicht wurde, war und ist uns sehr wohl bewußt. Die Überlagerung "nationalen Befreiungskampfs" mit Elementen nationalistischer, rassistischer Unterdrückung ist prinzipiell aber nicht nur in Bezug auf Israel ein Problem. Kein Mensch im "antizionistischen" Spektrum käme aber auf die Idee, z.B. der kurdischen die Betitelung als "nationale Befreiungsbewegung" abzusprechen, weil die PKK - nicht nur gegen Türken - massiv völkisch abgrenzend argumentiert.

Die Debatte um "Antizionismus und Antisemitismus" ist vielleicht deshalb so kompliziert, weil sie zwei völlig voneinander unterschiedene Diskussionsebenen umfaßt. Es ist einerseits eine ideologiekritische Debatte. Statements, die Aussagen zu Israel treffen, werden auf Ressentiments untersucht, die nicht der Wirklichkeit jenes Staats entstammen, sondern antisemitische Ideologiemuster reproduzieren. Eine solche Untersuchung stützt sich auf Erkenntnisse und Theorien des Antisemitismus. Andererseits ist eine solche Untersuchung überhaupt nur möglich auf der Grundlage einer Verständigung darüber, welche Beschreibung Israels und des Zionismus Realität ist.

In Debatten anläßlich des Golfkriegs um die Frage "linker Antisemitismus" bildeten sich bis in die radikale Linke, bis in die Gruppe K hinein immer wieder eine Dynamik zweier fester Lager heraus, die wechselseitig auf der Diskussion nur einer dieser Ebenen bestanden. Die einen sahen in sozialpsychologischen Argumentationen ein Ausweichen vor der Auseinandersetzung um die Realitäten, die anderen im Streben nach "Sachdebatten" ein durchsichtiges Ausweichen vor der Denunziation antisemitischer Positionen. Leider

kann nicht behauptet werden: Die Wahrheit liegt in der Mitte. M.E. lassen sich vielmehr für beide Vorwürfe berechtigte Belege finden.

Ein wesentlicher Impulsgeber für die Debatte um "linken Antisemitismus", die "Initiative Sozialistisches Forum" aus Freiburg, verficht z.B. einen theoretisch sehr geschlossenen und sehr weitgehenden Analyseansatz zu diesem Problem. Die ISF leitet "Antisemitismus" aus bürgerlicher Staatlichkeit ab. Die Idee der Nation bringt demnach Antisemitismus hervor. Weil die ISF aber jede Staatlichkeit der bürgerlichen gleichsetzt, geraten alle Linken, die eine Staatskritik nicht in ISF-ähnlicher Weise vortragen, unter den Generalverdacht, Antisemitismus zumindest zu begünstigen. Insbesondere die leninistische Traditionslinie führt demnach auf eine schiefe Bahn, die im Antisemitismus endet. Weil die ISF zudem sehr deterministisch vertritt, die falsche (staatstreue) Ideologie werde "notwendig", "objektiv" durch die bürgerlichen Verhältnisse bestimmt, und sie mit zum Antisemitismus führenden Tendenzen nicht von gleich zu gleich diskutieren mag, gestaltet sich ein Prozeß der Auseinandersetzung mit jener Gruppe einigermaßen schwierig: Debatten um die Realität Israels gelten ihr - konsequenterweise - ganz grundsätzlich als bloße Ablenkungsmanöver, die eigene Tendenz zum Antisemitismus nicht zum Problem machen zu wollen. Dennoch hat dieselbe ISF aber in einigen Elementen ihrer Theorie (die in die vorstehenden Argumentationen eingegangen sind) recht; sie weist teilweise am Beispiel durchaus überzeugend nach, daß realexistierender deutscher Antizionismus wirklich antisemitischen Komponenten beinhalten.

Die komplizierte Wirklichkeit läßt sich in die Logik der "zwei Lager" nicht fassen. Wenn Ulrich ein Lager aufmacht, in das die "Anti-Antizionisten" gesteckt werden, dient das der Verweigerung einer Debatte um die Realität antisemitischer Elemente des "Antizionismus", zu der wir einen möglichst differenzierten Beitrag zu leisten suchten. Ulrich ist der Haltung, deutsche Linke dürften grundsätzlich israelische Politik nicht diskutieren, schon begegnet, er hat sich darüber geärgert; nicht nur er - aber wofür ist das ein Argument? Wenn heute etwas nichts "mit linker, geschweige denn mit radikal linker Politik zu tun" hat, dann vielleicht die Weigerung, in Widersprüchen zu denken.

Be, Gruppe K Hamburg

PS: Zum Streit um Zitate, der regelmäßigen AK-LeserInnen nur allzu bekannt sein dürfte, schreibt Ulrich: "Tolmein ist jedes Mittel recht, dem ‚Neuen Deutschland` antisemitische Tendenzen nachzuweisen..." Aber wirklich: dieser Tolmein ist ein Schurke! Erst schreibt er - Skandal! - die Wahrheit sei "nicht allein" in den Zitaten zu finden. Und dann ist er sich doch wieder nicht zu schade, Kt.s Schwüre, der Begriff "Zionismus" sei im Neuen Deutschland im August 1968 "überhaupt nicht verwendet" worden, mit einem leibhaftigen ND-Zitat zu widerlegen ("Zionistische Kräfte haben (in Prag) die Führung übernommen"). Dagegen der faktentreue Kt.! Der weiß auch im nachhinein besser, daß 1. nur die vorgelegten Zitate zählen, und daß 2. aber leider in diesem Fall das angeführte Zitat ausnahmsweise als bedeutungslos betrachtet werden muß. So muß man's machen ...

Anmerkungen:

1) "Verbrecherische Ideologie oder Befreiungsnationalismus? Zur Kritik des linken Antizionismus", S. 35 f

2) Der Titel des Textes, der ja der RZ den Abschied von linker Perspektive nachweisen will, ist übrigens denkbar ungünstig gewählt. Das Liebeslied "Ich geh weg ..." beschreibt fortexistierende Bindung gerade in der Veränderung: " ... denk an mich, vergiß mich nicht, ich komm zurück zu dir..."

3) Verfasser ist das Internationalismus-Referat des AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg; die nachfolgend zitierte Passage, deren Schreibweisen im Original belassen sind, ist im Leserbrief als "Zitat aus unserem Flugblatt: zionismus = rassismus - während des Golfkrieges" zustimmend eingeführt

4) Vgl. Ulrich in: "Modischer Anti-Antizionismus in der radikalen Linken", AK 341, S. 34

5) Ulrich bezog sich in einem Leserbrief in AK 339, S. 38 ("Vorwürfe: Gerechtfertigte und falsche?") z.B. positiv auf den AK-Artikel "Pretty Woman". Jenem Artikel lagen Definitionen antisemitischer Stereotype zugrunde, die den im Artikel zu Antizionismus angeführten ähnelten.

37. Der Abwicklungsfall Heinrich Fink (Sonderausgabe von "Utopie kreativ)

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:38

Es gibt, zugegeben, größere Probleme in der Ex-DDR als die Liquidierung weiter Bereiche von Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen; es gibt aber auch wenige gleichermaßen charakteristische Beispiele für diese Liquidierung wie das Vorgehen gegen den Rektor der Humboldt-Universität (HUB), Prof.Dr. Heinrich Fink. Fink ist eine jener Persönlichkeiten, die nicht bereit sind, die Ex-DDR und ihre Bevölkerung unter einem DM-Imperialismus ersticken zu lassen, und dessen ganzes Bemühen einer eigenständigen demokratischen Entwicklung und damit auch einer eigenverantwortlichen Aufarbeitung der Vergangenheit gilt. Dies Bestreben und sein hohes Ansehen in der Ex-DDR wie im Ausland ließen ihn als Widerpart einer westgestrickten "Erneuerung der Humboldt-Universität" (der BRD-Historiker H.A. Winkler, dem die Ernennung zum Direktor des Instituts für Geschichtswissenschaften an der HUB bisher versagt blieb) erscheinen. Der vielfach bewährte Griff in die IM-Kiste sollte hier Abhilfe verschaffen.

Pünktlich am 25.11.91, dem Tage des akademischen Festakts der Immatrikulation der neuen Studenten an der HUB und wohl noch pünktlicher einen Tag vor dem Abflug Finks nach Israel, wo er zur Feier der Einrichtung des Preußenlehrstuhls an der Bar-Ilan-Universität geladen war, wurde ihm durch den Senator für Wissenschaft und Forschung ein Schreiben der Gauck-Behörde zur Kenntnis gebracht, demzufolge er als IM tätig gewesen sei. Den Tatbestand seiner Kündigung als Hochschullehrer und die damit einhergehende versuchte Amtsenthebung als Rektor erfuhr Fink anderentags aus der Presse.

Der Klage Finks gegen seine fristlose Kündigung hat Anfang April ein Berliner Arbeitsgericht stattgegeben. Wissenschaftssenator Ehrhardt (CDU), der die Kündigung betrieben hatte, hatte nach Ansicht des Gerichts keine ausreichende Beweise für den Vorwurf, Fink sei als IM tätig gewesen, vorgelegt. In diesem Verfahren wurden erstmals von einem Gericht die Unterlagen der Gauck-Behörde, die zu einer Kündigung geführt haben, inhaltlich überprüft. (SZ, 2.4.92) Gleichwohl soll Fink nicht wieder als Rektor eingesetzt werden, und gegen das Urteil des Arbeitsgerichts hat die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung Revision eingelegt. (SZ, 10.4.92)

Das Vorgehen gegen Fink hatte, anders als in der staatstreuen Presse behauptet, nicht allein zu Protesten alter "SED-Seilschaften" geführt (sofern diese sich überhaupt zu Wort gemeldet haben sollten), sondern zu Protestschreiben aus unterschiedlichen Kreisen der Ex-DDR wie der BRD und von Wissenschaftlern des In- und Auslandes. Der Historiker Prof. Grab aus Tel Aviv, in den 30er Jahren nach Palästina emigriert, schrieb u.a. an Fink: "Wir sind empört über die Art und Weise, mit der ein integrer und aufrechter Mann wie Sie aus der Universität hinausgedrängt wird, das erinnert an das Gesetz zum ‚Schutz des Berufsbeamtentums` vom April 1933. Damals handelte es sich um die falsche ‚Rasse`, heute um die falsche ‚Gesinnung`."

Das Schreiben von Walter Grab ist zusammen mit einigen Dutzend anderer Stellungnahmen und einer umfangreichen Dokumentation (Behördenschreiben, Presseartikel, Sitzungsprotokolle) zum "Fall Fink" vom Juli 91 bis zum Januar 92 in einer Sonderausgabe der Zeitschrift UTOPIE kreativ veröffentlicht worden.

UTOPIE kreativ. Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation. Januar 1992. 192 S., 9.80 DM. (ISSN 0863-4890)

38. Störenfried. Ein Buch über die neuere Geschichte der DDR-Opposition

Rubrik: DDR-Linke; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:37

"Besonders möchte ich diese Lektüre jenen westdeutschen Linken empfehlen, die die DDR-Opposition heute mehr oder weniger verschämt als ‚Totengräber der DDR` bezeichnen", schreibt Wolfgang Rüddenklau im Vorwort seines Buches "STÖRENFRIED ddr-opposition 1986-1987". Und er schließt zum Entsetzen der genannten Westlinken gleich an: "Das Schlimme ist, es stimmt das Gegenteil: in welchem Grade wir trotz alledem noch an den Anspruch der regierenden kommunistischen Parteien glaubten und eine verfehlte Loyalität zeigten, über die bestenfalls ein paar Stasioffiziere gekichert haben." Der DDR-Opposition ist mit ihren Anliegen auch von der Westlinken vorwiegend funktional gesehen worden, die Kenntnisse über deren Einstellungen und Ziele waren gering, sei es wegen des komplizierten Informationsflusses, sei es aus Desinteresse. Auch wenn es gerade heute schwer fällt, wo so viele der ehemaligen Bürgerrechtler ganz und gar in die Rolle der Stichwortgeber für die Rechten geschlüpft sind: Die Haltung westdeutscher Linker gegenüber der DDR-Opposition muß in vielen Fällen rückwirkend revidiert werden. Das Buch von Wolfgang Rüddenklau öffnet die Augen: Die Mehrheit der neueren DDR-Opposition entstand "nicht aus den etappenweise vom Staat enteigneten besitzenden Schichten und nicht aus der Bevölkerung" sondern "zunächst aus dem Umfeld der herrschenden kommunistischen Partei". Ihr übergroßer Teil verstand sich als sozialistisch, die Existenz der DDR wurde schon gar nicht in Frage gestellt, sondern eine humanistischere, demokratischere und sozialistische(re) Gesellschaft angestrebt. Dabei bewegten sich die Oppositionellen in kleinen Zirkeln mit unterschiedlichen Programmen und Strategien. Die Auseinandersetzung untereinander war äußerst mühsam wegen der fehlenden oder kärglichen Kommunikationsmittel. Mitteilungsblättchen existierten in für Westgewohnheiten lächerlichen Auflagen von unter 150. In scharfer Auseinandersetzung standen die Oppositionellen mit den sogenannten Staatsbürgerschaftsgruppen, die nichts anderes als ihre Ausreise wollten und die ihrerseits sich häufig an Aktionen der Oppositionellen anhängten in der Hoffnung, dann als Staatsfeinde ausgewiesen zu werden. Als es z.B. nach der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar 1988 zu den zahlreichen erzwungenen Ausreisen von Oppositionellen kam (Bohley, Wollenberger, Klier, Krawczyk etc.), überschwemmten die Ausreisewilligen die Protestgottesdienste und die Umweltbibliothek, so daß letztere von ihren BetreiberInnen für zwei Wochen geschlossen werden mußte. Gleichzeitig befand sich die Oppositionsbewegung auf dem Tiefpunkt. Ausreisen wurden vom Staat als Kampfmittel eingesetzt. Für die Dagebliebenen in ihrem Bestreben nach Veränderung der DDR waren die Ausgereisten absolute Verluste. Zu fast allen Ausgereisten riß der Kontakt nach kurzer Zeit ab. Sie waren für die politische Arbeit in der DDR verloren. Von daher wurden diejenigen, die im Jahr 1988 nach der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration ausreisten, scharfer Kritik von den Verbliebenen ausgesetzt, weil sie nicht einmal ihre Prozesse abwarteten, sondern der Erpressung der Staatssicherheit - Ausreise oder lange Haftzeiten - sofort nachgaben. Reinhard Schult schrieb einen harschen Artikel in einem der Oppositionsblätter unter der Überschrift "Gewogen und für zu leicht befunden", in dem er die Ausgereisten kritisiert: "Die Inhaftierten gingen als politische Personen in den Knast, verlassen haben sie ihn als Privatpersonen."

Das Buch gibt jeweils Übersichten über die Diskussionen und Bewegungen der Jahre 1987, 88 und 89 und dokumentiert Texte aus den Zeitungen der DDR-Opposition, vor allem aus den "Umweltblättern". "Störenfried" war im übrigen der vom MfS gewählte Deckname für alle Aktionen gegen die Umweltbibliothek, in der der Autor, heute Redakteur des "telegraph", mitarbeitete.

Wolfgang Rüddenklau: STÖRENFRIED ddr-opposition 1986-1987. BasisDruck-Verlag, Edition ID-Archiv in IISG Amsterdam. Berlin 1992. DM 24,80.

Cl.

39. Riots in den USA. Die "Rassifizierung" der sozialen Konkurrenzkämpfe spitzt sich zu von Günther Jacob

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak342/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:43

Im April 1968, nach der Ermordung von Martin Luther King, kam es in den schwarzen Ghettos von 125 amerikanischen Städten zu spontanen Aufständen. 60.000 Soldaten erschossen 46 Afro-Amerikaner und machten 15.000 Gefangene. Mit Ausnahme von drei Riots in den Ghettos von Miami schien seither das Phänomen derartiger "Rassen"unruhen der Geschichte anzugehören. Doch vor dem Hintergrund eines deutlichen ökonomischen Verfalls der militärischen Weltmacht USA und einer zunehmend als moralisches "Unrecht" interpretierten Massenarmut, geschieht wieder, was die Black Panther-Aktivistin Assata Shakur 1968 beschrieb: "Die Panzer kommen. Die Wilden sind unruhig. Die Panzer werden die Wilden schon zur Räson bringen." 24 Jahre später, mitten im anlaufenden Wahlkampf und nur wenige Monate, nachdem in Louisiana der ehemaliger Ku Klux Klan-Mann David Duke nur knapp die Wahl zum Gouverneur verloren hat, brannten erneut die Ghettos mehrerer amerikanischer Städte. Der Funke, der die Explosion auslöste, war der Freispruch von vier weißen Polizisten, die einen schwarzen Verkehrssünder fast totgeschlagen hatten und dabei zufällig von einem Videoamateur gefilmt wurden. Dieser von den Fernsehstationen wiederholt ausgestrahlte Videofilm, der erstmals eindeutig den alltäglichen Terror einer rassistischen Polizei gegen die schwarze Bevölkerung bewies, konnte eine weiße Jury nicht überzeugen.

Weil in "ethnisch" nicht homogenen Gesellschaften die sozialen Auseinandersetzungen unter anderem in Gestalt einer "Rassifizierung" einzelner Bevölkerungsgruppen ausgetragen werden, fällt es den Pressekommentaren leicht, von "Rassenunruhen" zu sprechen. Die amerikanischen Schwarzen sind jedoch keine "Rasse", sondern eine Gruppe von Menschen, die von einer grundsätzlich an Auslese und Aussortierung interessierten Gesellschaft wie eine "Rasse" behandelt, "rassifiziert" werden. Nur dadurch kann der soziale Verteilungskampf als "Rassenkampf" erscheinen.

"Die vier weißen Cops schlugen den Verkehrsünder Rodney - er hatte die zulässige Geschwindigkeit überschritten - mit ihren metallverstärkten Schlagstöcken zu einem Klumpen. Die Filmaufnahme dauerte nur 81 Sekunden und in dieser Zeit schlugen sie genau 56 mal zu. Das war am 3. März 1991.

Wie alle meine Freunde und Bekannten fühlte ich eine große Genugtuung über den Zufall, daß es diesmal einen gefilmten Beweis für die Polizeibrutalität gegenüber einem Schwarzen gab. Wir waren uns alle sicher: Diesmal würden die Peiniger im Gefängnis landen. Es war schließlich alles in Farbe dokumentiert und die ganze Welt hatte es sehen können. Und dann kam der Freispruch. Wie jeder in meinem Bekanntenkreis war ich wie vor den Kopf geschlagen. Erregt, fassungslos und hilflos riefen wir einander an. Ich befürworte nicht die Gewalt und ich möchte nicht, daß unschuldige Menschen niedergeschlagen werden, doch als ich die Flammen über Los Angeles sah, fühlte ich mich besser." (Kommentar eines schwarzen Autors in der "Herald Tribune" vom 2. Mai 1991.)

Schon einen Tag, nachdem dieser Kommentar erschienen war, hatten kalifornische Polizei, 6.000 Nationalgardisten und 4.000 Soldaten - die eingesetzten Truppen von der 7. Leichtinfantrie sammelten ihre Invasionserfahrungen in Kuwait und Panama - den Brandherd vorerst erstickt. Nach dem Fall Rodney King beschleicht die Mehrheit der Amerikaner, auch die Weißen, das diffuse Gefühl, daß die aufgestauten Widersprüche nun auf eine gesellschaftliche Katastrophe zutreiben könnten.

Im Fall Rodney King waren alle Faktoren gegeben, die der britische Autor Edward P. Thompson in seinem Buch "Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse" als Vorbedingung für die Entstehung von Widerstand analysiert hat. Nach Thompson ist nicht das absolute Ausmaß von relativer oder absoluter Armut, sondern deren Erfahrung und Interpretation als moralisches "Unrecht" die Ursache von Widerstandshandlungen. Man muß demnach erst an die von der bürgerlichen Gesellschaft aus sich selbst heraus gesetzten Ideale von (formaler) Freiheit und Gleichheit glauben, um sich von ihnen (real) enttäuschen lassen zu können.

Von den Widersprüchen, die sich da in den ersten Maitagen in L.A., San Francisco, New York, Las Vegas, Seattle, Birmingham und etlichen anderen Städten entluden, war keiner neu oder ungewöhnlich. Daß sie sich zuspitzen konnten, hat seine materielle Grundlage zunächst im wirtschaftlichen Niedergang der USA und dem damit einhergehenden verschärften sozialen Verteilungskampf. Doch der Lebensstandard großer Teile der

Amerikaner sinkt bereits seit Anfang der achtziger Jahre und die Zahl jener, die im absoluten Elend leben, geht nicht erst seit 1992 in die Millionen. Auch für die Mehrheit der Afro-Amerikaner gilt, daß es zu Hoffungen auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen und ein Ende der versteckten und offenen Diskriminierung seit langem keinen Anlaß mehr gibt. Nach den Riots von 1968 hatte es die Regierung verstanden, die entscheidenden Teile der schwarzen Mittelschicht durch die Eröffnung von Aufstiegschancen und speziellen "Small Business Administration" - Programmen ruhig zu stellen. Allein die Zahl schwarzer Volksvertreter und Wahlbeamter stieg seither von 200 auf 6.000. Während sich jedoch seit 1970 die Zahl der Schwarzen mit einem Jahreseinkommen von 50.000 Dollar vervierfacht hat, überstieg die Zahl der Lohnarbeitslosen (und unter den gegeben Bedingungungen Lohnarbeitsunwilligen bzw. -unfähigen) in fast allen Ghettos die 40%-Marke. Die seit 1954 verbotene "Rassen"-Trennung in den Schulen steht weitgehend nur noch auf dem Papier, weil bei einer räumlichen Trennungsquote zwischen 77% (New York) und 92% (Chicago) schwarze Schüler in den schlecht ausgestatteten öffentlichen Schulen - andere gehen auf Privatschulen - wieder unter sich sind.

Doch keine Sozialstatistik erklärt für sich Ausbruch und Verlauf der Empörung, die in den vergangenen Tagen L.A. und andere Städte erschütterte und die vorläufig außer 44 Toten (meist Schwarze) und niedergebrannten schwarzen und koreanischen Läden in den Stadtteilen South Central und Compton kein greifbares Ergebnis brachte.

An Enttäuschungen, sozialem Pessimismus, Verletzungen und Wut hatte es auch vor diesen Maitagen nicht gemangelt. Der Freispruch der vier beamteten weißen Schläger jedoch ging an die Substanz der staatsbürgerlichen Überzeugungen, die auch schwarzen Amerikanern nicht fremd sind. Ein Mann, der sich nicht wehrt und nicht wehren kann, wird zum Krüppel geschlagen und die Täter gehen ungeschoren aus dem Gerichtssaal. Das will niemandem in den Kopf. Kündigt das System hier einseitig den Konsens auf, der die auseinanderstrebenden sozialen Kräfte bisher noch zusammenhielt? Wenn die Schläge, die King alle Knochen brachen, rechtmäßig waren, dann kann ab sofort kein Schwarzer mehr seines Lebens sicher sein, dann haben die Cops ab sofort einen Freibrief zum Totschlag.

Wie nachhaltig dieser Freispruch indes nicht nur das schwarze, sondern auch das allgemeine Rechtsempfinden verletzte, zeigt eine telefonische Umfrage der "Washington Post" unter 536 Weißen und 319 Schwarzen, der zufolge auch 86% der weißen Amerikaner den Freispruch für ein schädliches Fehlurteil halten. Als "falsch aber verständlich" beurteilen 47% der Weißen und 64% der Schwarzen die nächtlichen Ausschreitungen. Als "vollständig ungerechtfertigt" werden sie von 51% der Weißen, aber auch von 34% der Schwarzen beurteilt.

Offenbar ist die Überzeugung, daß es sich bei diesem Urteil um moralisches "Unrecht" handelt, nicht auf die Afro-Amerikaner beschränkt und offenbar erwartet die Mehrheit der weißen Amerikaner von einer endgültigen Beschädigung der gültigen Normen mehr Schaden als Nutzen. Weil alle Seiten die rassistische Logik verinnerlicht haben, halten auch alle eine "rein weiße Jury" für einen Skandal und merken nicht mehr, daß sie "rassisch" motivierte Gesinnungsurteile bereits für eine Selbstverständlichkeit halten. Die Angst, zum Freiwild rassistischer Cops zu werden, müssen jedoch nur die Afro- Amerikaner haben. Ihr mehrheitliches Urteil "wrong but understandable" steht für die Überzeugung, daß man notfalls militant dafür kämpfen muß, ein sowohl braver als auch respektierter Staatsbürger sein zu dürfen.

Während das verletzte Rechtsgefühl der äußere Anlaß dieser von der Mehrheit der Schwarzen nur unter Vorbehalt unterstützten Riots war, ist die konkrete Verlaufsform der Auseinandersetzungen als spontane, weitgehend ziellose und häufig selbstzerstörerische Eruption in der jüngeren Geschichte der schwarzen Emanzipationsbewegung begründet: Über die Frage, wie der weiße Rassismus zu bekämpfen und die schwarze Emanzipation voranzubringen ist, debattierten die schwarzen Vordenker schon wenige Jahre nach der Aufhebung der Sklaverei 1863. Seither kämpfen äußerst gegensätztliche politische und theoretische Positionen um die Hegemonie in der Black Community. Panafrikanische Nationalisten verschiedener Couleur, integrationistische Christen, separatistische und rassistische Muslims, schwarze Marxisten und andere.

Die bedeutendste Gruppierung der schwarzen Linken war die Black Panther Party, deren Führung bis 1975 fast komplett von CIA und FBI ermordet wurde. Von diesem Schlag hat sich die Linke bis heute nicht erholt. Die meist christliche Führung der alten Bürgerrechtsbewegung ist zu Amt und Würden in Kirchen und Parteien gekommen oder tummelt sich in den verzweigten Apparaten der traditionsreichen schwarzen Rechtshilfeorganisationen. Aus diesen Reihen kommen die schwarzen Bürgermeister und die Black Leaders,

die Bush nach Beginn der jüngsten Riots im Weißen Haus empfing, damit sie von dort zur Mäßigung aufrufen konnten.

Über viele Jahre hinweg verfügte die Black Community (im Unterschied etwa zu den Latinos) über qualifizierte und charismatische Führer und Vordenker wie M. L. King, Malcolm X oder Eldrige Cleaver. Damals konnte die eruptive Entladung von Empörung in funktionierende militante Organisationen fließen. Nachdem jedoch die führenden Köpfe der 68er Generation teils liquidiert (die Black Panthers) und teils integriert (die Reformisten) wurden, ist die Community weitgehend orientierungslos. Ihre Mittelschicht stellt heute etliche Bürgermeister, hohe Militärs und führende Politiker. Die letzte charismatische Figur ist Louis Farrakhan, der Chef der antisemitischen und rassistischen Black Muslim-Sekte "Nation Of Islam". Diesem Mangel an radikalen Intellektuellen in der Black Community verdanken wir den Rap und die HipHop-Musik. Wo die schwarze 68er-Generation versagte, übernahmen schlecht ausgebildete Rapper die Rolle einer Avantgarde, brachten die Community zum Sprechen, machten ihre "Rasse" dadurch sozial sichtbar. Mangels eigenem Wissen schlüpften die Rapper in die historischen Kostüme der Vorfahren und pickten sich aus deren Zitatenschatz heraus, was zu passen scheint.

Entsprechend groß ist die Konfusion. Analysen aus den 60er Jahren, die damals schon umstritten waren, werden zur Beschreibung der Gegenwart herangezogen. Fruchtloser Dogmatismus paart sich dabei meist mit geschäftstüchtigem Pragmatismus. Doch wie immer man die anspruchsvolleren Texte von Public Enemy und KRS-One oder die rassistischen Parolen des Rappers Ice Cube im einzelnen beurteilen mag, so steht doch heute schon fest, daß es ohne HipHop sehr wahrscheinlich nicht zu dem Riot in L.A. gekommen wäre. Es waren nämlich die Rap-Gruppen - in jüngster Zeit auch die neuen schwarzen Regisseure wie Lee oder Singleton -, die mit ihrer mehr oder weniger klugen, auf jeden Fall einprägsamen Agitation seit 1979 durchgehend die Black Community zum Sprechen brachten, sie sichtbar machten, ihr "Identität" verliehen und die Idee vom "Unrecht" wachhielten. Bevor man die Polizei praktisch angriff, hörte man in den Straßen von South Central jahrelang "Fuck The Police" von der Rap-Gruppe "Niggers With Attitude". Das gilt auch für die negativen Seiten: So wurden etwa die rassistischen Angriff auf die koreanischen Läden (in South Central leben 400.000 koreanische Einwanderer) bereits in Rap-Texten wie dem Titel "Black Korea" des Muslim Rappers Ice-Cube vorweggenommen.

Doch viel mehr als eine "militante Haltung" konnten die Rapper nicht bewirken. Auf die Frage, wie man der Ausgrenzungspraxis der Mehrheitsgesellschaft entgegentreten kann, wissen sie keine Antwort. Heute reden Wunderheiler, Verschwörungstheoretiker, religiöse Eiferer, Rassisten, Drogendealer, Konsumfetischisten und Zuhälter wild durcheinander. Entsprechend erinnert die praktische "Revolution" dann auch häufig an Formen des Massenwahnsinns: Jeder haßt jeden und jeder schießt auf jeden. Mit der praktizierten Lynchjustiz, der "Bestrafung" der Koreaner und der Ausraubung Schwerverletzter kopiert man den heimlich bewunderten allmächtigen Staat. Noch beim Plündern wird zwanghaft das Ritual der bürgerlichen Gesellschaft wiederholt: In der Pose von Game-Show-Gewinnern stürzt man sich, wild schießend, auf Mikrowellenherde und Videogeräte. Mit Ellenbogen wird das elektronische Markenprodukt ergattert - den schwächeren Frauen läßt man nur die Klopapierrollen. Jeder bleibt sich selbst der nächste, auch wenn dabei das eigene Wohnviertel draufgeht, ganz im Sinne der Staatsmacht, die in erster Linie ein Übergreifen auf Hollywood und Beverly Hills verhindern wollte. Die Reichen und Mittelständler, die den Qualm von tausend brennenden Häusern in der Nase spürten und sich, obgleich weitab von den Gefechtszonen, nicht aus ihren Häusern trauten, hatten die Dialektik von "Race" & Class weitaus besser begriffen. Und trotzdem konnten es in einer Gesellschaft von Duckmäusern nur die Kriminellen, Drogenabhängigen und psychisch Ruinierten sein, die das lostraten, was vielleicht eine Lawine hätte werden können, wenn nicht die Panzer angerollt wären. Der Funke des King-Urteils hat nur zur Explosion gereicht und nicht zum Steppenbrand. Die Studenten vieler Unis hatten bereits Demonstrationen durchgeführt und auch weitere angekündigt. Doch der über L.A. und San Francisco verhängte Ausnahmezustand stoppte vorerst die Politisierung der Empörung.

40. aufgeblättert

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:15

Arabische Wochen

Im Züricher Kulturzentrum "Rote Fabrik" und in der Reithalle Bern fanden im Dezember 1991 "Arabische Wochen" statt. Die Referate und Diskussionen dieser Veranstaltungsreihe liegen jetzt in einer Dokumentation vor. Neben Beiträgen zur Neuen Weltordnung, zum Islam und zur arabischen Linken besteht ein großer Teil der Dokumentation aus Beiträgen zum Thema "Feminismus und Islam".

Keine Ruhe nach dem Sturm! Eine Dokumentation der Arabischen Wochen in der Roten Fabrik, Dezember 1991. 48 S., 6 Schweizer Franken. - Bezug über: Rote Fabrik, Seestraße 395, 8038 Zürich, Schweiz.

ASEAN-Staaten

Über einen vom linken Publikum gemeinhin weniger beachteten Teil der Welt, die ASEAN-Staaten (Association of Southeast Asian Nations: Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand) informiert der von der Initiative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN- Staaten (IMBAS) herausgegebene IMBAS-Rundbrief. In der Märzausgabe wird u.a. über Bewegungen zum Schutz des Regenwaldes in Thailand berichtet, über die Wirtschaftsentwicklung in Indonesien, umfangreich über den Befreiungskampf in Ost-Timor und über die Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung Thailands.

IMBAS-Rundbrief, März 1992. Bezug über: IMBAS, Postf. 600422, 6000 Frankfurt 60. 68 S., 7 DM inkl. Versand.

Kolonialismus

Die blätter des iz3w setzen in der Nr. 180 die Serie zum Kolonialismus fort, diesmal zum Thema "Zerrbilder Asiens". Dargestellt wird die Kolonialgeschichte Indiens; die deutsche Beteiligung an der Kolonisierung des asiatischen Raumes; Japan, das als eines der wenigen Länder außerhalb Europas niemals kolonisiert wurde, selbst aber zur Kolonialmacht wurde; und die Begegnung der Europäer mit den fremden Kulturen Asiens. Lesenswert sind ferner die Berichte über die von USA und EG geduldete Sabotage des UNO- Friedensplans für die Westsahara durch den marokkanischen König Hassan und über das Bemühen der Türkei um Einflußnahme in den zentralasiatischen GUS-Republiken.

blätter des iz3w, Nr. 180 (März/April 1992). 60 S., 6 DM.

Türkei

Die Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe der Türkei Information sind zum einen Berichte vom Massaker in Türkisch-Kurdistan zur Zeit von Newroz, zum anderen Artikel über das Erstarken religiöser Bewegungen. Beschlossen wird das Heft mit einem umfangreichen Nachrichtenteil über Ereignisse in der Türkei vom Januar bis Anfang April.

Türkei Information, Nr. 44 (April/Mai 91). 48 S., 3 DM.

EG-Kritik

In Wien erscheint das EuropaKardioGramm, eine Zeitung für EG-Kritik. Erörtert werden u.a. Aspekte der Formierung der EG-Bürokratie, die Zusammenhänge zwischen europäischem Wirtschaftsraum und europäischem Sozialraum und die Ausweitung des Schengener Abkommens auf Ungarn, Polen und die CSFR.

EuropaKardioGramm - Zeitung für EG-Kritik, Heft 1/92. 36 S., 20 ÖS. Bezug über: Kritisches EG- Info-Büro, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Österreich.

Sozialgeschichte

1999, die Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, mittlerweile im siebten Jahrgang, bietet in ihrem Heft 1/1992 eine von dem Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler (Institut für Wirtschaftsgeschichte, früher Akademie der Wissenschaften der DDR) verfaßte Studie zu Geschichte und Entwicklung jener ... Vereinigung,

die unter dem historisch eingeführten Namen "Treuhandanstalt" die Ausraubung der ehem. DDR betreibt. Dem vorangestellt ist, mit einigem Sinn für historische Zusammenhänge, die kommentierte Dokumentation eines Vorläufers des "Generalplan Ost", die Polendenkschrift Theodor Schieders vom Oktober 1939 - bereits in Polen und andererorten waren bekanntlich ebenfalls Treuhänder tätig. In der selben Ausgabe von 1999 stellt Karl Christian Führer die Vorgeschichte des nationalsozialistischen Gesetzes über Mietverhältnisse mit Juden dar. - Im Heft 2/1992 werden u.a. einige der Beiträge dokumentiert, die auf der von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte ausgerichteten Tagung über "Europastrategien des deutschen Imperialismus in Geschichte und Gegenwart" im November 1990 gehalten wurden. Hier ist insbesondere zu verweisen auf den Vortrag von Gerhart Hass, bis zur Auflösung der Akademie der Wissenschaften Leiter der dortigen Forschungsgruppe "Vergleichende Okkupationsforschung", der über "Weltmachtziele - Europastrategie - Besatzungspolitik. Aspekte einer vergleichenden Okkupationsforschung" referierte; auf den Beitrag des Amsterdamer Historikers und Skandinavisten Gerald Aalders, der über die wirtschaftliche Tarnung, d.h. die Verschleierung der wahren Eigentumsverhältnisse deutscher Betriebe im Ausland vor und während des Zweiten Weltkrieges informierte, und auf den Vortrag von Susanne Hahn, Universität Leipzig, über "Biologistische Tendenzen im real existierenden Sozialismus".

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Hg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Heft 1/91, Heft 2/92. 188 bzw. 144 S. Einzelheft 18 DM, im Abonnement 15 DM.

Neofaschismus

Die PDS/Linke Liste fragt und die Bundesregierung antwortet - in aller Regel ausweichend oder auch gar nicht. Dies ist das übliche Verfahren im Bundestag, ob nun die PDS nach der Haltung des Parlamentarischen Staatssekretärs Eduard Litner zum Rechtsextremismus fragt und diese Anfrage mit der einschlägigen Publikationstätigkeit Litners begründet; ob es um Aktivitäten der "Nationalistischen Front geht", um die Treffen von Alt- und Neonazis aus verschiedenen Ländern oder um die Vertriebenenverbände. Rund zwei Dutzend dieser Anfragen sind in der von der PDS/Linke Liste Rheinland-Pfalz in der von ihr herausgegebenen Broschürenreihe Podium Progressiv zusammengestellt.

Michelle Grégoire (Hg.): Neofaschimus. Dokumente aus dem Deutschen Bundestag. Mainz 1992. 100 S., 9 DM.

Jüdische Friedhöfe

Unter dem Titel "Inseln des Friedens oder Grundstücke ohne Verkehrswert? Jüdische Friedhöfe und ihre Schändungen" hat der Sozialpädagoge Sieghard Bußenius eine sehr informative Arbeit vorgelegt. Ausgehend von der Friedhofsschändung in Carpentras stellt der Autor die Schändungen jüdischer Friedhöfe vom Mittelalter bis zur Gegenwart in der BRD und der DDR dar. Hier sind endlich auch einmal aus den verstreuten Schriften die Daten zusammengetragen, die einen ersten Überblick über das tatsächliche Ausmaß dieser Verbrechen ermöglichen. Nach Ausführungen zum Charakter jüdischer Friedhöfe generell gibt der Autor eine detaillierte Übersicht auf die jüdischen Friedhöfe in Schleswig-Holstein und beschließt seinen hundertseitigen Aufsatz mit einer relativ umfangreichen Literaturliste.

Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte. Hg. vom Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig- Holstein (AKENS). Heft 21, November 1991. 116 S., 6 DM. - Bestellung (unter Angabe der Heftnummer) durch Überweisung auf das Konto: Hartmut Kunkel, Friedenskamp 7, 2300 Kronshagen, Konto 219537-206, Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20.

Sicherungsverwahrung

Im deutschen Strafrecht besteht neben der Freiheitsstrafe auch die Strafmaßnahme der "Unterbringung in Sicherungsverwahrung". Die Sicherungsverwahrung - klarer: das Wegsperren - nach Verbüßung der Freiheitsstrafe kann entweder auf Grund einschlägiger Vorstrafen verhängt werden oder aber, wenn ein Täter eine "fest eingewurzelte Neigung zur Begehung von Straftaten" hat. Daß insbesondere bei dieser Qualifizierung der Willkür Tor und Tür geöffnet sind, ist offensichtlich. - Das Kieler Buchladen-Kollektiv Zapata hat ein kleines Buch mit Texten zur juristischen Begründung und historischen Entwicklung der Sicherungsverwahrung zusammengestellt. In seinem Lebensbericht schildert der sicherungsverwahrte Claus

Goldenbaum, der seit 16 Jahren im Knast sitzt und über den bei der letzten Verurteilung gleich zehn Jahre Sicherungsverwahrung mitverhängt worden sind, seine Erfahrungen - an "(s)einer Geschichte entlang und nicht als theoretische Erkenntnis".

Totgesagte leben länger. Materialien zur Sicherungsverwahrung mit einem Erfahrungsbericht des Gefangenen Claus Goldenbaum. Kamalatta- Flugschrift 3, hg. vom Zapata-Buchladenkollektiv Kiel. Kiel 1992. 112 S., 12 DM.

41. KALENDER

Fünf Jahre "Café Knallhart"

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:35

Am 13.5.1987 besetzten StudentInnen der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) aus Protest gegen die Verschärfung der Aufnahmeprüfung einen Vorlesungsraum. Aus der ursprünglichen Erstausstattung während des dreiwöchigen Streiks mit Kaffeemaschinen und gelegentlicher Brötchenverteilung wurde - ungeachtet der Obstruktion der Verwaltung - eine ständige Einrichtung: das Café Knallhart. Zum einen alternatives Café, zum anderen ein (kleines) politisches Zentrum - die Café-Gruppe beteiligt sich an der Organisierung politischer Veranstaltungen im HWP-Bereich und unterstützt aus den selbsterarbeiteten Überschüssen verschiedene Initiativen. - Der anstehende fünfte Jahrestag der Besetzung ist Anlaß genug für ein wohl rauschendes Fest. Eingeladen sind: ALLE.

Freitag, 15.5.92, ab 20 Uhr in der HWP, Von-Melle- Park 9, Hamburg

Bauernkrieg

Der Göttinger Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur, offenbar willens, sein im Namen verankertes Ziel nicht nur auf die Gegenwart zu beziehen, lädt zu einer Informationsveranstaltung zum Bauernkrieg, auf der "eine Gesamtübersicht über die Bauernaufstände vom Ende des 15. Jahrhunderts bis 1527" gegeben werden soll. Des weiteren vorgesehen ist eine Rundfahrt zu den Orten des Bauernkriegs, die in der Region zwischen Werra und Harz von besonderer Bedeutung waren.

Freitag, 15.5.92, 19 Uhr, Grünes Zentrum, Geiststr. 1, Göttingen: Informationsveranstaltung "Auf den Spuren des Bauernkrieges".

Sonntag, 17.5.92, 8 Uhr (morgens!), Grünes Zentrum, Abfahrt zur Rundfahrt. (Schleunigste Anmeldung zur Sicherung eines Platzes im Bus bei der obigen Anschrift ist erforderlich.)

BUKO-Aktionskonferenz

Zweck dieses Treffens soll es sein, die für den Anti-Weltwirtschaftsgipfel geplanten Aktionen zwischen den Münchner Gruppen und den TeilnehmerInnen aus den anderen Städten abzustimmen.

Samstag, 16.5.92, 13 Uhr bis Sonntag, 17.5.92, 14 Uhr, "3. Welt"-Haus, Westerbacherstr. 40, 6000 Frankfurt 90. (Schnell anmelden wegen der Organisierung von Essen und Schlafplätzen.)

Europäischer Rechtsruck

Die Wahlen in den letzten Monaten haben einen Umbruch in der Parteienlandschaft der BRD herbeigeführt und einen weiteren Rechtsruck in mehreren europäischen Ländern aufgezeigt. Für die Linke stellt sich die Frage, wie diese Entwicklung im Zuge der "europäischen Einigung" einzuschätzen und - beim gegebenen Zustand der Linken - aufzuhalten ist. Die Ex-KB-Mehrheit lädt zu diesen Fragen zu einer Diskussionsrunde ein.

Mittwoch, 20.5.92, 19.30 Uhr, Haus für Alle, Amandastraße, Hamburg

Kapitalistischer Endsieg

Der Nürnberger KB (kein Irrtum - in Bayern ist der KB noch der KB) lädt zu einer Veranstaltung mit Georg Fülberth über die "Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen".

Donnerstag, 21.5.91, 19.30 Uhr, KOMM-Zentralhalle, Nürnberg

Cuba

Das cubanische Volk, das durch seine Revolution in einem Land der "Dritten Welt" Enormes erreicht und auch im internationalen Maßstab immer wieder seine Solidarität bewiesen hat, ist in seiner weiteren selbstbestimmten Entwicklung durch wirtschaftliche Strangulierung, bewaffnete Subversion, möglicherweise sogar offene militärische Intervention bedroht. Cuba, das ist das Ziel dieser Aktivitäten, soll wieder zum Hinterhof der USA werden. Unter den Forderungen "Solidarität mit Cuba! Schluß mit der Blockade durch USA,

EG und BRD!" wird von einer Anzahl von Internationalismus-Gruppen zu einem Cuba-Kongreß eingeladen. Neben RednerInnen aus Cuba und der cubanischen Botschafterin bei der EG werden sprechen: Daniel Alegria, FSLN; Frei Betto, Befreiungstheologe, Brasilien; Heinz Dieterich, emancipación e identidad de america latina, Mexiko; Teresa Gutierrez, Koordinatorin der Kampagne "Peace for Cuba", USA.

Samstag, 23.5.92, 9.30 Uhr, Bonn-Bad Godesberg, Stadthalle

Anti-AKW-Bewegung

Die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung wird mit einem Dia-Vortrag über die Euregio-Konferenz eröffnet. Für den weiteren Verlauf der Konferenz sind Arbeitsgruppen geplant zu den Themen: Situation in der Ex-DDR; Atomprogramm 2000; Zustand, Ideologie, Perspektive der Bewegung; Standorte; Opfer von Tschernobyl / Niedrigstrahlung; Novellierung des Atomgesetzes.

Freitag, 29.5.92, ab 18 Uhr, sowie am 30. und 31.5.92 in der Katholischen Studentengemeinde Münster, Frauenstraße 3-7

42. Antifa im Kriegsgefangenenlager

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/antifa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:antifa

Seit dem November 1989 wird in Hamburg gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn wegen Mordes am Nazirichter Kallmerten verhandelt. Der Richter war 1947 in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager erschlagen worden. Karl Kielhorn war zu dieser Zeit Leiter der Antifa des Lagers. Der Antifa wird seitens der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, als "Russenknechte" ein Terrorregime im Lager installiert zu haben und damit wenigstens indirekt für den Mord verantwortlich zu sein. Der ak sprach mit Karl Kielhorn über die Situation in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager und die Funktion und Bedeutung der Antifa.

Die Antifa wollte zunächst erreichen, daß die Kriegsgefangenen aus ihrer Lethargie aufwachen und beginnen nachzudenken. Auch Karl Kielhorn wurde so politisiert. Das Interview ab Seite 8

43. Klassenkämpfe im Land der Mullahs

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/iran.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:iran

Muslimische Gesellschaften werden vorrangig unter dem Aspekt der Religion betrachtet. Im Fall des Iran werden zumeist "Mullahs", "Schleier" und "Heiliger Krieg" assoziiert. Daß im ersten Golfkrieg keine massenhafte Kriegsbegeisterung bei den iranischen Werktätigen vorhanden war, widerspricht dem öffentlich gezeichneten Bild vom Iran. Die "iranische Revolution" von 1979 fand in einem Land statt, das sozial-ökonomisch weiter entwickelt war, als beispielsweise Rußland, China oder Kuba zum Zeitpunkt der Revolution.

Über die soziale Lage der iranischen Bevölkerung, die Kämpfe um das Arbeitsgesetz, die Zerschlagung der Arbeiterräte, den Kampf um den 1. Mai, die aktuelle Zuspitzung der Klassenkämpfe sowie die Repression der regierenden Mullahs berichtet unser Autor.

Seite 15

44. Hanseatische Vernunft gegen orthodoxe Juden

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/jud.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:jud

"Ein Bild, für das sich Hamburg schämen muß", titelte das Hamburger Abendblatt einen Tag, nachdem der SPD-Senat den offenen Eskalationskurs gegen die orthodoxen Juden eingeschlagen hatte. Ihr Protest richtet sich seit Monaten gegen die neuerliche Zerstörung eines jüdischen Friedhofs und wird vom Senat mit hanseatischer Arroganz und massiver Polizeipräsenz beantwortet, von Teilen der örtlichen Bevölkerung mit befremdetem Erstaunen oder offenem Haß und antisemitischer Hetze begleitet. Seite 5

45. RAF: "An alle"

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/raf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:raf

"An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben (...) durchgesetzt werden kann", richtet die Rote Armee Fraktion, ihre Erklärung vom 10. April, in der sie mitteilt, Angriffe auf führende Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft (vorläufig) einstellen zu wollen. Und zwar gleichsam als Vorleistung für die sofortige Freilassung eines Teils der Gefangenen aus RAF und Widerstand und die Zusammenlegung der Verbleibenden bis zu ihrer Freilassung. Die - wie es in der Erklärung heißt: seit 1989 geführten - Überlegungen hätten sie zu der Auffassung gebracht, daß es "nicht mehr so weitergehen kann wie bisher. (...) Die politische Analyse, aus der die RAF ihre Folgerungen ableitet - die veränderte Weltlage; die falsche Reduktion auf "Angriffe gegen Strategien des Imperialismus" - bleibt sehr im Allgemeinen, und die Drohung, wenn der Staat nicht auf das jetzige Angebot der RAF eingehe, werde wiederum "Krieg (...) mit Krieg beantwortet werden", steht im direkten Widerspruch zum selbsterklärten - zumindest vorläufigen - Scheitern der Politik des bewaffneten Kampfes unter BRD-Bedingungen. - Wir dokumentieren die Erklärungen der RAF und von Irmgard Möller zusammen mit kritischen Kommentaren aus der AK- Redaktion. Seite 31

46. Krieg um Sarajevo

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/sarajevo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:sarajevo

Der Krieg um die Auflösung und Neuordnung Jugoslawiens, der am 26. Juni vorigen Jahres mit dem Angriff der Armee auf die slowenischen Grenzstationen begann, hat in den letzten Monaten auch Bosnien-Hercegovina erreicht.

Von den 4,3 Millionen Bewohnern sind 43,5% Muslime, 31,3% Serben und 17,3% Kroaten. Ein halbes Jahr hatte die Drei-Völker-Republik vergeblich darum gekämpft, sich aus der serbisch-kroatischen Konfrontation herauszuhalten. Heute herrscht Krieg in weiten Teilen von Bosnien-Hercegovina. Die Zahl der Flüchtlinge hat eine halbe Million erreicht, zusätzlich zu der Million Menschen, die durch den Bürgerkrieg in Kroatien vertrieben wurden. Für viele Gebiete Bosnien-Hercegovinas droht eine Hungersnot, wegen der Unterbrechung der Verkehrswege durch die Milizen und wegen des Zusammenbruchs der gesamten Produktion.

"Da schießen Verrückte aufeinander!" kommentiert die Hamburger Morgenpost, und an deutschen Stammtischen sind ähnliche Ansichten zu hören. Für unseren Autor ein Grund mehr, den Konflikt und seine Vorgeschichte ernst zu nehmen und etwas genauer hinzusehen. Seite 10

47. Scharfer Wind von rechts

Kiel - Stuttgart - Mailand

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/wahl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:wahl

Die professionellen Wahlanalytiker hatten sich schnell wieder gefaßt. Kaum hatte das baden-württembergische und schleswig-holsteinische Wahlvolk all ihre Prognosen über den Haufen geworfen, meldeten sie sich mit gewohnter Selbstsicherheit: Ganz falsch sei es, die Hunderttausenden, die Republikanern und DVU zu ihren bisher größten Triumphen verholfen hatten, als Rechtsextreme abzustempeln. Vielmehr habe eine Protest- und Denkzettelwahl gegen die Regierenden stattgefunden, die auf "ungelöste Probleme" hinweise.

Tatsächlich setzt sich mit den Landtagswahlen von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein ein Trend fort, der 1989 - vor der Wiedervereinigung - mit ersten Wahlerfolgen für DVU und Republikaner begonnen hatte. Die nun beendete Flaute der Rechtsextremen fällt in die Zeit des deutschnationalen Jubels, von dem vor allem die CDU/CSU profitierte - eine Parallele zur Abwärtsentwicklung der NPD, die nach ihren Erfolgen Ende der 60er Jahre einbrach, als die CDU/CSU, wie Strauß formulierte, "die nationale Fahne wieder höher trug".

Der nicht auf Deutschland beschränkte Boom der Rechtsextremen hat nach Frankreich (13,9% für Le Pens Front National) nun auch Italien erfaßt. Zu den "landesüblichen" 5% für den neofaschistischen MSI hinzu kommen 8,7% für die regionalistische Lega Nord hinzu, deren Separatismus der Reichen sich ebenso gegen Nicht-Europäer richtet wie gegen Süditaliener.

Analysen zu den rechten Wahlerfolgen von Kiel, Stuttgart und Mailand und zum Triumph der britischen Konservativen ab Seite 18

48. Offen rassistische Wahlen

Denkzettel oder neue Basis für eine faschistische Partei?

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/wahlen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:wahlen

Mehr als 840.000 rechtsextreme Wähler in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg wollten

- mit dem Stimmzettel protestieren,

- einen Denkzettel verteilen,

- ihre Empörung zum Ausdruck bringen, daß "die Großen" die Sorgen "der Kleinen" nicht ernstnehmen,

- oder sie haben sich geirrt.

Dergleichen und weitere eilfertige Erklärungen wurden für das Abschneiden der rechtsextremen Parteien nach den Landtagswahlen vom 5. April abgegeben. Nur eines wollten sie offenkundig nicht, glaubt man den Interpretationen: rechtsextrem wählen und jene Parole befolgen, die DVU und Republikaner ins Zentrum ihrer Wählerwerbung gestellt haben: Ausländer raus.

Wollten sie nicht? Galt Hoyerswerda noch als das zu verabscheuende Werk einiger irrgeleiteter Jugendlicher, das die guten Deutschen in herzzerreißenden ("Ich bin ein"-, "Ich kenne einen Ausländer") Freundschaftskampagnen wiedergutmachten, so bekunden jetzt alle, alle Parteien, daß das Ergebnis der ersten offen rassistischen Wahlen nach der Wiedervereinigung nicht ausländerfeindlich, schon gar nicht rassistisch zu werten sei, sondern nur fehlgeleitete deutsche Sorgen dokumentiere. Mit den Worten einer verständnisvollen Psychologin in der "Frankfurter Rundschau": Deutsche haben vielfältige kulturelle und soziale Ängste. "Es sind diese Ängste, die nicht ernstgenommen werden und daher von rechtsextremen Gruppen aufgegriffen und für eigene politische Ziele genutzt werden. So wird mancher ungewollt in eine rechte Ecke gedrängt, in der er dann vielleicht eine politische Heimat findet." (8.4.92) Nicht so sehr analytisch, aber mit Gespür für das Wählerwollen, drückte "Bild" am Tag nach der Wahl dagegen das zentrale Wählermotiv aus: die "erste echte Asylwahl" betitelte sie den 5. April.

Also nahmen alle nach dem 5. April die Ängste ernst, nur nicht deren rassistische Projektion: Nicht die Ächtung des Rassismus, sondern die Beseitigung seiner "Ursache", Bewerbung um Asyl, stand im Mittelpunkt aller nachfolgenden Debatten aller Parteien, inklusive der Grünen, die alle ihren Beitrag zu dieser Wahl als deutscher "Asylwahl" geleistet haben. Es war i.ü. derselbe Reflex wie nach Hoyerswerda. Das Spiel findet nach der Wahl seine Fortsetzung, indem das Abschiebe- und Asylgesetzänderungskarussell erneut in Gang gesetzt worden ist.

Ein zweites zentrales Wahlmotiv, das den verkürzten Einschätzungen von "Protest" und "Denkzettel" widerspricht, wird gar nicht oder kaum erörtert. Die rechten Parteien repräsentieren verstärkt das national-deutsche Bekenntnis, das nach außen zu tragen bislang nicht opportun, zum Teil sogar tabu war: Deutsch ist führend, deutsche Geschichte ist gut. Die zunehmend anmaßende und erpresserische deutsche Außenpolitik, der Historikerstreit, die Stasi- und Gedenkstättendebatten zum Nachweis des den Deutschen getanen "Unrechts" nach 1945, begründen, politisch und gesellschaftlich akzeptiert, das Umschreiben der deutschen Geschichte als Siegergeschichte. Schönhubers Waffen-SS-Vergangenheit kann schon deshalb kein so großer Makel sein, weil Kohl und Reagan in Bitburg über SS-Gräbern Versöhnung feierten, und weil wir allüberall ganz andere Bösewichter haben: unsere Stasis von nebenan. Mit der Wiedervereinigung und der Erlangung voller Souveränität sind alle äußeren Fesseln gefallen, die die Deutschen an ihre Geschichte erinnern könnten. Seither wird z.B. außenpolitisch anderen erzählt, was sie zu tun und zu lassen haben. Das latente faschistische Bewußtsein bei Teilen der Deutschen darf sich jetzt wieder frei äußern. Und es tut dies mit dem zunehmend selbstbewußten Bekenntnis zu rechtsextremen oder faschistischen Parteien und nicht einfach mit CDU-Wahl. Das wiedervereinigte Deutschland erlebte daher nicht in erster Linie eine rechte Protestwahl (was auch schon verharmlosend ist, denn auch der Protest bleibt rechts und faschistisch), sondern den Vorgeschmack auf eine erstmals in der Nachkriegsgeschichte aussichtsreiche Herausbildung eines Potentials für eine moderne faschistische Partei mit Massencharakter und parlamentarischer Verankerung. Die "taz" mag das "europäische" und "ein Stück demokratische Normalität" nennen. Entscheidender ist, daß dies in kürzerer Zeit deutsche Normalität werden könnte, vor dem Hintergrund abenteuerlicher deutscher Außenpolitik

und dafür notwendiger gravierender Einbußen beim deutschen Massenwohlstand. Für weitere deutsche Ängste und nichtdeutsche Projektionen derselben wäre damit ein weites Feld eröffnet, das eine ganz andere "Normalität" schaffen könnte.

Vorübergehend, wie die NPD?

Die Definition der Wahl als Denkzettel- oder Protestwahl beinhaltet immer auch die Hoffnung und Perspektive, die Wähler der Rechtsextremen nach Behebung der von ihnen reklamierten Probleme in die bürgerlichen Volksparteien bzw. die "demokratischen Parteien", zu denen mittlerweile auch die Grünen gerechnet werden, reintegrieren zu können. Die Konzeptionen dafür bewegen sich je nach rechtem bzw. linkem Standort zwischen Besetzung der rechten Themen oder dem Ansatz, ihre vermeintlichen Ursachen zu beseitigen (dazu später).

Vorbild für die Reintegrationshoffnungen sind Aufstieg und Niedergang der NPD Ende der 60er Jahre. Kann der Vergleich gezogen werden? Die politischen Themen der NPD waren zum einen die Wiedervereinigung, das große Deutschland (inklusive Westpolen und Ostpreußen sowie das Sudetenland), zum anderen die große Koalition, die Zusammenarbeit der CDU, die bislang die faschistischen und nationalistischen Kräfte gebunden hatte, mit den "Sozialisten" von der SPD. Das politische Umfeld war von der beginnenden außerparlamentarischen Opposition geprägt, das wirtschaftliche von der ersten großen Wirtschaftskrise nach dem Krieg 1966. Der gesellschaftlichen Polarisierung lief die große Koalition entgegen, die Bindewirkung der beiden großen Parteien, der CDU nach rechts, sowie der SPD nach links, nahm ab. In dieser Situation zog die NPD zwischen 1966 und 1968 in sieben Länderparlamente. Bei der Bundestagswahl 1969 begann ihr Abstieg. Mit 4,3% mißlang der Einzug in den Bundestag knapp. Ein Teil der NPD-Wähler hatte angesichts der Wahlpolarisierung zwischen CDU und SPD und der sich ankündigenden sozialliberalen Zusammenarbeit den Weg zurück zur CDU gefunden.

Bei der Bundestagswahl 1972 endete der parlamentarische Weg der NPD bei 0,6%. Vorausgegangen war eine heftige innenpolitische Polarisierung an der Ost- und Entspannungspolitik von SPD/FDP, in der es der CDU/CSU als Opposition gelang, das rechtsradikale und nationalistische Potential nahezu vollständig zu binden. Eine solche Bindung dürfte, schon gar nicht im Zeichen der Diskussion um eine große Koalition, vor den nächsten Landtagswahlen und der Bundestagswahl 1994 nicht gelingen. Diese Regel scheint beim bundesdeutschen Parteien- und Wählereinbindungsmechanismus für Regierungsparteien zu gelten. So bildeten sich z.B. die Grünen als Alternative zur SPD für einen Teil sozialdemokratischer und für Neuwähler in deren Regierungszeit heraus. Ausnahme: die Bundestagswahl 1990. An die Spitze der nationalen Wiedervereinigungs-Welle hatte sich die regierende CDU/CSU gesetzt, die Wahl selber war bis in die Reihen der rechtesten wie linken Opposition hinein entpolarisiert. Die Optik (die Republikaner lagen nur bei 2,1%) täuschte. Der Aufstieg der Rechtsextremen seit Bremen 1987 (DVU) schien gestoppt und war real doch nur deshalb unterbrochen, weil im Prozeß der Wiedervereinigung das gesamte Parteienspektrum nach rechts ins Nationale abgedriftet war. Erst jetzt, wo die Folgen der Vereinigung Alltag geworden sind, wird der Trend nach rechts nicht nur als gesellschaftlicher, sondern auch als parteipolitischer wieder sichtbar.

Die NPD rekrutierte ihre Wähler im wesentlichen aus Altnazis mit starken Anteilen bei Vertriebenen und Flüchtlingen aus Polen und der Tschechoslowakei. Allein 25 der 61 Landtagsabgeordneten der NPD waren NSDAP-Mitglieder gewesen. Mehr als zwei Drittel der NPD-Wähler waren Männer (wie heute bei DVU und Republikanern). Mehrheitlich hatten die NPD-Wähler zuvor CDU, in beträchtlicher Anzahl aber auch FDP und SPD gewählt. Den höchsten Wähleranteil hatte sie bei den 45-60jährigen. Sowohl in der Besetzung der Themen (deutsche Ostgebiete) als auch in der Altersstruktur war die NPD keine "moderne" Partei, sondern eher eine der Altnazis (1). Die Frage ist, ob diese Charakteristika auf die heutigen Parteifaschisten und ihre Basis ebenso zutreffen.

Rechtsextremismus hat Zukunft

Zunächst zur Zusammensetzung der rechten Wähler 1992. Neben bisherigen Nichtwählern kamen sie vor allem von den Volksparteien: 140.000 Stimmen von der CDU, 110.000 von der SPD weist "infas" in Baden-Württemberg für die Republikaner aus; 20.000 von der CDU, 30.000 von der SPD für die DVU in Schleswig-Holstein. Abweichend davon kommt die

Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen zum Ergebnis: über vierzig Prozent der Republikaner-Wähler kommen von der CDU. Bei der DVU sind es ein Drittel. Den SPD-Anteil schätzen die Mannheimer in beiden Bundesländern auf ein Viertel der Wähler von DVU und Republikanern. Auch wenn der Anteil der Arbeiterwähler überdurchschnittlich ist - 19% der Arbeiter im Süden und 11% im Norden sollen rechts gewählt haben (Mannheim) -, ergeben die bisherigen Wähleranalysen, daß sich die Rechtsextremen sozial sehr unterschiedlichen Schichten zuordnen lassen. Dies macht Ansätze der neuen Faschisten als mögliche "Volkspartei" sichtbar. In der Sprache der Wahlforscher: großstädtische Wähler in sozial schwachen Milieus, Wähler in den wohlhabenden "Speckgürteln" der Großstädte Baden-Württembergs, kleinstädtisches und kleinbürgerliches Milieu. Die These von den "Modernisierungsverlierern" als Basis der Rechtsextremen vernebelt, daß der größere Teil der Wähler möglicherweise die Sorge hat, zu den Verlierern zu gehören und erfaßt genauso nur einen Teil des Problems, wie das Protestmotiv und die Denkzettelvergabe auch nur für einen Teil der Wähler zutreffen dürfte. Von besonderer Bedeutung, und damit auch ein gravierender Unterschied zur alten NPD, ist die Altersstruktur, die auf Wählerwachstum der Rechten verweisen könnte. "infas" berechnet den Anteil bei Wählern unter 25 Jahren für alle rechtsextremen Parteien in Baden Württemberg mit über 20% und in Schleswig-Holstein mit 15% überdurchschnittlich hoch. (Die Mannheimer Zahlen von 19% und 13% beziehen sich nur auf jeweils Republikaner und DVU.) (2) Dies bestätigt einen von den Wahlforschern bereits seit einiger Zeit registrierten Trend nach rechts bei Jungwählern. "Zu konstatieren ist allerdings der neue, sprunghafte Anteil der Rechten (das meint hier alle Parteien von CDU bis weiter rechts) bei den 18- bis 20jährigen. Hier könnte sich eine auch für die Zukunft bedeutsame Trendwende ankündigen" (3).

Die These von der Denkzettelwahl soll durch die geringe Bindung der rechten Wähler an ihre Partei belegt werden. "Wir wissen aus unseren jetzigen Umfragen, daß sich nur ein Fünftel längerfristig mit diesen Parteien verbunden fühlt", schreibt die Forschungsgruppe Wahlen. Zunächst einmal sagt dies nur so viel, daß die parteipolitischen Aussichten von DVU, Republikanern, NPD, Deutscher Liga etc. unsicher und nicht, daß rechtsextreme und faschistische Positionen Eintagsfliegen sind. Vermutlich unterscheidet sich der ermittelte Wert nicht sonderlich von dem der Grünen in ihrer Anfangsphase. Dennoch konnte sich die grüne Position deswegen festigen, weil die Grünen Erwartungen und Forderungen eines damaligen kleinbürgerlichen Milieus im sich "links" nennenden Teil der Gesellschaft widerspiegelten. Also sagt diese Feststellung nur so viel aus, daß derzeit nicht klar ist, welche der Parteien der Rechtsextremen künftig geeignet sein wird, das wachsende rechtsextreme gesellschaftliche Potential zu vertreten. Derzeit haben die Republikaner deswegen die Nase vorn, weil sie in Bundesländern wie Baden-Württemberg und Bayern auf längere "Basisarbeit" und Verankerung im kommunalen Bereich aufbauen können. Für die DVU spricht ihr vom Verleger Frey dirigiertes Publikationsnetz, das sie mit den einfachen und eingängigen faschistischen Parolen versorgt. Die Republikaner wiederum haben die besseren Kontakte ins nationalkonservative Lager insbesondere der CDU, das sich in der Person ihres intellektuellen Vordenkers Schlierer ausdrückt, der aus dem RCDS kommt und mehrere Jahre führend am Studienzentrum Weikersheim des früheren CDU-Ministerpräsidenten Filbinger gearbeitet hat. Die Politikwissenschaftlerin Margret Feit hat die Republikaner als Zentrum eins "Bindegewebe(s) zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus" ausgemacht, dessen "Fäden führen weit ins bürgerliche Lager hinein - und in den braunen Sumpf." Auf der publizistischen Ebene befürchtet sie "eine Neuauflage der ‚Harzburger Front` " (4).

Ganz andere Zahlen zeugen von einer viel tiefer sitzenden Basis für rechtsextreme und faschistische Orientierungen, die über den Kreis der bisherigen rechten Wähler hinausgehen. Der rechte Wahlerfolg wurde von 23% der westdeutschen Bürger begrüßt. "Für rechtsradikale Tendenzen wegen des Ausländerproblems" haben im April 1992 33% Deutsche Verständnis gezeigt (37% im Westen, "nur" 19% im Osten) (5). Nachdem dies bereits im September 1991 34% bejaht hatten, war diese Zahl unter dem Eindruck von Hoyerswerda und den nachfolgenden Anschlägen sowie der deutschtümelnden Ausländerfreundlichkeit auf 24% gesunken. Der "Spiegel" hatte damals geschrieben, damit scheinen Ängste vor einem neuen deutschen Faschismus unbegründet. Und heute, vier Monate später? Die vom "Spiegel" in Auftrag gegebene Umfrage zum Antisemitismus in Deutschland (6) hatte zudem erbracht, daß es ein großes nationalistisch, rassistisch und antisemitisch eingestelltes Potential (13% "harte" Antisemiten) in der deutschen Bevölkerung gibt, das bislang als Wähler parteipolitisch bei CDU und SPD oder bei den Nichtwählern aufgehoben war. Bereits in der SINUS-Studie von 1981 (7) waren 13% Bundesbürger ermittelt worden, die "über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen". Die Charakteristika ihrer Einstellungen treffen nicht nur auf die Motive der

neurechten Wähler zu, sondern umfassen viel weitergehender Weltbilder, die im Mainstream der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion liegen: die Forderung nach mehr Führungsfähigkeit und "starker Hand" (Theo Sommer in der Zeit, 10.4.92: "Wer nicht den Ruf nach dem Führer provozieren will, muß schon selber führen"), die Betonung deutscher nationaler Eigenschaften, die Relativierung des Nationalsozialismus, die Kritik an der Uneinigkeit der Parteien und der Wunsch nach einer starken Partei, die Kritik, Bonn mißachte deutsche Interessen, der Wunsch nach mehr Volksgemeinschaft. Nach dem Wahlausgang vom 5. April wurde nicht nur bei Rechten, sondern allerorten in den Medien die Notwendigkeit nach starker Führung betont - Wasser auf die Mühlen der Anhänger des autoritären Führerstaates.

Die Position, vermeintliche tieferliegende Sorgen und Ängste ernstzunehmen, um ihnen so den Boden zu entziehen, begünstigt aber geradezu das Anwachsen der Rechtsextremen, weil es die rechten Themen gesellschaftsfähig macht, zumal, siehe Geschichtsdebatte, siehe Asyldebatte, einige bereits vorher ins gesellschaftliche Zentrum gerückt wurden.

Die Themen der Rechten sind "gesellschaftsfähig"

Die Hauptthemen der Rechtsextremen und Faschisten - zuallererst Asyl und Nationalismus, dann Kriminalität, Drogen und weniger reale soziale, sondern Wohlstandsängste - finden breite Widerspiegelung in der Bevölkerung insbesondere im Westen Deutschlands. "Den Zustrom von Ausländern eindämmen" (so die Frageformulierung vom "Spiegel") sehen die Bundesbürger im Westen als "Problem Nr. 1" (8), während es im Osten erst als neuntes von zehn Problemfeldern benannt wird. Die "Zunahme der Kriminalität" beunruhigt im Osten mehr als im Westen, die Sorge um die DM im Westen mehr als im Osten, beides sind bevorzugte rechte Themen (9).

Die klassischen Sozialthemen wie Arbeitslosigkeit und spezifische Kostensteigerungen für Wohnen und Lebenshaltung dominieren im Osten. Daß sie allerdings bislang Domäne der Rechtsextremen wären, ist nicht auszumachen. Nichtsdestotrotz überwiegt im "sozial orientierten" politischen Lager die Meinung, die sozialen Themen zu befrieden, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Die "Frankfurter Rundschau" (8.4.92) gibt für den Vorstand der IG Metall deren Mitglied Schmitthenner wieder: "Tiefgreifende soziale Probleme in den westlichen Bundesländern sowie eine verfehlte Beschäftigungspolitik der Bundesregierung in den neuen Bundesländern machte der Gewerkschafter für das Anwachsen der Rechtsparteien (...) verantwortlich. Wachsende Armut, steigende Arbeitslosigkeit und die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt müßten entschieden angegangen werden. Das sei der einzige Weg, dem Rechtsextremismus die Basis zu entziehen." Man sollte sich diesen "einzigen Weg" genau vor Augen halten, um seine Aussichtslosigkeit vorhersehen zu können. Nichts spricht dafür, daß in den nächsten Jahren "tiefgreifende soziale Probleme" gelöst werden könnten, alles für ihre Vertiefung. Nichts spricht dafür, daß die "weitverbreitete Verunsicherung" und die "Zukunftsängste", so die Wahlanalysen, durch die Politik beseitigt werden könnten, weil keine grundlegende Veränderung in Sicht ist und die gleichen politischen Kräfte, die Ursachenbeseitigung fordern, an den Grundlagen des BRD-Systems festhalten. Nicht einmal die rabiate Neuorientierung der Asylpolitik wird angesichts der Fluchtursachen die Ergebnisse zeitigen, die angeblich rechte Wähler beruhigen könnten. Wo soll die Änderung herkommen?

Alles spricht dafür, daß die nationalistisch gespeiste Wohlstands- und Besitzstandsangst deutscher Bürger die Ursachen weiterhin außerhalb definieren wird, "ausländisch" schlechthin. Noch ist das reale soziale Elend hierzulande keine besondere Quelle für Rechtsextremismus. Der speist sich wie der Rassismus aus der nationalistischen und chauvinistischen Gewißheit, deutsch müsse führend sein um jeden Preis. Eine Wende zu mehr Klassenkampf im Inneren ist trotz Streiks kaum zu erwarten, dazu sind die deutschen Gewerkschaften und ihre Basis in den Betrieben viel zu sehr positiv mit dem deutschen Wohlstandsmodell verknüpft und wirken, bei aller Umverteilungsrhetorik, als Echo auf die industrielle Führungsrolle der BRD. Der Rechtsextremismus ist mehr denn je eine politische Grundeinstellung eines Teils der Bevölkerung geworden und muß als solche bekämpft und isoliert werden. Schafft er es zudem, sich die Legitimation prinzipieller Berechtigung bei Kritik an seiner Ausprägung zu verschaffen, dann wird er nicht nur gefährlicher, sondern massenhaft werden können. Es gehört zu den besonderen Dummheiten linker Erklärung für den rechten Wahlerfolg, wenn DKP-Sprecher Priemer den neuen faschistischen Ansatz in der BRD dadurch verharmlost, daß er erklärt: "Das Wahlergebnis zeigt, daß unser Land klare linke Positionen braucht, um die fällige Ablösung der CDU zu erreichen und enttäuschte Wähler davon abzuhalten, den Rattenfängern von rechtsaußen zu folgen." (UZ, 10.4.92) Ganz so, als seien rechts und links austauschbar und als könnten die

Linken sich bei den Rechten abschauen, wie man Probleme miteinander verknüpft, um das Motiv zu verändern und erfolgreich zu sein. Es ist der alte linke Irrtum zu verkennen, daß vermeintlicher oder realer sozialer Protest mit einer rechten und nationalistischen Einstellung konform gehen kann.

Die größte Koalition: "Ausländer raus!"

"Deutsche wählen deutschy", "Deutsches Geld für Deutsche in Not", "Anatolien der Türkei, Schleswig-Holstein den Deutschen", "Scheinasylanten ausweisen" (Wahlslogans der DVU), "Wohnungen statt Scheinasylanten" (Republikaner), Parolen, die Christ- wie Sozialdemokraten empört "rechtsradikal" ausrufen lassen. Dabei spiegeln sie in ihrer Einfachheit die Diskussionen in den Volksparteien wieder. Deutsches Geld für Deutsche reklamieren Rudolf Augstein in seinen nationalistischen Spiegel-Kommentaren gegen den ECU ebenso, wie Oskar Lafontaine in seinem Vorstoß, die SPD solle die Maastrichter Beschlüsse ablehnen. Eingängiger ist aber der Slogan von CSU-Gauweiler, der sich mit den Republikanern um das Erstgeburtsrecht der Titulierung des ECU als "Esperantogeld" streitet und offenkundig um die vom Forsa-Institut ermittelten 13%, die eine "DM-Partei" wählen würden, wetteifert.

Für die CSU wird die Einwanderung zum "ökologischen Problem", wenn sie in ihrem Umweltprogramm schreibt: "Wer unser ohnehin schon dicht besiedeltes Land zum Einwanderungsland machen will, gibt das umweltpolitische Ziel, den Flächenverbrauch zu beschränken, auf" (TAZ, 25.11.91). Der sächsische CDU-Justizminister Heitmann braucht wegen seiner Befürchtung vor "Überfremdung", seiner Rede vom Recht der Deutschen "auf Bewahrung ihrer Identität" und der Forderung, den "Zustrom zu drosseln" nicht zurücktreten. Man regt sich schon mal auf, wenn REP-Spitzenkandidat Kaes die ersatzlose Streichung des Asylartikels "bis ins letzte Negerdorf in Afrika" vermelden will. Aber noch hören und lesen wesentlich mehr Leute die populistischen Klagen des kommunalpolitischen SPD-Kronzeugen Kronawitters im "Spiegel" ("Warum sollte sich denn die SPD nicht an die Spitze stellen im Kampf gegen den Mißbrauch?") und der Boulevardpresse von den mehrfach kassierenden Asyl-Sozialhilfeempfängern: "Die halten uns doch zum Narren". Wenn die Rechtsextremen zweifellos faschistisches Gedankengut verbreiten, dann redet der SPD-Fraktionschef in NRW, Friedhelm Farthmann sozial-faschistisch, wenn er in der Asyldebatte fordert, "wir müssen unser Barmherzigkeitsgefühl einschränken" (TAZ, 8.4.92). Er erheischt den Beifall der Stammtische, als er - wörtlich - vorschlägt: "Prüfung des Antrages so schnell wie irgend möglich, gegebenenfalls Überprüfung nur durch einen Einzelrichter am besten an Ort und Stelle und dann an Kopf und Kragen packen und raus damit." (FAZ, 3.3.92) Für eine DVU-Ehrenmitgliedschaft reicht das eigentlich aus, der SPD wird es nichts nützen, weil ihr die Farthmann'sche Konsequenz nicht zugetraut wird.

Insofern machen die konkurrierenden Versuche, die rechten Themen zu besetzen, diese zusätzlich populär. Nichts kennzeichnet die fatale Konsequenz des SPD-Wettlaufs mit den Rechtsextremen mehr, als die Klage von Hamburgs Innensenator Hackmann: "Auch wenn das Boot objektiv vielleicht nicht voll ist, dann subjektiv. Und darauf müssen wir Antworten finden, sonst laufen uns die Leute weg." (FAZ, 16.4.92) Diese schamhafte Umschreibung von "Ausländer raus" verdeutlicht der "Spiegel" in der Bewertung der jüngsten Emnid-Umfrage: "Das Ausländerproblem hat den Rechtsruck ausgelöst, und derzeit ist nicht abzusehen, ob es so bewältigt oder zumindest angepackt wird, daß die Protestwähler vom rechten Rand zurückkehren." (27.4.92) Allein, das Mitgedachte auch zu schreiben, ist die Konsequenz, vor der zurückgescheut wird.

Ein weiterer Wahnsinn in dieser Zeit ist der beschleunigte Kurs der Grünen ins bürgerliche Lager. Schwarz-grün als "Signal gegen die erstarrten bundesdeutschen Verhältnisse" (TAZ), "die Entfaltung alternativer Demokratiemodelle" (Konrad Weiß) zeugt vom Verlust jeglicher oppositioneller Substanz. Schwarz-grün als Motor, die Grünen "als unabhängige, selbständige Kraft im Parteienspektrum für sehr lange zu betablieren" (Udo Knapp), beraubt sie ihrer letzten Chance, als Opposition wirken zu können. Macht- und Ministergelüste insbesondere der verkommenen 68er-Linken bei den Grünen haben die Partei inhaltlich soweit auf den Hund gebracht, daß jemand wie Cohn-Bendit sich zu Recht Lob bei der CDU für seine Ausländerstopp-Politik einfängt. Sein Appell, die "Stalingrad-Mentalität" in der Frage der Grundgesetzänderung zu überwinden (Interview in der SZ, 10.4.92), zeigt den Übergang ins Lager herrschender "Problemlösung" auch sprachlich und im benutzten Bild an. Wie kann man diese Grünen besser erledigen, als Lothar Löwe im "Bild"-Kommentar? Gelänge schwarz-grün, wäre das ein Sieg für die Demokratie. "Hand aufs Herz: Sind wir Deutschen im Grunde unserer Seele (!) nicht alle ein bißchen grün ..." Danebenstehend fordert Peter Boenisch: "Scheinasylanten abschieben, Schuldenberg runter, D-Mark behalten!" (, 9.4.92)

Der Trend zur "großen Zusammenarbeit" unter Einschluß der Grünen wird nicht nur die Opposition weiter nach rechts treiben, sondern nichtsdestotrotz die Rechten nicht aufhalten können. Aber angenommen, dies gelänge, bliebe eine enorme inhaltliche Rechtsverschiebung im gesamten Parteiensprektrum. Heute schon gibt es in allen zentralen Fragen "die Nation betreffend" eine große Koalition von CDU/CSU/FDP/SPD/Grünen. Die größte Koalition kündet sich für die Forderung "Scheinasylanten raus" an, und das sind bekanntlich per Definition die Mehrzahl der Flüchtlinge.

Gute Zeiten also für Faschisten: die "große Zusammenarbeit" zwecks Bewältigung der nationalen Aufgaben (Engholm: "Sparen, Schweiß und Tränen") arbeitet ihnen ebenso in die Hände, wie die Umarmung ihrer Themen. Die Position der "nationalkonservativen" Republikaner zu artikulieren, ist nicht "illegitim", schreibt Eckhard Fuhr in der FAZ (9.4.92). Sein Vorschlag zur Versöhnung: "Die Union hätte es schwer, durch eine Wende nach rechts die Rechten wieder einzufangen. Es gibt auch niemanden, der das durchsetzen könnte. Man wird sich also mit den Republikanern beschäftigen müssen, nicht nur therapeutisch." Rechtes Wachstum scheint die nächste Zukunft in jedem Fall zu bringen. Und weit und breit ist keine relevante Opposition absehbar.

hr.

Anmerkungen:

1) Angaben zur NPD zitiert nach Horst W. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei, in: Richard Stöss, Parteien Handbuch 1983

2) Zahlenangaben von "infas" und Forschungsgruppe Wahlen/Mannheim nach FR, 7.4.92, Zeit, 10.4.92

3) Kolja Rudzio, Die Linken der neunziger Jahre, in: Vorgänge 1, Februar 1992

4) Zitiert nach Zeit, "Wahlverwandtschaften am rechten Rand"

5) Spiegel-Umfrage über die politische Situation im Monat April, (Spiegel, 27.4.928)

6) Vergleiche dazu meine Anmerkungen "Antisemitismus und Rassismus im größeren Deutschland" in ak 339 "Wir sollten wieder einen Führer haben ...", Die SINUS-Studie

7) "Wir sollten wieder einen Führer haben...", Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, 1981

8) Umfrage laut Spiegel, 27.4.92; das gleiche Ergebnis ermittelte Allensbach, FAZ, 8.4.92

9) Sorgen der Bürger, ermittelt von Allensbach, FAZ, 8.4.92

49. Ästhetik

CD-Datei: daten/aksuche/ak342/weiss.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:342:weiss

Vor zehn Jahren starb in Stockholm Peter Weiss. Der dritte und letzte Teil seines Romans "Die Ästhetik des Widerstands" war im Jahr zuvor erschienen.

Schon der Titel verweist darauf, welche verschiedenen Ebenen auf den 950 Seiten ineinander verwoben werden: antifaschistischer Kampf in den Jahren 1936-45 im Untergrund in Berlin, in Stockholm und im spanischen Bürgerkrieg genauso wie die Forderung nach einem Kunst- und Kulturbegriff, den "der Widerstand" zu entwickeln habe.

Ausgehend von den Diskussionen um den mythischen Herakles will unser Autor einen zur Lektüre einladenden Überblick geben. Seite 34